Donnerstag, 5. September 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 206 - 36.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

## Die Beschäftigung steigt wieder an. Esser: Arbeitsplätze werden sicherer

### Franke sieht Zeichen einer konjunkturellen Besserung / Kurzarbeit geht um 65 Prozent zurück

PETER JENTSCH, Bonn

Als Zeichen einer weiteren konjunkturellen Besserung hat der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, den leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit und die erhebliche Verminderung der Kurzarbeit bei einer gleichzeitigen Zunahme der Beschäftigung gewertet. Die Zahl der Arbeitslosen sank im August um 4752 auf 2 216 643, das entspricht einer Quote von 8,9 Prozent (Juli: neun Prozent).

Auch saisonbereinigt verminderte sich die Zahl der Arbeitslosen, und zwar um 4000 auf 2 306 000. Die Zahl der Kurzarbeiter nahm binnen Monatsfrist um 33 627 (31,3 Prozent) ab und liegt jetzt bei 73 895. Gegenüber August 1984 verringerte sich die Zahl der Kurzarbeiter sogar um 65,2 Prozent. Das entspricht 138 254 Personen. Franke wies darauf hin, daß die noch verbliebene *Kurzarbeit insbesondere* durch die Strukturprobleme der Bauwirtschaft bewirkt werde; allein in diesem Bereich seien 23 500 Kurzarbeiter gemeldet.

Im Berichtszeitraum nahm zwar die Zahl der offenen Stellen insgesamt um 1,7 Prozent (1993) auf 117 366 ab. Gleichzeitig wurden aber 137 400 neue offene Stellen gemeldet, 13 000 mehr als im August 1984. Dieser *Zugang an offenen Stellen zeigt* nach Darstellung Frankes, daß die Beschäftigung weiter ansteigt. Diesem Anstieg folge aber der Abbau der Arbeitslosigkeit nur zögernd, da immer mehr Berufsanfänger und vorher nicht beschäftigte Personen mit den Arbeitslosen um Beschäftigungsverhältnisse konkurrierten.

Als positives Zeichen für eine weitere Entspannung auf dem Arbeitsmarkt wertete Franke auch die Zunahme der Zahl der durch die Bundesanstalt vermittelten Stellen. Im August wurden insgesamt 167 400 Stellen vermittelt, sechs Prozent mehr als vor Jahresfrist. Auch der längerfristige Vergleich zeigt eine positive Tendenz. In den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden 1 268 900 Arbeitsverhältnisse vermittelt, das sind 98 000 (8,4 Prozent) mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, wertete diese Entwicklung als Wende vom Beschäftigungsabbau zum Beschäftigungsaufbau, die auch die Sicherheit der Arbeitsplätze erhöhe. Vor dem Unternehmensverband Rendsburg/Neumünster sagte er gestern, gelinge es, die Revitalisierung der Wirtschaft weiter voranzutreiben und die Probleme der Bauwirtschaft zu lösen, werde es auch gesamtwirtschaftlich zu einem spürbaren Abbau der Arbeitslosigkeit kommen.

Als Erfolg wertete Bundeskanzler Kohl, *daß es gelungen sei, „die galoppierende* Arbeitslosigkeit" gestoppt und die Zunahme der Arbeitslosigkeit in den beiden letzten Amtsjahren der SPD-Regierung 1981/82 um jeweils gut 40 Prozent „praktisch auf Null" reduziert zu haben.

Viel Bewegung und manchmal auch Verwirrung auf dem Arbeitsmarkt: Die Zahl der Beschäftigten steigt erstmals seit 1980 wieder, und dennoch sinkt die Arbeitslosigkeit nicht *rasch genug*. Dieser scheinbare Widerspruch ist zum einen darauf zurückzuführen, daß noch immer mehr junge Leute auf den Arbeitsmarkt drängen, als dieser neue Jobs zu schaffen vermag. Andererseits suchen *bei lebhafter* Konjunktur und steigenden Einstellungen wieder mehr Menschen nach einer Arbeit, die zuvor nicht erwerbstätig waren. Die Hausfrau beispielsweise tritt aus der „stillen Reserve" heraus und ist wieder Nachfrager am Arbeitsmarkt, vielleicht, weil ihre alte Firma wieder Leute einstellt.

DIE WELT

## DER KOMMENTAR

### *Trends der Hoffnung*

PETER GILLIES

Es gibt Maler, die ihre Bilder verkehrtherum an die Wand hängen, und aus Karikaturen sind uns Unternehmer geläufig, die aus Verzweiflung ihre fallende Umsatzstatistik im Kopfstand lesen. Stets wurden und werden Zahlenreihen und Koordinaten umgedeutet, wobei man sich mehr an der schlechten als an der guten Nachricht vergreift. Die Daten aus der Wirtschaft sind – mit der bekannten Ausnahme – hervorragend.

Die Arbeitslosenzahlen bleiben hoch, viel zu hoch. Umdeutungen oder Gesundbetereien verfangen nicht. Dennoch darf der monatliche Dauerschreck der großen Zahl nicht den Blick für wichtige Nuancen verstellen. Jeder Sparer und jeder Börsianer weiß, daß die laufende Entwicklung zwar eine wichtige Information darstellt, weit interessanter aber sind neue Trends und Brüche. Gesucht ist stets der Wendepunkt, von dem ab sich (vielleicht) eine neue Entwicklung ableiten läßt.

Vor diesem Raster bleiben die Arbeitsmarktzahlen zwar zu hoch, verbreiten aber *nicht zwingend Hoffnungslosigkeit*. Vier Trends markieren sich überdeutlich: der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist abgeebbt, die Beschäftigungszahlen steigen kräftiger, als selbst Optimisten erwarteten, die Kurzarbeit hat ihren Schrecken verloren, und es werden wieder mehr Leute gesucht. Was auf dem Arbeitsmarkt in einem Jahrzehnt aufgetürmt wurde, läßt sich nicht in Monaten abtragen.

In einer souveränen Rede hat der Bundesfinanzminister gestern im Bundestag dargelegt, welchen Beitrag die staatliche Finanzpolitik leistet, um mehr Beschäftigung zu ermöglichen. Obgleich Stoltenbergs Konsolidierungspolitik keineswegs ohne Makel ist, hat sie doch die wichtigen Fundamente auch für mehr Arbeitsplätze geliefert: stabile Kaufkraft, sinkende Zinsen, Investitionsvertrauen, Solidität. Hier liegt das wirkliche Beschäftigungsprogramm, das jenes der Opposition, die Steuern und Schulden weiter erhöhen will, in der Wirkung bei weitem übertrifft.

Einige Nachrichten von gestern unterfüttern dies. Von Konjunkturforschern vernimmt man die Stichworte „Exportboom" und „Rekordüberschuß in der Handelsbilanz". Die erstaunlichen Erfolge im Kampf gegen die Inflation werden leider hierzulande als Geheimsache behandelt. Die Auftragsbücher der Unternehmen schwellen, sie können ihre Kapizitäten stetig besser ausschöpfen. Sosehr man sich vor unkritischer Extrapolation der sehr lebhaften Konjunkturentwicklung hüten sollte – andererseits dürfen gute Nachrichten auch zur Kenntnis genommen werden.

Ein befrachteter politischer Begriff, der soviel Ungeduld wie Kritik auf sich zieht, ist *zumindest in der Wirtschafts*entwicklung und der Finanzpolitik eingetreten: die Wende.

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Parteispenden:** Die SPD-Fraktion im Bundestag hat nun doch die Forderung der Grünen nach einem neuen Untersuchungsausschuß zur Parteispendenpraxis abgelehnt. Ein solcher Ausschuß wäre „ungeeignet zur weiteren Sachaufklärung", hieß es.

**Sozialhilfe:** Die Ausgaben für Sozialhilfe sind 1984 nicht mehr so stark gestiegen wie in den Jahren zuvor. Die Zunahme betrug im vergangenen Jahr nur noch 6,7 Prozent gegenüber 7,6 Prozent 1983 und 10,5 Prozent 1982, teilte das Statistische Bundesamt mit.

**Israel:** Innerhalb der nächsten zehn Tage will Israel die restlichen libanesischen Gefangenen freigeben, deren Freilasssung im Juni von den Entführern einer amerikanischen Verkehrsmaschine verlangt worden war.

**Besuch:** Der libanesische Staatspräsident *Amin Gemayel kommt* heute zu einem offiziellen Besuch nach Bonn. Gemayel will sich um deutsche Wirtschaftshilfe für sein Land bemühen.

**Greenpeace:** Die amerikanische Bundespolizei FBI wird im Auftrag der neuseeländischen Regierung ebenfalls im Zusammenhang mit der Versenkung der „Rainbow Warrior" ermitteln. Bisher ist allerdings keine Spur bekannt, die in die USA führt.

**Niger:** Entwicklungshilfe in Höhe von 60 Millionen Mark leistet die Bundesrepublik Deutschland der afrikanischen Republik Niger. Entsprechende Regierungsabkommen wurden gestern in Bonn unterzeichnet.

**Indien:** In Neu-Delhi ist gestern ein Mitglied der regierenden Kongreß-Partei von Ministerpräsident Gandhi, Arjun Dass, erschossen worden. Bei dem Attentat kamen sein Leibwächter und ein weiterer Mann ums Leben. (S. 5)

**Polen:** Auf Einladung des amerikanischen Episkopats reist der *polnische Primas*, Kardinal *Jozef* Glemp, vom 17. bis 24. September in die Vereinigten Staaten. Eine Begegnung mit Präsident Reagan wird nicht ausgeschlossen. (S. 8)

### WIRTSCHAFT

**Aufträge:** Die Nachfrage nach Industrieprodukten in der Bundesrepublik Deutschland hat sich wieder kräftig belebt. Nachdem die Auftragseingänge beim verarbeitenden Gewerbe im Juni um drei Prozent gesunken waren, zogen sie im Juli preis- und saisonbereinigt um 4,5 Prozent an. Dabei stieg die Inlandsnachfrage um fünf Prozent, die aus dem Ausland ging um 2,5 Prozent zurück. (S. 9)

**Handelsbilanz:** Einen Rekordüberschuß *erwartet das Hamburger* HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung für dieses Jahr. Das Plus in der Handelsbilanz werde noch über den 54 Milliarden DM liegen, die im vergangenen Jahr erzielt wurden. Bereits in den ersten sieben Monaten 1985 sei ein Handelsbilanzüberschuß von 39 Milliarden DM erzielt worden, 16 Milliarden DM mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. (S. 9)

**China:** Der durchschnittliche Jahreslohn in der Volksrepublik ist von 1980 bis 1985 um 50 Prozent gestiegen, berichtet die Pekinger „Volkszeitung". Er erhöhte sich in diesem Zeitraum von umgerechnet 260,40 Dollar auf 391,45.

**Börse:** Die Aktienmärkte gerieten zur Wochenmitte unter stärkeren Abgabedruck. Der Rentenmarkt stabilisierte sich bei leicht nachgebenden Kursen. WELT-Aktienindex 205,49 (207,44). BHF-Rentenindex 105,150 (105,195). Performance-Index 107,336 (107,351). Dollarmittelkurs 2,8441 (2,8449) Mark. Goldpreis je Feinunze 326,00 (328,20) Dollar.

### KULTUR

**Germanisten:** Zum Abschluß des Germanisten-Kongresses trafen sich vor 1000 Zuhörern die „eigentlichen Veranstalter" – Schriftsteller und Dichter – zu gemeinsamen Lesungen. So unterschiedliche Autoren wie Dürrenmatt, Heißenbüttel und Heym, Grass, Jandl und Walser fanden dabei zusammen. (S. 17)

**Musik:** Auch die Luzerner Musikfestwochen fühlten sich verpflichtet, im „Jahr der Musik" der großen Trias Bach, Händel und Scarlatti zu huldigen. Dabei tat man im Falle Bachs allerdings des Guten zuviel. Doch die Veranstaltungen haben Erfolg. Die Besucherzahlen steigen, auch von der Seite der jungen Generation. (S. 17)

### ZITAT DES TAGES



„Gerade Frauen sind für die Politik geeignet; sie sind dynamisch, einfallsreich und klug. Warum soll eine Frau nicht genausogut Kanzler oder Bundespräsident werden?"

Rita Süssmuth (CDU), designierte Nachfolgerin von Familienminister Geißler, in einem Interview mit der „Bild"-Zeitung über das Vorurteil, Politik sei nichts für Frauen  Foto: SVEN SIMON

### SPORT

**Schach:** Nach der ersten Weltmeisterschaftspartie in Moskau steht es 1:0 für den sowjetischen Herausforderer Garri Kasparow. Titelverteidiger Anatolij Karpow (UdSSR) hatte die nach 41 Zügen vertagte Begegnung gestern aufgegeben. (S. 7)

**Leichtathletik:** Der 22 Jahre alte Sowjetrusse Igor Paklin hat bei der Universiade in Kobe (Japan) mit 2,41 m einen neuen Weltrekord im Hochsprung aufgestellt. Die alte Bestleistung hielt sein Landsmann Rudolf Powarnizin mit 2,40 m. (S. 7)

### AUS ALLER WELT

**Aufgeklärt?** Der Raubüberfall auf einen Geldboten in einem Supermarkt in Hannover-Langenhagen ist offenbar aufgeklärt. In einer Blitzaktion hat die Polizei in der Nacht zum Mittwoch drei Männer festgenommen, die an dem Überfall am vergangenen Freitag beteiligt gewesen sein sollen. Bei dem Verbrechen wurden zwei Männer erschossen und rund 300 000 Mark erbeutet. (S. 18)

**Waschmaschine:** Den Hausfrauen steht eine Revolution bevor. Eine japanische Firma will noch in diesem Monat eine Ultraschall-Waschmaschine auf den Markt bringen, die ohne Waschmittel auskommt. Vom Schall in Schwingungen versetzte Luftblasen reißen die Schmutzpartikel aus der Kleidung. (S. 18)

**Wetter:** Wolkig, 17 bis 20 Grad.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:



## 30,6 Millionen Kraftwagen im Jahr 2000?

JB. Hamburg

Der Drang zum eigenen Auto ist ungebrochen. Nach einer Prognose der Deutschen Shell AG, Hamburg, wird die Motorisierung in der Bundesrepublik in den kommenden Jahren weiter zunehmen und im Jahr *2000 einen absoluten* Höchststand erreichen. Zur Jahrhundertwende werden, so meint Shell, unter der Voraussetzung weiteren wirtschaftlichen Wachstums 30,6 Millionen Autos auf unseren Straßen rollen. Damit würden 626 von tausend Erwachsenen über ein eigenes Auto verfügen. Mitte 1985 gab es in der Bundesrepublik 25,86 Millionen Pkw.

Der Entschluß zum Kauf eines neuen Autos könne zwar durch politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen beeinflußt, auf Dauer aber nicht verhindert werden, besagt die Shell-Prognose. Das Auto gelte längst nicht mehr als Luxusartikel, sondern als Gebrauchsgut. Die Absatzschwäche am Automarkt im vergangenen und auch in diesem Jahr sei eine kurzfristige Folge des Streiks und der nicht abgeschlossenen Dis*kussion um das Katalysatorauto*. Spätestens in der zweiten Hälfte der 80er Jahre erwartet Shell einen weiteren Wachstumsschub.

Die fortschreitende Motorisierung begründet Shell einmal mit den geburtenstarken Jahrgängen 1961 bis 1967, mit der zunehmenden Bereitschaft der Frauen, ein eigenes Auto zu kaufen, und vor allem mit hinreichend zur Verfügung stehenden *Geldmitteln in den privaten Haushalten*.

Seite 9: Günstige Prognose

## Stoltenberg eisern auf Sparkurs. Absage an öffentliche Programme

### Geringere Neuverschuldung / Keine Mehrheit für SPD-Antrag „Arbeit und Umwelt"

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Bundesregierung hat die Haushaltsdebatte zum Anlaß genommen, die Motive ihres wirtschaftspolitischen Kurses unmißverständlich in Erinnerung zu rufen. „Wir bekämp*fen die Inflation und erweitern die* Freiräume für die Bürger und die Wirtschaft, damit mehr Platz wird für produktive Initiativen, für mehr Investitionen und neue, dauerhafte Arbeitsplätze", erläuterte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg bei der Einbringung des Bundeshaushalts 1986 und des Finanzplans bis 1989 seine Marschrichtung.

In der Debatte warfen die Sprecher der SPD der Bundesregierung vor, mit dem Haushalt keinen Beitrag zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit zu leisten. Der Finanzminister habe „durch die Drosselung der öffentlichen Investitionen, massive Kürzungen bei den sozial Schwächeren, die sinnlosen Milliarden-Subventionen vorsätzlich soziale Ungerechtigkeit und zusätzliche Massenarbeitslosigkeit geschaffen", sagte der finanzpolitische Sprecher der SPD, Hans Apel. Der Stabilitätspolitik stellte der SPD-Politiker das Rezept vermehrter öffentlicher Investitionen entgegen.

Stoltenberg verwarf die Rückkehr zu einer Politik der Staatsverschuldung. Die Zeiten weit überhöhter Steigerungsraten, der maßlosen Schuldenmacherei seien vorbei. „Wir sind auf einem guten Weg, den Bundeshaushalt endgültig wieder in Ordnung zu bringen", sagte Stoltenberg. In diesem Jahr stiegen die Ausgaben des Bundes um 2,4 Prozent. Würden die zusätzlichen Mittel für die Europäische Gemeinschaft herausgerechnet, so läge der Anstieg nur bei 1,8 Prozent. Im nächsten Jahr soll der Bundeshaushalt um 2,4 Prozent auf *263,9 Milliarden Mark ansteigen*.

Die Nettokreditaufnahme habe sich unter der jetzigen Bundesregierung günstig entwickelt. Ohne den Kurswechsel, den die Bundesregierung Ende 1982 eingeleitet habe, wäre die Neuverschuldung des Bundes 1983 von 37,5 auf rund 50 Milliarden Mark angestiegen, behauptete der Finanzminister. 1985 müßten noch rund 23 bis 24 Milliarden Mark an Krediten aufgenommen werden. *Bis 1988* bleibe die Neuverschuldung jedoch noch auf diesem Niveau. Dies sei im wesentlichen die Folge der für 1986 und 1988 beschlossenen Steuersenkung, „mit der wir sowohl für Familien mit Kindern die ihnen besonders zustehende Entlastung ein wichtiges Stück voranbringen als auch einen ersten Schritt zur Korrektur des leistungsfeindlichen Einkommensteuertarifs für alle Berufstätigen tun", sagte Stoltenberg.

Er wies darauf hin, daß ohne ein beharrliches und entschlossenes Bemühen um die Rückgewinnung gesunder öffentlicher Finanzen die schwere Wirtschaftskrise, die bei ihrem Amtsantritt die Bundesregierung vorgefunden hat, nicht hätte überwunden werden können. Gesunde öffentliche Finanzen seien notwendig, *um den Geldwert zu stabilisieren, um* niedrige Zinsen zu erreichen, um die Steuern senken zu können, um die private Kaufkraft zu erhöhen, um die Investitionskraft der Unternehmen zu stärken und um dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen.

Stoltenberg: „Wir haben heute Wachstum statt Schrumpfung." Die Steuerentlastungen zum 1. Januar würden die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage weiter stärken. Und: „Wir haben heute Preisstabilität statt trabender Inflation", sagte der Minister. Allein ein Rückgang der Preissteigerungsrate um ein Prozent bedeute für die privaten Haushalte einen Kaufkraftzuwachs von mehr als zehn Milliarden Mark.

Apel stellte die Haushaltskonsolidierung in Frage. *Der Finanzminister* habe die Bundesbankgewinne zu einer dauerhaften Finanzierungsquelle für den Haushalt gemacht. Die durchschnittliche Finanzierungslücke in den vier von Stoltenberg zu verantwortenden Haushalten sei höher als in den Jahren vor der Wende. So fehlten im nächsten Jahr 37,5 Milliarden Mark, die durch 25 Milliarden Mark Schuldenaufnahme und 12,5 Milliar*den Mark Bundesbankgewinn* gedeckt würden.

Stoltenberg trat der Auffassung entgegen, der Aufschwung gehe am Arbeitsmarkt vorbei. „Wir haben gegenwärtig rund 80 000 Beschäftigte mehr als vor einem Jahr. Bis Ende 1985 dürften es über 100 000 sein, außerhalb der Bauwirtschaft rund 200 000."

Ein wichtiger Schwerpunkt des *nächsten Haushaltes* sei der Familienlastenausgleich. Die vorgesehe-

● Fortsetzung Seite 8

## *Das freundliche Diagnose-Monster*

DIETER THIERBACH, Hamburg

Ein „neues Fenster zum Gehirn", so meldet die Neurologie, ist jetzt geöffnet worden: „Noch niemals zuvor in der Medizingeschichte haben so viele Disziplinen an der Entwicklung eines Gerätes mitgewirkt", sagt der Kölner Neurologe Wolf-Dieter Heiss. Denn zum Betrieb des „Diagnose-Monsters" ist ein geballtes Maß an Grundlagenwissen nötig. Ein Team aus Physikern, Chemikern, Computerspezialisten und klinischen Medizinern muß aufgeboten werden, um die Maschine in Gang zu bringen.

Die Rede ist von PET. Die Abkürzung steht für „Positronen-Emissions-Tomographie". Hinter dem Zungenbrecher verbirgt sich ein „dreidimensionales bildgebendes Verfahren", so das Mediziner-Deutsch, das jetzt in der „klinischen Routine" eingesetzt werden soll.

Gerade das Gehirn blieb lange Zeit – weil anatomisch abgeschirmt – einer detaillierten Diagnostik entzogen. Die Evolution hätte ihr „bestes Stück" nirgendwo optimaler geschützt unterbringen können als in der Schädelkapsel des Homo sapiens. Es bedeutete schon einen Fortschritt, als die herkömmliche Röntgen-Schichtbild-Technik alten Stils durch die Computertomographie, CT genannt, abgelöst wurde. Vor wenigen Jahren gesellte sich die Kernspin-Tomographie *hinzu, ein Verfahren*, bei dem die Wasserstoffatome des menschlichen Körpers durch ein äußeres Magnetfeld angeregt werden. Die „Rücksignale" werden in medizinische Schichtbilder umgewandelt.

Eine Revolution in der Hirnforschung dürfte die jetzt zum Einsatz kommende Diagnose-Maschine darstellen. Denn PET hat einen entscheidenden Vorteil: Nicht die Gestalt und Lage, sondern Funktionszustände und biochemische Aktivitäten einzelner Organe im lebenden Organismus werden dargestellt. (Heiss: „Legt man einen Toten unter so ein Gerät, bleibt alles schwarz.") Mit PET können Veränderungen durch Erkrankungen des zentralen Nervensystems sichtbar gemacht werden. So können z. B. Herde, die epileptische Anfälle auslösen, lokalisiert werden. Man beobachtet und registriert auf Bildern, wie einzelne, markierte Arzneimittel sich im Gehirn verteilen und wo sie wirken. Der Kölner Neurologe legte jetzt zusammen mit seinem fünfköpfigen Team einen Atlas für Ärzte vor, zu dem zehn PET-Zentren auf der ganzen Welt Material beigesteuert haben.

Die Wirkungsweise der Positronen-Emissions-Tomographie ist kompliziert: Kurzlebige, radioaktive instabile Isotope (*Radio-Isotope*) werden dem Patienten verabreicht. Sie strahlen beim ihrem Zerfall „positive Gegenstücke", quasi die Antiteilchen der Elektronen ab, Positronen genannt. Treffen diese wiederum auf Elektronen, vernichten sie sich gegenseitig unter Aussendung von Gammastrahlen. Von empfindlichen Detektoren empfangen, verrechnen Computer sie zu einem Bild. „Angst vor den Strahlen braucht niemand zu haben", erklärt Professor Heiss, „denn nach 15 Minuten ist bereits alles wieder weg . . ."

Die beiden einzigen deutschen PET-Zentren arbeiten in der Kernforschungsanlage in Jülich und beim Max-Planck-Institut für neurologische Forschung in Köln. Wolf-Dieter Heiss hält in der Ausbauphase etwa zehn deutsche Zentren für wünschenswert. Die Investitionskosten sind erheblich: Fast drei Millionen Mark allein kostet eine einzige PET-Maschine, dazu kommt die gleiche Summe fürs Zyklotron, die Beschleunigerquelle für die benötigten Radio-Isotope, die stets „frisch" hergestellt werden müssen.

## Sowjetisches Fernsehen verwehrt Reagan Ansprache

### US-Senator Byrd: Gorbatschow zu „radikalsten Vorschlägen" bereit

DW. Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat sich nach Angaben seines Sprechers Larry Speakes erfolglos um eine Genehmigung Moskaus für eine direkte Fernsehansprache an die sowjetische Bevölkerung bemüht. Speakes teilte mit, daß der Chef des US-Informationsamtes (USIA), Charles Wick, seinen sowjetischen Amtskollegen im Januar schriftlich um die Genehmigung für Reagan ersucht habe, im sowjetischen Fernsehen zu erscheinen. Dieses Schreiben sei nicht nur unbeantwortet geblieben, sondern bis gestern nicht einmal bestätigt worden, sagte Speakes.

Nach Auffassung der amerikanischen Regierung trüge es zur Verbesserung der Verständigung zwischen den Supermächten bei, wenn Reagan Gelegenheit erhielte, direkt zur sowjetischen Bevölkerung zu sprechen. Ziel solcher Bemühungen sei es nicht, eine Debatte zu führen, sondern die Ansichten der jeweiligen Gegenseite zu erläutern. Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow hatte die Gelegenheit bekommen, in der amerikanischen Zeitschrift „Time" seine Ansichten darzulegen.

Nach Ansicht des amerikanischen Senators Robert Byrd ist Gorbatschow dringend daran interessiert, in den Beziehungen zu den Vereinigten *Staaten zu einem sachlichen* Gespräch überzugehen und die reine Rhetorik abzubauen. Der Kreml-Chef habe für das im November vorgesehene Treffen mit Reagan eine mögliche flexible Haltung in der Frage der von ihm gewünschten Weltraum- und Atomwaffenkontrolle angedeutet, sagte Byrd, der mit einer amerikanischen Senatsdelegation von dem KPdSU-Chef zu einem Gespräch empfangen worden war. Gorbatschow habe angedeutet, daß die Sowjetunion zu den „radikalsten Vorschlägen" zum Abbau von Kernwaffen langer und mittlerer Reichweiten bereit sei, falls die USA über die Entmilitarisierung des Weltraums sprechen wollten.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

# Teststrecke A 66

Von Joachim Neander

Daß sich die Gegner einer einheitlichen Geschwindigkeitsbegrenzung auf den Autobahnen jetzt organisieren, daß sie aus der Defensive heraustreten, dafür scheint es Zeit. Allzu lange hat man die Tempo-100-Propheten predigen lassen. Mit welcher Raffinesse diese vorgehen, zeigt die hessische Landesregierung.

Um dem Abschluß des systematischen Großversuchs der Bundesregierung zuvorzukommen, hatte Hessen drei eigene Versuchsstrecken eingerichtet, auf denen die Frage der Schadstoffbelastung ausgeklammert und lediglich die Wirkung der Verbotsschilder auf das Verhalten der Autofahrer und den Verkehrsfluß untersucht werden soll. Aber selbst dabei wurde nicht das endgültige Ergebnis abgewartet. Hessen vorn um jeden Preis – rechtzeitig vor der Internationalen Automobilausstellung mußte ein vorläufiges Resultat her, ein möglichst günstiges für das Tempo-Limit, versteht sich. Und so wählte man als eine Teststrecke die A 66 zwischen Frankfurt und Wiesbaden. Da habe sich Tempo 100, verkündete Minister Steger (SPD), überraschend gut bewährt: weniger Unfälle, nicht die befürchteten Staus, große Bereitschaft der Autofahrer, sich an die Begrenzung zu halten.

Doch all denen, die diese etwa dreißig Kilometer lange Straße nicht kennen, wurde eine entscheidende Information zur Bewertung der hessischen Erfolgsmeldung vorenthalten. Es handelt sich gar nicht um eine Autobahn, sondern um eine Schnellstraße, die die beiden Städte miteinander und mit den beiden großen Nord-Süd-Autobahnen verbindet. Sie enthält zwei Kurven, die so eng nur sehr selten auf deutschen Autobahnen zu finden sind, und genauso viele Ausfahrten wie die fünfmal längere Autobahn Dortmund–Kassel.

Auf der A 66 regelt sich das Tempo durch die Verkehrslage. Dies als Teststrecke für ein Tempo-Limit auf der Autobahn herauszustellen ist Irreführung. Im übrigen: Ich fahre auf dieser Strecke seit Aufstellung der neuen Schilder häufig Tempo 110 und zähle die Autos, die mich überholen – meist mehr als fünfzig pro Fahrt.

# Krise der Neuen Demokratie

Von Evangelos Antonaros

Helen Vlachou, die Verlegerin der liberalen Athener Tageszeitung „Kathimerini" und eine der angesehensten Journalistinnen Griechenlands, wollte ihren Zorn nicht mehr bändigen: „Papandreou führt das Land ins Chaos. Und was tun wir? Wir streiten wie schlecht erzogene Kinder!"

„Wir", das ist Griechenlands wichtigste Oppositionspartei, die liberalkonservative „Neue Demokratie", die seit dem Machtverlust im Herbst 1981 von einer in die nächste Krise torkelt: Dreimal wurde der Parteichef ausgewechselt, eine zweite Parlamentswahl ging im Juni verloren, die Ausarbeitung eines überzeugenden Programms ist bisher nicht gelungen. Kurzum: Griechenlands wichtigste bürgerliche Partei durchlebt eine Identitätskrise.

Der Führungsstreit der letzten Tage ist nur ein weiteres Symptom. Zwar wurde Parteichef Mitsotakis in seinem Amt bestätigt. Aber die 1974 von Konstantin Karamanlis gegründete Partei steht praktisch vor der Spaltung. Führende Politiker haben der Partei bereits den Rücken gekehrt. Gegen unbequeme Parteimitglieder hat die Parteispitze Disziplinarverfahren eingeleitet. Von einem Exodus zahlreicher desillusionierter Politiker der jüngeren Generation ist die Rede.

Nur die wenigsten derjenigen, die sich um den rebellischen Ex-Innenminister Stefanopoulos scharen, halten ihn für eine charismatische Persönlichkeit. Aber die jüngere Politiker-Garde will demonstrieren, daß sie einen Generations- und Mentalitätswechsel wünscht. Tatsächlich stehen an der Spitze der „Neuen Demokratie" heute noch dieselben Leute, die in den fünfziger und sechziger Jahren das bürgerliche Lager führten.

Griechenlands Parteien haben keine Erfahrungen, wie ein solcher Generationswechsel am besten gelingt. Der Parteispitze fehlt in der Regel die Toleranz. Jeder partei-interne Kritiker wird sofort zum Dissidenten gestempelt. Kontroverse Diskussionen innerhalb der Partei werden ungern geduldet. Daher wird es der „Neuen Demokratie" schwerfallen, ihre gegenwärtige Krise zu bewältigen und das Vertrauen der griechischen Wähler zurückzugewinnen, wenn ihre Spitzenleute nicht bereit zum Umdenken sind.

# Damals in Armenien

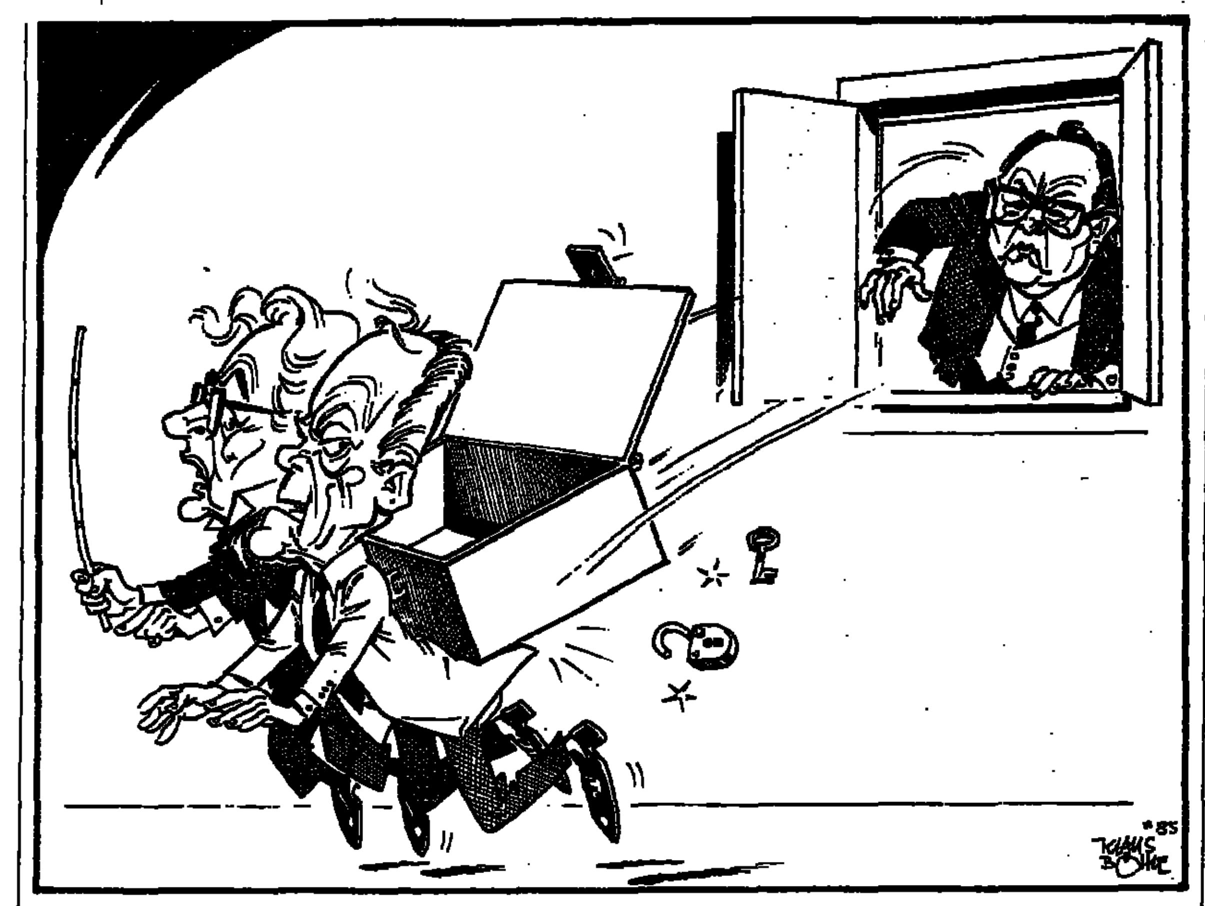
Von Peter Dittmar

Die Armenier sind den Russen nicht geheuer: „Zähl' deine Finger nach, wenn du einem Armenier die Hand gegeben hast", empfiehlt eine russische Redensart, in der sich Geringschätzung und Bewunderung mischen. Von diesen Vorurteilen sind auch die Männer im Kreml nicht frei. Sie trauen den Armeniern nicht – und trauen ihnen alles zu.

Deshalb kann es nicht verwundern, daß die sowjetische Delegation in Genf vor dem UN-Unterausschuß zum Schutze der Minderheiten als einzige gegen die Annahme einer Studie des Menschenrechtsexperten Benjamin Whiteaker stimmte. Dabei behandelt sie Ereignisse, die vor der Gründung der Sowjetunion passierten: die Massaker des Ottomanischen Reiches 1915 und 1916 an der armenischen Minderheit, bei denen, wie Whiteaker schreibt, rund eine Million Menschen umgebracht wurden (Franz Werfel hat das Geschehen durch seinem Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh" in Deutschland bewußt gemacht). Die Sowjetunion hat allerdings etwas gegen diese Wahrheit, darin ist sie sich mit der Türkei einig (die in dem UN-Unterausschuß nicht stimmberechtigt war). In Ankara wie in Moskau fürchtet man nämlich das Unabhängigkeitsstreben der Armenier.

Im Mai 1918 hatte sich Armenien – wie auch Georgien und Aserbeidschan – unabhängig erklärt. Aber bereits 1920 setzten Sowjets und Türken dem gemeinsam ein Ende. Sie besetzten die Republik Armenien, und im „Vertrag über Freundschaft und Brüderlichkeit" teilten sie sich 1921 brüderlich und in aller Freundschaft das Land mit dem Berg Ararat (wo Noah gelandet sein soll). Die Armenier wurden nicht gefragt, wie sie auch im Jahre 387 n. Chr. nicht gefragt wurden, als sich Persien und Ostrom diesen Brocken einverleibten, und wie sie bei allen späteren Teilungen nicht gefragt wurden.

Die Sowjets schicken regelmäßig schöne Broschüren nach Armenien, in denen etwas über die Erfolge der Leninschen Nationalitätenpolitik zu lesen steht. Aber auf die Frage, ob sie treue Söhne des Sowjetstaates seien, antworten die Armenier mit Radio Eriwan, jenem Sender, den sich Russen nur in der armenischen Hauptstadt vorstellen können: „Im Prinzip ja, aber ..."



„Aber Hans-Jürgen, doch nicht zum offenen Fenster heraus!" KLAUS BÖHLE

# Der zerrissene Vorhang

Von Peter Philipps

Viele Sozialdemokraten sahen sich 1987 schon wieder in die Bonner Machtzentren einziehen. Umfragen der vergangenen Monate gaukelten ihnen das Bild vom nicht mehr aufzuhaltenden Aufschwung der Partei aus den Tiefen der Niederlage 1983 vor. Die vorige Ausgabe des Mitgliedermagazins ließ in der Auflage von einer Million Exemplaren die aufwärts weisende rote Kurve vom Titelblatt leuchten.

Ein Mann, Hans-Jürgen Wischnewski, ist nun mit der Begründung seines Rücktritts vom Amt des Schatzmeisters wie ein Wirbelsturm durchs rote Rosenbeet gesaust. Für die Regierungs-Koalition ist dies alles fast unbezahlbar, nachdem ihr die SPD mit ihrer danebengegangenen Kandidaten-Diskussion schon die Mühe abgenommen hatte, das Bonner Polit-Sommerloch zu füllen.

Man muß zumindest am Rande vermerken, daß sich hier auch persönliche Probleme eines Politikers aufzeigen, der einst mit seinem breiten Kreuz alles abzufedern schien, dem aber inzwischen die ungewohnte und einst instinktmäßig erst einmal vermiedene Bürde eines Parteischatzmeisters viel zu schwer geworden war. Aber im wesentlichen geht es darum, daß die Partei plötzlich an ihrer Spitze wieder Zerrissenheit in einer Weise demonstriert, wie sie ihr vor gar nicht so langer Zeit den Abschied von der Macht beschert hat.

Die taktische Marschrichtung war am Montagabend von den Spitzengenossen bekräftigt worden: Das letzte ZDF-Politbarometer hatte Bundeskanzler Kohl dürftige Popularitätswerte bescheinigt, die SPD schien hingegen auf vielen Feldern im Bewußtsein der Bürger an Kompetenz zu gewinnen, ihr demnächst offiziell zu kürender Kanzler-Kandidat Rau wird allmählich zu Everybody's darling. Also: Wenn die Spionageaffäre Tiedge samt Sekretärinnen ausgeschlachtet und mit früheren Pannen der Bundesregierung zu einem schönen Brei verrührt würde, sei dies schon der halbe Sieg. Die SPD müßte nur ordentlich geschlossen und positiv auftreten. Diesem Kalkül wurde auch der ursprünglich anvisierte Untersuchungsausschuß gegen Parteistiftungen und Staatsbürgerliche Vereinigungen geopfert. Kein Klecks sollte das harmonische Rot verunzieren. Und nun: Statt „Brüder zur Sonne" stehen die Genossen erst einmal wieder im Regen.

Als hätten sie nur darauf gewartet, kommen nun andere, wie Hamburgs ehemaliger Bürgermeister Klose, aus ihren Klausen wieder hervor und demonstrieren, daß es auch mit der inhaltlichen Geschlossenheit in der Partei nicht so weit her ist, wie Willy Brandt semantisch und Hans-Jochen Vogel durch Sacharbeit in den vergangenen Monaten immer wieder darstellen wollten. Zwar vermeidet Klose, inzwischen klüger geworden, das Reizwort vom „Staat als Reparaturbetrieb des Kapitalismus", aber der Gedanke, den er in einer Illustrierten ausbreitet, ist der gleiche: daß die Hamburger SPD seit Jahrzehnten auf der Basis eines „erfolgreichen Bündnisses zwischen Arbeitern und Kaufleuten" regiere, sei pure „Sozialromantik". In Wirklichkeit dürfe die Politik nur zur „glänzenden Gewinnsituation der Unternehmen beitragen", ansonsten sei die SPD an der Elbe zwar in der Regierung, aber nicht „an der Macht". Dies schreibt er, während sich seine Partei gerade darum bemüht, in den Augen der Bürger wirtschaftspolitische Kompetenz zurückzugewinnen, sich vom Odium zu befreien, nicht mit Geld umgehen zu können. Auch ohne Wischnewski wäre hier etwas in Bewegung geraten.

Raus Zögern vor der offiziellen Kandidaten-Kür, an der er seit seinem Wahlsieg nicht mehr vorbeikommt, hat – neben seinen privaten Vorbehalten – erstmals diese Problematik deutlich werden lassen. Sein Zögern begründet er eben auch mit der Furcht vor dem „Schmidt-Syndrom", mit dem Willen, erst die Parteimehrheit auf seine politischen Positionen einzuschwören, damit er nicht wie einst der Alt-Kanzler als Stimmfänger einen Wagen zieht, der in eine andere Richtung steuert.



Die Kasse ist leer: Wischnewski als „gläserner" Schatzmeister FOTO: POLY-PRESS

Die vierzehn Aufrechten, die 1983 auf dem Essener Parteitag den Mut hatten, zur Sicherheits-Politik ihres Alt-Kanzlers Schmidt die Hand zu heben, erscheinen plötzlich wie ein Menetekel. Zu sagen haben sie an der Partei ohnehin nichts mehr. Es ist spätestens seit Essen in vielen Punkten eine neue SPD, in weiten Bereichen eine nach außen geschlossenere als vorher. Aber wenn die Genossen nicht aufpassen, ist der Frieden bald wieder vorbei. Zum ersten Mal hat Wischnewski jetzt die Person des Bonner Oppositionsführers Vogel in Frage gestellt. Parallel läuft eine Personaldebatte über den nun nach ihm letzten Schmidt-Mann, Apel, in Hamburg.

Und neben die Kritik an handelnden Personen, die sich nun in ihren Auseinandersetzungen mit der Bundesregierung auch mit den von dort genüßlich vorgebrachten Zitaten auseinandersetzen müssen, hat Wischnewski ja auch noch das Bild einer desolaten Partei gesetzt: In den vergangenen Jahren ist der SPD die Bevölkerung einer ganzen Stadt weggelaufen; von rund einer Million Mitgliedern ist der Weg bergab gegangen auf jetzt etwa 916 000. Die Kasse ist kaum gefüllt, der Sturz in die roten Zahlen drohe angesichts ungebremster Ausgaben-Wut schon wieder.

Nun hat die Kasse in den vergangenen zwei/drei Jahren schlechter ausgesehen. Ein Präside sprach davon, daß Halstenberg bei Wischnewskis Maßstäben eigentlich täglich hätte zurücktreten müssen. Aber Wahlen werfen Schatten voraus. Und dann gibt es ja auch noch das Urteil aus Karlsruhe, daß sich Parteien nicht „überwiegend" aus staatlichen Zuwendungen finanzieren dürfen. Ohne Spenden, nur mit Hilfe von Mitgliedsbeiträgen, wird dies für die SPD immer schwieriger werden.

Der „Vorwärts" und persönliche, plötzlich aufbrechende Animositäten haben den Vorhang weggerissen. Dahinter ist eine SPD wieder sichtbar geworden, die mit finanziellen und Mitglieder-Problemen, vor allem aber auch mit ihrem alten Leid der internen Auseinandersetzungen zu kämpfen hat. Fingerzeige auf die Koalition, so muß man an Heinemann erinnern, führen immer dazu, daß drei Finger der Hand auf die Genossen selbst zurückzeigen. Maniküre und Tünche kann dies nur zeitweise verdecken.

# IM GESPRÄCH Familie Mandela

## Gewalt und Warmherzigkeit

Von Monika Germani

Ist Nelson Mandela (67) ein Märtyrer, der, weil er seine schwarzen Brüder von der Unterdrückung befreien will, unschuldig im Gefängnis sitzt? „Ich habe gegen weiße und schwarze Vorherrschaft gekämpft", sagte er im April 1964 im „Rivonia-Prozeß" in Pretoria. Er bekannte sich wie die sieben anderen Angeklagten schuldig und wurde wegen Sabotage und Verschwörung zum Umsturz zu lebenslanger Haft verurteilt.

Auf der Farm „Lilliesleaf" in dem Johannesburger Vorort Rivonia hatten die Verurteilten Material zum Bau von 48 000 Haftminen und 210 000 Handgranaten gelagert. In „Lilliesleaf", so berichtet Winnie, habe sie den glücklichen Teil ihrer 1957 geschlossenen Ehe genossen. Dort war die Familie mit den beiden Töchtern Zeni und Zenzi beisammen.

Winnie (51) ist Tochter eines Lehrerehepaares aus der Transkei. Ihre Familie gehört zum Königshaus der Tembu; Kaiser Matanzima, heute Präsident des international nicht anerkannten Staates, war ein Verehrer der Sozialarbeiterin, die in Johannesburg Matanzimas Onkel, den Anwalt Mandela, kennenlernte. Er war Methodisten-Schüler, ging nach Johannesburg, um sich einer Heirat aus Stammesgründen zu entziehen, und hatte an der ältesten schwarzen Universität des Landes, Fort Hare, (ebenso wie Robert Mugabe) studiert. Er organisierte 1940 einen Studentenstreik und wurde relegiert.

In Fernkursen und später an der Johannesburger Witwatersrand-Universität studierte er weiter. Als Rechtsanwalt hatte er mit Oliver Tambo, dem heutigen Präsident des African National Congress (ANC), eine Praxis in Johannesburg. Mandela spielte als Mitglied der Jugendliga des ANC eine wichtige Rolle bei der Radikalisierung dieser Bewegung. Damals begann die Infiltration des ANC durch die South African Communist Party (SACP). Mandela gründete zusammen mit dem weißen Kommunisten Joe Slovo, heute Mitglied des ZK der SACP und Generalstabschef des ANC, den militanten ANC-Flügel, den „Umkhonto we Sizwe" (Speer der Nation). Dieser ist heute für die meisten Bombenanschläge in Südafrika verantwortlich.

In den mehr als zwanzig Jahren seiner Haft ist die Erinnerung an Mandela von seiner Frau wachgehalten worden. Nach einigen Verhaftungen wurde sie 1977 nach Brandfort im Oranje-Freistaat, dem Zentrum des Burentums, verbannt. Ihr Haus ist Treffpunkt aller Bewunderer des ANC, Senator Ted Kennedy eingeschlossen. Frau Mandela ist gebildet und warmherzig. In schlichten Worten schildert sie in ihrem Buch „Ein Stück meiner Seele ging mit ihm" ihr Leben im Schatten des Gefangenen von Pollsmoore.



Glückliche Tage mit 48 000 Haftminen: Winnie und Nelson Mandela FOTOS: CAMERA PRESS/AP

In seinen Bekenntnissen zum Terrorismus, seinen Schriften wie dem Buch „Wie man ein guter Kommunist ist" erwähnt Nelson seine Frau nicht. Heute tritt die jüngere Tochter Zenzi in die Fußstapfen ihres Vaters. Sie studiert an der Kapstädter Universität und ist eine glühende Kämpferin für die Freilassung des Vaters.

Zenzi (23) hat zusammen mit Bischof Tutu im Februar auf einer Massenveranstaltung den Brief ihres Vaters verlesen, in dem er das Angebot Bothas ablehnt, der ihn freilassen wollte, wenn er der Gewalt abschwört. Ihre Schwester Zeni, verheiratet mit einem Mitglied des Königshauses der Dhlamini von Swaziland, nahm neulich in Washington eine Spende von vierzehn US-Senatoren entgegen, mit der das durch Molotow-Cocktails zum Teil zerstörte Haus ihrer Mutter wiederaufgebaut werden soll.

# DIE MEINUNG DER ANDEREN

## DARMSTÄDTER TAGEBLATT

**Es geht auf den heutigen Dreiergipfel ein:**

Wichtig ist, daß alle Beteiligten und Betroffenen auf Vergangenheitsbewältigung und Schuldzuweisungen künftig weitgehend verzichten, ideologische Schaukämpfe auf ein offenbar unvermeidbares Mindestmaß begrenzen und ihre Energien auf Vorschläge konzentrieren, die kompromißfähig und praktikabel erscheinen. Das Spitzengespräch, zu dem Helmut Kohl Vertreter des Gewerkschaftsbundes und der Arbeitgeber in seinem Bungalow empfangen wird, dürfte zeigen, ob die gesellschaftlichen Kräfte unserer Republik in einer offensichtlichen Notlage den Mut zur Zusammenarbeit aufbringen.

## LES ECHOS

**Die Pariser Zeitung schreibt über die Ablösung Pol Pots:**

Die Pensionierung von Pol Pot, einer der übelsten Persönlichkeiten der Zeitgeschichte, ähnelt, wie dies auch Prinz Norodom Sihanouk soeben gesagt hat, einer „Komödie". Ob tatsächlich oder nur scheinbar: die Abschiebung Pol Pots und seine Ablösung durch den „Gemäßigten" Son Sen haben in der Tat den Zweck, das Image der Roten Khmer zu einem Zeitpunkt aufzubessern, wo man nach der Zusage des vietnamesischen Außenministers Nguyen Co Thach, die Truppen Hanois bis 1990 aus Kambodscha zurückzuziehen, verstärkt von einem „New Deal" spricht ... Wenn man bedenkt, daß Pol Pot und Son Sen, die verantwortlich sind für die Ermordung von rund zwei Millionen Landsleuten, sich seit einiger Zeit als Anwälte eines Systems gebärden, das auf einem wirtschaftlichen Liberalismus und einer parlamentarischen Demokratie basiert, glaubt man schlicht zu träumen. Als Stalinisten, denen der Zweck die Mittel heiligt, bemühen sich die Roten Khmer angesichts der bevorstehenden UNO-Vollversammlung, sich die Hände reinzuwaschen.

## MAARIV

**Die israelische Zeitung befaßt sich mit dem Beschluß der Universität Jerusalem, von Weizsäcker keinen Ehrentitel zu verleihen:**

Der Beschluß des Universitäts-Senats ist eine unglückliche Entscheidung. Nicht nur ist das eine Beleidigung für den ersten deutschen Staatspräsidenten, der Israel offiziell besucht, vielmehr ist es eine Ungerechtigkeit gegenüber der Person, die seit Jahren als einer der treuesten Freunde des Staates Israel bekannt ist. Von Weizsäcker hat es verdient, als derjenige angesehen zu werden, der das Gewissen des heutigen Deutschland symbolisiert. Er ist der einzige Staatsmann, der sich bemüht, das Gedenken des Holocaust aufrechtzuerhalten, der seine Nation dazu erziehen will, die Grauen der Nazi-Zeit zu erkunden.

# Die drohende atomare Aufrüstung des Nahen Ostens

Betrifft: Syrien, Libyen, Iran und Israel / Von Bernt Conrad

Die Vorstellung, Syrien, Libyen und Iran könnten über Atomwaffen verfügen, ist atemberaubend. Die Folgen für Israel, für die arabische Nachbarländer wie Ägypten, Irak, Saudi-Arabien und die Golfstaaten, wären kaum abzusehen. Unabsehbare Folgen für den Weltfrieden müßten ins Auge gefaßt werden. Zurückhaltung im Umgang mit nuklearen Vernichtungswaffen wäre von Fanatikern wie dem Libyer Khadhafi, messianischen Politaposteln wie dem Ayatollah Khomeini und eiskalten Machtpolitikern wie dem Syrer Assad nicht zu erwarten.

Diese apokalyptische Vision hat reale Hintergründe. Denn die libanesische Zeitung „Al Scharq" will erfahren haben, daß die Außenminister Syriens, Libyens und Irans bei ihrem jüngsten Treffen in Damaskus die Beschaffung von Atombomben beschlossen hätten, um der „nuklearen israelischen Bedrohung entgegenzutreten". Eine offizielle Bestätigung dafür war nicht zu erhalten. Der syrische Informationsminister Yassin Rajjuh erklärte: „Ich habe davon nichts gehört." Er fügte hinzu: „Es ist das Recht jedes Staates, sich mit allen Waffen zu verteidigen."

Das heißt wohl im Klartext: Sollte Assad gemeinsam mit Khadhafi und Khomeini in der Lage sein, Atombomben „anzuschaffen" (worunter alles mögliche, vor allem aber ihre Produktion zu verstehen sein dürfte), dann wird er das tun. Und dem stünden keine unüberwindbaren Hindernisse im Wege. Eine schnelle Möglichkeit wäre der Aufbau eines Kernforschungszentrums mit Wissenschaftlern aus der ganzen Welt, die bei entsprechender Bezahlung wohl auch zu finden wären, und der gleichzeitige Diebstahl von spaltbarem Material.

Etwas länger dauern würde ein „normalerer" Weg: Neben dem Forschungszentrum die Errichtung eines Kernkraftwerks mit Natururan-Ausstattung als Ausgangspunkt für die Gewinnung von Plutonium und außerdem der Bau einer Wiederaufbereitungsanlage für die abgebrannten Brennelemente aus dem Kernkraftwerk zur Plutoniumgewinnung. Denkbar wäre auch die Verwendung von angereichertem Uran zur Atombombenherstellung. In diesem Fall wäre der Bau einer sehr kostspieligen Uran-Anreicherungsanlage erforderlich.

Voraussetzung für all dies sind technisches Wissen und viel Geld. Offizielle Wege zum Know-how dürften sich für die Beteiligten kaum öffnen. Sowohl den Syrern als auch den Libyern wird die verbündete Sowjetunion nicht die Fähigkeit zur Entfesselung eines dann auch für sie unkontrollierbaren Konflikts geben. Die Iraner können damit angesichts der heiklen Pendelbewegungen Moskaus im Golfkonflikt ohnehin nicht rechnen.

Die „Eigenbeschaffung" des Know-how aber kostet Millionen- oder Milliardenbeträge. Über sie scheint zur Zeit keiner der drei Atom-Aspiranten zu verfügen. Iran braucht alle Reserven für den Krieg gegen Irak. Syrien lebt sowieso von Subventionen. Sogar der Ölstaat Libyen ist derzeit knapp bei Kasse; jedenfalls läßt sich dies aus den Massenausweisungen ägyptischer und tunesischer Gastarbeiter aus Libyen schließen.

Aber das kann sich ändern. In einem solchen Fall, das heißt, wenn Khadhafi, Assad und Khomeini wirklich die atomare Bewaffnung vorantreiben würden, müßte mit einem israelischen Präventivschlag gerechnet werden – daran bestehen nach der Zerstörung des irakischen Atomreaktors Tammuz bei Bagdad durch die israelische Luftwaffe im Juni 1981 kaum Zweifel. Fachleute gehen davon aus, daß Irak mit Hilfe dieses Reaktors in einigen Jahren ein halbes Dutzend Atombomben hätte herstellen können. Ungeachtet aller internationalen Proteste haben die Israelis klargemacht, daß sie auch künftig eine atomare Bedrohung nicht hinnehmen würden.

Was Irak betrifft, so ist der Rückschlag von 1981 offenbar nicht wieder wettgemacht worden. Frankreich wollte Ersatz für den zerstörten Reaktor liefern, aber nur eine schwächere Version. Seitdem herrscht Funkstille.

Als Motiv für die arabische Sehnsucht nach der Atombombe wird immer wieder die atomare Kapazität Israels angegeben. Tatsächlich spricht viel dafür, daß der jüdische Staat über nukleare Waffen verfügt. Letzte Hinweise waren der amerikanischen Fachzeitschrift „Aerospace Daily" zu entnehmen, derzufolge israelische Atomraketen des Typs „Jericho 2" an der Nord- und Südgrenze des Landes stehen sollen.

1978 hat der US-Geheimdienst CIA mitgeteilt, nach seinen Informationen habe Israel seit 1974 Atomwaffen produziert. Drei Fachleute schrieben Israel 1982 den Besitz von rund zweihundert Kernsprengköpfen zu. Die Regierung in Jerusalem hat zu diesen Berichten stets erklärt: „Israel will nicht der erste Staat sein, der im Nahen Osten zu Atomwaffen greift."

# Die schweren Fehler der Chefs

**Leistungsdruck ist ein vielzitiertes Stichwort. Noch bedeutsamer vielleicht ist im realen Wirtschaftsleben jener als erzwungen empfundene Leistungsverzicht: die „innere Kündigung", der lautlose Protest gegen Führungsfehler der Vorgesetzten.**

Von FRITZ RAIDT

Es gibt, so hat ein Spötter bemerkt, drei garantierte Methoden, ein Unternehmen zu ruinieren: mit Frauen, das ist die schönste; mit Spielen, das ist die schnellste; und durch die EDV, das ist die sicherste Methode. Nun hat man noch eine aktuelle Variante ausgemacht: den Pessimismus. Ein schön snobistisches Verfahren, unter betrieblichen Gesichtspunkten vielleicht das gefährlichste aller Laster. Denn Pessimismus ist so ansteckend wie Aids, mit dem Unterschied freilich, daß gegen den Pessimismus ein Kraut gewachsen ist, nämlich Führung durch das positive Beispiel.

Wenn die Neigung, schwarzzusehen und schwarzzumalen, in einer Firma erst einmal Fuß gefaßt hat, begeben sich die Mitarbeiter mehr und mehr in die Haltung einer Art „innerer Kündigung". Sie ist die betriebliche Ausformung von sattsam bekannten Zeiterscheinungen wie „Null Bock", „Dienst nach Vorschrift", „Leistungsverweigerung", „Steuerflucht und -hinterziehung", „Elite-Verteufelung", „Aussteiger-Mentalität" eben.

Wer innerlich gekündigt hat, verweigert dem Unternehmen seine Eigeninitiative und seine Einsatzbereitschaft. Die mentale Grundhaltung entlädt sich nicht auf dem Wege der Aggression in der bewußten Handlung einer äußeren Kündigung, sondern führt über Frustration und Demotivation zur Resignation – mit dem fatalen Ergebnis, daß der einzelne einem Zustand der Depression verfällt, während im Unternehmen Kreativität und Innovation langsam, aber sicher versiegen. Der Prozeß selber ist dem einzelnen häufig so wenig bewußt wie der Unternehmensführung bekannt. Und weil die innere Kündigung nicht justitiabel ist, ist sie auch so schwer handhabbar. Man kann ihr nur indirekt beikommen.

## An humanen Bedürfnissen vorbeiproduziert

Als Ursachen für die innere Kündigung lassen sich vielerlei Faktoren ausmachen: die Unfähigkeit, Konflikte offen auszutragen, oft individuell bedingt, weil einer zu alt, zu ängstlich ist oder Rücksicht auf seine Familie nehmen muß; die anhaltende Nicht-Befriedigung von Bedürfnissen im seelisch-geistigen Bereich oder die Überbewertung der materiellen Bedürfnisskala. Die Sozialpartner müssen sich wohl sagen lassen, daß die einen an den eigentlichen humanen Bedürfnissen laufend vorbeiproduziert und die anderen daran vorbeigefordert haben.

Die Industriegesellschaft, so muß man konstatieren, hat auf materiell-zivilisatorischem Gebiet phantastische Dinge hervorgebracht, aber bis heute keinen adäquaten Führungsstil, der als Basis für eine Selbst- und Fremdkontrolle von Verhalten allgemein akzeptiert, geschweige denn internalisiert, verinnerlicht, worden wäre. Derartige kontrollfähige Verhaltensvorgaben wären aber Voraussetzung eines sich selbst regulierenden Optimierungsvorganges. Da er meistens ausbleibt, werden mit quälender Regelmäßigkeit immer wieder Führungsfehler begangen. Und sie muß man als hauptsächlichen Auslöser einer inneren *Kündigung betrachten, zumindest*, was den mikrosozialen Bereich des beruflichen Alltags angeht.

Die Liste solcher Chef-Sünden, das haben eingehende Beobachtungen ergeben, ist mehr als umfangreich. An erster Stelle stehen Eingriffe des *Vorgesetzten in den Aufgabenbereich* der „Untergebenen", das Durchregieren und Vorbeiregieren, weil dies Zweifel an der Kompetenz des Mitarbeiters ausdrückt. Zu viele Chefs verzichten auch auf den Rat ihrer Zuarbeiter oder weisen ihn gar zurück und halten es für überflüssig, die eigenen Entscheidungen zu erklären oder in einen rationalen Zusammenhang zu stellen. Ein häufiger Fehler: Erfolge sind stets dem Vorgesetzten zu verdanken, Fehlentscheidungen haben die Mitarbeiter auszubügeln oder abzufangen. Ihnen überträgt man keine oder nur unzureichende Kompetenzen, aber Arbeit und Verantwortung. Ziel- und Sollvorgaben werden in autoritärem Stil diktiert, anstatt sie im Gespräch plausibel zu machen. Information kann ja ein Ausdruck von Kritik und Anerkennung sein.

Immer wieder klagen Mitarbeiter auch über ein demotivierendes Übermaß an Kontrolle, *dem sie* sich von ihren Chefs *ausgesetzt* fühlen; das Mißtrauen scheint ein Bestandteil der Vorgesetzten-Philosophie zu sein. Andere fühlen sich durch die Art und Weise verletzt, in der der Boß Urteile über ihren Charakter fällt. Die meisten wünschen sich einen Chef, der seine Untergebenen gegen Angriffe von dritter Seite in Schutz nimmt, der also nicht „kneift", der mehr Verständnis als bisher allgemein für persönliche Probleme und Schwierigkeiten zeigt und der einen „Vertrauens-Vorschuß" gewährt. Als besonders frustrierend gelten ferner Ungerechtigkeiten bei Bezahlung, Lob oder Tadel sowie Launenhaftigkeit, Willkür und Schikane.

Eine Firmenleitung, der daran gelegen ist, die Belegschaft zu aktivieren, den Einfallsreichtum und die Erfahrung des einzelnen (wieder) zu mobilisieren, hat also auf die Symptome und Signale zu achten, die den Zustand der inneren Kündigung ausdrücken. Ruhe und Harmonie, zum Beispiel, können überaus trügerisch sein. Wo es nämlich keine Beschwerden auf dem Dienstweg mehr gibt, *keine Notwendigkeit, Streit* unter Kollegen zu schlichten, da kann auch Desinteresse vermutet werden. Nicht viel besser ist freilich die Situation, wenn der Humor verkümmert ist, wenn kein Witz mehr blüht, der Spitznamen aufkommen läßt und glossierende Anmerkungen zum Betriebsgeschehen gebiert. Hinweise liefert auch das Verhalten der Mitarbeiter gegenüber plötzlich auftretenden Problemen, Überstunden oder bei Einzelaufträgen: ob sie abwehren oder sogar eigene Vorschläge einbringen oder ob sie, nach dem System „Management by Torero", mit einer eleganten *Hüftdrehung* das *Problem* passieren lassen. Zu einem weniger geschickten Kollegen, versteht sich.

## Keine Vorschläge und keine Kritik

Zusammengefaßt sind die speziellen Signale im Mitarbeiter-Verhalten beim Zustand der inneren Kündigung: kein Interesse an Auseinandersetzungen; typischer Ja-Sager geworden; stets bei der Mehrheit; keine Vorschläge, keine Kritik; wohldosier*ter, klug verdeckter Konformismus*; Chef-Entscheidungen werden gar nicht mehr oder nur zustimmend kommentiert; Kompetenz wird nicht mehr ausgeschöpft; Eingriffe in den Delegationsbereich werden gelassen hingenommen; kein Karriere-Interesse mehr; zunehmendes Fehlen wegen Krankheit und Familie; Zurückhaltung im Auftreten; verdächtig angenehm im Umgang.

Auch Chefs haben ihre Art und Weise, auf solche Symptome zu reagieren, meist ohne sich dessen bewußt zu sein, aber: Auch sie geraten zuweilen in den Zustand der inneren Kündigung. Dann schränken sie die von früher her vielleicht vorhandenen persönlichen Beziehungen ein oder laden Mitarbeiter nach Möglichkeit nicht mehr zu Gruppenbesprechungen. Sie erteilen keine Einzelaufträge mehr und reduzieren Kontrolle wie Anerkennung und Kritik. Urlaub, auch zwischenzeitlich, wird anstandslos gewährt. Ein Teufelskreis, der sich freilich, hinreichendes Problembewußtsein vorausgesetzt, mit dem Willen zur partnerschaftlichen Hilfestellung auch durchbrechen läßt.

Wer gegen die innere Kündigung angehen will, muß sofort und muß bei sich beginnen. Der soll nicht auf Trendwenden im makrosozialen Bereich warten, auf Änderungen also an der Firmen- oder Konzernspitze, sondern den eigenen Verantwortungsbe*reich ins Visier nehmen. Immerhin* besteht die Chance, durch ein solches individuelles Beginnen auf breiter Front einen Trend auszulösen. Ein solcher Aufbruch erfordert Persönlichkeiten, die weniger mit akademischen und sonstigen Titeln ausgestattet sind als mit einem glaubwürdigen Charisma. Wer sich nicht selbst vertraut, wird auch kein Vertrauen ausstrahlen, und Pessimismus an der Unternehmensspitze ist, wie schon gesagt, das gefährlichste Laster.

Nach der Entwicklung von rund fünfzig ernst zu nehmenden Führungs- und Organisationsmodellen beginnen *wir nun, uns wieder demütig* dem klassischen „Vorbild" zu nähern, den bewährten Leitbildern; viele ziehen es wahrscheinlich vor, von Management by self-control and example zu sprechen. Zu dieser „Selbstkontrolle", gerade an der Spitze, gehört untrennbar ein transparen*tes, verständliches Unternehmens*konzept mit verbindlicher Aussage über den Führungsstil. Noch immer geht kapieren vor akzeptieren und schon gar vor internalisieren.

Dieses Konzept muß so aussehen – und da hat die Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft in Bad Harzburg etwas anzubieten –, daß die heute aktuell diskutierten Postulate und Visionen von Führungsstil, Unternehmenskultur, Werteorientierung, Ethik und Humanität jeden Tag realisiert werden – geräuschlos, ohne Pathos, gewissermaßen als Kuppelprodukt der Alltagsarbeit, wenn man diese Spielregeln befolgt. Dazu gehört, daß Verhalten als Leistung ganz besonderer Art anerkannt wird, daß immaterielle Werte respektiert und für den Führungsbereich konkretisiert werden. Auch der Humor sollte als ein Saft sui generis in der Rangliste wieder einen hohen Stellenwert einnehmen – als eine hervorragende Immunisierung und als Therapeutikum gegen die innere Kündigung.

Eine stellenweise degenerierende, überzüchtete Betriebswirtschaft sollte endlich die Personalinvestition als Investition anerkennen. Dazu zählen vertrauensbildende Maßnahmen aller Art, wozu vor allem die Information gehört – anstelle einer Ausweitung der Revisionsabteilungen. Dazu gehört aber auch Mut zum Risiko einer eventuellen Enttäuschung. Mit dem Risiko lebt der Unternehmer schließlich auch sonst. Jedenfalls im zwischenmenschlichen Bereich muß man das verhängnisvolle Lenin-Wort umkehren und künftig sagen: Kontrolle mag gut sein, Vertrauen ist besser. Wer seinen Mitarbeitern auf allen Ebenen eigene Verantwortungsbereiche einräumt, praktiziert Unternehmenskultur und Humanität am Arbeitsplatz, anstatt berufsgenossenschaftliche Selbstverständlichkeiten gedankenlos anzuwenden.

Wahrscheinlich hat das der Kirchenvater Augustinus schon geahnt, als er in einer für den geistigen Zusammenhalt der katholischen Kirche bedrohlichen Situation beschwörend ausrief: „In dubiis libertas!", im Zweifelsfall mehr Freiraum gewähren!



**Professor Dr. Fritz Raidt (62), lehrt an der *Universität* Mainz und an der Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung in Koblenz. Er ist zugleich Präsident der Akademie für Führungskräfte in Bad Harzburg und Mitglied im Aufsichtsrat der Vereinigte Aachen-Berlinische Versicherung AG.**
FOTO: KNÖDLER



**Die 28. Auslandsreise des Papstes führt nach Liechtenstein. Das „Papamobil" steht schon vor dem Schloß**
FOTO: EDDY RISCH

# *Zum Papstbesuch marschieren Österreicher und Schweizer ein*

**Die Polizei von Liechtenstein ruft ihre Kollegen aus Österreich und der Schweiz zu *Hilfe. Doch das friedliche Volk* zwischen Alpen und Rhein probt nicht den Aufstand gegen seinen Fürsten, sondern es freut sich lediglich über den Besuch des Papstes.**

Von WALTER H. RUEB

Das Fürstentum Liechtenstein ist in Aufruhr. Vor lauter Aufregung: Am Sonntag besucht Papst Johannes Paul II. den Kleinstaat zwischen Alpen und Rhein. Zwar nur für einen siebenstündigen Pastoralbesuch, doch Regierung und Bevölkerung in Vaduz sprechen vom „staatspolitischen Ereignis höchsten Ranges". Zwischen Fürstentum und Heiligem Stuhl wurden schnell noch diplomatische Beziehungen aufgenommen.

In Eschen, zehn Kilometer nördlich von Vaduz, wird der Papst um 10 Uhr liechtensteinischen Boden betreten und – *wie er es immer tut* – küssen. Zusammen mit Bischöfen aus der Schweiz, aus Deutschland und Österreich wird er dann eine Eucharistiefeier zelebrieren. Das „Papamobil" steht mit der Liechtensteiner Nummer FL 9 schon bereit, und im Sportpark ragen seit Tagen Tribünen sowie eine 30 Meter hohe Stahlkonstruktion in den Himmel, die den Altar vor Regengüssen schützen soll.

In Liechtenstein, der Ostschweiz, in Vorarlberg und Süddeutschland, wo schon jetzt Tausende von Katholiken zum Aufbruch ins Fürstentum rüsten, hofft man auf gutes Wetter: denn wenn der Heilige Vater im Sportpark von Eschen vor 40 000 Menschen die Messe zelebriert und predigt, dürfen aus Sicherheitsgründen keine Regenschirme aufgespannt werden.

Strenge Sicherheitsvorkehrungen sind auch im friedlichen Liechtenstein das A und O aller Planungen. Da ist jedoch ein Land mit 42 Polizeibeamten und 30 Hilfspolizisten stark überfordert – rechnet man doch mit einem Zustrom von 50 000 Menschen aus allen Himmelsrichtungen.

Liechtensteins Obrigkeit aber wußte Rat. Schließlich sind die Beziehungen zur Schweiz eng und nach Österreich herzlich. Aus den beiden Nachbarstaaten rücken rechtzeitig starke Polizei-Kontingente ins Land ein. Über die Höhe der polizeilichen Verstärkung gibt Liechtensteins Regierung keine Auskunft. Das Sicherheitsdispositiv vertrage keine Angaben über die Stärke der zur Verfügung stehenden Kräfte, ließ Vaduz verlauten. Auch souveränitätsrechtliche Probleme vermag sie nicht zu erkennen. Solche habe es beim Einsatz des deutschen Bundesgrenzschutzes zum Schutze des Papstes im Großherzogtum Luxemburg auch nicht gegeben.

Auskunftsfreudiger als Liechtensteins Regierungschef Hans Brunhart zeigte sich Österreichs Innenminister Karl Blecha. Stolz wies er darauf hin, daß Österreichs Gendarmerie erstmals seit 136 Jahren außerhalb der eigenen Landesgrenzen zum Einsatz komme. Zur Abschreckung von Terroristen und Chaoten verriet er sogar, wer sich im Ernstfall schützend um den Heiligen Vater schart: es sind die Männer des österreichischen Anti-Terror-Kommandos „Kobra", die von sich sagen, sie seien so gut wie die deutsche GSG 9.

Niemand rechnet aber damit, daß „Kobra" in Aktion treten muß. 86 Prozent der 26 000 Liechtensteiner sind katholisch. Der Anteil wäre noch höher, wenn nicht die hohe Zahl von nichtkatholischen Ausländern wäre. Im ganzen Land ist der Papst denn auch herzlich willkommen, darüber dürfen auch ein paar Schmierereien an Häuserwänden und Plakatsäulen nicht hinwegtäuschen.

Das Foto vom Werk eines Sprayers in einer Schweizer Wochenzeitung, der ein Papstplakat mit den Worten „Nein danke" versehen hatte, erregte *im Fürstentum* denn auch *großen* Unwillen. „Der Reporterin haben wir einen offenen Brief geschrieben", sagte Egon Gstöhl, Pressesprecher der fürstlichen Regierung in Vaduz. Und im „Vaterland", der meistgelesenen Zeitung des Landes, hieß es: „Der Verdacht drängt sich auf, daß gewisse Kritiker Sinn und Bedeutung des Pastoralbesuches nicht verstehen wollen und mit ihrer Agitation darauf abzielen, unter der Bevölkerung Mißstimmung und Animosität gegenüber dem unbequemen Mahner aus Rom zu schaffen."

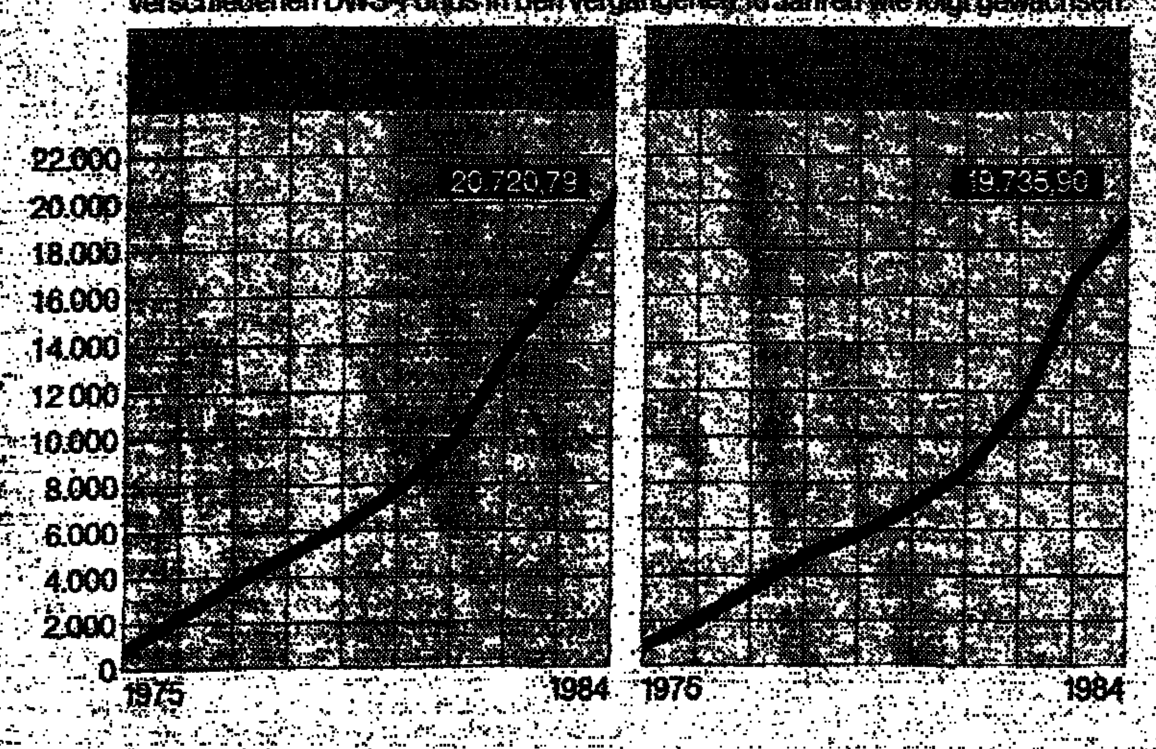
Die Kritiker des Papstbesuchs wenden sich in Wirklichkeit weniger gegen den Besucher als gegen damit verbundene Begleiterscheinungen: schon jetzt feilgebotenen Wallfahrtsort-Kitsch, Papstbildchen für die Gebetbücher, für die Masse unerschwingliche Bildbände und Gedenkmedaillen, Verkehrsbeschränkungen und Fahrverbote, aber auch den Nulltarif für die Benutzung sämtlicher Verkehrsmittel und ein totales Veranstaltungsverbot.

Pressesprecher Gstöhl: „Aus Gründen der Sicherheit und mit Rücksicht auf die Erfordernisse der Bereitstellung aller Raumkapazitäten sind Sportveranstaltungen, Popkonzerte, Theater- und Kinovorstellungen, ja selbst Klassentreffen verboten. Die Abhaltung evangelischer und anderer Gottesdienste aber ist erlaubt."

Im Vergleich zur Kritik am Veranstaltungsverbot, spärlichen offiziellen Informationsfluß, an der Überflutung des Landes mit Fremden und anderen Begleiterscheinungen des Papstbesuchs waren die Proteste gegen die vom Parlament bewilligten 3,4 Millionen Mark für den Besuch schwach. Verständlich: Liechtenstein ist reich, außerdem kommt das Geld durch den Verkauf eines flugs gedruckten Briefmarkenblocks wieder herein.

Die Diskussion um finanzielle Angelegenheiten ließ sogar alte – immer dementierte – Gerüchte wieder aufleben, 1916 hätte es in Vaduz Pläne gegeben, das Fürstentum dem Vatikan zu schenken. Nur dem Geschäftssinn des Fürsten sei es zu danken, daß dies nicht geschehen sei ... Einer seiner Nachfolger, Landesfürst Franz Josef II., wird den Papst am Sonntagnachmittag auf dem Vaduzer Schloß willkommen heißen. Und zwar im *Rittersaal*, eine Treppe über den Räumlichkeiten, in denen zuvor die Regierungsmitglieder des Landes vor dem Papst in die Knie gehen, um ihm den Ring zu küssen.

In dem allgemeinen Jubel geht fast unter, was Dekan Franz Näscher von Vaduz seinen Landsleuten zu sagen hatte. Er erinnerte zwar weder an das den Frauen erst vor kurzem gewährte Stimmrecht noch an einen der zahlreichen Finanzskandale, hielt seinen Schäfchen aber den Spiegel vor und stellte fest: „Es ist dem Papst sicher klar, daß Liechtenstein keine unberührte Insel ist und er am 8. September nicht in ein Bilderbuchland kommt."


**DWS-Wertpapierfonds, das ist: Für später vorsorgen.**

Lebensarbeitszeit, Pensionsalter: Das sind Themen von höchster Aktualität. Parallel dazu gewinnt die Frage nach der finanziellen Vorsorge an Bedeutung. Die gesetzliche Rentenversicherung reicht meistens nicht aus; man muß zusätzlich etwas tun. Der DWS-Spar- und Entnahmeplan ist dafür besonders geeignet: Er garantiert Ihnen ein zusätzliches Einkommen, *quasi eine „zweite Rente". Je eher Sie dieses Problem in die Hand nehmen*, je beherzter Sie es anpacken, desto unbeschwerter können Sie später in Pension gehen. Am besten sprechen Sie bald einmal mit dem Anlageberater unserer Gesellschafterbanken. Es sind die **Deutsche Bank** ☒ und weitere deutsche Banken und Bankiers. Oder schreiben Sie uns.

DWS Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen
Postfach 10 06 20 · 6000 Frankfurt 1




**Mehr finanzielle Unabhängigkeit.**

# *Die Entsendung von Haas ist eine Bonner Geste gegenüber Israel*

BERNT CONRAD, Bonn

Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Außenminister Hans-Dietrich Genscher werden beim Staatsbesuch in Israel vom 8. bis 11. Oktober von drei Diplomaten begleitet werden, für die der jüdische Staat besondere Bedeutung hat: Es sind der gegenwärtige Botschafter in Israel, Niels Hansen, sein künftiger Nachfolger, Wilhelm Haas, und der stellvertretende Regierungssprecher Jürgen Sudhoff, der sich seit seiner Dienstzeit in Tel Aviv mit Israel verbunden fühlt und der jetzt auch für den dortigen Botschafterposten in Frage gekommen wöre.

Für Hansen bildet der Staatsbesuch Höhepunkt und Abschluß einer ungewöhnlich erfolgreichen Amtszeit. Der 60jährige Diplomat hat es in den vergangenen vier Jahren verstanden, ausgewogene Analysen und nüchternes Verhandlungstalent mit soviel persönlichem Engagement und menschlicher Liebenswürdigkeit zu verbinden, daß er in Israel zu einer ausgesprochen populären Figur geworden ist.

Immer wieder hat Hansen jüdische Gesprächspartner und Zuhörer verblüfft, indem er sie in fehlerfreiem Hebräisch anredete. Er hat es an Ort und Stelle in harter Arbeit gelernt. Auch sonst war der geborene Heidelberger, der die leisen Töne liebt, immer für eine Überraschung gut, beispielsweise als er beim 75. Geburtstag des aus Berlin stammenden Kunstmäzens Max Flesch zur Querflöte griff und mit einem Jugendorchester Begeisterungsstürme auslöste. Seine Beliebtheit und seine gesellschaftliche Integration gingen so weit, daß ihn der Rotary Club Tel Aviv zum Präsidenten wählte.

Als Botschafter bei der NATO wird Hansen nun wieder auf frühere Erfahrungen in New York und Washington und in der Leitung des Planungsstabes im Bonner Auswärtigen Amt zurückgreifen können. Sein Renommee und seine Fähigkeiten werden dem Bündnis zugute kommen.

Hansens Versetzung nach Brüssel bedeutete für Genscher, daß er nach diesem „Star" nun nicht einfach einen Routine-Nachfolger für Israel benennen konnte. Auf der Suche nach einem Mann, dessen Berufung in Jerusalem als politische und persönliche Geste honoriert werden würde, stieß er auf den Leiter der Abteilung III im Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Haas. Für ihn sprachen drei Gründe:

1. Als bisher für Afrika, Asien und Südamerika zuständiger Abteilungschef stellt Haas eine prominente Besetzung für die Botschaft in Israel dar. Damit wird die Bedeutung der deutsch-israelischen Beziehungen unterstrichen.



**Wilhelm Haas, neuer Botschafter in Israel** FOTO: DIE WELT

2. Der 54jährige Diplomat verfügt über große internationale Erfahrung und viel Einfühlungsvermögen.

3. Haas hat eine jüdische Mutter. Ihretwegen wurde sein Vater nach 1933 aus dem deutschen diplomatischen Dienst entlassen und ging mit seiner Familie als Firmenvertreter nach Ostasien. Dadurch wurde die Mutter vor der nationalsozialistischen Verfolgung gerettet. Haas selbst wuchs in Japan und China auf und kehrte erst 1947 zurück. Diese Vergangenheit wird ihm viele Türen in Israel öffnen.

Fachlich hat der kontaktfreudige und flexible Diplomat die vielfältigsten Erfahrungen sammeln können: Er hat nach dem Rechtsstudium in den USA, in Bonn und München an der Botschaft in Tokio, im Osteuropa-Referat des Auswärtigen Amtes, an den Botschaften in Nairobi und Paris und als Leiter des Abrüstungsreferats beim NATO-Generalsekretariat gearbeitet. Später wurde er stellvertretender Leiter des AA-Planungsstabes und 1979 Afrika-Beauftragter. Dann folgte die Berufung zum Leiter der für die Dritte Welt zuständigen politischen Abteilung.

Diesen Posten soll nun der gerade 50 Jahre alt gewordene Jürgen Sudhoff übernehmen. Genscher hätte ihn vermutlich auch für Israel als geeignet empfunden. Hatte er Sudhoff doch 1975 als erfolgreichen Pressereferenten in eben jenem Lande kennengelernt und ihn – sichtlich beeindruckt – gleich nach Bonn ins Pressereferat des AA mitgenommen.

Für den geborenen Bochumer, den noch niemand die Nerven oder sein freundliches Lächeln verlieren sah, waren seine fast vier Jahre in Israel ein prägendes Erlebnis. „Mit und in einem Land zu arbeiten, das sich in großer Bedrängnis befindet, wofür wir Deutsche ein besonderes Gefühl und Mitgefühl haben", betrachtete Sudhoff als eine persönliche Verpflichtung. Noch heute hat er dort zahlreiche Freunde.

Als Abteilungsleiter wird der bisherige stellvertretende Regierungssprecher auch für Israel mit verantwortlich sein. Doch sein „Fachbereich" wird weit darüberhinaus gehen – und dafür bringt Sudhoff viele Voraussetzungen mit. Als Sprecher des Außenministers hat er besonders die Entwicklung der Dritte-Welt-Politik Bonns miterlebt, beispielsweise den Ausbau der europäischen Kooperation mit der südostasiatischen Staatengemeinschaft Asean und die Aktivierung der Lateinamerika-Politik. Daran konnte er von 1980 bis 1982 als Botschafter in Mexiko anknüpfen. Dann wurde er auf Empfehlung Genschers von Bundeskanzler Helmut Kohl nach Bonn zurückgeholt.

Im Bundespresseamt handelte Sudhoff nach der Devise, die ihm auch künftig vorschweben wird: „Außenpolitik spielt sich nicht im luftleeren Raum ab. Sie muß auf Konsens beruhen. Das setzt voraus, daß die Menschen wissen, worüber gesprochen wird, wohin die Politik zielt."

# Glotz räumt Finanzsorgen der SPD ein

PETER PHILIPPS, Bonn

Die SPD-Führung hat mit der Suche nach einem neuen Schatzmeister begonnen und droht dabei in das gleiche Fahrwasser zu geraten, in das sie schon mit ihrer mißglückten Kanzlerkandidaten-Diskussion während der Sommerpause steuerte: Namen werden wie Hüte in den Ring geworfen, von den Eigentümern mit einem Dementi wieder herausgezogen. Hans-Jürgen Wischnewskis überraschender Rücktritt zeigt Wirkung.

Der niedersächsische SPD-Spitzenkandidat Gerhard Schröder schlug in einem Interview gestern Hans Koschnick vor. Der bis dahin nicht Gefragte lehnte, ebenfalls via Medium, umgehend ab. Überhaupt deutet alles darauf hin, daß der neue Schatzmeister nicht aus den Reihen des jetzigen Partei-Präsidiums kommen wird, sondern ein Außenstehender ähnlich wie einst Halstenberg „mit den Aufgaben" betraut werden wird, bis er auf dem nächsten ordentlichen Bundesparteitag im kommenden Jahr gewählt wird.

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz hat im Deutschlandfunk inzwischen eingeräumt, daß „die finanziellen Besorgnisse von Wischnewski ernst zu nehmen sind". Die SPD sei zwar momentan schuldenfrei, das Vermögen habe konsolidiert werden können, „aber es kommen jetzt neue Anforderungen auf uns zu, besonders aus den Landtagswahlkämpfen, dann aus dem Bereich ‚Vorwärts' und natürlich aus dem Bundestagswahlkampf. Daß das einem Sorgen machen kann, das kann ich verstehen".

Völlig unverständlich mutet den Spitzengenossen immer noch die direkte Attacke Wischnewskis auf Vogel an, mit dem er vor wenigen Tagen noch sehr vertraut bei einer Feier zusammensaß. Glotz wies das Wort vom „Oberlehrer" genauso zurück wie am Vortag Parteichef Brandt. Außerdem wird in der Parteiführung darauf verwiesen, daß Helmut Schmidt, dem Wischnewski unverändert die Treue hält, vom Naturell her ja auch nicht sehr viel anders als Vogel veranlagt sei, was eine gewisse Penetranz beim Hang zur Genauigkeit angehe. Ein persönliches Problem scheint Wischnewskis Dünnhäutigkeit wohl noch verstärkt zu haben: Der starke Raucher hat sich vor kurzem von seinem Laster verabschiedet.

# „Keine Politik der Gefälligkeiten"

**WELT-Gespräch mit Franz Josef Strauß über Gestaltungsräume deutscher Außenpolitik**

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Von einer europäischen Außenpolitik könne nur „im hauchdünnen Sinne des Wortes" die Rede sein. Die politisch handlungsfähige Union Europas sei , so der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß in einem Gespräch mit der WELT „bis weit ins nächste Jahrhundert" ein Thema für Sonntagsreden. Zwar gehe der Bundeskanzler mit dem Konzept der zwei Geschwindigkeiten einen progmatischen Weg zur Lösung manch anstehender Probleme; dieses Konzept, dem Strauß im Grundsatz zustimmt, sei aber „nicht institutionalisierbar".

Auch die Diskussion um den „europäischen Pfeiler der Allianz" könne sich nur zwischen zwei abstrakten Meilensteinen bewegen, nämlich, daß die Europäer „einerseits nicht in eine absolute Abhängigkeit von den USA geraten sollten, andererseits aber eine absolute Unabhängigkeit gar nicht möglich ist, weil Westeuropa die Tiefe des Raumes fehlt. Der Warschauer Pakt jedoch hat sie". Strauß sieht die Gefahr darin, daß Europa dem „süßen Gift des Neutralismus erliegt" – und somit über kurz oder lang in den Sog der Sowjetunion abdriftet. Die Europäer sollten sich vielmehr Gedanken darüber machen, wie die Verteidigungslasten im westlichen Bündnis sinn- und wirkungsvoller verteilt werden könnten.

Noch nüchterner beurteilt Strauß die Möglichkeiten deutscher Politik in Mitteleuropa. „Eine isolierte mitteleuropäische Politik ist ein Phantom", schon wegen des maßgebenden Einflusses der Sowjetunion auf die ost- und mitteleuropäischen Satellitenstaaten. „Wir Deutsche werden mit stets latentem Mißtrauen betrachtet, wozu die Westmächte, nebenbei bemerkt, auch beigetragen haben. Wir können nichts bewirken, gar nichts. Unsere Möglichkeiten in Mitteleuropa begrenzen sich auf das Atmosphärische." Hier werde auch allesgetan. Denn das Interesse „führender Leute in der DDR an der Verhinderung einer Zuspitzung ist genauso groß wie das unsere".

„Objektiv gesehen", meint Strauß, „ist der Außenpolitik einer deutschen Regierung Vorrang einzuräumen vor der Innenpolitik." Aber, so fügt er sogleich hinzu, „es gibt einen Unterschied zwischen wahlpolitischer Auswirkung und objektiver Bedeutung. Für die Wähler sind, außer in Krisenzeiten mit akutem Bedrohungsgefühl, die Probleme der Innenpolitik wichtiger". Das habe mit der Psyche des Wählers zu tun.

Dennoch sei die Frage nach dem Primat in der Politik nicht belanglos. Strauß: „Es gilt das Wort Bismarcks. Fehler in der Innenpolitik können korrigiert werden, Fehler der Außenpolitik im allgemeinen nie."

Langfristig sei es für „unsere politische und wirtschaftliche Selbstbehauptung von größerer Bedeutung, wie der deutsche Einfluß in Afrika, in Mittelost, in Fernost oder auch innerhalb der NATO erhalten und verstärkt werden kann".



**Für mehr Realismus: Franz-Josef Strauß** FOTO: AP

Größere Gestaltungsräume für die deutsche Außenpolitik sieht Strauß in Afrika. Hier müsse die deutsche Außenpolitik „ihre Utopien und Naivitäten ablegen", in Südafrika müsse sie „endlich zu einer realistischen Einschätzung der Lage kommen, um konstruktiv einwirken zu können". Man dürfe in Afrika „nicht allein auf die geographische Größe der Länder blicken". Es komme auch auf die Einstellung der jeweiligen Länder zu den westlichen Demokratien und auf ihre strategischen Positionen an. Ein besonderes Augenmerk sei momentan zu richten auf Guinea, Togo, die Elfenbeinküste, Somalia, Kenia und je nach weiterer Entwicklung auf Angola und Moçambique.

Das Thema deutsche Außenpolitik fasziniert den bayerischen Ministerpräsidenten. Die damit bisweilen verbundenen Strapazen steckt der bald Siebzigjährige offensichtlich mühelos weg, wie jüngst bei der Zwei-Tage-Reise in das Äquatorland Gabun. Tags zuvor schwamm er an seinem südfranzösischen Urlaubsort noch Kilometerstrecken im Meer.

In der deutschen Außenpolitik seien im 19. und 20. Jahrhundert „grundlegende Fehler" begangen worden. Eine Korrektur könne nicht allein auf dem Weg multilateraler Beziehungen versucht werden. „Mindestens gleichgewichtig sind bilaterale Beziehungen". Eine vorwiegend multilaterale Außenpolitik „ist der Ausdruck des Wunsches nach einer profillosen, möglichst geländegängigen Gestaltung des eigenen Weges".

Einer größeren Krise „steuern wir nicht entgegen, trotz verschiedener Belastungen und Minenfelder", meint Strauß. Erhöhte Wachsamkeit sei jedoch geboten in der „gefährlichen Dauerwetterecke Mittelost". Die „unendlich zerklüftete arabische Welt" sei trotz der militärischen Stärke Israels und der weltweiten israelischen Einflußmöglichkeiten „nicht zu berechnen". Die „auf Gefälligkeit bedachte Außenpolitik der Europäer" in dieser Region bezeichnet der CSU-Vorsitzende als „widersprüchlich". Die Erklärung von Venedig sei der „Gipfel der Heuchelei" gewesen. Immer noch berufe man sich auf diesen „niedrigsten Nenner phraseologischer Allgemeinheiten". Hier sowie in Mittelamerika überschätzten viele die Möglichkeiten einer Mittelmacht. Allenfalls könnten die Europäer, „unter Respektierung der amerikanischen Positionen", versuchen, „komplementär" mitzugestalten. In diesem Zusammenhang von Garantien zu reden entspreche einer „Quasi-Großmachtrolle des Verbalismus oder völliger Abstinenz, die, von globalem Aktivismus verbrämt, beiden Seiten alles Gute wünscht".

Die diversen jüngsten Initiativen zur Lösung des Nahost-Problems beinhalteten „nichts Neues". Es werde noch „viel Wasser den Nil und den Euphrat hinunterfließen", bis substantielle Kompromisse erzielt würden. Auch die Israelis müßten Konzessionen machen. Hilfreich sei die Räumung Libanons und des Sinai durch Israel gewesen. Aber „niemand schaut durch, ob die PLO bereit ist, die Existenz des Staates Israel anzuerkennen oder nach wie vor dessen völlige Vernichtung plant".

# Die Bilanz der Anschläge widerlegt Vorwurf der „Datenüberwachung"

**Lüchow-Dannenberg: Allein 27 Anschläge gegen Bundesbahn / Vier Millionen Mark Schaden**

MICHAEL JACH, Hannover

Eine „kriminelle Vereinigung" militanter Kernkraftgegner steht in dringendem Verdacht, seit Anfang 1984 im Raum Uelzen/Lüneburg/Lüchow mit zahlreichen Sabotage- und Sprengstoffanschlägen gegen Baufirmen und Bahnanlagen Schäden in Höhe von 4 Millionen Mark angerichtet zu haben. Das niedersächsische Innenministerium werde der Staatsanwaltschaft „in den nächsten Tagen" den entsprechenden Bericht einer Sonderkommission der Kriminalpolizei übergeben, teilte Ministeriumssprecher Volker Benke der WELT auf Anfrage mit. Zu den Ermittlungsakten zählt eine Computerdatei zur Spurendokumentation („Spudok"), derentwegen die Grünen im Landtag heftige „Überwachungsstaat"-Vorwürfe gegen die Landesregierung erhoben haben.

Allein 27 Anschläge waren gegen die Bundesbahnstrecke Uelzen–Dannenberg gerichtet; hier sollen künftig die Sicherheitsbehälter mit abgebrannten Kernkraftwerks-Brennstäben zum fertiggestellten, aber infolge von Verwaltungsklagen noch nicht in Betrieb genommenen Zwischenlager Gorleben transportiert werden. Die Täter errichteten Gleisbarrikaden, lösten Schwellenschrauben, beschädigten Signale. Anfang August zerstörte eine Selbstbau-Bombe die Widerlager einer Betonbrücke nahe dem Uelzener Elbe-Seitenkanal-Hafen; eine Gruppe „Militante Atomkraftgegner" nahm den Sabotageakt für sich in Anspruch. Der jüngste Sprengsatz detonierte vor zwei Wochen an der Bahnlinie und richtete geringeren Schaden an.

Ziel anderer schwerer Anschläge waren Baufirmen, die an den Zwischen- und Endlagerprojekten in Gorleben mitarbeiten. Im Mai und im Oktober 1984 mußten zwei Unternehmen Schäden an ihren Betriebsstätten in Höhe von jeweils einer halben Million Mark hinnehmen, im Juli und November vorigen Jahres wurden Baumaschinen im Wert von jeweils 300 000 Mark zerstört. Mit Millionenschaden der schwerste Fall war im September 1984 die Brandstiftung an einem Baustoff-Mischwerk in Teichlosen (Kreis Lüchow-Dannenberg).

Die Sonderkommission hat unmittelbar Verdächtige identifiziert. Einer der vermuteten Haupttäter verschwand nach Haussuchungen und Beschlagnahme von Belastungsmaterial vor der Vollstreckung des Haftbefehls im Oktober 1984 nach Nicaragua. Einer vierköpfigen Gruppe sind nach Angaben des Landesinnenministeriums mehrere Anschläge auf die Bahnlinie „nachgewiesen".

Die „Spudok"-Datei, die von der Kriminalpolizei bei den erfolgreichen Ermittlungen im Wendland eingesetzt wurde, nahmen die Grünen zum Anlaß eines Empörungsfeldzuges gegen „rechtswidrige Polizeimethoden". Solche „vorsorgliche Datensammelei nur auf Verdacht", hieß es aus Kreisen der Lüchow-Dannenberger Bürgerinitiative, lasse „an die Gestapo" denken. Allen angeblich mehr als 2000 „betroffenen Bürgern" seien die Ermittlungsunterlagen unverzüglich zu offenbaren. SPD und FDP im niedersächsischen Landtag säumten nicht, sich als Datenschützer gegen Polizei und Innenminister zu profilieren.

Inzwischen hat Niedersachsens Datenschutzbeauftragter Klaus Tebarth, vordem Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium, die Aufregung geglättet. Seine Stichproben-Prüfung des Wendland-„Spudok" hat keine Anhaltspunkte für rechtswidrige Speicherung von Personendaten ergeben. Für „bedenklich" hält Tebarth allerdings die Erfassung von „Kontaktpersonen", wenn diese selbst nicht eindeutig tatverdächtig seien. Auf seine Veranlassung sei die Zahl der Datensätze über die Anschlagserie indessen von 1650 auf 1200 vermindert worden.

# *Probesitzen gibt es nur bei VW*

H.-R. KARUTZ, Leipzig

Auf dieser Herbstmesse, über die der Regen peitscht, aber das deutsch-deutsche Verhältnis wie ein Föhn weht, lassen sich die Leipziger nicht nur in die Polster westlicher Messe-Präsentationsautos fallen: Am Rande der City, im Foyer des ehemaligen Reichsgerichts, demonstriert die Bundesrepublik mit einer offiziellen Ausstellung, was dem „DDR"-Messebesucher alles Westliche so begehrlich macht – Design fürs Jahr 2000.

„Einhundert Kataloge in den ersten drei Stunden à fünf Mark verkauft. Das läßt sich doch gut an", meint der dienstbare Geist am Schalter der Ausstellung. Dabei geizte die „DDR"-Seite mit Werbung für die Werbeprofis: Im offiziellen September-Programm Leipzigs kein Sterbenswörtchen über die Schau. Erst am Dienstag nagelten Arbeiter Hinweisplakate an den Museumseingang.

Gegenüber Ost-Berlin im Frühjahr ist die Design-Ausstellung allerdings abgemagert. Die Anordnung scheint weniger „rasant". Und der Gegensatz könnte nicht tiefer sein, denn nebenan darf man mit demselben Billett altdeutsche Kunstwerke von Cranach über Dürer bis zu den alten Holländern bewundern.

Ob mit oder ohne Franz Josef Strauß – draußen auf dem Messeareal fingern und tasten täglich Hunderte von Autofans aus allen Teilen der „DDR" an den westlichen Automobilen. Nur die Wolfsburger VW-Leute lassen das Ost-Publikum auch auf Westsitzen Platz nehmen – die anderen, viel teureren Karossen aus Stuttgart sind verriegelt: „Nich mol de Andenne kannst de rausziehen", sagt ein sächsischer Autonarr.

Einige Schritte weiter sind die volkseigenen Marken „Wartburg" und „Trabant" nicht weniger umlagert, aber bei Wartezeiten bis zu zehn Jahren auch nicht weniger fern: „Trabant – die Anspruchslosen, made in GDR", tönt es von einem Videoband. Auch ein tarngrünes Modell des Krads der „DDR"-Grenzer ist auf der Präsentationsbühne aufgebockt. Man zeigt eben alles, was man hat.

Mobil im Geiste sind die Sachsen, die in hellen Scharen bisweilen eher den Obststand mit raren Rumänien-Pflaumen und Riesenkürbissen als die Messegüter bestürmen, schon allemal gewesen. Die deutschen Themen dieses Sommers verschränken sich. Der kaum lesbare Spruch am Fuße des Leipziger Rathauslöwen „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern" kommt auf diese Weise nicht außer Mode.

„Also, die Sache mit diesem Tiedge, der jetzt hier ist, hat bei den meisten kaum Schadenfreude ausgelöst", stellt so mancher Leipziger fest. Natürlich, Günther Guillaume und Willy Brandts Sturz – vor elf Jahren lag die Debattier-Frequenz in diesem Falle wesentlich höher.

Auch das berühmte Wort Diethylenglykol als künftiger Begriff des Jahres, geht den Leipzigern ohne Stocken über die Lippen. In einer Kaufhalle warten noch komplett gefüllte Regale mit „Heidensteiner", der das Prädikat „Österreichischer Qualitätswein" auf dem Etikett trägt, und 12,50 Mark kostet, auf ausbleibende Käufer.

# Tiedge, das Amt und die Umschuldung

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) für die Geheimdienste hat sich gestern am späten Nachmittag abermals mit dem Übertritt des Verfassungsschutzbeamten Tiedge in die „DDR" befaßt. In der geheimen Sitzung kamen dem Vernehmen nach auch die vom Kommissionsvorsitzenden, SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel, am Vortag in der Plenarsitzung des Bundestags öffentlich gemachten Vorhalte gegenüber Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann zur Sprache.

Als Indiz dafür, daß der Innenminister entgegen seiner Versicherung doch schon vor dem Übertritt Tiedges von dessen persönlichen Problemen gewußt habe, die den Beamten zum Sicherheitsrisiko werden ließen, hatte Vogel auf eine angebliche „Umschuldungsaktion" des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) zugunsten Tiedges aufmerksam gemacht. Und er hatte unterstellt, dem BfV und dem Bundesinnenministerium sei amtlich mitgeteilt worden, daß dem alkoholsüchtigen Tiedge der Führerschein wegen Trunkenheit am Steuer entzogen worden war. Dieser Darstellung widersprach der CDU-Abgeordnete Karl Miltner noch in der Plenarsitzung. Die nordrhein-westfälischen Behörden hätten diese bei Beamten übliche „Mitteilung in Strafsachen" nicht weitergeleitet.

Nach Informationen der WELT hat es eine Umschuldungsaktion für Tiedge, wie von Vogel in der öffentlichen Plenardebatte angeführt, im BfV nicht gegeben. Im Kölner Bundesamt hatte sich der Personalrat mit der grundsätzlichen Frage befaßt, ob bei Tilgungsplänen für verschuldete Beamte die Möglichkeit gegeben sei, durch Gehaltsvorschüsse Hilfe zu leisten. Mit dieser Frage war vom Personalrat auch der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Carl-Dieter Spranger, in einer Besprechung im Kölner Amt konfrontiert worden. Spranger hatte sinngemäß dazu erklärt, diese Vorschuß-Zahlungens seien wohl der einzige Weg, auf dem das Amt verschuldeten Mitarbeitern helfen könne. Dabei komme es aber sehr genau auf die Einzelfall-Prüfung an. Namen sind in dieser Personalratsbesprechung nicht genannt worden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

# Wirtschafts-Spionage mit Geld und Erpressung

**Moskaus Fernziel ist das neue Radarsystem der Luftwaffe**

WERNER KAHL, Düsseldorf

Agenten der sowjetischen Geheimdienste in der Bundesrepublik Deutschland stellen jetzt für die Beschaffung des geheimen „Freund-Feind-Identifizierungssystems" (Radar-Transponder) der Bundesluftwaffe und ihrer NATO-Verbündeten angeblich „Geldmittel in unbegrenzter Höhe" zur Verfügung. Das wurde bei dem am Dienstag in Düsseldorf eröffneten Spionageprozeß gegen den als Führungsoffizier verdächtigten Angestellten der Sowjet-Handelsvertretung, Ewgenij Michailowitsch Semljakow, bekannt.

Mit branchenüblichen scheinbar unverfänglichen Lieferverträgen für Technologieerzeugnisse, die nicht unter die Embargosperren fallen, sollen nach Zeugenaussagen Zulieferfirmen, Handelsunternehmen und Spezialisten aus dem zivilen wie militärischen Bereich zunächst finanziell geködert und anschließend erpreßt werden. Dem Verkaufsleiter eines elektronischen Handelsunternehmens aus dem Ruhrgebiet wurde vorgeschlagen, Geschäfte „unter 20 000 Mark" auf eigene Rechnung an der Firma vorbeizutätigen und „unter der Hand abzuwickeln". „Das kam mir dann doch komisch vor", sagte der Zeuge vor dem 4. Strafsenat des Düsseldorfer Oberlandesgerichtes.

Nur selten ließ sich Semljakow im braunen Sommeranzug und mit kurzgeschnittenen dunklen Haaren auf der Anklagebank etwas von dem Dolmetscher übersetzen. Der 39jährige Diplomingenieur und Absolvent eines Spezialstudiums für drahtlose Nachrichtentechnik in dem Sperrbezirk Gorki, spricht – wenn auch nicht akzentfrei – fließend Deutsch. In der ersten Reihe des Zuhörerraumes notierte ein Russe, der neben dem Leiter der Konsularabteilung der Bonner Sowjetbotschaft Platz genommen hatte, die Beweisaufnahme.

## Starkes Interesse

Mit Rücksicht auf „Prozeßbeobachter" vermied Senatspräsident Wagner, derzeit wohl der erfahrenste Richter in Staatsschutzprozessen, Erörterungen darüber, was die Spionageabwehr über die Jagd der Sowjets nach dem supergeheimen Rad, dem Freund-Feind-Identifizierungssystem, in Erfahrung bringen konnte.

Bei Treffs mit dem deutschen Elektronik-Verkaufsleiter hatte sich Semljakow immer stärker für eine „Relaisstation 80" interessiert. Was sich hinter dieser für den Zeugen rätselhaften Bezeichnung möglicherweise verbirgt, wurde auch im Prozeß nicht aufgeklärt. Als der Zeuge den Prozeßbeteiligten erklären wollte, was zum Beispiel das Bundeskriminalamt hinter der „Relaisstation 80" vermute, wechselte der Vorsitzende das Thema. Der Strafsenat wolle sich nicht mit „Vermutungen" des Staatsschutzes beschäftigen, sagte Wagner.

Die Pläne für die Einführung eines neuen verbesserten Systems zur Identifizierung von Flugzeugen bei der NATO hatte im Frühjahr 1985 Schlagzeilen wegen der Diskussionen um die Verwendung amerikanischen Gerätes oder eines von Siemens entwickelten gleichartigen Systems gemacht. Bei beiden Systemen handelt es sich um eine zentrale Funktion im Bereich der Flugüberwachung.

## Nachträgliche Bedingung

Durch ein Sende- und Empfangsgerät an Bord des Flugzeuges kann bei Codierung der Radarsignale ein bestimmtes Flugzeug genauestens auf dem Bildschirm identifiziert werden. Der Luftwaffe ist somit in kürzester Zeit eine Freund-Feind-Unterscheidung möglich.

Im Verlauf von elf Treffen in Kölner Restaurants und Konditoreien, zuletzt vor der Festnahme am Kölner Zoo-Eingang, stellte der potentielle Käufer immer lukrativere Aufträge in Aussicht. „Geldmittel in unbegrenzter Höhe" seien für Spitzentechnologie versprochen worden, sagte der deutsche Treffpartner im Zeugenstand. Kaum hatte man sich jedoch über die Lieferung nicht embargogebundener Technologie und den Preis geeinigt, schob der Russe, der sich nicht als Mitglied der Sowjethandelsvertretung vorgestellt hatte, eine Bedingung nach: „Auf Bitten seines Kunden", des von ihm nicht näher bezeichneten eigentlichen Käufers, müßten bei Abnahme der vereinbarten Ware gleichzeitig Schaltbilder, auch aus dem militärischen Bereich, mitgeliefert werden.

„Da war es plötzlich kein normales Geschäft mehr", sagte der Verkaufsleiter und informierte die Sicherheitsbehörden. Die Spionageabwehr stellte fest, daß Semljakow nach bekanntem Vorgehen sowjetischer Nachrichtendienstoffiziere Kontakte zu Mitarbeitern von Spezial-Firmen" ebenfalls auf Messen und Ausstellungen in Köln und Düsseldorf zu knüpfen pflegte. „Meine Hochachtung vor dem Bürger, der es unternimmt, mit den Behörden einen Verdächtigen zu enttarnen", lobte der Vorsitzende den Verkaufsleiter aus Remscheid. Morgen wird das Urteil erwartet.

# Niedersachsen-CDU für „Entzerrung" der Arbeitslosenzahl

mj, Hannover

Die niedersächsische CDU will bei der Bundesanstalt für Arbeit darauf dringen, daß negative „Verzerrungen" in der regionalen Arbeitslosenstatistik beseitigt werden. Wie der neue Generalsekretär der Landespartei, Martin Biermann, der WELT erläuterte, entstünden teilweise drastische Ungereimtheiten aus widersprüchlichen Erhebungsgrundlagen. So würden einerseits die monatlichen Bundes- und Länderquoten der Erwerbslosigkeit aufgrund der jährlichen bevölkerungsstatistischen Mikrozensus-Stichproben ermittelt; dagegen bezögen sich die Quotenangaben der einzelnen Arbeitsamtsbezirke noch immer auf Basisdaten der letzten Gesamt-Volkszählung von 1970.

Der Generalsekretär der niedersächsischen CDU verweist auf ein sinnfälliges Beispiel aus dem Saarland. Dessen drei Bezirksarbeitsämter Saarbrücken, Saarlouis und Neunkirchen meldeten für Oktober 1984 aus ihrem Raum 16,2 beziehungsweise 14,1 und 14,6 Prozent Arbeitslosigkeit. Zugleich registrierte das zentrale Landesarbeitsamt einen – aus genannten Gründen zuverlässigeren – Landesdurchschnitt von 12,9 Prozent. Die mathematische Groteske erklärt sich offenbar allein aus den unterschiedlichen Berechnungsgrundlagen und ist – so oder ähnlich – offenbar bundesweit anzutreffen.

Damit aber will die Niedersachsen-CDU sich nicht zufriedengeben angesichts des politischen Problems, daß Propagandisten „von interessierter Seite" sich auch zwischen Harz und Nordsee jene wahrscheinlich überhöhten Bezirksqouten zunutze machten.

Als weitere Schieflage der Statistik, und zwar für das gesamte Bundesgebiet, hält Biermann der Arbeitsverwaltung vor, daß nach ihren sozialversicherungsrechtlichen Vorgaben nur nichtselbständige Arbeitsverhältnisse als „Beschäftigungspotential" in Betracht kommen. Daß mit derart definierten Begriffen von „arbeitslos" und „beschäftigt" mehr als drei Millionen Selbständige, Freiberufler, Landwirte und mithelfende Familienangehörige ausgeklammert bleiben, sei ein methodischer Mangel mit wiederum verzerrender Wirkung auf das Arbeitsmarkt-Bild.

Der CDU-Landesvorsitzende Wilfried Hasselmann ließ inzwischen wissen, er werde in Kürze seinen aus Osnabrück stammenden Parteifreund Heinrich Franke an der Spitze der Nürnberger Bundesanstalt aufsuchen. Biermanns Kritik an der Arbeitslosenstatistik gibt Aufschluß über den Gesprächsgegenstand.

# Papandreous Politik machte Athen zum Mekka arabischer Terroristen

**Zu häufiges Nachgeben lockte viele Mordkommandos nach Athen / Anschlag auf Hotel**

E. ANTONAROS, Athen

Als der sozialistische Regierungschef Griechenlands, Andreas Papandreou, im Dezember 1981, also knapp zwei Monate nach seinem Wahlsieg, PLO-Chef Yassir Arafat als seinen ersten Staatsgast in Athen in die Arme schloß, versprach er sich nur Vorteile von einer intensiven Pflege der Beziehungen zum „arabischen Brudervolk". Athens Spitzensozialist träumte nicht nur von Milliardengeschäften, sondern auch von einer aktiven Unterstützung Griechenlands im Dauerstreit mit der Türkei durch die arabische Welt. Ferner wollte er Athen zu einer Drehscheibe der Geschäftsaktivitäten der Araber machen.

Fast alles kam anders: Die Petrodollars flossen nicht nach Athen, die erhoffte diplomatische Rückendeckung erhielt Papandreou nicht, die geschäftscleveren Araber, etwa in Irak und Algerien, gaben oft den günstigeren Angeboten türkischer Konkurrenzfirmen den Vorzug. Sogar die mit Papandreou befreundeten Syrer bereiteten ihm eine herbe Enttäuschung, als sie eine Fährverbindung zwischen Tarsus Lattakia und Mersin (Türkei) mit einer Zwischenstation in der völkerrechtlich nicht anerkannten „türkischen Republik von Nordzypern" einrichteten.

Gleichzeitig verstimmte Papandreou die gemäßigten Araber in Ägypten, in Saudi-Arabien und am Golf, weil er in seiner außenpolitischen Einseitigkeit die Beziehungen zu den Radikalen kultivierte. Seit jeher hat Griechenland ein besonders enges Verhältnis zu den Arabern gehabt. Aber alle Regierungen vor Papandreou vermieden es sorgfältig, in den innerarabischen Streitigkeiten Partei zu ergreifen.

Schlimmer noch: Durch Papandreous duldsame Haltung gegenüber den Arabern, die unter minimalen Kontrollen Griechenland betreten und verlassen dürfen, wurde Athen *zu einem Mekka der oft untereinander rivalisierenden arabischen Terroristen.* Anschläge auf Diplomaten gemäßigter arabischer Staaten häufen sich, verfeindete Palästinenser bringen sich gegenseitig um, Libyen, Syrien und Irak schicken Mordkommandos nach Athen.

„Innerhalb der letzten drei Jahre haben sich die Terrorakte fast verdreifacht. 85 Prozent all dieser Aktivitäten gehen auf das Konto von Arabern", stellte kürzlich das griechische Innenministerium fest. Der vorläufig letzte Terrorakt dieser langen Serie ereignete sich am Dienstag abend im Badevorort Glyfada bei Athen: Ein Unbekannter warf zwei Handgranaten ins Schwimmbecken des Hotels „Glyfada", das ausschließlich von britischen Urlaubern frequentiert wird. 18 Menschen wurden teilweise schwer verletzt. Anfang August waren bei einer Explosion im Nachbarhotel „London" 14 Hotelgäste verletzt worden. Nur wenige Stunden nach dem Anschlag rief eine Frau bei einer Athener Zeitung an und „übernahm" im Namen der palästinensischen Terrororganisation „Schwarzer September" die Verantwortung für den Angriff. Gleichzeitig verlangte sie die Freilassung eines jungen Arabers, der im Besitz einer Maschinenpistole in der Nähe der israelischen Botschaft in Athen festgenommen worden war. „Wenn unser Genosse nicht frei kommt, werden wir Athen mit Bomben übersäen", drohte die griechisch sprechende Frau.

Athens stellvertretender Innenminister Thanassis Tsouras hatte sich noch Anfang dieser Woche damit gebrüstet, daß die Festnahme des Arabers ein „deutlicher Beweis" dafür sei, wie ernst Griechenland die Terrorismus-Bekämpfung nehme. Doch die Ereignisse der letzten Tage zeigen vielmehr, in was für eine verfahrene Situation sich Griechenland hineinmanövriert hat. Die Griechen sind erpreßbar geworden, weil sie den arabischen Forderungen zu oft nachgegeben haben.

Das ist auch bei der Entführung der TWA-Maschine im Juni der Fall gewesen: Um die griechischen Geiseln an Bord freizubekommen, ließ Athen einen vermeintlichen Komplizen der Entführer laufen und verärgerte dadurch Washington. Athen hatte bereits im letzten Jahr den amerikanischen Vorwurf hören müssen, daß es bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus nicht eng genug mit dem Westen zusammenarbeite. (SAD)

# Politiker der Kongreß-Partei ermordet

AP/rtr, Neu-Delhi

In Indien ist gestern – einen Tag vor Beginn des Wahlkampfes im Bundesstaat Pandschab – wieder ein prominentes Mitglied der regierenden Kongreß-Partei ermordet worden. Wie die Polizei mitteilte, wurde der Politiker Arjun Dass, der dem Stadtrat der indischen Hauptstadt angehörte, in seinem Büro zusammen mit seinem Leibwächter vermutlich von drei Extremisten der in Pandschab dominierenden Religionsgemeinschaft der Sikhs mit automatischen Waffen erschossen. Nach Angaben der Polizei rief einer der Attentäter, bevor er die Flucht ergriff, „Khalistan" – den Namen des von radikalen Sikhs angestrebten Separatstaates. Dass galt als enger Vertrauter des umstrittenen Sohnes von Indira Ghandi, Sanjay, der vor fünf Jahren bei einem Flugzeugunfall starb, und als einer der Einpeitscher der Ausschreitungen gegen die Sikhs in Neu-Delhi nach der Ermordung der Regierungschefin am 31. Oktober 1984. Premierminister Rajiv Ghandi soll sich sofort in das Krankenhaus begeben haben, in das Dass gebracht worden war.

Am 20. August hatten Sikh-Extremisten in Pandschab den einen gemäßigten Kurs befürwortenden Sikh-Politiker Harchand Singh Longowal ermordet, der mit Premierminister Rajiv Gandhi ein Abkommen zur Befriedung des von Unruhen und Gewaltakten erschütterten Unionsstaates ausgearbeitet hatte. Am selben Tag fiel in Pandschab ein Hindu-Politiker der Kongreß-Partei einem Attentat zum Opfer. Am 31. Juli waren, vermutlich ebenfalls von Sikhs, der Kongreßabgeordnete Lalit Maken und seine Frau erschossen worden.

# Chinas Anschluß-Angebot für Eureka: Europa und sich selber fördern

**Pekings Modernisierungsprogramm erlaubt keine größeren Sprünge / Abfuhr für SDI**

JOCHEN HEHN, Hongkong

Das vom französischen Staatspräsidenten François Mitterrand vorgeschlagene Hightech-Forschungsprogramm Eureka ist weit ab vom europäischen Kontinent auf lebhafte Zustimmung gestoßen. Den in Peking weilenden französischen Außenminister Roland Dumas ließ die chinesische Regierung wissen, daß sie Eureka, von Paris als Antwort auf Ronald Reagans SDI ins Leben gerufen, *nicht nur begrüße, sondern sich auch* daran beteiligen wolle.

Erst vor Monatsfrist hatte Deng Xiaoping der Strategischen Verteidigungsinitiative der USA eine harsche Abfuhr erteilt. „Der Plan, der die Anwendung von Weltraumwaffen vorsieht", sagte Deng, „würde eine gefährliche Veränderung des Wettrüstens verursachen." Reagans Konzeption dürfe nicht Wirklichkeit werden, denn es bedeute mehr als nur einige nukleare Sprengköpfe hinzuzufügen. Gemäß ihrer These, „wer den Weltraum beherrscht, kann den Erdball beherrschen", strebten die USA wie auch die Sowjetunion die militärische Überlegenheit im Weltall an. SDI nein, Eureka ja – ein Widerspruch?

Der militärische Zweck von SDI und auch der sowjetischen Operationen im All ist unbestritten. Eureka zielt dagegen in erster Linie darauf ab, die Anstrengungen der westeuropäischen Länder auf die Entwicklung und die friedliche Nutzung so neuer Technologien wie Mikro- und Lasertechnik, Optoelektronik, künstliche Intelligenz und Computer der fünften Generation zu konzentrieren, um damit gegenüber der modernen Technologie Japans und der USA konkurrenzfähig zu werden. Doch bleibt die Anwendung der neuen Technologien auch im militärischen Bereich den Eureka-Partnern zumindest als Option erhalten; und dies gilt nun in gleichem Maße für China, das ja seinen Willen zur Zusammenarbeit bekundet hat.

Die „Gefährdung des Weltfriedens", von den chinesischen Politikern als Hauptargument gegen das Wettrüsten im Weltraum ins Feld geführt, mag gewiß eine berechtigte Sorge sein. Doch dürfte für Peking weit mehr die Befürchtung im Vordergrund stehen, im gigantischen Rüstungsduell zwischen den USA und der UdSSR technologisch und militärisch noch weiter zurückzufallen. Eine ähnliche Entwicklung zeichnete sich schon einmal in den fünfziger und Anfang der sechziger Jahre ab, als die China sich gezwungen sah, gewaltige Anstrengungen zu unternehmen, um eine eigene Nuklearwaffe zu entwickeln. Das Unternehmen glückte und schockte die Welt.

Einen neuerlichen derartigen Kraftakt zu unternehmen, sieht sich das heutige China jedoch schwerlich in der Lage. Ein Blick auf das von Deng Xiaoping initiierte ehrgeizige Programm der vier Modernisierungen zeigt, wo die Volksrepublik gegenwärtig ihre Prioritäten setzt. Die Hebung des Lebensstandards ihrer Bevölkerung durch Reformprogramme in der Landwirtschaft, der Industrie, der Wissenschaft und der Armee, und zwar in dieser Rangfolge, ist eine Aufgabe, die bereits an die Grenzen der Leistungsfähigkeit des chinesischen Volkes heranreicht. Zusätzliche Investitionen in Milliardenhöhe wie sie von den USA und der Sowjetunion für ihre militärischen Projekte im All veranschlagt worden sind, können vom Entwicklungsland China nicht oder nur unter allergrößten Opfern aufgebracht werden. Mit der beabsichtigten Unterstützung des westeuropäischen Eureka-Programms bleibt China jedoch im Rahmen seiner Möglichkeiten. Zudem darf es hoffen, durch die Beisteuerung eigener Talente und Ressourcen zum Erfolg von Eureka beizutragen und davon zu profitieren.

Pekings Bereitschaft, Eureka zu unterstützen und daran mitzuarbeiten, fügt sich nicht ganz zufällig ein in die Zielvorstellungen der chinesischen Außenpolitik. Danach sollen die westeuropäischen Staaten sich durch ihren Zusammenschluß dem Bannkreis der beiden Supermächte entziehen und ein natürliches Gegengewicht bilden. China glaubt von einem starken und leistungsfähigen Europa, daß es in der Lage ist, Vormachtbestrebungen der USA und der Sowjetunion zu hemmen. Für sich selbst erwartet die Volksrepublik Zeit zum Atemholen sowie größeren politischen Handlungsspielraum.

# *Norwegen vor der Wahl: Zukunft mit kleinen oder großen Wohltaten?*

GOTTFRIED MEHNER, Oslo

„Gro hat die Wahlkampfschlager – Kare hat das Vertrauen". Auf diese zutreffende Kurzformel brachte eine große Osloer Zeitung die Trends im Endspurt des norwegischen Wahlkampfes: Am kommenden Montag, 9. September, werden rund drei Millionen Norweger über die Verteilung der 157 Sitze im Storting entscheiden. Bislang hat sich in allen seriösen Wählerbefragungen der Vertrauensvorsprung für Kare Willochs bürgerliche Dreierkoalition aus Konservativen, christlicher Volkspartei und Zentrumspartei bestätigt. Die Führung ist allerdings denkbar knapp. Selbstzufriedene Bequemlichkeiten der bürgerlichen Wähler bei der Stimmabgabe würde mit Sicherheit den Regierungsverlust bedeuten. Die letzte vierjährige Legislaturperiode bestritt Willoch mit einer Mehrheit von nur einer Stimme.

Das Fundament für einen erneuten Wahlsieg haben die Bürgerlichen mit einer erfolgreichen Reformarbeit in der abgelaufenen vierjährigen Legislaturperiode gelegt. Wahlversprechen über Steuersenkungen wurden eingehalten. Gleichzeitig gelang es, den Wohlfahrtsstaat in Balance zwischen Ansprüchen und inflationären Gefahren moderat weiter zu entwickeln – gewiß auch dank der üppig sprudelnden Ölsteuereinnahmen, die inzwischen ein Fünftel der staatlichen Gesamteinnahmen ausmachen.

Hinzu kam das Glück des Tüchtigen. Das Bruttosozialprodukt dürfte in einem überraschend starken Aufschwung in diesem Jahr mindestens vier *Prozent zulegen.* Privater Verbrauch, Produktion und Investitionen signalisieren einen Aufwärtstrend. Die diesjährige Lohnrunde ging konfliktlos über die Bühne. Weitere Pluspunkte: Auf einem noch akzeptablen Mittelplatz liegt mit 5,5 Prozent die Inflationsrate. Der „Jammer-Index", also die Addition aus Inflation und Arbeitslosenrate, liegt mit acht bis neun Prozent unter den deutschen Vergleichswerten.

Die Sozialdemokraten haben manchmal zwar nicht ganz die richtige Tonlage getroffen, so wenn sie düster etwa gegen die „gräßlich hohe Arbeitslosigkeit" von drei Prozent wetterten. Aber insgesamt lieferten sie unter der Führung von Gro Harlem Brundtlands (46) einen gelungenen Wahlkampf. Während konservative Veranstaltungen nur einen mageren Zulauf hatten, gab es bei den Sozialdemokraten volle Häuser. Die Konservativen trösten sich damit, daß dies sowieso nur Pflichtveranstaltungen für die eigene Anhängerschar seien. Auch in den Fernsehdebatten, die zwar insgesamt Remisausgingen, wurde deutlich, daß Willoch (56) sich dem 60. Lebensjahr nähert, ohne daß er seine politische Widersacherin in die „jugendliche Unerfahrenheitsecke" drängen konnte.

Gesundheitsbereich, zu wenig Krankenhausplätze, neue Ambulatorien, sozialer Sektor, mehr Kindertagesheime, Beschäftigung, das waren die wählerwirksamen Bereiche, auf die sich die Sozialdemokraten in ihrem *Wahlkampf konzentrierten. Die* Regierung konterte mit dem Hinweis, in diesen Bereichen sei noch nie so



Hat das Vertrauen: Kare Willoch FOTO: POLY-PRESS

viel Geld ausgegeben worden, wie jetzt. Draufgesattelt wurden die Vorwürfe, die Sozialdemokraten setzten opportunistisch auf Wahlgeschenke für die Rentner – die Ölmilliarden machen's möglich. In der Tat: Den wirtschaftlichen Problemen soll mit einem 20-Milliarden-Kronen-Ankurbelungsprogramm zuleibe gerückt werden. Mit im Angebot ist auch eine generelle Senkung der Wochenarbeitszeit auf 37,5 Stunden und die Herabstufung des Rentenalters auf 65 Jahre. Zudem beabsichtigen die Sozialdemokraten, die Kontrolle über den Bankenapparat zu intensivieren: Nach Auffassung der Linken soll sich künftig der Aufsichtsrat der Banken zu je einem Drittel aus Aktionärsvertretern, Repräsentanten der Arbeitnehmer so wie Staatsvertretern zusammensetzen. Heute haben die Aktionärsvertreter in den Aufsichtsorganen der Banken das Sagen.

Das Kontrastprogramm der Bürgerlichen ist eine stärker freiheitlich verankerte Gesellschaft. Generell: Weniger Bürokratie, weitere Steuersenkungen, fortgesetzte Liberalisierungsschritte. Dies beinhaltet die auch so hochpopulären längeren Ladenöffnungszeiten und, in der Medienpolitik, Privatfunk und Werbung. Das staatliche Fernseh- und Rundfunkmonopol wurde geknackt.

Die Konservativen forcieren zudem geschickt Themen, die die Sozi*aldemokraten vermeiden wollen.* Beispiel: Sicherheitspolitik. Hier haben die Konservativen viel zu gewinnen mit dem Hinweis darauf, daß der linke Flügel der Sozialdemokraten einen Austritt aus der NATO betreibt. Auch plädiert dieser Flügel für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Skandinavien um jeden Preis, während die Mehrheit der Sozialdemokraten, wie auch die Konservativen eine solche Frage „nur in Harmonie" mit den USA und der NATO verwirklichen wollen.

Auch die bürgerliche Dreierkoalition bildet keineswegs einen monolithischen Block. Das Zentrum will sich mit einem „Fürsorgelohn" für die Pflege älterer Menschen und Kranken zu Hause profilieren. Unterstützt wird dieses Vorhaben von der christlichen Volkspartei. Die Konservativen schrecken dagegen wegen der zusätzlichen Kosten zurück. Das Zentrum reagiert auch ausgesprochen feinfühlig, wenn es gegen die *Interessen seiner Anhängerschar, das* sind die Fischer und die kleineren Bauern geht, die auch zu der Wählerschaft der christlichen Volkspartei gehören. Wähleranalysen haben ergeben, daß die Bürgerlichen vor allem bei jungen Männern attraktiv sind, während die Damenwelt eher den Sozialdemokraten zugeneigt ist.

Wohlgemerkt, in der Absicht des bürgerlichen Lagers liegt es keineswegs, den Wohlfahrtsstaat auszuhöhlen. Ihm geht es nur darum, daß es ein Mindestmaß an privatem Wettbewerb gibt und daß das Übermaß an Staat in einigen Bereichen zurückgeschnitten wird. Kasse macht sinnlich – das gilt auch für Willochs Kabinett, das eine Menge Ölmilliarden zur Subvention der teilweise hoffnungslos veralteten norwegischen Industrie verwendet hat. Nur, unter einer sozialdemokratischen Regierung hätte es vermutlich mehr solcher Wohltaten gegeben.

# Barschel in Israel für mehr Kooperation

SAD, Jerusalem

Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Uwe Barschel (CDU), hat in Jerusalem die Auffassung vertreten, der vor kurzem zwischen Israel und USA abgeschlossene Freihandelsvertrag biete auch große Möglichkeiten einer industriellen Zusammenarbeit zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland. Der israelische Wissenschafts- und Entwicklungsminister Gideon Patt habe ihm dargelegt, daß israelische Erzeugnisse auch mit einem 40prozentigen Anteil deutschen Ursprungs den Bestimmungen dieses Vertrages entsprechen und zollfrei in die USA exportiert werden könnten. Dies könnte sich zum Vorteil sowohl für die israelische als auch für die deutsche Industrie auswirken.

Barschel, der am Montag auf Einladung der Regierung nach Israel gekommen war, führte außerdem bereits Gespräche mit Außenminister Shamir und dem stellvertretenden Knesset-Vorsitzenden Ben-Meir. Auch eine Unterredung mit Ministerpräsident Shimon Peres ist vorgesehen. Barschel legte in Jerusalem einen Kranz an der Holocaust-Gedächtnisstätte Yad Vashem nieder.

# Schlesien im „DDR"-Fernsehen

E. N. Bonn

Erstmalig läuft heute im Fernsehen der „DDR" ein Film, in dem ständig *von solchen für die Publizistik des* SED-Staates nicht existenten Gebieten wie Ostpreußen, Pommern und Schlesien gesprochen wird. Dies erklärte Bengt von zur Mühlen, der Ehemann der Produzentin des Films über die Witwen der nach dem 20. Juli 1944 hingerichteten Verschwörer gegen Hitler, Irmgard von zur Mühlen. Er verwies auch darauf, daß in dem Film außerdem häufig von Angehörigen einer Gesellschaftsschicht die Rede sei, die es für die „DDR" eigentlich „nicht gibt": Acht der Witwen kommen aus adligen Familien.

Dieser Film sollte eigentlich am Jahrestag des Attentats gleichzeitig von der ARD ausgestrahlt werden. Dieses Vorhaben sei aber „gescheitert". Der Film mit dem Titel „Es liegt an uns, diesen Geist lebendig zu halten", sollte gestern im Ost-Berliner „Presse-Zentrum" auch der internationalen Presse gezeigt werden.

# Nahtlose Übereinstimmung zwischen KPF und Moskau

**Marchais überbringt Gorbatschows Themen für Paris**

A. GRAF KAGENECK, Paris

Mit angemessenem Abstand hat das Organ der Kommunistischen Partei Frankreichs, die „L'Humanité" in ihrer Mittwochausgabe das gemeinsame Kommunique über ein zweieinhalbstündiges Gespräch veröffentlicht, welches Generalsekretär Georges Marchais und KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow am Montagmittag im Kreml geführt hatten. Das beiderseits gemischte Treffen zwischen den beiden Parteiführern hatte einen außergewöhnlich langen Sommerurlaub Marchais' an der *sowjetischen Schwarzmeerküste* beendet. Zu gleicher Zeit wurde das Kommunique von der sowjetischen Parteizeitung „Prawda" veröffentlicht.

Solche gemeinsamen Veröffentlichungen zu einem Vorgang, der durchaus einen Routinecharakter hat, sind ungewöhnlich. Auch die Publizität, die von Moskau um das Dokument gemacht wurde, entspricht nicht den Gepflogenheiten. Beide können nur durch den unmittelbar bevorstehenden Besuch Gorbatschows in Frankreich (Anfang Oktober) erklärt werden. Im Vorfeld der Veröffentlichung hatte die Pariser Presse Spekulationen über eine angebliche Krise zwischen beiden Parteien angestellt, wie sich aus einer kurzen Tass-Meldung zu dem Treffen („... Atmosphäre aufrichtiger Freundschaft und gegenseitigen Verstehens unter Kameraden") herauslesen lasse.

Die Lektüre des 2000 Worte langen *Dokuments läßt solches nicht erkennen.* Sie verstärkt vielmehr den alten Eindruck einer fast vollständigen Angleichung der KPF an die Moskauer Mutterpartei in allen ideologischen wirtschaftlichen, außen- und sicherheitspolitischen Fragen.

## Mit den Sozialdemokraten

Auch wenn am Schluß auf der „vollen Unabhängigkeit beider Parteien beim Aufbau des Sozialismus in jedem ihrer Länder" bestanden und die Möglichkeit von Divergenzen auf diesem Wege zugegeben wird.

Beide Parteien verdammen unisono die „Militarisierung des Weltraums" durch die USA, erklären sich ferner gegen die Aufstellung „neuer Raketen in West und Ost" und treten für einen Abrüstungsdialog ein, dessen Beginn in Genf auf die „Aktion der friedliebenden Kräfte in der Welt" zurückzuführen sei. Hier wird ausdrücklich auf ein gemeinsames Vorgehen dieser Kräfte mit den „westeuropäischen Sozialdemokraten" verwiesen, gleichzeitig aber wieder die wohl unvermeidlich gewordene Warnung vor dem Aufkommen eines Revanchismus in der Bundesrepublik ausgesprochen.

Interessant ist, daß sich das Dokument zwar für die diversen Moratorien Gorbatschows zur Begrenzung der Raketenaufstellung erklärt, nicht mehr aber auf die Einbeziehung französischer Raketen in die Abrüstungsgespräche in Genf zwischen den beiden Supermächten besteht.

## Kein Berlin-Besuch?

Auch wird dem Vorschlag des KPdSU-Chefs zur Einstellung aller Atomversuche nur „große Wichtigkeit" beigemessen, ohne Frankreich ausdrücklich darauf festzulegen. Die KPF steht hinter der Atomwaffenpolitik der französischen Regierungen und damit den Atomtests im Pazifik.

Was die Zusammenarbeit beider Staaten angeht, so kritisiert das Papier die nicht genügende Ausnützung dieser „schon sehr breiten Kooperation in letzter Zeit" (seit Mitterrands Amtsantritt) und hofft auf fruchtbare Kontakte. Der Besuch Gorbatschows in Frankreich Anfang Oktober wird in dem Dokument nicht erwähnt.

Insgesamt liest sich das Papier wie ein Vademecum der sowjetischen Seite für diesen Besuch. Die französische Öffentlichkeit weiss nun, mit welchem Gepäck Gorbatschow zu seiner ersten offiziellen Reise in den Westen aufbricht. Neues ist in dem Gepäck nicht enthalten. Die Tageszeitung Le Monde nutzte die nahtlose Übereinstimmung zwischen den beiden kommunistischen Parteien zu einer Spitze gegenüber Marchais. Der KPF-Chef predige zwar immer, man solle französisch kaufen und leben, er selber aber verbringe einen ganzen Monat in der Sowjetunion.

Im Zusammenhang mit der Gorbatschow-Visite ist interessant, daß im Elysee keine Angaben für einen bevorstehenden Besuch Präsident Mitterrands in West-Berlin, wie er bei dem 45. Deutsch-Französischen Gipfel im Februar in Paris zwischen Kohl und Mitterrand vereinbart worden war, gesagt wird. Der Besuch sei weiter wahrscheinlich, aber ein Zeitpunkt liege nicht fest, heißt es.

# Sorge in Windhuk wegen Südafrika: Keine Hilfe mehr?

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

In der Übergangsregierung Namibias herrscht Sorge, daß „die vorrevolutionäre Atmosphäre in Südafrika" auf die ehemalige deutsche Kolonie übergreife oder Pretoria aufgrund der immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Situation gezwungen sein könnte, „Namibia die finanzielle Unterstützung zu entziehen oder gar Streitkräfte aus dem Nachbarland abzuziehen." Diese Sorge äußerten in einem Gespräch mit der WELT die zwei Regierungsmitglieder G. Diergaardt (Minister für Zivilverwaltung und Arbeitsangelegenheiten) und sein Stellvertreter Lucas de Vries. Beide sind einer Einladung aus deutschen Wirtschaftskreisen gefolgt.

Ihre Regierung unterhalte Beziehungen zu den meisten politischen Stiftungen in der Bundesrepublik, nicht jedoch zum Auswärtigen Amt. „Bonn spricht nicht mit uns, aber mit der Swapo." Die Übergangsregierung in Windhuk verlange nicht die formelle Anerkennung Bonns, hofft aber, daß „Bonn wenigstens zur Kenntnis nimmt, daß wir die Abhängigkeit von Südafrika beenden wollen und daß dafür eine aus dem ganzen Volk Namibias hervorgegangene Regierung nötig ist." Man frage sich jedoch, ob „es korrekt ist für eine demokratische christliche Regierung, die Swapo zu hofieren und zu unterstützen, die Terror und Krieg nach Namibia bringt, und eine Regierung zu schneiden, die von allen westafrikanischen Staaten anerkannt und bereit ist, um des Friedens willen die Macht selbst mit der Swapo zu teilen." Man habe der Swapo mehrfach eine Zusammenarbeit angeboten, um auch auf der Basis der UNO-Resolution 435 über die Zukunft Namibias zu sprechen. Die Antwort der von Bonn favorisierten Gruppe seien bisher aber nur Bomben und Morde gewesen. „Da die Swapo angibt, gegen Südafrika Krieg zu führen, und nicht gegen Namibia, können wir keinen Waffenstillstand mit ihr vereinbaren. Gespräche setzen freilich voraus, daß die Swapo auf Gewalt verzichtet und nicht mehr die Schulen bombardiert, in denen unsere Regierung auch Swapo-Kinder unterrichtet."

Die Swapo erhalte, so der bis vor einiger Zeit als Präses der lutherischen Kirchen in Namibia tätige de Vries, „Gelder vom Weltkirchenrat und aus UNO-Fonds, deren Verwendung nicht kontrolliert wird. Ich weiß aber, daß die Swapo damit auch Waffen kauft."

Mit TWA nach & durch die USA.

So bequem wie nie zuvor.

Mit unseren Nonstop-Flügen Frankfurt-New York, München-New York, Frankfurt-St. Louis. Und mit günstigen Direktverbindungen zu den über 60 Städten, die in den Staaten auf unserem Flugplan stehen. Mehr darüber in Ihrem Reisebüro.

Der bequeme Weg nach USA



Das Bild unserer Mittelgebirge wird wesentlich von den bunten Wiesentälern geprägt. Auf Grund der gewandelten landwirtschaftlichen Nutzung sind sie jedoch stark gefährdet. In Nordrhein-Westfalen haben sich deshalb Experten unterschiedlicher Disziplinen zusammengetan, um diese Biotope zu schützen und zu erhalten.

# Wenn Landwirte bei den Naturschützern in die Schule gehen



Wiesentäler, Wälder und Bachläufe prägen das Bild der Mittelgebirge FOTO: LÖLF

Von ALBERT SCHMIDT

Die Schönheit einer Landschaft wird wesentlich bestimmt durch den Wechsel von Wäldern und Wiesen, Hecken und Alleen, Wasserläufen und Wasserflächen. Auch der Erholungswert einer Landschaft ist um so größer, je vielfältiger die Landschaft strukturiert ist.

Dies gilt besonders für das Bergland. Es wird geprägt durch die Wiesentäler mit ihren oft von Erlen und Weiden umsäumten Wasserläufen. Was wären die großräumigen Erholungsgebiete in der Eifel, im Bergischen Land oder im Sauerland, wenn sie nur Wald und Talsperren zu bieten hätten, nicht jedoch bunte Wiesentäler? Viele bedrohte Pflanzen- und Tierarten, wie etwa Orchideen und Schmetterlinge, finden hier ihre letzten Rückzugsgebiete, und die meisten Menschen freuen sich, wenn sie neben den Wäldern auch die Vielfalt reichblühender Pflanzen genießen können.

In den letzten zehn Jahren sind die Befürchtungen des Naturschutzes immer größer geworden, daß die Wiesentäler in den Mittelgebirgslandschaften nach und nach verlorengehen. Die Landwirtschaft zieht sich immer mehr aus dem Bergland zurück, weil das Grünland keine ausreichenden Erträge mehr bringt. Die Talauen, die früher zur Heugewinnung zweimal oder zur Streugewinnung im Herbst einmal gemäht wurden, fallen nunmehr brach, weil sie ertragsarm und schwierig zu befahren sind und häufig abseits des landwirtschaftlichen Betriebes liegen.

Andere Wiesentäler werden aufgeforstet oder zu Fischteichen umgewandelt. Die Landwirte, die bleiben, sind gezwungen, intensiver als bisher zu wirtschaften. Dazu kommt noch, daß für das wenige Heu, das in modernen Ställen noch benötigt wird, viel kleinere Flächen als früher ausreichen, zumal wenn sie stark gedüngt und mit Herbiziden behandelt werden. Alle Flächen, die nicht zu sehr vernäßt sind, werden in Äcker mit Maisanbau umgewandelt.

Diese aufgrund von agrarpolitischen Zwängen herbeigeführte Entwicklung hat dazu geführt, daß sich die bereits stark bewaldeten Mittelgebirgslandschaften durch neue Aufforstungen weiter „verdunkelt" haben. Dort, wo der Landwirt die Natur sich selbst überlassen hat, sind Brachflächen entstanden, die – wenn man der Natur freien Lauf läßt – in Jahrzehnten auch zu Wald werden.

## Alle Wiesentäler sind vollständig kartiert

Um die letzten intakten Wiesentäler noch zu erhalten, sind in Nordrhein-Westfalen gemeinsame Aktionen zwischen Naturschutz und Landwirtschaft eingeleitet worden, denn das Projekt kann nur in Kooperation mit den hier ansässigen landwirtschaftlichen Betrieben erfolgen.

Grundlage für den Schutz der Wiesentäler ist die inzwischen von der Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung (LÖLF) abgeschlossene Biotopkartierung für Nordrhein-Westfalen. Die Erfassung und Bewertung der vorhandenen Wiesentäler mit ihren Tier- und Pflanzenbeständen ermöglicht in einem zweiten Schritt die Vorbereitung eines Programms zur ihrer Erhaltung. Dieses Programm ist Voraussetzung für die Bereitstellung der Mittel, mit denen schutzwürdige Flächen gezielt vom Land angekauft werden können. Die anschließende Wiederverpachtung an solche Landwirte, die bereit sind, diese Flächen nach Gesichtspunkten des Naturschutzes zu pflegen, dient gleichermaßen dem Naturschutz und der Existenzsicherung kleinbäuerlicher Betriebe im Bergland.

Doch nicht alle Flächen können angekauft und wiederverpachtet werden. Der größere Teil der schutzwürdigen Wiesentäler und die sich bereits zu Brachflächen entwickelten Wiesen werden gepflegt werden müssen, damit die Landschaft offen bleibt. Hier eröffnen sich für den bäuerlichen Betrieb neue Zukunftsaufgaben.

Auf der Grundlage von Pflege- und Unterhaltungsplänen, die von der LÖLF erarbeitet werden, sollen schutzwürdige Wiesenflächen von der Landwirtschaft extensiv genutzt werden. Auf nährstoffarmen Böden genügt eine einmaliges Mähen im Herbst oder eine extensive Beweidung. Auf nährstoffreichen Böden ist es ratsam, wieder wie früher zweimal im Jahr Heu zu gewinnen.

In der Eifel und im Bergischen Land ist jetzt zwischen den beteiligten Landwirten und den zuständigen Landschaftsbehörden unter Beteiligung der Landwirtschaftsverbände und der Naturschutzverbände eine enge Zusammenarbeit bei der Pflege schutzwürdiger Wiesentäler vereinbart worden. Die Landwirte erhalten für die Pflege von Wiesentälern, für das Schneiden von Hecken und Bäumen und das Freiräumen von Wasserläufen ein Entgelt, das dazu beiträgt, Verluste in der Grünlandwirtschaft auszugleichen.

Auch Brachflächen, die seit Jahren nicht mehr gedüngt und mit Herbiziden behandelt worden sind, haben sich inzwischen überall in den Mittelgebirgslandschaften zu ungestörten Lebensräumen für zahlreiche Pflanzen und Tiere entwickelt. Aus der angrenzenden, noch intensiv genutzten Kulturlandschaft ziehen sich Pflanzen und Tiere in diese Refugien zurück.

Doch der ökologische Wert der Brachflächen ist um so niedriger, je stärker die Verbuschung voranschreitet, die schließlich auch solche Flächen zu Wald werden läßt. Deswegen ist auch hier ein gezieltes „Biotopmanagement", d. h. eine genau geplante Pflege, unabdingbar, um die Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt zu erhalten.

## Landwirte sichern mit dem Naturschutz ihre Existenz

In einem Pilotprojekt, das zur Zeit die Landwirtschaftskammer Rheinland zusammen mit der LÖLF durchführt, werden erste Erfahrungen über den Einsatz von Landwirten bei der Pflege und Unterhaltung von schutzwürdigen Wiesentälern und Brachflächen gesammelt. Das noch in fernerer Zukunft liegende Ziel könnte es sein, in den Mittelgebirgslandschaften „Landschaftspflegehöfe" einzurichten, die der Erhaltung schutzwürdiger Wiesentäler ebenso dienen wie der Sicherung landwirtschaftlicher Existenzen.

*Dipl.-Ing. Albert Schmidt ist Präsident der Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung (LÖLF) Nordrhein-Westfalen in Recklinghausen.*

# Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## Kriminelle Schwarzarbeit

„ABM Fahndung": WELT vom 30. August

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

mit Interesse habe ich den Kommentar von Peter Gillies gelesen. Gestatten Sie mir, daß ich dazu einige Anmerkungen mache.

Herrn Peter Gillies ist vorbehaltlos darin zuzustimmen, daß es absurd wäre, Arbeitslose als Fahnder nach Schwarzarbeitern einzusetzen. Ich würde sogar sagen: zu mißbrauchen.

Bedenken muß aber seine Feststellung auslösen: „In der Schattenwirtschaft wird vieles geschafft, was bei den hohen Arbeitskosten der ‚weißen' Wirtschaft ungetan bliebe." Soviel scheinbare Logik darin steckt, der Schattenwirtschaft eine heilsame Konkurrenz zur legalen Wirtschaft zuzuschreiben, um ihr damit etwas auf die Sprünge zu helfen, so darf nicht verkannt werden, daß das als Schattenwirtschaft beschriebene Feld zu einem noch nicht abgesteckten Tummelplatz schwerer und schwerster Kriminalität geworden ist.

Realistische Schätzungen gehen davon aus, daß durch die Schwarzarbeit ein volkswirtschaftlicher Schaden von etwa 170 Milliarden Mark (also zehn Prozent des Bruttosozialproduktes) jährlich verursacht wird. Bedenkt man weiter, daß 20 Milliarden an Steuern brutal und nicht als lässige Sünde hinterzogen werden und daß im Sozialbereich 30 Milliarden Mark ausfallen, ist es nicht schwer, sich vorzustellen, wer diese mehr und mehr organisierten Verbrechen tatsächlich bezahlt, nämlich wir alle.

Man braucht nicht Schätzungen beizutreten, die davon ausgehen, daß die Schwarzarbeit inzwischen zu einem Verlust von ca. einer Million Arbeitsplätzen geführt habe. Schließt man nur bescheiden auf ein Zehntel des Schadens, so muß man wissen, daß die Bundesanstalt für Arbeit für rund 100 000 Arbeitslose zwischen 2,4 bis drei Milliarden Mark zu zahlen hat. Auch dieses Geld ist nicht nur von uns allen aufzubringen.

Schlimmer ist, daß es in die Taschen eindeutig krimineller Verflechtungen fließt. Was uns Sicherheitsleute dabei so beunruhigt, aber der Öffentlichkeit nicht deutlich genug gemacht werden kann, ist, daß kriminell erworbenes Geld und wird es noch so oft „gewaschen", immer wieder in kriminelle Unternehmungen einfließt.

Also: Es gibt keine Konkurrenz zwischen Schattenwirtschaft und „weißer" Wirtschaft, sondern ausschließlich die Frage, wie wir einer eskalierenden kriminellen Energie auf dem schwarzen Arbeitsmarkt den Kampf ansagen, um schlimmstenfalls und letzten Endes die eigene nackte Existenz zu retten.

Die Wirtschaftskriminalität und nachgewiesen hier in diesem Bereich, fällt dem Bürger im Alltag deshalb so wenig auf, weil er niemals direkt erkennt, daß er ganz persönlich der Geschädigte ist.

Abschließend noch ein Wort zur allgemeinen Moral. Können wir es uns leisten, daß es für den arbeitssuchenden Menschen zu der echten Alternative kommt, entweder neben der Arbeitslosenhilfe oder dem Arbeitslosengeld auf dem schwarzen Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, oder vergeblich darauf zu warten, einen tariflich gesicherten Arbeitsplatz zu erwarten und dabei ehrlich, aber „dumm" zu bleiben?

*Claus Hübner*
*Der Polizeipräsident in Berlin*

## Nation und Staat

„Das Beste und die Bestie"; WELT vom 27. August

Während Bundespräsident von Weizsäcker in seiner Rede vor dem Weltkongreß der Geschichtswissenschaftler ausschließlich von der Nation gesprochen hat, hält G. Zehm auch den Nationalstaat als „ganz selbstverständlichen Grundbaustein internationaler Politik" für unverzichtbar. In dem Zusammenhang kritisiert er Michael Stürmer, der („Rheinischer Merkur") das Zeitalter der Nationalstaaten ebenso wie Aurelio Peccei („Die Zukunft in unserer Hand") für überholt bzw. auf alle Zeiten geschlossen hält.

Sehr wahrscheinlich wird Stürmer recht behalten, allerdings nicht nur aus den von ihm angeführten Gründen. Denn der Nationalstaat wurde ganz wesentlich vom Industrialismus mit seinen Symbolen Fabrik, Fließband und industriell geprägtem Arbeitsbegriff mitbegründet und ausgeformt. Derzeit befinden wir uns aber zunehmend im Übergang zum global orientierten mikroelektronischen Informationszeitalter, in welchem wir uns – um nur ein Beispiel zu nennen – „rasch der Möglichkeit nähern, jeden Menschen an jedem Ort und zu jeder Zeit mit Bild, Ton und Schrift zu erreichen". (Der Informatiker Karl Steinbuch in „Die rechte Zukunft".) Die in diesem ungemein dynamischen Zeitalter unumgängliche Neuformierung aller gesellschaftlichen Strukturen wird nicht die Nation, wohl aber den Nationalstaat in Frage stellen.

Jedenfalls sollten m. E. vorstehend angesprochene Fragen wie auch Fragen einer adäquaten Geisteshaltung, Erziehung usw. heute nicht mehr ohne Berücksichtigung des Überganges vom Industrialismus zum Informationszeitalter, der nach Toffler („Die Zukunftschance") bei mangelnder Anpassungsfähigkeit der Menschheit zunehmend dramatisch verlaufen könnte, behandelt werden.

*K. Speckmann,*
*Bonn 1*

## Große Blößen

„Das schwierige Amt"; WELT vom 29. August

Es sollte doch eigentlich bekannt sein, daß sich Willy Brandts Sorge vor seiner „Erpreßbarkeit", die er bei seinem Rücktritt Mai 1974 ehrlicherweise öffentlich zugab, nicht auf den Spionage-Fall Guillaume, sondern auf sein Privatleben gründete. Warum sonst hätte Herbert Wehner elf Monate konsequent zur Ablösung drängen müssen, mit Unterstützung Nollaus? Helmut Schmidt kam gar nicht auf die Idee, wegen Spionage-Fällen zurückzutreten. Mit Recht! Hubert Schrübbers war nach erfolgter Entnazifizierung unangefochten jahrelang Düsseldorfer Generalstaatsanwalt und 17 Jahre lang Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, auch unter der sozialliberalen Bundesregierung. Als er aber gewichtige Akten über wiederholte Vorbereitungsgespräche der SPD mit der SED, den Kommunistischen Parteien Italiens und Jugoslawiens in Italien zur Gründung der DKP und den Nachweis ihrer Nachfolge der verbotenen KPD in der Schublade hatte, wurde er kurz vor seiner Pensionierung als „untragbar" abserviert. Dann distanzierte sich die SPD als Partei und Träger der Bundesregierung öffentlich von der DKP, die sie selbst auf den Weg gebracht hatte. Solche Alibis sind zu klein, um große Blößen zu bedecken!

*J. Engelmann,*
*Oldenburg*

**Wort des Tages**

„Seine Freude in der Freude des anderen finden können: das ist das Geheimnis des Glücks."

Georges Bernanos, französischer Autor (1888–1948)

## Verknüpfung

„Leserbrief: Oberflächliche Analyse?"; WELT vom 30. August

Ich habe selten eine solch kritische Analyse und zutreffende Beschreibung der Deutschen und ihres Zustandes gelesen, wie „Was ist los mit den Deutschen?" von W. Laqueur. Möglicherweise überzeichnet der Autor einige Grenzbereiche – die grundsätzliche Situationsdarstellung ist m. E. hervorragend.

Fasziniert hat mich vor allem die logische Verknüpfung der für die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland relevanten Ereignisse mit den Zuständen der Jetztzeit.

Ich bin 1928 geboren und habe das Entstehen dieses Staates unter altersbedingt wechselnden Perspektiven miterlebt und mitgestaltet.

Es ist für mich kaum verständlich, mit welchem Absolutheitsanspruch Herr Brandes in seinem Leserbrief diese Serie bewertet und Lösungen aufzeigt, die er selbst im Bereich des Utopischen vermutet. Eine Erklärung für diese Zuschrift ist sicherlich das relativ geringe Lebens- und damit Erfahrungsalter des Lesers.

Meine Generation zeichnet in vielen Bereichen verantwortlich für die Lebensumstände in Westdeutschland und sie weiß – um in Abwandlung mit Heinrich Nordhoff zu sprechen –, daß diese Bundesrepublik mehr Fehler als ein Hund Flöhe hat.

Diese Fehler aufzuzeigen, ist notwendig, bedarf aber auch keiner besonderen Begabung – sie abzustellen, erfordert einen ungeheuren Einsatz. Diese Aufgabe, die sich jedem von uns täglich stellt, braucht Pragmatiker – keine Utopisten.

*F. Schemel,*
*Georgsmarienhütte*

## Qualifikation

„Im Streit um Paragraph 218 sucht Mainz ‚politischen Weg'"; WELT vom 27. August

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

in Rheinland-Pfalz soll künftig ein nach Landesrecht „besonders" qualifizierter Arzt entscheiden, ob die „soziale Indikation" des Schwangerschaftsabbruches zu Lasten der Krankenkasse gerechtfertigt ist. Für „qualifizierte" Ärzte gibt es seit eh und je ein ungeschriebenes Gesetz, das besagt, daß das Leben der Mutter immer (!) über dem Leben des Kindes steht.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Dr. G. Winkler,*
*Hamburg 55*

## Rekordleistungen der Mikroelektronik lassen Computer schrumpfen

OKTOBER 1983
AKTENSCHRANK-FORMAT
DM 100.000

SEPTEMBER 1984
KÜHLSCHRANK-FORMAT
DM 75.000

HERBST 1985
VIDEO-FORMAT
DM 35.000

**Immer kleiner, leistungsfähiger und billiger heißt die Devise im Computerbau. Die Bildgrafik zeigt ein sinnfälliges Beispiel für diese Entwicklung: Der Rechner IBM/36 hat sich von Oktober 1983 bis heute radikal verkleinert und ist überdies im Preis auf ein Drittel der ursprünglichen Kosten gefallen. Das erste Modell war noch so groß wie ein Aktenschrank; im September 1984 hatte er schon unter dem Schreibtisch Platz. Das heutige Tischmodell ist gerade noch so groß wie ein Videorecorder.** FOTO: REP/IBM

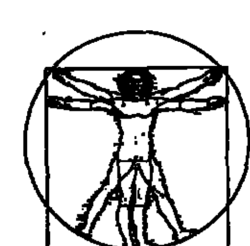
## NOTIZEN

### Luftaufklärung

**Wiesbaden** (gür) – Das hessische Landwirtschaftsministerium will noch in diesem Jahr den gesamten hessischen Waldbestand vom Flugzeug aus streifenweise auf Infrarot-Falschfarben-Fotos aufnehmen lassen. Da aus einigen Räumen bereits Infrarotbilder aus den vergangenen Jahren vorliegen, erhofft sich das Ministerium konkrete Aufschlüsse über die Zunahme der Waldschäden. Zusätzlich sollen die Schäden durch spezielle Aufnahmetrupps vom Boden aus ermittelt und für die bundesweite Waldschadenserhebung bis zum Spätherbst ausgewertet werden.

### Schleudertest

**Bochum** (idr) – Erstmalig in der Bundesrepublik werden ab kommendem Wintersmester an der Uni Bochum Versuche mit einer Großzentrifuge unternommen. Mit dem neun Meter langen und 30 Tonnen schweren Gerät werden u.a. Modelle von Dämmen, Stützbauwerken und Gründungen von Gebäuden untersucht. Durch die entstehende Fliehkraft



lassen sich Messungen unter realistischen Belastungen durchführen. Das Gewicht des Modells kann so auf das des Originals erhöht werden. So entwickelt beispielsweise ein zwei Tonnen schweres Modell bei vier Umdrehungen pro Sekunde eine Fliehkraft von 500 Tonnen.

### Stille Reserve

**München** (dg) – Zur Rettung heimischer Rinderrassen hat das Bayerische Landwirtschaftsministerium 81 000 Portionen Bullensperma als Genreserve eingelagert. Außerdem werden Prämien an solche bäuerlichen Betriebe vergeben, die sich um Haltung und Aufzucht der vom Aussterben bedrohten widerstandsfähigen Landrassen Verdienste erwerben. Wie Landwirtschaftsminister Hans Eisenmann zu der beispielhaften Initiative erklärte, haben die durch Neuzüchtungen verdrängten Rassen nicht zuletzt auch „die bayerische Geschichte und Kultur mitbeeinflußt".

# Die Technik soll dem Patienten dienen

## Apparative Fortschritte ermöglichen den Neurologen zahlreiche therapeutische Erfolge

Von INGRID ZAHN

Der Erste Bürgermeister von Hamburg, Klaus von Dohnanyi, zeigte sich erstaunt angesichts des Andrangs zum 13. Weltkongreß der Neurologie, dem ersten auf deutschem Boden. Von den 18 000 insgesamt registrierten Neurologen haben sich an die 3000 Ärzte und Wissenschaftler aus 74 Ländern im Hamburger Kongreßzentrum am Dammtor eingefunden, um bis morgen in 13 parallel laufenden Veranstaltungen Bilanz zu ziehen über das, was Neurologie heute in Forschung und klinischer Anwendung vermag.

Aus einer Disziplin, die sich vorwiegend auf das Erkennen und Benennen von Krankheiten beschränken mußte, ist in den vergangenen zwanzig Jahren eine auch therapeutisch aktive Wissenschaft geworden. Sie kann, in enger Verbindung mit den benachbarten Disziplinen, immer mehr Erkenntnisse aus der Grundlagenforschung in Maßnahmen zur verbesserten Diagnose und Behandlung der Patienten umsetzen.

Das Spektrum der behandelten Krankheiten reicht von Durchblutungsstörungen des Gehirns über Hirnentzündungen und Stoffwechselstörungen des Nervensystems bis zu Schädigungen der Nerven in der Körperperipherie. Patienten mit vorzeitigen Alterungserscheinungen und krankhaften Veränderungen, etwa bei der Alzheimer-Krankheit, von der allein in den USA eine Million Menschen betroffen sind, profitieren ebenso wie Migränepatienten oder Schlaflose von den erweiterten Möglichkeiten der Diagnose und der Therapie.

„Die Technik muß sich den Bedürfnissen der Patienten unterordnen, nicht umgekehrt", sagt Klaus Poeck, in seiner Eigenschaft als Präsident des Weltkongresses. Der von seinem Team aus Neuro-Psychologen, Neuro-Linguisten, Logopäden und Technikern entwickelte Test zur Ermittlung erworbener Sprachstörungen (Aphasie) wäre ohne den erheblichen technischen Aufwand nicht möglich, wie ihn nur die vielgeschmähte Großklinik bieten kann.

40 000 Patienten leiden an Ausfällen ihres Sprachvermögens nach einem Schlaganfall oder einer unfallbedingten Hirnverletzung. Etwa 15 000 Neuerkrankungen kommen jedes Jahr hinzu, darunter auch viele junge Patienten nach Verkehrsunfällen. Der Aphasie-Patient erfährt seine eigene Muttersprache als Fremdsprache. Er hat Mühe, gesprochene Worte zu verstehen, eigene Lautbildungen zu vollziehen und verbale Begriffe zu finden, die ihm vor der Erkrankung geläufig waren.

Seine Fähigkeit, sich mündlich auszudrücken, ist ebenso eingeschränkt wie die Fähigkeit zu lesen, Gelesenes zu verstehen und sich schriftlich zu äußern. Mit Hilfe der aufgefächerten Diagnose läßt sich ein Behandlungsprogramm für jeden Patienten erarbeiten. Es wird in Sechs-Wochen-Einheiten intensiv angewendet und je nach Bedarf innerhalb eines Jahres wiederholt. Auch mittelschwere Sprachstörungen sind mit gutem Besserungserfolg auf diese Weise zu behandeln.

Ganz auf die interdisziplinäre und kompetente Zusammenarbeit ist auch die Bemühung des Neuroradiologen angewiesen, der sich in die Verbesserung der Überlebenschancen schwergeschädigter Schlaganfallpatienten einschaltet. Für die Bemühung um die Wiedereröffnung verstopfter Gefäße im Gehirn, die sogenannte Rekanalisation oder Vibrinolyse, ist er unter anderem auf die sogenannte digitale Subtraktionsangiographie angewiesen.

Diese kann den entscheidenden Gefäßbereich im Gehirn ohne das umgebende Knochen- und Knorpelgehäuse sichtbar machen. Bei dem Eingriff wird ein hauchdünner Katheter eingeführt, durch den ein hoch wirksames Enzympräparat bis in die unmittelbare Nähe des Gerinnsels gebracht wird. Dort löst das Enzym die faserartigen Strukturen des Vibrins auf, das Gerinnsel wird gewissermaßen „verdaut". Je früher ein Patient behandelt wird, desto größer ist die Aussicht auf Erfolg.

Hier ist die Aufklärung der Kliniker und Praktiker über Erscheinungsbild und Schweregrad des Schlaganfalls entscheidend für das, was anschließend in der neurologischen Intensivstation für den Patienten getan werden kann.

# Personalien

## AUSZEICHNUNGEN

Mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ist der Präsident des Deutschen Segler-Verbandes, Dr. **Kurt Pochhammer**, ausgezeichnet worden. Die Senatorin für Jugend und Familie, **Cornelia Schmalz-Jacobsen**, Berlin, überreichte ihm die hohe Auszeichnung in den Räumen des „Verein Seglerhaus am Wannsee" in Berlin. Hierher hatte Dr. Pochhammer, der seit 1972 den Deutschen Segler-Verband leitet, anläßlich seines 65. Geburtstages zu einem Empfang geladen.

*

**Bruno Dechamps**, seit 1966 Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ), ist von Papst **Johannes Paul II.** in Anerkennung seines Wirkens für Kirche und Gesellschaft zum Komtur des Gregoriusordens ernannt worden. Der Bischof von Mainz, **Karl Lehmann**, wird Dechamps heute in Mainz den Orden überreichen. Dechamps (60) ist Mitglied im Katholikenrat und in der Diözesanversammlung des Bistums Mainz, deren Sachausschuß „Medien und Öffentlichkeitsarbeit" er vorsitzt.

*

Die international bekannte Cellistin Professor **Angelica Petry-May** ist in Würdigung ihrer großen Verdienste um die Pflege der deutschen Kulturbeziehungen mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Der Marburger Oberbürgermeister Dr. **Hanno Drechsler** erklärte bei der Überreichung der Auszeichnung im Rathaus, daß die seit rund 30 Jahren in fast allen großen Konzertsälen der Welt bekannte Meisterschülerin von **Pablo Casals** zu einer der prominentesten deutschen Künstlerinnen in den Ländern Mittel- und Osteuropas geworden ist. Vor allem beim Prager Frühling ist sie seit Jahren ständiger Gast. Außerdem ist sie Professor an der Hochschule für Musik in Düsseldorf.

## UNIVERSITÄT

Der Privatdozent Dr. **Hartmut Kogelschatz** von der Universität Karlsruhe hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Statistik an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Heidelberg erhalten und angenommen.

## VERANSTALTUNGEN

In Anwesenheit von Bundeskanzler **Helmut Kohl**, Bundestagspräsident **Philipp Jenninger**, Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm** und dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten **Johannes Rau** wurde gestern in Königswinter der Grundstein gelegt für den Neubau der „Heim-Volkshochschule" der Sozialausschüsse der CDU (CDA), das Zentrum für Arbeitnehmerbildung Königswinter (ZAK). Der Vorstandsvorsitzende der Stiftung für Christlich-Soziale Politik und Bildung, **Heinz Soénius** dankte den vielen Förderern des Projekts, ohne die es nicht zu finanzieren gewesen wäre. Der Kanzler betonte: „Wir haben immer überlegt, wie wir die CDU stabilisieren und den Nachwuchs heranbilden können. Jetzt ist der Tag da, an dem sichtbar wird, daß dieser Wunsch in absehbarer Zeit in Erfüllung gehen wird."

*

Mit einem Empfang im Gästehaus des Hamburger Senats ehrte Bürgermeister **Klaus von Dohnanyi** die langjährige Justizsenatorin der Hansestadt, **Eva Leithäuser**, die vor wenigen Tagen ihren 60. Geburtstag feierte. Unter den Gästen sah man Bürgerschaftspräsident **Peter Schulz**, die Präsidenten der Hamburger Gerichte, an der Spitze Oberlandesgerichtspräsident **Helmut Plambeck**, Kammerspielintendantin **Ida Ehre**, den Präsidenten der Landeszentralbank **Wilhelm Nölling**, die ehemalige Bürgermeisterin **Helga Elstner** sowie den fast vollzählig versammelten Senat, dem die in Berlin geborene Juristin Eva Leithäuser seit 1979 als Präses der Justizbehörde angehört. Frau Leithäuser, die auch Vorsitzende des Rechtsausschusses des Bundesrates ist, war vorher bei der Post. 1975 wurde sie als bisher einzige Frau in diesem Amt an die Spitze einer Oberpostdirektion berufen. Der Hamburger Senat schenkte der Porzellansammlerin eine wertvolle Karaffe der Manufaktur „Alt-Wien".

BUNDESLIGA

# Berthold nicht mehr als ein Statist

**dpa, Bochum**

Was ist los mit Thomas Berthold? Diese Frage stellte sich auch beim 2:1 des VfL Bochum gegen Eintracht Frankfurt, denn der junge Eintracht-Star blieb erneut nur Statist. „Ich würde ihn mit einem Tritt vom Platz holen", so formulierte Bochums Konditionstrainer Erich Klamma.

Kein Zweifel: Einer der größten Hoffnungsträger des deutschen Fußballs hat sich als erstes Problemkind dieser Saison entpuppt. Nach der Rückkehr aus der UdSSR war der Frankfurter zum zweiten Mal Thema eines Telefonats zwischen DFB-Teamchef Beckenbauer und Trainer Weise. Im April ging es um Bertholds Nichtberücksichtigung fürs Bulgarien-Spiel; würde Beckenbauer ihn nun fürs Schweden-Spiel am 25. September aufstellen, wäre dies bei Bertholds jetziger Form und Einstellung ein Armutszeugnis für die Bundesliga.

Ähnlich muß dies auch Dietrich Weise sehen, der sein Sorgenkind, anders als Beckenbauer, täglich vor sich hat. Das Ziel ist klar: Man will Berthold zum Nachdenken über sich selbst bringen, möglichst ohne ihn öffentlich zum Sündenbock und Buhmann zu stempeln.

Beckenbauers Vermutung, Berthold habe Übergewicht, wurde sowohl vom Spieler selbst als auch von Weise zurückgewiesen. „Thomas hatte nie Gewichtsprobleme", erklärte Weise. Zumindest öffentlich zählt Weise („Er muß sich einfach durchbeißen") das Tief seines Schützlings zu den natürlichen Leistungsschwankungen, die jeder Sportler mitmacht.

**Bochum – Frankfurt 2:1 (0:1)**

**Bochum:** Kleff – Tenhagen – Wielert, Kree – Lameck, Schulz (68. Knüwe), Kempe, Oswald – Wegmann (88. Leifeld), Fischer, Kuntz. – **Frankfurt:** Gundelach – Theiss – Conrad, Körbel, Kraaz (88. Bühler) – Sievers, Berthold, Falkenmayer (71. Müller), Trieb – Svensson, Krämer. – **Schiedsrichter:** Horeis (Buchholz). – **Tore:** 0:1 Krämer (27.), 1:1 Kuntz (54.), 2:1 Kempe (83.). – **Zuschauer:** 10 000.

**Uerdingen – Schalke 3:2 (1:1)**

**Uerdingen:** Vollack – Herget – Wöhrlin (17. Feilzer), W. Funkel – Bommer (62. Klinger), Kirchhoff, F. Funkel, Brinkmann, Buttgereit – Gudmondsson, Edvaldsson. – **Schalke:** Junghans – Dietz – Roth, Schipper (66. Regenbogen) – Opitz, Hartmann, Thon, Kleppinger, Dierßen – Schatzschneider, Täuber. – **Schiedsrichter:** Scheuerer (München). – **Tore:** 0:1 Hartmann (13.), 1:1 Gudmundsson (24.), 2:1 Klinger (70.), 3:1 Kirchhoff (74.), 3:2 Schatzschneider (83.). – **Zuschauer:** 18 000.

**Saarbrücken – München 1:1 (0:0)**

**Saarbrücken:** Hallmann – Schlegel (61. Szesni) – Kruszynski, Müller, Boysen – Jambo, Jusufi, Blättel, Muntubila – Hönnscheidt, Seel (88. Berge). – **München:** Pfaff – Augenthaler – Winklhofer, Eder – Matthäus, Lerby, Nachtweih (62. Hartmann), Pflügler – Mathy, Hoeneß, Rummenigge. – **Schiedsrichter:** Ahlenfelder (Oberhausen). – **Tore:** 1:0 Hönnscheidt (47.), 1:1 Matthäus (76., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 37 000.

**Mannheim – K'lautern 1:1 (0:1)**

**Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Tsionanis, Köhler – Schlindwein, Scholz, Schön, Dickgießer – Bührer (85. Quaisser), Klotz, Remark (63. Walter). – **K'lautern:** Ehrmann – Bold (74. Majewski) – Moser, Dusek, Wolf – Schupp, Eilenfeldt, Geye, Brehme (61. Loechelt) – Trunk, Allofs. – **Schiedsrichter:** Kautschor (Eschweiler). – **Tore:** 0:1 Trunk (27.), 1:1 Kohler (67.). – **Zuschauer:** 31 000.

TENNIS / Die deutsche Nummer eins hat es wieder nicht geschafft: Zum achten Mal verlor sie gegen Chris Evert-Lloyd

# Claudia Kohde und die psychologische Barriere

**H.-J. POHMANN, New York**

Die Pressekonferenz nach ihrer Viertelfinal-Niederlage gegen Chris Evert-Lloyd, die bei den US-Open in Flushing Meadow an Nummer eins gesetzt ist, war symptomatisch für Claudia Kohde-Kilsch. Gerade hatte die 21jährige Deutsche nach einer Stunde und 19 Minuten 3:6, 3:6 verloren. Fast resignierend saß sie da und versuchte, die Ursachen für diese klare Niederlage zu finden.

„Ich wollte zwar häufig an das Netz gehen, aber die Grundschläge von Chris waren zu lang. Außerdem kamen ihre Returns immer genau vor meine Füße." Das mag mit ein Grund für die Überlegenheit der 30jährigen großen Dame im Welttennis gewesen sein. Nach wie vor versteht es die Amerikanerin glänzend, ihre Stärken optimal einzusetzen. Sie gilt ohnehin als perfekte Grundlinienspielerin, die die totale Kontrolle über ihre Schläge besitzt. Chris Evert-Lloyd, die mit ihrem Erfolg gegen Claudia Kohde-Kilsch zum 15. Mal in Reihenfolge bei den US-Open das Semifinale erreichte, ist sich in jedem Moment ihrer Stärke bewußt. Das ist der entscheidende Unterschied, der Claudia Kohde-Kilsch noch davon trennt, Chris Evert-Lloyd und Martina Navratilova bei den Grand-Slam-Turnieren in Paris, Wimbledon, den US-Open und in Melbourne vom Thron zu stoßen.

Rein technisch ist die Saarbrückerin fast ebenbürtig. Es fehlt der letzte Tick, daß sie ihr vorhandenes Können auch in derart entscheidenden Spielen anwenden kann.

Da steht die hochaufgeschossene Saarbrückerin vor ihrer letzten psychischen Barriere, nachdem sie in diesen Tagen auf Rang vier der Computer-Weltrangliste aufgerückt ist. Eine Erkenntnis, die auch Chris Evert-Lloyd, die in New York zum dritten Mal als Präsidentin der Womens Tennis-Association gewählt wurde, gemacht hat. „Wahrscheinlich glaubt Claudia nicht daran, gegen mich zu gewinnen."

Acht Mal hatten beide bislang gegeneinander gespielt, acht Mal ging Chris Evert-Lloyd als Siegerin vom Platz. Mit Sicherheit nicht gerade die ideale Ausgangsposition für Claudia Kohde-Kilsch, die anschließend auch im kleinen Kreis bekannte, „Chris ist die einzige Spielerin, gegen die ich noch nie gewonnen habe, deshalb spiele ich auch äußerst ungern gegen sie". Wobei ihr Stiefvater, Jürgen Kilsch, der sich ständig vor lauter Aufregung bei den Spielen von Claudia von seinen Nachbarn Zigaretten erbettelt, eine andere Erklärung für das zaghafte Auftreten fand. „Dreieinhalb Wochen Amerika sind für Claudia zu viel. Sie hat Heimweh und will nach Hause."

Ein Beinbruch ist diese Niederlage nicht. Pech nur, daß sie nicht die Chance hatte, im Viertelfinale auf eine andere Gegnerin zu treffen. Mittlerweile scheint Claudia Kohde-Kilsch stabil genug zu sein, alle Gegnerinnen nach den Top-Ten regelmäßig zu schlagen. Was jetzt gefragt ist, ist der Mut, gegen die beiden Superstars auch in den ganz großen Turnieren offensiv zu spielen. Sie hat die Möglichkeit, ein Angriffsspiel ähnlich dem der Navratilova aufzuziehen, wie sie es vor knapp drei Wochen bei den Canadian-Open bewiesen hat, als sie gegen die Wimbledon-Siegerin in drei Sätzen gewann.

Die Zeit läuft für sie ebenso wie für Steffi Graf, die sich ebenfalls im Laufe dieses Turniers enorm steigerte. Warum eigentlich sollen die beiden deutschen Mädchen neben der Argentinierin Gabriela Sabatini nicht in den nächsten Jahren in die Fußstapfen von Chris Evert-Lloyd und Martina Navratilova treten können.

So könnte an sich in diesen Tagen im Lager der deutschen Mannschaft beste Stimmung herrschen. Wenn da nicht die Sache mit dem Federation Cup wäre. Im Oktober findet der einzige Mannschaftswettbewerb der Damen, das Pendant zum Daviscup, in Tokio statt. Nur, Claudia Kohde-Kilsch und Steffi Graf warten nun schon seit Monaten auf ein konkretes Angebot des Deutschen Tennis-Bundes. Grundsätzlich sind die beiden bereit, für den DTB zu starten, nur die Zeit drängt. Mittlerweile hat Vater Peter Graf seine Tochter bei einem Grand-Prix-Turnier in Florida gemeldet, das unmittelbar in der Woche vor dem Federation Cup stattfindet. Die Folge ist schon jetzt absehbar, Steffi wird mit Sicherheit zu spät in Tokio eintreffen. Noch ist es Zeit, mit den in diesem Jahr bereitwilligen deutschen Damen zu verhandeln. Die Damen verdienen es, neben dem Becker-Boom wieder einmal in der DTB-Zentrale in den Mittelpunkt zu rücken.

SCHACH / Ludek Pachmann analysiert 1. Partie

# Weltmeister gab auf – Kasparow führt mit 1:0

**DW. Moskau**

Bei der Schach-Weltmeisterschaft in Moskau zwischen Titelverteidiger Anatolij Karpow (UdSSR) und seinem Herausforderer Garri Kasparow (UdSSR) gab Karpow die nach dem 41. Zug abgebrochene erste Partie kampflos verloren. Großmeister Ludek Pachmann analysiert für die WELT dieses Spiel.

**1. Partie, Nimzo-Indische Verteidigung, Kasparow (Weiß) gegen Karpow (Schwarz).**

**1.d4 Sf6, 2.c4 e6, 3.Sc3 ...**

Bisher hat Kasparow in den Partien gegen Karpow immer mit 3.Sf3 fortgesetzt; jetzt läßt er die von Karpow oft und mit Erfolg angewandte Verteidigung 3. ... Lb4 zu.

**3. ... Lb4, 4.Sf3 c5**

Nach kurzer Rochade ist 5.Lg5 h6, 6.Lh4 stark, zum Beispiel c5, 7.e3 Da5, 8.Lxf6 Lxc3+, 9.bxc3 Dxc3+, 10.Sd2 gxf6, 11.Tb1! Mit einem chancenreichen Angriff für Weiß. Möglich ist jedoch: 4. ... b6, wonach Weiß die Wahl hat zwischen 5.Lg5 und 5.Db3

**5.g3 Se4, 6.Dd3 Da5**

Jetzt oder schon im vorigen Zug kann Schwarz auch d4 tauschen, was vielleicht etwas genauer ist als die von Karpow gewählte Methode: 6. ... cxd4, 7.Sxd4 Da5 und nun entweder 8.Sc2!?, was am besten mit Lxc3+!, 9.bxc3 Sc5 zu erwidern ist, oder 8.Sb3 Sxc3, 9.Ld2 Se4!, 10.Dxe4! Lxd2+, 11.Sxd2 0-0 usw.

**7.Dxe4 Lxc3+, 8.Ld2 Lxd2+, 9.Sxd2 Db6(!?), 10.dxc(!) Dxb2(!?)**

Im Falle von Dxc5, 11.Lg2 ist Weiß besser entwickelt und kann bald in der d-Linie positionellen Druck ausüben.

**11.Tb1 Dc3(?)**

Wenn man „a" sagt ... Natürlich war der Bauerngewinn Dxa2, 12.Dd4 0-0, mit Gefahren verbunden, zum Beispiel 13.Lg2 Sc6, 14.Dc3 Da5, oder 13.Ta1 Dc2, 14.Lg2 Sc6, 15.Lxc6 Dxc6, das Spiel wäre trotzdem recht unklar.

**12.Dd3(!) Dxd3, 13.exd Sa6, 14.d4 Tb8, 15.Lg2 e7**

In Betracht kam 15. ... e5!?, 16.dxe5 Sxc5, 17.f4 oder 17.0-0.

**16.Ke2 Td8, 17.Se4 b6, 18.Sd6(!) ...**

Vielleicht hat Karpow in seinen Vorausberechnungen diesen Zug übersehen. Nun verliert bxc5 nach 19.Sxc8! nebst 20.Lb7 die Qualität und die Partiefortsetzung in ihren Konsequenzen einen Bauern.

**18. ... Sc7, 19.Tb4 Se8, 20.Sxe8 Kxe8, 21.Thb1 La6(!?)**

Angesichts der schlimmen Lage, in die Schwarz nun gerät, war die sofortige Aufgabe des Bauern mit 21. ... Lb7, 22.Lxb7 Tb7, vielleicht etwas besser. Nach 23.cxb6 Txb6, 24.Txb6 axb6, 25.Txb6 Ta8, 26.Tb2 Ta3, wäre das Endspiel trotz des Mehrbauern technisch sehr schwierig.

**22.Ke3(!) ...**

Nach 22.Ta4? rettet Lb7 den Bauern, nur ist dagegen der Druck in der b-Linie äußerst lästig.

**22. ... d5**

Natürlich nicht Tbc8? wegen 23.Ta4. Nach 22. ... Tdc8 folgt 23.a4 nebst 24.a5 usw.

**23.cxd6 Tbc8**

Es geht nicht Txd6 wegen 24.c5.

**24.Kd3 Txd6, 25.Ta4 b5, 26.cxb Tb8, 27.Tab4 Lb7, 28.Lxb7 Txb7, 29.a4 Ke7, 30.h4 h6, 31.f3 ...**

Sofort 31.a5? wäre wegen Td5 wenig wirksam.

**31. ... Td5, 32.Te1(?) Tbd7**

Nach e5? gewinnt 33.Tc5 schnell.

**33.a5 g5**

Die einzige Möglichkeit, etwas Gegenspiel zu erhalten, denn e5, 34.T1c4 f5, 35.b5 nebst 36.g4 verliert glatt.

**34.hxg5 Txg5, 35.g4 h5, 36.b6 axb6, 37.axb6 Tb7, 38.Tc5 f5, 39.gxh5 Txh5, 40.Tc4 Tb8, 41.Kb5 Ta8.**

Abgebrochen. Die Position ist für Weiß gewonnen.

LEICHTATHLETIK

# Weltrekord: Igor Paklin schaffte 2,41 m

**DW. Kobe**

Die Barrieren sind überwunden: Bei der Universiade in Kobe (Japan) stellte der 22jährige Sowjetrusse Igor Paklin mit 2,41 Meter einen Weltrekord im Hochsprung auf. Er verbesserte damit die Bestleistung seines Landsmannes Rudolf Powarnizin vom 11. August in Donezk um einen Zentimeter.

Paklin übersprang die Weltrekordhöhe von 2,41 m im dritten Versuch und scheiterte nur knapp an 2,43 m. Zuvor hatte er 2,33 m und 2,35 m jeweils im ersten Versuch überwunden. Paklin: „Ich dachte nicht an Weltrekord, denn an so etwas kann man vorher nicht denken." Der Politik-Student aus Frunse in Kirgisien hatte bereits am 1. April 1984 in Mailand Hochsprung-Geschichte geschrieben, als er im Palazzo dello Sport 2,36 m hoch sprang und damit einen inoffiziellen Hallen-Weltrekord aufstellte. Der 1,91 m große Weltrekordler feierte seinen ersten großen internationalen Triumph 1983, als er in Edmonton (Kanada) Studenten-Weltmeister wurde. Bei den Weltmeisterschaften 1983 in Helsinki wurde er Vierter.

Paklin, der von seinem 27jährigen Bruder Wladimir (einem ehemaligen 2,10-m-Springer) trainiert wird, dessen Mutter Reiterin ist und dessen Vater sich noch immer als Langstreckenläufer betätigt, hat mit 16 Jahren begonnen, Sport zu treiben. Es war von Anfang an Hochsprung – etwas anderes hat ihn nie interessiert.

In Kobe sagte er: „Ich traue mir in Kürze noch höhere Sprünge zu, denn die Entwicklung schreitet schneller voran, als wir es uns denken können. In drei bis vier Jahren werden wir damit beschäftigt sein, über 2,50 m zu springen. Davon bin ich fest überzeugt. Für mich gibt es aber erst einmal ein anderes Ziel: Ich will 1988 der Olympiasieger von Seoul werden."

FUSSBALL / Untersuchungen haben ergeben:

# Die Stadien in Italien sind auch nicht sicher

**KLAUS RÜHLE, Rom**

Die Katastrophe im Brüsseler Heysel-Stadion vor dem Europapokal-Endspiel der Landesmeister zwischen Juventus Turin und dem FC Liverpool, dem eine erhebliche Anzahl italienischer Schlachtenbummler zum Opfer fiel, wirft jetzt auch seine Schatten auf die in Kürze beginnende italienische Fußball-Meisterschaft. In Italien wurde derzeit erschreckt festgestellt, daß keineswegs alle Stadien hier ausreichende Sicherheit bieten. Nicht weniger als sechs von ihnen – in Turin, Genua, Bologna, Bari, Como und Palermo – weisen erhebliche Mängel auf, die nun nach Möglichkeit so schnell wie möglich behoben werden sollen.

Als besonders gefährlich gilt das Stadion von Genua, das durch ein völlig neues ersetzt werden müßte, aber es fehlen das Geld und der Platz. Doch auch in Florenz und Mailand steht nicht alles zum besten. Das San-Siro-Stadion von Mailand ist viel zu alt, um allen Ansprüchen zu genügen. Als sicher gelten das römische Olympiastadion und die Stadien von Udine (mustergültig), Verona, Cagliari und Perugia.

In der Vergangenheit kam es innerhalb oder außerhalb verschiedener italienischer Fußball-Stadien mitunter zu blutigen Ausschreitungen. 1979 wurde im sonst so sicheren Olympiastadion ein Anhänger des Fußballklubs Lazio getötet. Dieses Jahr wurde in der Nähe des Mailänder San-Siro-Stadions ein Fan der Mailänder-Mannschaft Opfer fanatischer Rowdies. Erhebliche Besorgnis erregten vor ein paar Wochen die Zusammenstöße gegnerischer Anhänger im Stadion von Viareggio anläßlich des Freundschaftsspiels Pisa gegen Sampdoria. Im Gegensatz zu den katastrophalen organisatorischen Mängeln in Brüssel waren die dort eingesetzten Polizeistreitkäfte glücklicherweise stark genug, um ein Blutbad zu verhindern.

Um eine Industrie, wie den italienischen Fußball, die alljährlich rund eine halbe Milliarde Mark einspielt, gegen verbrecherische Akte abzuschirmen, hat der italienische Innenminister eine Kommission eingesetzt, die Schutzmaßnahmen ausarbeiten soll. Die einzigen bisher gültigen Richtlinien stammen aus dem Jahre 1951 und betreffen Unterhaltungsveranstaltungen im allgemeinen. Sie beschränken sich auf Empfehlungen bezüglich des Eintrittskartenverkaufs und etwa ausreichender Herren- und Damentoiletten.

Italien muß sich rechtzeitig auf die dort stattfindenden Fußball-Weltmeisterschaften von 1990 vorbereiten. Zum Beispiel entspricht bis heute kein einziges italienisches Stadion der Vorschrift, nach der zwei Drittel der Zuschauerplätze überdacht sein sollen. Der Sekretär des italienischen Olympiakomitees, Mario Pescante, hat versprochen, daß in allen für die Weltmeisterschaft vorgesehenen Stadien die Zahl der verfügbaren Plätze aus Sicherheitsgründen verringert wird. Außerdem soll es dann im Stadion nur noch numerierte Plätze geben.

Die Zuschauer werden beim Betreten der Stadien wie in den Flughäfen von Metalldetektoren überprüft, und Fernsehkameras sollen die einzelnen Sektoren überwachen. Im übrigen bezeichnete Pescante die italienische Situation wegen der fortgesetzten Kontrolle als relativ befriedigend. Von deutscher Seite wolle man das italienische Kontrollsystem übernehmen. Glücklicherweise brauche man in Italien die Alkoholgefahr in den Fußball-Stadien noch nicht zu bekämpfen.

STAND ● PUNKT / *Neues Hochsprung-Zeitalter – schon bald über 2,50 Meter?*

Zweivierzig und noch einen Zentimeter mehr – es mußte so kommen, fast unmittelbar danach. Rudolf Powarnizin, der Unbekannte aus der fast unbekannten Udmurtischen Sowjetrepublik, war unlängst in ein neues Hochsprung-Zeitalter geflogen: 2,40 Meter – das hatte die Großmeister der Zunft herausgefordert.

Zweivierzig und ein, zwei Zentimeter mehr, das stand nun auf ihrem Plan, doch für Planer war das nichts. Auch nichts für Tüftler, die mit Hilfe der Hochsprung-Arithmetik ihrer Höhenangst zu Leibe rücken. Das war eher etwas für Leute wie Igor Paklin, den Kirgisier aus Frunse. Ein Mann, knochig und kraftvoll, mitunter etwas arg unkoordinativ in seinem Bewegungsablauf, aber mit einer geradezu beängstigenden Konzentrationsfähigkeit gesegnet. Wenn er sich treffen würde, wie die Hochspringer sagen, dann ...

Es kam so, alles paßte zusammen, wenige Minuten nur, und nun ist Paklin Weltrekordler. Einer, der das psychoregulative Training zur Lebensform erhoben hat. Der sich in eine Art Selbsthypnose versetzen kann, um in diesem Zustand vor seinem geistigen Auge den Ablauf des eigenen Weltrekordfluges zu genießen. Einer, der vier Stunden am Tag trainiert und sonst fast nur schläft – manchmal, von kurzen Meditationspausen unterbrochen, bis zu 18 Stunden hintereinander.

Das erinnert an den früheren Weltrekordler Wladimir Jaschtschenko, den Sibirier. Doch das „Täubchen" genoß den Schampanskoje, den süßen Krimsekt, oder kippte gern ein Glas Wodka. Was nur allzu üblich ist unter sowjetischen Spitzensportlern. Igor Paklin aus Frunse macht da eine Ausnahme, Gorbatschow hätte schon deshalb seine Freude an ihm. Wie leitete er doch jedes Gespräch ein: „Wir können uns gern über Hochsprung unterhalten, doch es gibt nur Tee."

Nach dem Weltrekord hat er, ganz gegen seine Natur, einige Gläser Krimsekt getrunken und dann prompt gesagt, er wolle 1988 in Seoul Olympiasieger werden. Nach einer Tasse Tee wäre ihm das nicht herausgerutscht.

KLAUS BLUME

## NACHRICHTEN

### Wöhrlin verletzt

**Krefeld** (sid) – Karl-Heinz Wöhrlin, Verteidiger vom Fußball-Bundesligaklub Bayer 05 Uerdingen, erlitt im Spiel gegen Schalke 04 (3:2) eine leichte Gehirnerschütterung. Ein Kieferbruch bestätigte sich nicht. Rudi Bommer zog sich eine Prellung an der Achillessehne zu.

### Staatsanwalt ermittelt

**Saarbrücken** (sid) – Die Staatsanwaltschaft Saarbrücken hat gegen das frühere Präsidium des 1. FC Saarbrücken Anklage wegen Steuerhinterziehung erhoben. Der Bundesliga-Aufsteiger muß aus der Amateur-Oberligasaison 1981/82 insgesamt 586 000 Mark Steuern nachzahlen.

### Tafelmeier warf 89,38 m

**Ingelheim** (sid) – Der deutsche Speerwurfmeister Klaus Tafelmeier aus Leverkusen erzielte eine Jahresbestleistung für den Bereich des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV). Er warf bei einem Sportfest in Ingelheim den Speer 89,38 Meter weit.

### Junioren gewannen

**Hannover** (dpa) – Zu einem 3:1-Erfolg über Frankreich kam die „U 17"-Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) in Hannover. Das von DFB-Trainer Horst Köppel betreute Team, das vor wenigen Wochen in China Vize-Weltmeister wurde, schaffte damit im 34. Vergleich mit Frankreich den 13. Sieg.

### Hansi Müller verlor

**Innsbruck** (sid) – Wacker Innsbruck, Klub des früheren Fußball-Nationalspielers Hansi Müller, verlor in der ersten Runde des österreichischen Pokal-Wettbewerbs beim Regionalliga-Klub Steinadler Kundl mit 2:6 (2:3). Hansi Müller spielte 90 Minuten durch, konnte die Niederlage aber auch nicht verhindern.

### Schlegel wurde operiert

**Saarbrücken** (sid) – Libero Norbert Schlegel vom Bundesliga-Aufsteiger 1. FC Saarbrücken erlitt beim Spiel gegen Bayern München (1:1) einen Außenbandabriß im rechten Knie. Schlegel, der sechs Wochen pausieren muß, wurde gestern in Saarlouis operiert.

### Keine Untersuchung

**Brüssel** (dpa) – Wegen des tödlichen Unfalls von Stefan Bellof beim 1000-km-Langstreckenrennen am vergangenen Sonntag in Spa wird es keine offizielle Untersuchung geben. Das teilte René Parent, verantwortlich für das Rennen, in Brüssel mit. Bellof trage für den Unfall die alleinige Verantwortung.

## ZAHLEN

**FUSSBALL**

**Zweite Bundesliga:** Duisburg – Bayreuth 2:3 (0:1), Solingen – Bielefeld 2:0 (2:0), Aachen – Wattenscheid 0:1 (0:1). – **Englische Meisterschaft:** Birmingham – Manchester City 1:0, Coventry – Oxford 5:2, Liverpool – Nottingham 2:0, Queens Park – Arsenal 0:1, Sheffield – Everton 1:5, Southampton – West Ham 1:1. – **WM-Qualifikation,** Ozeanien-Gruppe, erste Runde: Israel – Taiwan 6:0. – **„U 17"-Länderspiel** in Hannover: Deutschland – Frankreich 3:1 (1:1).

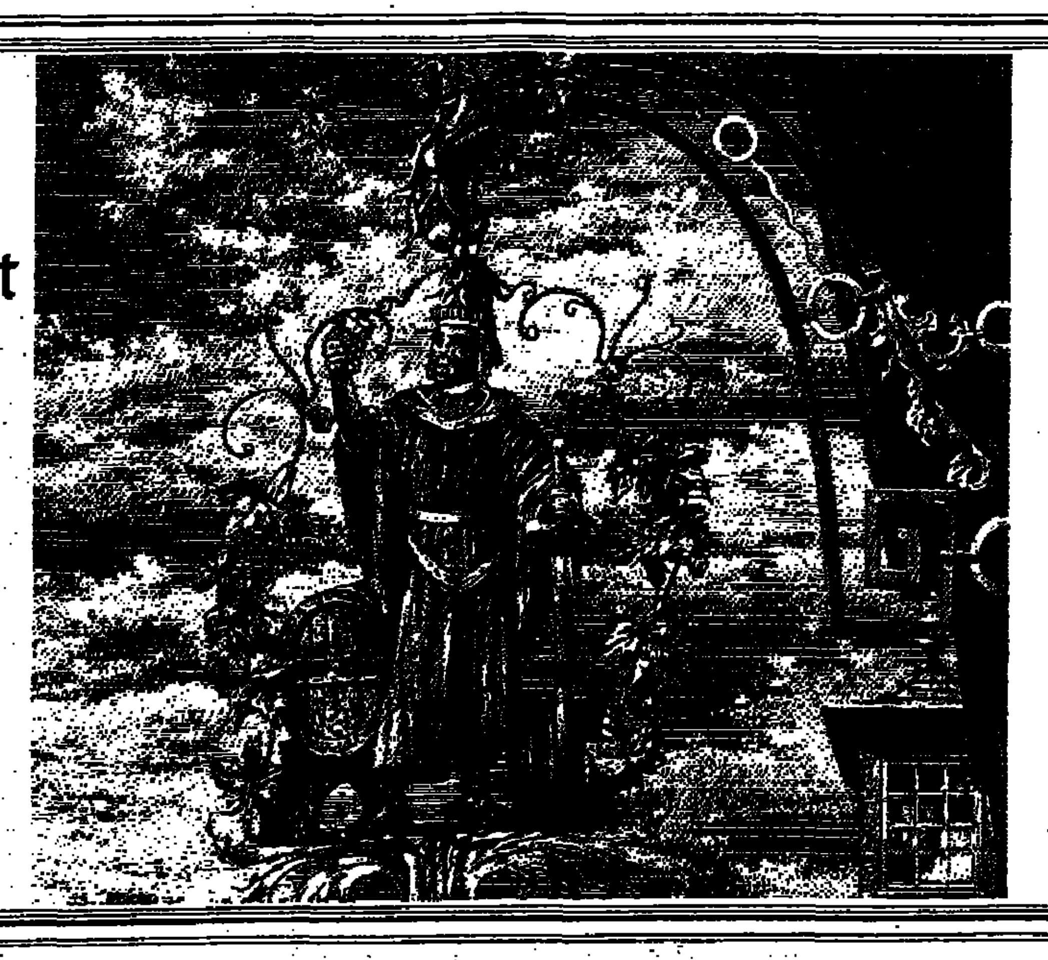
**TENNIS**

**104. US-Open** in Flushing Meadow, Herren, Achtelfinale: Günthardt (Schweiz) – Leconte (Frankreich) 7:6, 6:2, 3:6, 4:6, 6:3, Noah (Frankreich) – Berger (USA) 6:7, 6:2, 6:3, 6:1, Connors (USA) – Edberg (Schweden) 6:4, 3:6, 6:3, 6:4, Lendl (CSSR) – Yzaga (Peru) 4:6, 6:3, 6:4, 6:0. – Damen, Viertelfinale: Evert-Lloyd (USA) – Kohde-Kilsch (Deutschland) 6:3, 6:3, Mandlikova – Sukova (beide CSSR) 7:6, 7:5. – Doppel, zweite Runde: Lindqvist/Russell (Schweden/USA) – Bunge/Pfaff (Deutschland) 6:7, 6:4, 6:0.

**LEICHTATHLETIK**

**Universiade in Kobe (Japan),** Männer: 800 m: 1. Ostrowski (Polen) 1:44,38 ... 8. Wursthorn (Deutschland) 1:46,77. Hochsprung: 1. Paklin (UdSSR) 2,41 m, 2. Centelles (Kuba) 2,31, 3. Nagel 2,26 ... 12. Schneider (beide Deutschland) 2,20.

Heute wie in alter Zeit ein Zeichen guter Gastlichkeit



Ein sagenhafter König

Wohl jedermann hat schon von ihm gehört, von Gambrinus, dem gekrönten Schutzherren der ehrbaren Brauergilde. Doch niemals hat ihn je ein Mensch gesehen, obwohl er zur Zeit Karls des Großen in Flandern geherrscht haben soll, als Sagenfigur allerdings, der später, im 16. Jahrhundert, sogar die Erfindung des Bierbrauens angedichtet wurde. Indes ist eines ziemlich sicher: Der Name Gambrinus entstammt dem von Tacitus in seiner »Germania« beschriebenen Germanenstamm der Gambrivii. Erst viel später ist dann die Sage eines Königs »Gambrivius« entstanden, woraus, durch einen Druckfehler, zuletzt Gambrinus wurde.

Übrigens: Gasthausschilder mit der Darstellung des legendären Gambrinus' wird man nur selten erblicken – »sein« Getränk jedoch ist fast überall zu haben; wie auch der Asbach Uralt, der aber im Gegensatz zum Bier beileibe kein Durstlöscher ist, sondern schlückchenweise genossen werden sollte ...




Im Asbach Uralt ist der Geist des Weines!

# Stoltenberg eisern auf Sparkurs

● Fortsetzung von Seite 1

nen Steuerentlastungen für die Familien bezifferte Stoltenberg auf zehn Milliarden Mark – „mehr, als mancher von uns zu Beginn dieser Legislaturperiode für möglich gehalten hat". Denn der Gestaltungsspielraum im Bundeshaushalt bleibe eng begrenzt. Mehr als 90 Prozent der Ausgaben seien gesetzlich oder faktisch gebunden. Allein an Zinsen für den während der siebziger Jahre dramatisch gewachsenen Schuldenberg müsse der Bund im kommenden Jahr 30,5 Milliarden Mark aufwenden.

Ausgabendisziplin sei die wichtigste Voraussetzung für eine Rückführung des überhöhten Staatsanteils. Dieser betrug 1982 rund 50 Prozent, bis 1987 hält Stoltenberg eine Rückführung auf 46 bis 47 Prozent für möglich. In der kommenden Legislaturperiode wolle die Bundesregierung auf dem Wege zu einer leistungsfördernden Besteuerung weiter vorankommen. Zugleich sollten Steuervergünstigungen und Sonderregelungen abgebaut werden: „Denn ein Steuerrecht mit wesentlich niedrigeren Steuersätzen und weniger Ausnahmen ist gerechter, einfacher und volkswirtschaftlich vernünftiger."

Die Sozialdemokraten bezweifelten, daß die von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der Lage in der Bauwirtschaft Wirkungen zeigen werden. Dem Städtebauförderungsprogramm stellten sie ihr Zehnjahresprogramm für Arbeit und Umwelt entgegen, das ein Volumen von mehr als zehn Milliarden Mark jährlich haben und über höhere Abgaben finanziert sollte.

Apel warf Stoltenberg vor, das Versprechen der Bundesregierung, die Subventionen abzubauen, nicht eingelöst zu haben. Die Subventionen seien in den vergangenen drei Jahren um mehr als zehn Milliarden Mark gestiegen.

Die Redner der Union sagten Stoltenberg die volle Unterstützung für den Haushaltsentwurf zu. Der FDP-Abgeordnete Wolfgang Weng betonte, seine Fraktion halte den Entwurf „in den Grundzügen für gut". In größerem Umfang könne zusätzlicher Spielraum für die Finanzpolitik nur durch Sparsamkeit beim Sachaufwand und durch das Bemühen um Abbau von Zuweisungen und Subventionen erreicht werden. Der FDP-Politiker forderte die Bundesregierung zu einer verstärkten Privatisierung auf. Die FDP werde keine versteckte Null-Lösung bei der Lufthansa akzeptieren.

# Spekulationen über Reise Jaruzelskis zum Papst

## Weißes Haus will US-Aufenthalt des Generals ignorieren

DW. Warschau/Bonn

Der fast flehentliche Aufruf des polnischen Regierungssprechers Jerzy Urban an den Klerus des Landes, für eine Beteiligung an den Parlamentswahlen am 13. Oktober einzutreten, zeigt das Dilemma des Jaruzelski-Regimes. Warschauer Experten geben hinter vorgehaltener Hand zu verstehen, daß man mit einer Wahlbeteiligung von vielleicht 50 Prozent rechnet; bei den letzten Wahlen waren es 74 Prozent gewesen.

Für die regierenden Generale käme dies einer Katastrophe gleich. Noch zu frisch in Erinnerung ist der Appell zu politischer Disziplin, den Michail Gorbatschow bei seinem April-Besuch in Warschau hinterließ. Der Appell ist allenthalben als Aufforderung des Kreml-Chefs zur „Bewährungsprobe" für Jaruzelski verstanden worden.

Die gemischte Kommission von Vertretern der Kirche und des Staates wird (auf Ersuchen der Regierung, wie es in Warschau heißt) am 16. September abermals zusammentreten. Von dieser Sitzung erhofft man sich politischen Auftrieb für die Wahlen, die in „Solidarität"-Kreisen schlicht als Farce bezeichnet werden. Die polnischen Bischöfe haben nach verläßlichen Informationen bereits beschlossen, sich nicht für die Sejm-Wahlen zu engagieren.

Vor diesem Hintergrund gewinnen Spekulationen über einen geplanten Coup Jaruzelskis an Bedeutung. So soll der General die Absicht haben, auf seiner Reise zur UNO-Vollversammlung Ende September in Rom Station zu machen. Ein Besuch bei Johannes Paul II., vielleicht gar ein Foto mit dem polnischen Papst, käme dem Warschauer Partei- und Regierungschef gelegen. Die Fäden für eine Vatikan-Visite des Generals soll der stellvertretende Ministerpräsident Rakowski spinnen. Rakowski leitet das Meinungsforschungsinstitut, das für die Regierenden in Warschau nicht nur die Stimmung unter der Bevölkerung erkundet, sondern die aktuelle Propaganda steuert. Wird eventuell gar Primas Kardinal Glemp dem Partei-General die Türen zum Papst öffnen? Mutmaßungen in dieser Richtung gibt es. Von einer Falle für den Papst ist die Rede. Aber das Kirchenoberhaupt hat bislang alle Schachzüge des Regimes in seiner Heimat durchschaut.

In den USA kann Jaruzelski nur auf wenig Entgegenkommen rechnen. Die Reagan-Administration hat den einflußreichen „Kongreß der US-Polen" wissen lassen, daß man den Besuch aus Warschau anläßlich der UNO-Vollversammlung weitgehend ignorieren wolle. Offizielle Gespräche sind nicht vorgesehen. Der General wird lediglich mit Vertretern der Chase Manhattan Bank Gespräche führen. Anschließend wird er vor dem Denkmal für den polnischen Freiheitshelden General Tadeusz Kosciuszko, der aktiv am amerikanischen Unabhängigkeitskampf teilnahm, einen Kranz niederlegen. Vorgesehen war ein Besuch bei dem polnischstämmigen Erzbischof von Philadelphia, Kardinal Jan Krol. Auf diesen Besuch wurde jedoch inzwischen verzichtet: Man befürchtete heftige Proteste der US-Polen. Der „Kongreß der US-Polen" – er repräsentiert etwa 8,2 Millionen amerikanische Staatsbürger polnischer Herkunft – hat bereits zu Großdemonstrationen gegen den General in New York aufgerufen. An den Kundgebungen wollen sich auch polnischstämmige Kongreßmitglieder, namhafte Intellektuelle und Vertreter des Judentums in den Vereinigten Staaten beteiligen.

General Jaruzelski wird aus Kuba kommend am 24. September in New York erwartet. Vier Tage will er sich dort aufhalten. Seine Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen dürfte kaum die gewünschte Publicity erreichen: Am selben Tag, nämlich am 26. September, wird Präsident Reagan den sowjetischen Außenminister Schewardnadse empfangen.

Die Beziehungen zwischen Polen und den Vereinigten Staaten sind unterkühlt, seit die amerikanische Regierung gemeinsam mit europäischen Staaten 1981 aus Protest gegen das Verbot der Gewerkschaft „Solidarität" Wirtschaftssanktionen gegen Warschau verhängt hat. In der Zwischenzeit haben die USA einige dieser Sanktionen aufgehoben. Eine Verbesserung des Verhältnisses stellte sich damit nicht ein. Warschau hat drei US-Diplomaten des Landes verwiesen. Es weigert sich, einen neuen US-Botschafter zu akzeptieren.

Als „Einmischung in Polens Angelegenheiten" kritisierte Warschau die Sympathiebekundungen Reagans für die „Solidarität" zum 5. Gründungstag dieser unabhängigen Bewegung. Der amerikanische Präsident hatte dazu aufgerufen, auf die Freiheitsappelle der „einzigen freien Gewerkschaft der kommunistischen Welt" einzugehen.

# Teltschik-Kommission stellt in Washington 218 Fragen zu SDI

## Das Ergebnis entscheidet über Engagement der deutschen Industrie und Forschung

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Zu der seit langem angekündigten zweiten Erkundungsreise über die SDI-Problematik ist eine gemischte deutsche Kommission mit dem außenpolitischen Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl, Horst Teltschik, an der Spitze in Washington eingetroffen. Die Gruppe, 12 Beamte und Offiziere aus verschiedenen Ressorts der Bundesregierung sowie 18 Vertreter von Industrie und Forschungseinrichtungen, will sich in den nächsten beiden Tagen im Außenministerium und im Pentagon darüber informieren, unter welchen Bedingungen die USA eine Beteiligung der Bundesrepublik an den Forschungsbemühungen für eine strategische weltraumgestützte Raketenabwehr akzeptieren würden.

Von diesen Erkundigungen in Washington will es die Bundesregierung abhängig machen, in welcher Form sie ein Engagement der deutschen Industrie und von Forschungsinstituten institutionell und vertraglich absichern soll. Der Bundeskanzler sprach schon vor Monaten von der Möglichkeit des Abschlusses eines sogenannten Rahmenabkommens. Die Teltschik-Kommission ist allerdings ohne jegliche politisch einengende Richtlinie in die USA gereist. Sie versteht ihren Auftrag als sogenannte „fact finding tour", ist also darauf konzentriert, möglichst umfassend die politischen, technischen, militärischen und sonstigen Bedingungen kennenzulernen, in deren Rahmen eine deutsche Beteiligung denkbar wäre. Den Entwurf für ein Rahmenabkommen hat sie nicht im Gepäck, obwohl in einem ersten Anlauf von Stellen der Bundesregierung entsprechende Entwürfe gefertigt worden waren.

Die Erkundung stützt sich auf einen Fragenkatalog, den die Kommission bei einer Klausurtagung in der Nähe Bonns ausgearbeitet hatte. Er enthält 218 Fragen aus den unterschiedlichsten Bereichen des Gesamtfeldes „Strategische Verteidigungsinitiative". Der Katalog ist den US-Regierungsvertretern erst jetzt durch die deutsche Kommission bekannt gemacht worden. Daraus läßt sich schließen, es handele sich im wesentlichen um Informationsfragen und nicht um Fragen nach konzeptionellen SDI-Strukturen. Fragen nach dem möglichen Auftragsumfang an die Deutschen, die Art und die Form ihrer Beteiligung, nach der Sicherung des Technologietransfers, nach der Preisgestaltung und der notwendigen Gestaltung des Geheimschutzes sind der amerikanischen Regierung bereits anläßlich der ersten Reise der Teltschik-Kommission im vergangenen Juni übermittelt worden. Die Antworten der US-Administration dürfte die Gruppe in wenigen Tagen mit nach Bonn nehmen können.

Sie wird am 14. September zurükkerwartet. Nach den zweitägigen Besprechungen in Washington teilt sich die Kommission in vier Gruppen auf und bereist dann auf verschiedenen Wegen Forschungs- und Industrieeinrichtungen in den USA, die am SDI-Programm beteiligt sind. Bei dieser Rundreise werden die Vertreter der deutschen Industrie vor allem die Gelegenheit haben, ihren Gesprächspartnern auf der amerikanischen Seite die technologische Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik auf bestimmten Gebieten bekannt zu machen. Dazu zählen Fachleute die Optronik, die Werkstofftechnik, Düsenantrieb, Regeltechnik, bestimmte Laseranwendungen und Steuerungstechniken für Plattformen im Weltraum.

Nach Rückkehr der Teltschik-Kommission ist mit der Fertigstellung eines umfassenden Berichts an den Bundeskanzler innerhalb von weniger als zwei Wochen zu rechnen. Dem Vernehmen nach will Kohl auf dessen Grundlage dann unverzüglich die Position der Bundesregierung bestimmen und entweder die Verhandlung eines Rahmenabkommens mit den USA in Auftrag geben oder, was auch nicht auszuschließen ist, die Industrie ohne eine offizielle Unterstützung Bonns um Aufträge aus dem SDI-Forschungsprogramm sich bewerben lassen. Letzteres entspricht allerdings den Wünschen der Industrie überhaupt nicht. Aus früheren Erfahrungen mit der amerikanischen Seite weiß sie, daß ein für beide Seiten fairer Austausch nur garantiert ist, wenn das Geschäftsinteresse der amerikanischen Seite nicht beeinträchtigt wird.

# Richterbund will Arbeitskampfrecht

dpa, München

Der Bund der Richter der Arbeitsgerichtsbarkeit hat Bundesregierung und Bundestag aufgefordert, ihren im Grundgesetz enthaltenen Auftrag zu erfüllen, gesetzliche Rahmenregelungen für das Arbeitskampfrecht zu schaffen. Diese Pflichtaufgabe dürfe nicht auf die Tarifvertragsparteien abgeschoben werden. Es sei sehr naiv anzunehmen, daß Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften diese gesetzgeberische Pflicht übernehmen und sich über die Zulässigkeit von Aussperrungsarten, des Warnstreiks, der Beteiligung der Arbeitnehmer an Urabstimmungen sowie der Unterstützung der von Arbeitskampf betroffenen Arbeitnehmer durch die Bundesanstalt einigen könnten.

# Nazi-Äußerungen an Bundeswehr-Uni

rmc. Bonn

Das Bundesverteidigungsministerium läßt einen Vorfall an der Universität der Bundeswehr in München untersuchen, bei dem bei einer Geburtstagsfeier vier Offizierstudenten in angetrunkenem Zustand rechtsextremistische Äußerungen getan und eine Schallplatte aus der Hitlerzeit abgespielt haben sollen. Darüber hinaus sollen bei der Polizei Erkenntnisse vorliegen, nach denen sich zwei der Beteiligten auch rechtsextremistisch betätigt haben sollen. Minister Wörner nimmt, wie er verlauten ließ, diesen Vorfall an der Universität der Bundeswehr sehr ernst. Gleichzeitig unterstrich er, einzelne Fälle dieser Art ließen keinen Rückschluß auf die Bundeswehr als Ganzes zu.

# Auszeichnung für Dregger

F. D. Berlin

Anläßlich des Tages der Heimat des Bundes der Vertriebenen werden am kommenden Wochenende in Berlin der CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger und der Liechtensteiner Fürst Franz Joseph II. mit der „Plakette der Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht" ausgezeichnet. Die Verleihung an Dregger wird damit begründet, der Politiker habe bei der Vertretung deutscher Interessen ein Handeln gezeigt, das von Beständigkeit geprägt sei. Fürst Franz Joseph wird die Ehrung zuteil, weil er „für die Rechte der deutschen Vertriebenen eintritt und dadurch für die Durchsetzung des Heimatrechts für die Deutschen wirkt".

# Sekretärin Höke seit 15 Jahren „DDR"-Agentin?

dpa, Hamburg

Die am 24. August unter Spionageverdacht verhaftete Sekretärin im Bundespräsidialamt, Margarete Höke, hat das Protokoll einer Sitzung des Bundessicherheitsrats in diesem Jahr entgegengenommen und offenbar dessen Inhalt gekannt. Dies war gestern nachmittag aus dem Verteidigungsausschuß zu erfahren, der auf Antrag der SPD zu einer Sondersitzung zusammengetreten war, um über den Verratsfall zu beraten. Frau Höke habe auch von anderen Protokollen aus den Vorjahren gewußt. Sie hatte auch Berechtigung zum Zugang zu Geheimschutzsachen. Wie aus dem Ausschuß weiter mitgeteilt wurde, konnte anhand ihrer Abzeichnungen der Geheimschriften nachgewiesen werden, daß sie über die geheimen Protokolle Bescheid wußte.

Weiter soll im Verteidigungsausschuß berichtet worden sein, daß die Sekretärin seit etwa 15 Jahren „für die andere Seite gearbeitet hat". Ihren Kontaktmann vom „DDR"-Geheimdienst habe sie seit 1969 gekannt. Seit Anfang der 70er Jahre sei sie auch Mitarbeiterin in Geheimschutzsachen im Bundespräsidialamt gewesen. Sie habe der „DDR" offenbar persönliche Beschreibungen der Mitarbeiter im Präsidialamt liefern sollen.

Der Verteidigungsbereich ist durch den Fall Höke nach Meinung von Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) „natürlich berührt". Vor der Ausschußsitzung sagte Wörner der Deutschen Presse-Agentur (dpa), „wie stark" der militärische Sektor beeinträchtigt worden ist, lasse sich beim gegenwärtigen Erkenntnisstand noch nicht sagen. „Wir sind dabei, mit wachsenden Erkenntnissen die Bewertung zu vervollständigen", sagte Wörner. Präsidialstaatssekretär Klaus Blech, der ebenfalls an der Sitzung teilnimmt, wird vermutlich darüber berichten, „an welche Sachen Frau Höke wirklich herangekommen ist".

Frau Höke soll nach dpa-Informationen jetzt geständig sein. Bisher hatte die 49jährige eine nachrichtendienstliche Tätigkeit abgestritten. Sie war im Präsidialamt für die Ressorts Auswärtiges, Protokoll, Militärische Angelegenheiten und Presse zuständig. Die Sekretärin soll 1979 an einer geheimen NATO-Stabsrahmenübung Wintex im Regierungsbunker an der Ahr teilgenommen haben.

Radioprogramme für deutsche Minderheiten im Ausland

# Eine Brücke zur Heimat

Hier ist wieder das deutsche Fräulein", meldet sich einmal in der Woche auf Ultrakurzwelle Sylvia von Verse. So heißt die Moderatorin eines Programms mit dem Titel „Die Brükke nach Westen". Ihre Hörer sind allerdings nicht in der Bundesrepublik zu Hause, sondern in den USA, präzise gesagt in St. Louis im Staat Missouri. Das „Fräulein" produziert eines von rund zweihundert Radioprogrammen in deutscher Sprache, die draußen in der Welt gesendet werden mit der Absicht, die Muttersprache in den deutschstämmigen Gruppen zu erhalten.

Etwa einhundert solcher Hörfunkprogramme gibt es allein in den USA. Sie heißen „Deutsche Heimatstunde", „Gemütlichkeit" oder „Café Berlin" und servieren ihren Hörern zur Hauptsache Musik aus Deutschland, aber auch Informationen über Veranstaltungen in den örtlichen deutschen Klubs und Gemeinden. Die Sendezeit der Programme schwankt zwischen einer Stunde in der Woche und zwei Stunden täglich. Gemeinsam ist allen nur der Miniaufwand, mit dem sie gemacht werden.

Die Produzenten der deutschsprachigen Radioprogramme sind auf sich selbst gestellt. Sie arbeiten weder im offiziellen Auftrag noch mit finanzieller Unterstützung aus Bonn. Um überhaupt „hörfunken" zu können, mieten sie Sendezeiten bei den kommerziellen amerikanischen Stationen. Die Miete beschaffen sie über die Werbung. Das bayerische Bierhaus und der schlesische Wurstspezialist kommen in den Programmen ebenso „zu Gehör" wie die Regensburger Domspatzen oder das Orchester Hugo Strasser. Die Sendungen kommen meist aus winzig kleinen Studios von einem Team, das aus Producer, Programmdirektor und Moderator in Personalunion und einem Techniker besteht.

Nicht anders stellt sich die Situation für die Veranstalter deutschsprachiger Hörfunksendungen in Kanada und Lateinamerika dar. Auch ihnen mangelt es an Förderung aus der Bundesrepublik. „Kein Volk der Welt hat ein so gebrochenes Verhältnis zu seinen ethnischen Gruppen in anderen Ländern wie das deutsche", beklagt Werner Bader die bislang unterbliebenen Hilfeleistungen durch offizielle deutsche Stellen. Er ist der Leiter des deutschen Programms der Deutschen Welle und der Präsident der „Internationalen Assoziation deutschsprachiger Medien" (IADM).

Diese Vereinigung versteht sich nach seinen Worten als Hilfsorganisation für alle, die außerhalb des deutschen Sprachraums ein Medium in deutscher Sprache betreiben. So hat die IADM bisher über 12 000 Schallplatten an die Programm-Macher in Übersee verschicken können. Die Phonoindustrie tut sich nämlich schwer mit dem Spenden.

Modellcharakter für die Verwirklichung von Volksgruppenrecht hat, wie Werner Bader betont, das Beispiel Belgien. Dort gibt es als kleinste öffentlich-rechtliche Anstalt der Welt einen autonomen Sender für die in den ehemaligen Kreisen Eupen und Malmedy lebenden 65 000 deutschsprachigen Bürger: das „Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum für deutschsprachige Sendungen". Der BRF, der intern und auf Sendung immer nur Belgischer Rundfunk genannt wird, sendet täglich vierzehn Stunden. Das Programm kann auch in Aachen und grenznahen Gegenden der Eifel gehört werden. „Wir tun alles", sagt Peter Thomas, der Chefredakteur des BRF, „um immer wieder daran zu erinnern, daß es bei uns eine deutsche Gemeinschaft gibt und Deutsch in Belgien die dritte offizielle Landessprache ist, was auch nur wenige Bundesbürger wissen."

Schon vor dem 2. Weltkrieg gab es in Belgien erste bescheidene Ansätze für ein deutsches Rundfunkprogramm. Angefangen hat es 1945 mit einer Sendezeit von täglich zehn Minuten. Allmählich, wenn auch nur in kleinen Schritten, wurde der deutschsprachige Dienst ausgeweitet. 1977 schließlich bekam der Sender durch Gesetz den Status einer dritten selbständigen Rundfunkanstalt im Land. Der BRF ist völlig unabhängig von den beiden anderen belgischen Anstalten für die flämischen und wallonischen Bevölkerungsteile. Die Sender sind jedoch verpflichtet, dem Belgischen Rundfunk in deutscher Sprache gegen Bezahlung jede gewünschte Dienstleistung, etwa auf technischem Gebiet, zu erbringen.

Der Etat des in Eupen beheimateten Senders für das deutsche Sprachgebiet mit seinen fünfzig Mitarbeitern beträgt zur Zeit umgerechnet etwa fünf Millionen Mark. Festgesetzt wird der Jahreshaushalt von einem neunköpfigen Verwaltungsrat, der vom Rat der deutschen Kulturgemeinschaft gebildet wird, dessen 25 Mitglieder von der Bevölkerung gewählt werden. Das Geld für den BRF stammt aus einem von der belgischen Regierung bereitgestellten Etat für kulturelle Zwecke. EGON WOLFF

## KRITIK

# Schweizer Alpensaga

Manchmal konnte man sich bei dem wuchtigen Dreiteiler **Via Mala** (ZDF) an Roman Polanskys Meisterwerk „Tess" erinnert fühlen. Einmal wegen der epischen Ausdehnung; dann wegen der zentralen zarten Mädchengestalt, für die man an Stelle von Nastassja Kinski die Holländerin Maruschka Detmers gefunden hat, eine Neuentdeckung, der man fortan noch viele Male in solchen international besetzten Projekten begegnen wird.

Ein anderer Vergleichspunkt ist das sorgfältig ausgepinselte Zeitkolorit: bei „Tess" vor der Jahrhundertwende, bei „Via Mala" im Jahre des Börsenkrachs von 1929, worauf man allerdings erst gestoßen wird, wenn die Handlung sich aus dem unwirtlichen Felsental des Berner Oberlandes hinaus unter die feinen Leute von Zürich begibt, ein allzu vehementer Sprung, so daß man fast glaubt, in eine andere Sendung hineingeraten zu sein. Die Verwandtschaft des jungen Hauptmanns der Reserve, den ein Manöver in die Berge geführt hat, hat sich auch mit ganz anderen, nicht minder schwer wiegenden Problemen herumzuschlagen, doch es bleibt kaum Zeit, sich darin zu vertiefen, weil man schleunigst zurück muß, um das rätselhafte Verschwinden des tyrannischen Sägemühlenbesitzers aufzuklären.

Den spielt Mario Adorf, neben Maruschka Detmers die tragende Säule des ganzen Mammut-Gebildes, der Gott sei Dank trotz seiner an sich schon drohenden Miene genug Talent und Herzenswärme hat, um aus dem Familientyrann eine glaubhafte Figur zu machen – einige Ansatzpunkte dazu liefern ihm sogar das Drehbuch (Jörg Graser) wie der Regisseur Tom Toelle, der beherzt in ein halbfertiges Projekt eingesprungen ist und es zu einem halbwegs überzeugenden Ende geführt hat.

Das ist dann auch so düster und schrecklich wie der Anfang. Es bleibt ja auch kein anderer Ausweg: was soll aus den Schuldbeladenen, denen unsere Sympathie gehört, auch noch werden, selbst wenn ihnen ein Fluchtweg über die italienische Grenze bleibt? So enden sie mit Roß und Wagen in den stürmischen Fluten des Gebirgsbachs, der ihre Mühle antreibt und dessen Rauschen man drei Abende lang in den Ohren gehabt hat.

HELLMUT JAESRICH

# Unterschlagene Antworten

Von der „wohl perversesten aller Waffen" versprach sich **Monitor** (ARD) wieder einmal genug Wirkung, um beim deutschen Publikum Angst zu verbreiten. Klaus Bednarz, der dies bar jeder Bereitschaft sagte, die wirkliche Funktionsweise der sogenannten Neutronenwaffe zu erkennen, hat ein Zitat des Bundesverteidigungsministers gefunden und meinte, diesen nun der unwahren Aussage bezichtigen zu können.

Am 13. Juni hatte Manfred Wörner vor dem Bundestag erklärt, die amerikanische Regierung habe bis jetzt noch nicht einmal die Mittel beantragt, um Neutronenwaffen zu produzieren, geschweige denn, daß sie diese etwa hier in Europa stationieren wollte. „Ich habe mich dessen vergewissert, bevor ich Ihnen diese Antwort gab."

Wörner war damit auf eine Äußerung des SPD-Abgeordneten Hermann Scheer eingegangen, der in derselben Sitzung des Bundestages erklärt hatte: „Gleichzeitig findet inzwischen eine Massenproduktion von Neutronensprengköpfen für einen potentiellen Gebrauch in Europa statt." Gegen diese Behauptung hatte sich der Minister nach Rückfragen bei den Fachleuten seines Ressorts gewandt, deren Erläuterungen natürlich aus genauer Kenntnis der amerikanischen Planungen resultierten.

Diese Zusammenhänge aber wollte Bednarz in seiner schier unangreifbar scheinenden Moderatoren-Päpstlichkeit nicht sehen. Denn die von „Monitor" beim Verteidigungsministerium erbetene Auskunft bezog sich keineswegs auf das Ministerzitat. Ganz allgemein wollte „Monitor" wissen, ob u. a. an die Stationierung bestimmter Neutronensprengköpfe gedacht sei. Die Antwort des Ministeriums wurde unterschlagen. Hier sei sie nachgetragen: „Neutronensprengköpfe sind im Bundesgebiet nicht gelagert. Es ist auch nicht vorgesehen, solche Waffen hier zu stationieren. Eine nachträgliche Umwandlung von nuklearen Gefechtsköpfen zu Neutronenwaffen ist in Europa ebenfalls nicht möglich." Diese Auskunft der Hardthöhe mag Bednarz nicht in sein Magazinkonzept passen. Aber der Zuschauer kann erwarten, daß sie ihm von einem der Wahrheit verpflichteten Journalisten wenigstens mitgeteilt wird.

RÜDIGER MONIAC

ARD

ZDF

## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

*Nur über ARD:*

- 9.45 Live von der IFA
  ZDF-info Arbeit und Beruf
- 10.00 Tagesschau und Tagesthemen
- 10.25 Wer einmal lügt
  Kriminalfilm
- 11.25 Musikszene 85
- 12.30 ZDF Magazin
- 12.55 Presseschau
- 13.00 Tagesschau

*IFA-Programm (nur über ZDF):*

- 9.55 Guten Morgen
- 10.00 Tagesschau
- 10.05 Quasselbox
- 10.10 Sie
- 11.00 Städteturnier
  Regensburg
- 12.00 Künstlertreff in 5 nach 12
- 13.00 Tagesschau
- 13.15 ARD und ZDF im Gespräch

**ARD**

- 14.45 Funkausstellung Berlin 1985
  Die goldene Eins
- 17.40 Funkausstellung aktuell
  Berichte und Reportagen über die Höhepunkte des Tages
- 20.00 Tagesschau
  Anschließend: Der 7. Sinn
- 20.18 Ostfarbe – Westfarbe
  Funkausstellung Berlin 1985
  Die (un-)geteilte Fernsehwelt der Deutschen
  Moderatoren: Joachim Braun und Jürgen Engert
- 21.15 Extratour
  Funkausstellung Berlin 1985
  Live-Unterhaltung
  Mit Stefan Viering, Margarethe Schreinemakers, Depeche Mode, Slade, Gary Brooker, Latin Quarter, Boney M., Mink de Ville u. a.
- 22.45 Tagesthemen
- 23.15 Ruhe sanft, Bruno
  Von Walter Kempley
  Mit Wolf-Dietrich Sprenger, Christian Amun, Armin Mueller-Stahl u. a.
  Regie: Hajo Gies
- 1.05 Tagesschau

**ZDF**

- 13.45 Funkausstellung Berlin 1985
  Video Derby
  Ihr Wunschprogramm
- 14.45 Zehnkampf der Fernsehfans
  Ein Mannschaftswettstreit
- 16.00 Alice's Teeparty
- 17.00 heute
- 17.05 Showplatz Berlin
- 18.00 Alte Gauner
  Alte Meister
- 19.00 heute
- 19.30 Dalli-Dalli
  Funkausstellung Berlin 1985
  Spiel und Spaß
  Von und mit Hans Rosenthal
- 21.15 Aus Forschung und Technik
  Mehr Spaß beim Fernsehen?
  Von Joachim Bublath
- 22.05 Bürger fragen Willy Brandt
  Live aus der Gartenstadt Staaken in Berlin-Spandau
  Gesprächsleitung: Reinhard Appel
- 23.20 Machen wir's in Liebe
  Amerikanischer Spielfilm, 1960
  Mit Marilyn Monroe, Yves Montand u. a.
  Regie: George Cukor
- 1.15 heute

## III.

*In allen 3. Programmen*

- 9.00 Aus dem Bundestag
  Generaldebatte mit Bundeskanzler Kohl und den Vorsitzenden der Fraktionen
- 14.00 Aus dem Bundestag
  Außen- und Sicherheitspolitik

**WEST**

- 18.30 Die Sendung mit der Maus
- 19.00 Aktuelle Stunde
- 19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

**NORD**

- 18.00 Sport-Treff
- 18.30 Die Sendung mit der Maus
- 19.00 MS Franziska
  Auf Sloophelling

**HESSEN**

- 18.00 Sport-Treff
- 18.30 Die Sendung mit der Maus
- 19.00 Nirgendwo ist Poenichen

*Gemeinschaftsprogramm*

**WEST / NORD / HESSEN**

- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Piraten im Karibischen Meer
  Amerikanischer Spielfilm, 1942
  Mit Ray Milland, John Wayne, u. a.
  Regie: Cecil B. DeMille
- 22.15 Grand Café (9)
  Die ganze Welt in einem Koffer
- 22.30 Die Internationale der Germanisten
  Bericht von einem Kongreß in Göttingen
- 23.30 Letzte Nachrichten

**SÜDWEST**

- 19.25 Nachrichten
- 19.30 Schimmi
  Fernsehspiel von Jo Pestum
- 21.05 Sport unter der Lupe
- 21.30 750 Jahre Limburger Dom
- 22.35 Industrieland Baden-Württemberg
  Zum Beispiel Carl Zeiss
- 23.05 Meine Lieblingsgeschichte
  Peter Lühr liest „Die Ringparabel" von Lessing
- 23.15 Nachrichten

**BAYERN**

- 18.15 Die Tier-Sprechstunde
- 18.45 Rundschau
- 19.00 Bayerische Gala
  Zum 70. Geburtstag von Franz Josef Strauß
- 20.35 Anno dazumal
  Erntebräuche
- 20.50 Gespräche mit Christen
  Gregor Alexander Heussen spricht mit Elisabeth Frei
- 21.35 Rundschau
- 21.50 Z. E. N.
- 21.55 Die Antwort kennt nur der Wind
  Deutsch-franz. Spielfilm, 1974
  Regie: Alfred Vohrer
- 23.40 Jazz um Mitternacht
  Jazz in concert
- 0.20 Rundschau

## SAT 1

- 10.00 SAT 1 stellt sich vor
- 13.30 Kum Kum
  Kann man Wolken fangen?
- 14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
  Nosey, der Superdetektiv
- 15.00 Siebstei
  Gopal, der Goldschmied
- 15.30 Musicbox
- 16.30 Die Bären sind los
  Der neue Trainer
- 17.00 Kickerstammtisch
  Sport-Talkshow live aus Ludwigshafen
  Thema: „Neue Trainer im Kreuzfeuer"
- 17.30 Zauber der Berge
- 18.00 Abenteuer und Erlebnisse
  Willy und José: Zwei Schuhputzer in Lima
  Holländischer Dokumentarfilm, 1975
  Regie: Trudy van Coyten
  oder Regionalprogramm
- 18.30 APF blick:
  Nachrichten und Quiz
- 18.45 Der Vogelhändler
  Deutscher Spielfilm, 1962
  Mit Conny Froboess, Peter Weck u. a.
  Regie: Geza von Cziffra
- 20.30 Shane
  Die Schule
- 21.30 APF blick:
  News, Show, Sport
- 22.15 Der Löwe im Winter
  Englischer Spielfilm, 1968
  Mit Peter O'Toole, Katherine Hepburn u. a.
  Regie: Anthony Harvey
- 0.25 APF blick:
  Letzte Nachrichten

## 3SAT

- 18.00 Grüezi, Servus, Guten Tag
  3-SAT live von der Internationalen Funkausstellung in Berlin
- 18.30 Bilder aus Deutschland
  „Trutz, blanker Hans"
  Die Halbinsel Eiderstedt
- 19.00 heute
- 19.30 Derrick
  Tod eines Fans
- 20.30 Rundschau
- 21.15 Zeit im Bild 2
- 21.45 Querschnitt
  Gibt es ein Geheimnis der Pyramiden?
  2. Die Antworten
  Von Hoimar von Ditfurth
- 22.30 La Piazza
  Beobachtungen vor dem Petersdom
  Film von Luitpold A. Dom
- 23.10 3-SAT-Nachrichten

## RTL-plus

- 18.15 Regional 7
- 18.35 Komm doch mal in die Küche
- 18.53 7 vor 7 – Newsshow
- 19.18 Karichen
- 19.22 RTL-Spiel
- 19.30 Die Straße der Mode
- 20.30 Keoma – Melodie des Sterbens
- 22.10 Man müßte noch mal zwanzig sein
- 22.30 Hier ist Berlin
- 22.46 Horoskop
- 22.50 Betthupferl

## Retter des Franc

J. Sch. (Paris) – Bisher war man an den internationalen Devisenmärkten wohl überwiegend davon ausgegangen, daß der Franc spätestens nach den französischen Parlamentswahlen vom nächsten Frühjahr im EWS abgewertet wird – und zwar auch für den immer wahrscheinlicher werdenden Fall, daß die Rechte die Wahlen gewinnt. Denn eine Rechtsregierung könnte die Abwertung als notwendige Bereinigung der wirtschaftlichen Fehler ihrer Vorgänger darstellen.

Tatsächlich ist der Franc inzwischen vor allem gegenüber der D-Mark erheblich überbewertet. Seit seiner letzten Abwertung im März 1983 sind die französischen Preise um mehr als 10 Prozentpunkte stärker gestiegen als die deutschen, was den Export in die Bundesrepublik zunehmend erschwert.

Aber die Stärke oder Schwäche einer Währung hängt nicht nur vom Inflationsgefälle ab. Auch eine überbewertete Währung kann vom Devisenmarkt akzeptiert werden, wenn eine Regierung besonderes internationales Vertrauen genießt. Das war eindeutig 1980/81 in der letzten Phase der Regierung Barre der Fall gewesen.

Ob sich Raymond Barre, der inzwischen zum profiliertesten Politiker der Opposition aufgestiegen ist, erneut als „Retter des Franc" erweist, hängt aber zunächst einmal davon ab, ob er in sechs Monaten Premierminister wird. Ihm selbst geht es vor allem um das Amt des Staatspräsidenten. Dieses steht erst im Frühjahr 1988 zur Wahl. Eine Barre-Franc-Spekulation erscheint danach ziemlich gewagt.

## In vielen Booten

nl – Während die Branche der Unterhaltungselektronik auf der Internationalen Funkausstellung in Berlin ihre große Schau abzieht, sieht es hinter den Kulissen ganz anders aus. Industrie und Fachhandel in dieser Sparte haben schon lange keinen Grund mehr zu Jubel. Die Ertragslage der Unternehmen ist gespickt mit roten Zahlen, obwohl an Innovationen eigentlich kein Mangel herrscht und mit gesehen auch Umsatzimpulse vorhanden sein müßten. Der Verbraucher, der einigermaßen gut bestückt ist mit Audio- und Fernsehgeräten, sieht dies offenbar anders. So läßt denn auf einigen Gebieten der Mengenabsatz zu wünschen übrig. Noch mehr schmerzt die Branche allerdings der Druck auf die Preise, was dem Käufer freilich nur recht sein kann. Zwar kündigt die Industrie in steter Regelmäßigkeit Preiserhöhungen an, von einer Realisierung kann jedoch keine Rede sein. Daß dies so bleibt, der Markt also trotz vieler Konzentrationstendenzen immer noch funktioniert, dazu tragen Hersteller und Handel trotz aller gegenseitiger Appelle selbst bei. Sie sitzen eben doch nicht in einem, sondern in vielen Booten.

BILANZRICHTLINIEN-GESETZ / Nur der DGB kritisiert den neuen Entwurf

## Die Spitzenverbände der Wirtschaft sehen ihre Forderungen erfüllt

HEINZ STÜWE, Bonn

**Der neue Entwurf eines Bilanzrichtlinien-Gesetzes findet bei Unternehmen und Verbänden ein positives Echo. Gegenüber früheren Fassungen sei das Gesetzeswerk deutlich verbessert, die Anliegen der gewerblichen Wirtschaft seien jetzt voll berücksichtigt, heißt es beim Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) und dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).**

Dieses Lob gilt vor allem dem Unterausschuß des Bundestags-Rechtsausschusses und seinem Vorsitzenden Herbert Helmrich (CDU), der den Regierungsentwurf zur Umsetzung der Vierten EG-Richtlinie nahezu vollständig umgearbeitet und mit dem Entwurf zur Konzernrechnungslegung (7. Richtlinie) und zur Prüferqualifikation (8. Richtlinie) zu einem einzigen Gesetz zusammengefaßt hat.

Dazu wird im Handelsgesetzbuch (HGB) ein neues drittes Buch geschaffen. Um das Aktiengesetz und das GmbH-Gesetz zu entlasten, sollen einige Vorschriften, die nach dem Regierungsentwurf in den Spezialgesetzen geregelt sind, ebenfalls ins HGB kommen. Zudem wurde der Aufbau geändert mit dem Ergebnis, daß das 250 Seiten starke Gesamtwerk – wie alle Verbandsexperten hervorheben – übersichtlicher und lesbarer wurde.

Der erste Abschnitt des Dritten Buches enthält künftig Regelungen, die für alle Kaufleute gelten und sich auf das bisherige Recht und die allgemein anerkannten Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) beschränken. Danach folgen im zweiten Abschnitt alle zusätzlich für Kapitalgesellschaften geltenden Bestimmungen. „Wir wollen damit verhindern, daß erst die Gerichte, wie es nach der Verabschiedung des Aktiengesetzes von 1965 der Fall war, festlegen müssen, was für die Aktiengesellschaften und was für alle gilt", erläutert Rechtsausschuß-Vorsitzender Helmrich.

Diese Konzeption stößt beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) auf Kritik. Hier wird bedauert, von der Idee eines einheitlichen Rechnungslegungsgesetzes Abschied nehmen zu müssen. So hätte erreicht werden können, daß alle Bilanzen nach den gleichen Grundsätzen aufgestellt würden. Ein Sprecher bemängelt zudem, daß von Sozialberichterstattung der Unternehmen überhaupt nicht mehr die Rede sei. Hauptkritikpunkt ist, daß die GmbH & Co. KG von der Neuregelung nicht erfaßt werde. Die Gewerkschaften sehen darin einen „Verstoß gegen den Sinn der EG-Richtlinie" und erwarten eine erneute Flucht in diese Rechtsform.

Von DIHT und BDI wird gerade die strikte Unterscheidung im Anforderungsniveau zwischen Einzelkaufmann und Personengesellschaft einerseits und der Kapitalgesellschaft auf der anderen Seite als Pluspunkt verbucht. Die Gefahr, daß Sondervorschriften der EG-Richtlinie für die AG und die GmbH für die gesamte Wirtschaft verbindlich werden könnten, sehen sie weitgehend ausgeschaltet. So ist gewährleistet, daß Personengesellschaften und Einzelkaufleute im Rahmen der GoB Bewertungs*spielräume behalten.* Wertuntergrenzen bei der Bilanzierung werden der Brüsseler Vorgabe entsprechend nur für Kapitalgesellschaften vorgegeben. „Damit bleibt die Möglichkeit, stille Reserven zu bilden, unberührt", betont Helmrich.

Die Experten von DIHT und BDI begrüßen, daß im Teil, der die Kapitalgesellschaften betrifft, über die Richtlinie hinausgehendes „deutsches Übersoll" gestrichen wurde. So soll nicht nur die kleine GmbH von der Prüfungspflicht befreit werden und geringeren Publizitätsanforderungen unterliegen, sondern auch die kleine AG. Darunter fallen Unternehmen, die zwei der folgenden Größenmerkmale nicht überschreiten: 3,9 Mill. DM Bilanzsumme, acht Mill. DM Umsatz und 50 Mitarbeiter.

Nach dem jetzigen Zeitplan – Inkrafttreten am 1. Januar 1986 – unterliegen Einzelabschlüsse für 1987 erstmals den neuen Bestimmungen. Diese zwölfmonatige Übergangsfrist halten DIHT und BDI für nicht ausreichend. Am 23. und 24. September haben die Verbände bei einer erneuten Anhörung in Bonn Gelegenheit, weitere Kritik vorzubringen.

DEUTSCHE SHELL

## Günstige Prognose für den weiteren Auto-Bestand

JAN BRECH, Hamburg

In ihrer traditionell zur Internationalen Automobil-Ausstellung vorgelegten Prognose über die Entwicklung des Pkw-Bestands in der Bundesrepublik geht die Deutsche Shell AG, Hamburg, von einer fortschreitenden Motorisierung aus. So wird bis zum Jahr 2000 der Pkw-Bestand anwachsen und sich erst nach Beginn des nächsten Jahrtausend aufgrund des Rückgangs der Bevölkerungszahl langsam verringern.

Unter der Voraussetzung weiteren allgemeinen Wirtschaftswachstums erwartet die Shell einen Bestandszuwachs von gegenwärtig 25,86 Millionen Autos auf 29,3 Millionen Pkw im Jahr 1990 und von 30,6 Millionen bis zum Jahr 2000. Der Bestand wird damit in den nächsten 15 Jahren um weitere 4,7 Millionen Autos zunehmen. Von 1000 Erwachsenen werden zur Jahrhundertwende 636 Personen über ein eigenes Auto verfügen.

Einen wachsenden Bestand erwartet die Shell selbst dann, wenn die Rahmenbedingungen in Folge vorherrschender Wachstumsschwäche und zunehmender Technikfeindlichkeit schlechter werden sollten. Unter diesen Voraussetzungen wird bis 1990 mit einem Bestand von 28,5 und bis zum Jahr 2000 von 29,6 Millionen Pkw gerechnet.

Die Erfahrungen der vergangenen zwei Jahre machen nach Meinung der Deutschen Shell allerdings deutlich, daß die weitere Motorisierung durch politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen durchaus negativ beeinflußt werden kann. Die Verunsicherungen am Automarkt infolge des Streiks und der Diskussion um den Katalysator hätten deutliche Bremsspuren hinterlassen. Nach Schätzungen der Shell sind 1984 aus diesem Grund 200 000 Autos weniger gekauft worden, 1985 werden es *nochmals 170 000 PKW sein.*

Langfristig bleiben am Automarkt nach Meinung der Shell jedoch wachstumsfördernde Faktoren wirksam. Eine enormes Nachfragepotential glaubt die Shell einmal in den geburtenstarken Jahrgängen 1961 bis 1967 zu sehen. Diese Altersgruppe dürfte über die normale Motorisierung dieser Jahrgänge hinaus einen zusätzlichen Bestandseffekt von 0,5 Millionen Pkw auslösen.

Einen weiteren Bestandszuwachs von einer Million Autos erwartet die Shell aus der zunehmenden Bereitschaft der Frauen zur eigenen Motorisierung. Eine halbe Million mehr Autos werden ferner dadurch hinzukommen, daß auch ältere Menschen auf das ihnen seit Jahren vertraute Auto nicht mehr so ohne weiteres verzichten wollen. Der größte Schub mit 1,6 bis 2,6 Millionen Autos wird nach Meinung der Shell aber aus dem generell steigenden Motorisierungstrend der Gesamtbevölkerung resultieren. Hier spiele eine entscheidende Rolle, daß für den Erwerb des inzwischen zum Gebrauchsgut avancierten Autos hinreichend Geldmittel in den privaten Haushalten vorhanden sei.

## Eine Etappe weiter

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Vokabeln wie Sieg und Durchbruch passen nicht zu dem, was sich jetzt im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) abgespielt hat – leider nicht. Immerhin kommt es zu einer Sonderkonferenz der Gatt-Vertragsparteien, auf der es um eine neue Liberalisierungsrunde für den Welthandel gehen soll.

Allerdings läuft das Verfahren nicht so, wie auf dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel ins Auge gefaßt worden war. Auf eine damals angepeilte Vorbereitungskonferenz hoher Beamter für eine Welthandelsrunde 1986 konnte sich wegen des Widerstands wichtiger Entwicklungsländer wie Brasilien und Indien der Gatt-Rat nicht verständigen. Die USA verlangten daher, was nach den Statuten möglich ist, eine Sondersitzung der Gatt-Vertragsparteien. Erreicht wurde dies durch eine Mehrheitsabstimmung – die USA brachten 50 der 90 Stimmen hinter sich –, etwas, was es bisher nicht gab.

Was jetzt geschehen ist, kann über eine reine Verfahrensfrage erheblich hinausgehen. Eine der Stärken des Gatt war und ist das Bemühen um Konsens. Der Abbau von Handelshemmnissen läßt sich nicht verordnen, läßt sich auch nicht – gefragt sind doch souveräne Staaten – über Abstimmungen erzwingen. Fortschritte sind nur zu erreichen, wenn alle mitmachen. Hier liegt der große Vorteil des Gatt gegenüber den UN-Organisationen, die sich mit ähnlichen Themen beschäftigen. Dort wird zwar abgestimmt, aber die Beschlüsse werden nicht umgesetzt. Daher darf die Anfang der Woche im Gatt gefallene Entscheidung kein Präzedenzfall sein. Sie mag eine Etappe sein im Bemühen um einen Konsens über eine Handelsrunde.

Was für den weiteren Ablauf daraus folgt, wird sich erst in den nächsten Tagen zeigen. Es kann sein, daß der Tagung der Gatt-Vertragsparteien eine Vorkonferenz vorgeschaltet wird. Es könnte auch sein, daß sich die Vertragsparteien am 30. September treffen, um dort eine Vorbereitungskonferenz für eine Liberalisierungsrunde zu verabreden.

Manche Juristen meinen, sogar eine Liberalisierungsrunde könnte für das nächste Jahr per Mehrheitsbeschluß (was keineswegs sicher wäre) einberufen werden. Nutzen würde dies wenig, denn niemand ließe sich so an den Verhandlungstisch bringen. Und bei materiellen Fragen funktionieren Mehrheitsentscheidungen ohnehin nicht.

Über Sachprobleme wurde bisher kaum gesprochen. Die Hoffnung, sich in den nächsten Monaten auf eine Tagesordnung einigen zu können, die zumindest in etwa das Gewicht der Probleme widerspiegeln würde, ist gering. Der Ausweg dürfte darin bestehen, daß zunächst einmal alles, was irgendein Land wünscht, auf den Tisch kommt. Eine Mammutaufgabe, in der Tat.

Die Erwartung ruht darauf, daß die Industriestaaten den Entwicklungsländern rasch bei einigen Punkten wie Handel mit tropischen Erzeugnissen entgegenkommen könnten. Eine vertragliche Versicherung, das neue Welttextilabkommen, das im nächsten Jahr verlängert wird, sei das letzte seiner Art, könnte auch weiterhelfen. Sollte dies gelingen, dann könnte während der Verhandlungen – und eine Liberalisierungsrunde wird sich über Jahre hinziehen – ein Beschränken auf wichtige Themen gelingen. Trotzdem: Es wird schwer.

Ohne Zugeständnisse der Industrieländer im Agrarbereich werden die Entwicklungsländer wohl kaum mitmachen, zumal da sie das Thema Dienstleistungen ohnehin schreckt. Sicher, hier könnte es sich anbieten, diesen Bereich zunächst unter den Industriestaaten im Rahmen der OECD vorzuklären, möglicherweise könnte hier auch ein Kodex wie bei Exportkrediten angestrebt werden.

Dieses ist zunächst Zukunftsmusik. Bisher stützen sich die Hoffnungen, daß es überhaupt zu einer Liberalisierungsrunde kommen wird, zum einen auf der Einsicht, daß ein weltoffenes Handelssystem allen nutzt, die verkaufen wollen, zum anderen auf der Furcht vor den Protektionisten in den USA. Sollten sie sich durchsetzen, dann wäre nicht nur der japanische Export betroffen. Dann würde der Bilateralismus an Gewicht gewinnen, mit all seinen Folgen auch für das Gatt. Die Gefahr wächst. Leider war die Einsicht bisher noch nicht stark genug, um eine Vorbereitungskonferenz auf normalem Wege zu ermöglichen.

## AUF EIN WORT

„Die Selbstbedienungswarenhäuser sind stets für einen marktwirtschaftlichen Wettbewerb, der möglichst wenig Reglementierungen unterworfen ist, eingetreten. Aus dieser Grundposition kann eine Schlichtungsstelle als neue Kontrollbehörde nicht akzeptiert werden."

Dr. Walter Wichmann, Geschäftsführer des Bundesverbands der Selbstbedienungs-Warenhäuser (BdSW) e. V., Bonn FOTO: DIE WELT

## Platinpreise kräftig gestiegen

dpa/VWD, Frankfurt

Die politischen Unruhen und der Streik eines Teils der südafrikanischen Minenarbeiter beeinflussen bis auf weiteres die Preise für Edelmetalle. Ende August drückte sich dieser Umstand vor allem in stark steigenden Preisen für Platin aus, bei dem die Käufer wesentlich stärker von Lieferungen aus Südafrika abhängen als bei Gold. Darauf weist die Degussa AG, Frankfurt, in ihrem Monatsbericht über die Edelmetallmärkte hin. Platin verteuerte sich im August um fast 18 Prozent auf 335 Dollar je Feinunze, während der Goldpreis lediglich um zwei Prozent auf 333,25 Dollar zulegte.

AUFTRAGSEINGÄNGE

## Die Konjunktur im Inland hat deutlich angezogen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Nachfrage nach Industrieprodukten hat sich wieder kräftig belebt. Nachdem die Auftragseingänge beim verarbeitenden Gewerbe im Juni um drei Prozent gesunken waren, zogen sie im Juli preis- und saisonbereinigt um 4,5 Prozent an. Dabei stieg die inländische Ordertätigkeit um fünf Prozent, die aus dem Ausland ging um 2,5 Prozent zurück.

Der Zweimonatsvergleich (Juni/Juli gegenüber April/Mai), bei dem Zufallsschwankungen geglättet werden, signalisiert ein unverändertes Nachfrageniveau. Dabei nehmen die Inlandsaufträge deutlich um 3,5 Prozent zu, was nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine spürbar anziehende Inlandskonjunktur hindeutet. Gleichzeitig verringerten sich die Auslandsbestellungen um vier Prozent, sie hielten sich aber weiterhin auf hohem Niveau.

Dabei stiegen die Ordereingänge in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie um 2,5 Prozent und im Verbrauchsgütergewerbe um fünf Prozent. Die Hersteller von Investitionsgütern meldeten einen leichten Rückgang um 1,5 Prozent. In den Monaten Juni und Juli lagen die Auftragseingänge beim verarbeitenden Gewerbe dem Volumen nach um elf Prozent über dem Vorjahresniveau.

Dabei hatte die Nachfrage nach Investitionsgütern sogar um 16,5 Prozent angezogen. Zu berücksichtigen ist, daß wegen des Arbeitskampfes in der Metallindustrie im vergangenen Jahr das Juni-Ergebnis überzeichnet wird, es aber im Juli 1984 Aufholeffekte gab. Die Ordereingänge aus dem Inland waren in den beiden Monaten um 10,5 Prozent über den Vorjahresstand gestiegen. Aus dem Ausland konnten sogar 11,5 Prozent mehr Aufträge hereingeholt werden.

WIRTSCHAFTS-INSTITUTE

## Rekordüberschüsse im Außenhandel erwartet

dpa/VWD, Hamburg

Einen Rekordüberschuß in der Handelsbilanz erwartet das Hamburger HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung für dieses Jahr. Er werde noch über den 54 Milliarden DM liegen, die im vergangenen Jahr erzielt wurden, schreibt das HWWA in der neuesten Ausgabe seiner Publikation „Konjunktur von morgen". Bereits in den ersten sieben Monaten 1985 sei ein Handelsbilanzüberschuß von 39 Milliarden DM erzielt worden, 16 Milliarden DM mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Der Überschuß der Leistungsbilanz lag in den ersten sieben Monaten mit 17 Milliarden DM um rund 14 Milliarden DM über dem Ergebnis des vergleichbaren Zeitraums 1984 und erreichte damit bereits das Ergebnis des gesamten Jahres 1984 von 17,8 Milliarden DM. Die Überschüsse wertet HWWA als Folge der starken Realabwertung der DM, die von Anfang 1980 bis Anfang 1985 rund ein Fünftel ihres gewogenen realen Außenwertes verloren habe. Die Warenausfuhr ist nach den HWWA-Angaben in diesem Zeitraum preisbereinigt um 23 Prozent gestiegen, die Wareneinfuhr dagegen nur um real sechs Prozent.

Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin rechnet mit einem wesentlich höheren Leistungsbilanzüberschuß – zur Jahresmitte hatte das Institut bereits 37 Milliarden DM prognostiziert. Die Exporte sollen in den kommenden Monaten bei allen wichtigen Exportbranchen ihr hohes Niveau halten, so daß die DIW-Prognose von einem Plus von neun Prozent für das ganze Jahr wohl eintreffen werde.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Städtebauförderung stark gefragt

**Bonn** (VWD) – Die Nachfrage der Gemeinden nach Städtebauförderungsmitteln übersteigt den verfügbaren Betrag von einer Mrd. DM in allen Bundesländern um mehr als das Doppelte. Dies ergab eine Bund-Länder-Besprechung über die Umsetzung der erhöhten Städtebauförderungsmittel in den Jahren 1986 und 1987. Alle Länder berichteten übereinstimmend von einer außergewöhnlich hohen Nachfrage, die unmittelbar nach den Entscheidungen der Bundesregierung vom 1. Juli dieses Jahres einsetzte.

### Rabatturteil des BGH

**Karlsruhe** (rtr) – Autohändler sind nicht an die unverbindlichen Preisempfehlungen der Hersteller gebunden. Nach einer gestern veröffentlichten Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH) verstößt der Händler nicht in jedem Fall gegen das Rabattgesetz, wenn er ein Fahrzeug zu günstigeren Konditionen abgibt. Dies gilt nach der Entscheidung auch dann, wenn der Verkäufer dem Kaufinteressenten die Preisempfehlung des Werkes lediglich als Orientierungsmaßstab nennt. Der Händler verstoße nur dann gegen das Rabattgesetz, wenn er die Preisempfehlung des Herstellers förmlich zu seinem eigenen Preis erklärt und auf diesen Preis dann mehr als die erlaubten drei Prozent Barzahlungs-Rabatt ein*räume, erklärte das Gericht. (AZ: I ZR 220/83)*

### Illegale Preisabsprachen

**Paris** (AP) – Gegen mehrere Tochtergesellschaften der verstaatlichten französischen Stahlkonzerne Usinor und Sacilor sind wegen illegaler Preisabsprachen und Unterbietung privater Wettbewerber mittels staatlicher Subventionen Geldbußen bis zu 800 000 Franc (rund 264 000 DM) verhängt worden. Das gab das Pariser Wirtschaftsministerium bekannt. Die Namen der Firmen wurden nicht genannt.

### Hohe Börsenumsätze

**Frankfurt** (rtr) – Die Umsätze an der Frankfurter Wertpapierbörse sind zwar im Monat August leicht hinter den Rekordergebnissen des Vormonats zurückgeblieben, haben jedoch in den ersten acht Monaten 1985 das Umsatzvolumen des Gesamtjahres 1984 bereits deutlich übertroffen. Im August wurden in Frankfurt rund *19,3 (Vormonat 22,0) Mrd. DM* umgesetzt, hieß es in der gestern veröffentlichten Monatsstatistik der Frankfurter Wertpapierbörse. In den Monaten Januar bis August beliefen sich die Umsätze auf 130,4 Mrd. DM, fast doppelt so viel wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum mit 70,3 Mrd. DM. 1984 insgesamt wurden nur Umsätze von 121,5 Mrd. DM verbucht.

### Privatisierung in Niger

**Bonn** (dpa/VWD) – Der nigerische Staatschef General Seyni Kountché will der Industrialisierung der westafrikanischen Republik neue Impulse durch die Privatisierung der Staatsbetriebe geben. Vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) sagte Kountché, bislang hätten staatliche Unternehmen die Privatinitiativen „erstickt". Für die mit der Privatisierung verbundene Entschuldung der Wirtschaft erwarte das Land die Unterstützung der Weltbank.

### Opec-Preise beibehalten

**Kuwait** (AFP) – Kuwait will sich nach Angaben von Erdölminister Scheich Ali Al-Khalifa für die Beibehaltung der von der Opec festgelegten Preise einsetzen, auch wenn dies zu einer Senkung der Gesamtproduktion der Organisation führen sollte. In einem Interview versicherte der Minister, Kuwait halte sich strikt an das ihm von der Opec zugestandene Produktionsvolumen von 0,9 Mill. Barrel pro Tag.

Anzeige

**In dieser Zeit empfehlen wir Ihnen Leasing. Und uns!**

Eine der erfahrensten Automobil-Leasinggesellschaften der Bundesrepublik sitzt quasi vor Ihrer Tür – für den Fall, daß Sie das noch nicht wußten. Darum bietet es sich geradezu an, Ihren Wagen bei uns zu leasen. Wir machen Leasing nämlich nicht „auch" oder „nebenher", sondern ausschließlich. Und das seit 20 Jahren. Als Spezialist auf diesem Gebiet können wir Ihnen deshalb viel bieten. Erstens supergünstige Konditionen durch individuelle Verträge. Zweitens können Sie bei uns jedes Fahrzeug leasen und nicht nur eine bestimmte Automarke. Zum Beispiel den 320er BMW, den Golf GTI, Mercedes 230 E oder Fiesta Diesel – kein Problem für uns. Na, und drittens ist Leasing heutzutage die beste Möglichkeit, ein neues Auto zu fahren. Weil Sie sich nur so lange festlegen, wie Sie wollen!

Rufen Sie einfach mal an. Wir erzählen Ihnen gern noch viel mehr.

Hansa Automobil Leasing GmbH

Wir machen Ihr Unternehmen automobil.

Hansa Automobil Leasing GmbH · Beerenweg 5 · 2000 Hamburg 50
Telefon 040/8530602 · Telex 02/12138

ARBEITSMARKT

## Qualifizierungsoffensive gegen Arbeitslosigkeit

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Eine Qualifizierungsoffensive für unausgebildete Arbeitslose, unterstützt durch ein flexibleres Arbeitsrecht, muß im Vordergrund der Bemühungen um eine Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt stehen. In diesem Sinn appellierte F. Wilhelm Christians, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, an die Konsensbereitschaft der Sozialpartner beim heutigen Kanzlergespräch.

Arbeitsmarktpolitisch sei eine Finanzierung von Ausbildungsmaßnahmen aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung wirkungsvoller als eine Beitragssenkung. Der Bankier bezeichnete eine Senkung der Arbeits- und Kapitalkosten als Voraussetzung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und warnte zugleich davor, die Unternehmen in die Rolle von „Beschäftigungsanstalten" zu drängen.

Die Unternehmen forderte Christians auf, die ungewöhnlich günstige Konstellation an den Kapitalmärkten zu einer Konsolidierung der Bilanzen zu nutzen. Kleinere und mittlere Firmen hätten das wegen ihres oft dürftigen Eigenkapitals, das Ursache vieler Zusammenbrüche sei, am dringendsten nötig, damit sie den nächsten Abschwung überstehen können.

Die bisherigen Erfolge bei der Mobilisierung von Eigenkapital über die Börse könnten nur ein Anfang sein, der allerdings ermutige, sagte Christians, Aufsichtsratsvorsitzender der DWS Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen, anläßlich der Verleihung des DWS-Pressepreises an die Wirtschaftsjournalisten Erich Erlenbach (FAZ), Bruno Hidding (Börsen-Zeitung) und Manfred Schumacher (Capital).

UNCTAD / Industrie- und Entwicklungsländer sollten ihre Politik abstimmen

## Aufschwung nützte Dritter Welt kaum

KAREN SÖHLER, Bonn

Die Wirtschaft hat sich global ohne Zweifel erholt; aber gravierende Probleme behindern den positiven Trend. Denn der Aufschwung ist an vielen Entwicklungsländern vorbeigegangen. Weder in den Ländern Schwarzafrikas noch in der westasiatischen Region wachsen die Volkswirtschaften. Hier steigen die Exporte nicht; dafür plagen hohe Inflationsraten. In den Staaten Lateinamerikas sind die Ausfuhren zwar gestiegen; die Kapitalzuflüsse hingegen sind stark zurückgegangen.

Diese ungleiche Entwicklung der einzelnen Wirtschaften birgt eine große Gefahr, erklärt die Welthandels- und Entwicklungskonferenz (Unctad) in ihrem Jahresbericht 1985. Der Boom in den USA habe im Grunde nur Entwicklungsländern genutzt, die schon fertige Produkte exportieren und nicht mit einer hohen Auslandsverschuldung kämpfen.

Zu dieser Gruppe zählen vor allem die Staaten Südostasiens. Sie blicken auf eine durchschnittliche Wachstumsrate von 5,6 Prozent. Lateinamerikanische Staaten, die ebenfalls schon eine relativ breite Ausfuhrpalette bieten, mußten die gesteigerten Exporterlöse hingegen verwenden, um wenigstens zum Teil Zins- und Tilgungszahlungen zu begleichen. Die Ausfuhrsteigerung führte also weder zu steigenden Importen, noch zu einer Belebung der Inlandsnachfrage in den einzelnen Ländern.

Entwicklungsländer, die auf Rohstoffexporte angewiesen sind, hätten bislang nichts oder nur wenig von einer wirtschaftlichen Erholung gespürt. Denn entgegen früheren Jahren verharrten die Rohstoffpreise auf einem niedrigen Niveau. Ohne höhere Exporterlöse müssen diese Länder jedoch auf eine Importsteigerung verzichten. Damit tragen sie ebenfalls nicht zu einer steigenden Nachfrage auf dem Weltmärkten bei. Die Industrieländer müssen aber daran interessiert sein, neue Märkte zu erobern – für die eigenen Exporte. Daraus ziehen die Unctad-Experten den Schluß, daß die Industrieländer eine Politik verfolgen müssen, bei der die Bedürfnisse der Entwicklungsländer stark berücksichtigt werden.

Der Unctad schwebt eine internationale Strategie vor. Ergebnis müßte sein, daß die Rohstoffpreise steigen, die Exportüberschüsse in den Entwicklungsländern zunehmen. Als Nachfrager sollten die USA an Bedeutung verlieren, Europa und Japan dagegen Einfluß gewinnen. Die Zinssätze sollten sinken, die Investitionen der Industrieländer in der Dritten Welt steigen; die internationalen Geschäftsbanken müßten wieder mehr Kapital für die Entwicklungsländer – auch für die hochverschuldeten – zur Verfügung stellen.

BRZ-BANK

## Große Probleme mit Bauträgern

DW. München

Einen Wertberichtigungsbedarf, der extern auf deutlich mehr als 100 Mill. DM geschätzt wird, hat sich die Bayerische Raiffeisen-Zentralbank AG, München, mit der Finanzierung von Bauherrenmodellen eingebrockt. Die Bank, die sich bereits im Jahresabschluß 1983 und vor allem 1984 mit einer nicht unbeträchtlichen Risikovorsorge auf die Krise am Baumarkt eingestellt hat, gibt sich zuversichtlich, die sich auftuenden Verlustlöcher aus eigener Kraft und aus dem Ergebnis dieses Jahres stopfen zu können.

Die bayerischen Raiffeisenbanken, die Aktionäre der mit 521 Mill. DM Eigenmitteln ausgestatteten und mit einer Bilanzsumme von 18,3 Mrd. DM (per Ende 1984) arbeitenden BRZ müssen allerdings damit rechnen, daß der zuletzt zusätzlich zur achtprozentigen Dividende gezahlte vierprozentige Bonus wegfällt.

Größter Problemfall der BRZ, die nach eigener Aussage nicht unbedeutend im Bauträgergeschäft engagiert ist – man spricht von über 100 Firmen unterschiedlichster Größenordnung im Raum München – ist die Bauherren- und Erwerbermodell-Konzeptionsgesellschaft BVG Beratungs- und Vermittlungsgesellschaft mbH, München, die im Juli Konkurs angemeldet hat, über dessen Eröffnung aber noch nicht entschieden wurde. Das Unternehmen gehört zu der als eine der größten der Branche angesehenen Firmengruppe von Bernd J. Hirsekorn, der nach Berichten des Branchendienstes „Kapitalmarkt intern" vor zehn Jahren schon einmal mit einer Abschreibungsgesellschaft eine Pleite hingelegt hat.

Nach eigenem Eingeständnis hat die BRZ weitere notleidende Kunden im Bauträgergeschäft; der Vorstand hofft allerdings, die Situation im Griff zu haben und nicht noch weitere größere Überraschungen erleben zu müssen. Zur Zeit muß die Bank verschiedenen Bauträgerkunden zusätzliche Kredite geben, um ihnen über Liquiditätsengpässe hinwegzuhelfen.

Im Sommer hatte die Zentralbank bereits personelle Konsequenzen gezogen. Der zuständige Abteilungsleiter Siegbert Kraus, der als zu risikofreudig galt, schied „in gegenseitigem Einvernehmen" aus der BRZ aus, und ein anderer Mitarbeiter wurde versetzt.

POSSEHL-GRUPPE / Hüttenwerke Kayser und Elektroniksparte gut entwickelt – Konsolidierung wird fortgesetzt

# Bauflaute beeinträchtigt das Handelsgeschäft

JAN BRECH, Lübeck

Die Entwicklung in den drei großen Sparten der weitgefächerten Lübecker Possehl-Gruppe verläuft auch in diesem Jahr sehr unterschiedlich. An dem Wachstum von gut sieben Prozent im ersten Halbjahr ist der Bereich Produktion mit einem Plus von 18 Prozent beteiligt, während im Handel ein Minus von vier Prozent entstand. Vor allem der Stahlhandel und der Sanitär- und Heizungsgroßhandel erwischten in den ersten Monaten dieses Jahres einen „Kaltstart". Nahezu unverändert blieb der Umsatz im Dienstleistungssektor.

Beim Betriebsergebnis erwartet der Vorstandsvorsitzende Dietrich Schulz eine leichte Verbesserung gegenüber dem Jahr 1984. Von dem Niveau guter Ertragsjahre bleibt Possehl aber immer noch weit entfernt. Vor dem Hintergrund anhaltender Probleme in der Bauwirtschaft und nach wie vor erheblichen Konsolidierungsbedarfs in der Gruppe werde Possehl bei der Politik bleiben, vorrangig die Substanz der Gruppe anzureichern. Wie das Unternehmensergebnis zum Jahresende aussehen könnte, läßt Schulz angesichts erheblicher außerordentlicher Einflüsse noch offen. So muß Possehl rund 30 Mill. DM Preissteigerungsrücklagen auflösen und es stehen Einmalaufwendungen ins Haus, deren Höhe noch nicht abzuschätzen sind.

Die betreffen in erster Linie den Bereich Sanitär- und Heizungsgroßhandel, der rund 300 Mill. DM zum Gruppenumsatz beisteuert und in dem etwa 900 Mitarbeiter beschäftigt sind. Die Krise in der Bauwirtschaft, der sich verstärkende Trend zu Eigenleistungen der Bauherren sowie die Schwarzarbeit haben diesen Handelsbereich an einen Punkt gebracht, der, so Schulz, sofortiges und konsequentes Handeln verlangt. Vorgesehen ist eine starke Straffung der Großhandlungen, deren regionale Zentralisierung sowie eine Konzentration auf rentable Bereiche. Ohne konkrete Angaben zu machen, erklärt Schulz, daß die Maßnahmen nicht ohne Einfluß auch auf die Zahl der Mitarbeiter bleiben könnten.

Mit roten Zahlen hat der Sanitär- und Heizungsgroßhandel bereits den Abschluß für 1984 belastet. Das Ergebnis sei dennoch einigermaßen zufriedenstellend. Nach Bildung von Reserven im höchstzulässigen Maße weist Possehl einen Überschuß von knapp 4 Mill. DM aus, von dem 1,5 Mill. DM an die Possehl-Stiftung ausgeschüttet werden.

Ein sehr gutes Jahr hatte nach Angaben von Schulz der Produktionsbereich, dessen Umsatzanteil auf 52 Prozent stieg. Im Mittelpunkt steht unverändert die Hüttenwerke Kayser AG, die bei 824 Mill. DM Umsatz 4,7 Mill. DM Gewinn abführte. Positiv bewertet Schulz zudem die Entwicklung in der Sparte Elektronik, die durch Zukauf von Spezialunternehmen ausgebaut werden soll.

Im Handelsbereich litt neben dem Sanitär- und Heizungsgroßhandel der inländische Stahlhandel noch unter der Strukturkrise. Er arbeite aber, wie Schulz betont, mit Gewinn und von 15 Firmen gebe es allenfalls bei zwei Gesellschaften Sanierungsbedarf. Aus dem Schneider ist ferner die Nordstahl GmbH, die ihr kostspieliges Engagement in Nigeria beendet hat und ausgeglichen abschloß.

Erfolgreich verlief die Entwicklung im internationalen Handel, vor allem bei der Possehl Erzkontor GmbH und der Possehl (HK) Ltd., Hongkong. Diese Gesellschaft hat wesentlich zu den Beteiligungserträgen von insgesamt 7,8 Mill. DM beigesteuert. Unter den Possehl-Beteiligungen glänzten außerdem die Deutsche Fibrit GmbH sowie die Süd-Chemie AG, München.

Die Schwachpunkte im Handel sowie die dominierende Rolle der Hüttenwerke Kayser seien die entscheidenden Faktoren, die die Gruppe auch künftig beeinflussen werde, erklärt Schulz. Possehl werde fortfahren, die noch immer zersplitterte Gruppe weiter zu konsolidieren.

| Possehl | 1984 | ±% |
|---|---|---|
| Gruppenumsatz (Mill. DM) | 2 356 | + 9,5 |
| Konsol. Umsatz | 1 944 | + 6,7 |
| dav. Produktion | 1 007 | + 3,7 |
| Handel | 898 | + 10,4 |
| Dienstleist. | 39 | + 5,4 |
| Belegschaft | 4 391 | + 0,8 |
| Jahresüberschuß | 3,9 | - 11,4 |
| Investitionen | 37 | + 2,8 |
| Abschreibungen | 27 | - 10,0 |
| Eigenkapital | 168 | + 0,9 |
| in % der Bil.-Summe | 20,3 | (21,5) |

RWE / Dividende wird „voraussichtlich" gehalten

# Hohe Umwelt-Investitionen

HANS BAUMANN, Essen

Der Investitionsstau ist enthemmt. Beim Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk, Essen, wurden im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) mit 2,1 Mrd. DM 13,3 Prozent mehr eingesetzt als im Jahr zuvor. Für das laufende Jahr sehen die Planungen wegen des hohen Aufwandes für den Umweltschutz sogar Investitionen von 3,8 Mrd. DM vor.

Wie der Finanzchef des Hauses, Friedhelm Gieske, schon auf der HV im Februar ankündigte, wird sich die Finanzierungs- und Kostensituation des RWE deutlich anspannen. Dennoch soll die Vorjahresdividende von 16 Prozent auf 2,25 Mrd. DM Aktienkapital gehalten werden, heißt es jetzt auch in einem Beiblatt zur Hauszeitschrift „RWE-Verbund".

Die nutzbare Stromabgabe stieg im Berichtsjahr um 3,5 Prozent auf 126 Mrd. kWh. Drei Viertel des Stromaufkommens stammen aus Stein- und Braunkohle. Die Kernenergie steuerte 20 (13,5) Prozent bei. Überproportional stieg der Umsatz des RWE um 6 Prozent auf 15 Mrd. DM und der des Konzerns um 6,1 Prozent auf 28,4 Mrd. DM.

Vom Außenumsatz entfielen 53 Prozent auf das Stromgeschäft. Die Rheinischen Braunkohlenwerke AG (Rheinbraun) förderten 1984/85 insgesamt 117 Mill. Tonnen Rohbraunkohle. Hiervon wurden 99 Mill. Tonnen in den RWE-Kraftwerken und 18 Mill. Tonnen vorwiegend für die Herstellung von Briketts und Braunkohlenstaub eingesetzt.

Bei der Union Rheinische Braunkohlen Kraftstoff AG, Wesseling, wurde auch im Berichtsjahr kein positives Ergebnis erzielt. Verlustquelle war wiederum das Mineralölgeschäft, während sich im Bereich Chemie eine leichte Besserung ergab. Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen verlaufen bei UK Wesseling planmäßig. Wie die Verwaltung verkündete, wird Wesseling weiter im Mineralölgeschäft verbleiben. Eine spürbare Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von UK Wesseling wird Mitte 1986 erwartet, wenn die vorgesehenen Investitionen von 430 Mill. DM greifen. Erneut positiv war im Berichtsjahr die Absatz- und Umsatzentwicklung im Anlagen- und Maschinenbau des RWE-Konzerns.

Die Umweltschutzmaßnahmen werden nach Auskunft der Verwaltung „zügig" abgewickelt. Die Rauchgasentschwefelung wird einen Investitionsbedarf von rund 6,4 Mrd. DM erfordern. Bis Ende des jetzt laufenden Geschäftsjahres werden bereits 3 Mrd. DM ausgegeben worden sein.

Anzeige

Sichere Orientierung kann man abonnieren.

Bitte:

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte liefern Sie mir vom nächsterreichbaren Termin an bis auf weiteres

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

zum monatlichen Bezugspreis von DM 26,50 (Ausland 35,–, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Vorname/Name: ______

Straße/Nr.: ______

PLZ/Ort: ______

Beruf: ______

Vorw./Tel.: ______

Datum: ______

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift ______

01-033

Sie haben das Recht, eine Abonnementsbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

CHINA / Japanische Lieferungen im ersten Halbjahr um über 100 Prozent gestiegen

# Tokio versucht Importe zu bremsen

HELMUT RÄTHER, Tokio

In den Lagerhäusern der großen chinesischen Häfen, vor allem in Shanghai und Dalian, warten gegenwärtig rund eine Million japanische Farbfernseher auf die Zollabfertigung; weitere 300 000, die von Hongkong aus in die Volksrepublik transportiert werden sollen.

Diese Nachricht aus der Wirtschaftszeitung „Nihon Keizai Shimbun" zeigt die Probleme, vor denen die japanischen China-Händler angesichts der von Peking verfügten Restriktionen gegen Haushaltselektronik stehen. Sie zeigt aber auch den ungeminderten Exportdrang der Japaner, der zu einem in dieser Form noch nicht erreichten „China-Boom" geführt hat.

Im ersten Halbjahr 1985 erreichten die japanischen Lieferungen in die Volksrepublik nach der Zollabfertigungsstatistik einen Wert von knapp sechs Milliarden US-Dollar – 107,8 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Dabei hatten die jährlichen Steigerungsraten in den beiden Vorjahren schon bei 46,9 beziehungsweise 39,9 Prozent gelegen.

In der Gegenrichtung erreichte der Güterstrom dagegen im ersten Halbjahr nur eine Steigerungsrate um sieben Prozent und einen Wert von 3,16 Milliarden Dollar. Das chinesische Defizit in diesem Zeitraum war mit 2,84 Milliarden Dollar mehr als doppelt so groß wie 1984.

Die Chinesen haben Japan in jüngster Zeit mehrfach dringend gebeten, mit einer Steigerung der Importe für einen Ausgleich zu sorgen. Aber das ist in Tokio auf deutliche Zurückhaltung gestoßen: Die Einfuhren von Erdöl und Kohle aus China, die fast die Hälfte des Gesamtwerts ausmachen, wurden in den letzten Jahren weitgehend stabil gehalten, und die japanische Regierung hat auch mehrfach betont, daß das aus energiepolitischen Gründen so bleiben soll.

„Es dürfte schwierig sein, kurzfristig zu einem Ausgleich zu kommen, solange Chinas enormer Import-Appetit unkontrolliert bleibt", sagt Koichi Yamaura, einer der höchsten zuständigen Beamten im japanischen Ministerium für Internationalen Handel und Industrie. Er zeigt auch, daß die Japaner chinesischen Export-Erfolgen auf anderen Gebieten kritisch gegenüberstehen: Die Textillieferungen aus der Volksrepublik stiegen von 551 Millionen Dollar 1981 auf einen Wert von 888 Millionen Dollar 1984 und „trafen Japans heimische Industrie empfindlich", wie es Yamaura ausdrückt.

Im Tokioter Außenhandelsministerium hat man für die chinesischen Importrestriktionen bei Haushaltsgeräten, die vor allem wegen der Devisenprobleme verfügt wurden, noch Verständnis. Der ständig steigende Bedarf für Stahl und Industriemaschinen aus Japan werde schon für einen Ausgleich sorgen, meint man dort – solange die gegenwärtige Politik der forcierten Wirtschaftsentwicklung beibehalten werde. (dpa/VWD)

## Spanien reduziert Stahlproduktion

VWD, Brüssel

Spanien muß innerhalb von drei Jahren seine Stahlindustrie umstrukturieren. Der Expansionskurs kann nicht aufrechterhalten werden. Der Sektor muß in das EG-Quotensystem eingebettet werden. In dem entsprechenden Protokoll zum EG-Beitrittsvertrag wird festgehalten, daß die gesamte Kapazität der spanischen Eisen- und Stahlindustrie für warmgewalzte EGKS-Produkte 1989 18 Mill. Tonnen nicht überschreiten soll – also ein Stillstand.

Sofort nach dem Beitritt werden die Kommission und die spanische Regierung gemeinsam untersuchen, wieweit die von der spanischen Regierung angenommenen und der Kommission am 24. 7. und 1. 8. 84 übermittelten Sanierungspläne verwirklicht sind und, ob die von diesen Plänen betroffenen Eisen- und Stahlunternehmen lebensfähig sind. Im Beitrittsvertrag wird der EG-Kommission ausdrücklich das Recht eingeräumt, unmittelbar nach Ablauf des ersten Jahres des Beitritts Ergänzungen vorzuschlagen, um die Lebensfähigkeit der spanischen Unternehmen zu garantieren. Nach dem Beitritt sollen grundsätzlich keine Beihilfen mehr gewährt werden. Spätestens drei Jahre nach dem Beitritt soll jede Subvention entfallen.

Eventuelle vorübergehende Unterstützungsmaßnahmen, die dennoch beim Beginn der dreijährigen Übergangszeit gewährt werden, sollen in Brüssel notifiziert werden. Gleichzeitig wird sichergestellt, daß die spanischen Lieferungen in die übrige Gemeinschaft unter Kontrolle bleiben.

Im Hinblick auf die Liberalisierung des Binnenhandels soll der Lieferplafond anschließend als Mindestmenge gelten. Bei der Lockerung werden Fortschritte der spanischen Umstrukturierung berücksichtigt.

FRANKREICH / Zinsen für Einlagen sind gesunken

# Spartätigkeit läßt nach

J. Sch. Paris

Seit zwei Jahren läßt in Frankreich die private Spartätigkeit nach – eine Folge der Austerity-Politik und der rückläufigen Zinsen. Darunter haben vor allem die Sparkassen zu leiden. Sie verbuchten im ersten Halbjahr 1985 Nettoabgänge von 8,1 Milliarden Franc gegenüber noch einem Zuwachs von 5,7 Milliarden Franc in der gleichen Vorjahreszeit. Bei den liquiden Spareinlagen kam es allein im zweiten Quartal zu einem Verlust von 7,02 Milliarden Franc. Inzwischen werden A-Sparbücher mit nur noch 6 Prozent (steuerfrei) verzinst (Inflationsrate: 6,4 Prozent).

Andererseits kaufen die Franzosen mehr Obligationen (Rendite zur Zeit 12 Prozent) und Aktien, und zwar vor allem in der Form von Investmentzertifikaten (Sicav). Die Unternehmen legen ihre stark gestiegenen liquiden Mittel in den auf kurzfristige Anlagen spezialisierten Fonds an. Deren Kapital stieg allein im Juli um 12 auf 200 Milliarden Franc. Das waren 50 Prozent mehr als vor einem Jahr.

Daraufhin hat jetzt das Finanzministerium diesen Fonds zur Auflage gemacht, zehn Prozent ihrer Mittel als Barreserve zu unterhalten. Dadurch soll der Gefahr vorgebeugt werden, daß es bei einer Neuorientierung der Anlagepolitik der Unternehmen am Pariser Finanzmarkt zu Schwierigkeiten kommt. Paris hat sich diese Flucht in die Sicav-Werte selbst zuzuschreiben; sie untersagte den Banken, kurzfristige Termineinlagen der Unternehmen von mehr als 100 000 Franc frei zu verzinsen.

DAS IST NIKON.

In der Terminologie der Ökonomie bedeutet der Begriff "MANAGEMENT BY OBJECTIVES" das Erreichen von Zielen durch klar definierte Vorgaben. Nur durch systematische, objektive Forschung können solche Ziele eindeutig formuliert und in Markterfolge umgesetzt werden.
Für NIKON liegt die mehrfache Bedeutung des Wortes OBJEKTIV nicht nur in der Herausforderung für Management und Forschung, sondern auch in der Fähigkeit, OBJEKTIVE von einmaliger Qualität herzustellen.
Der tatsächliche Nutzen, den NIKON-Technologie jedem Anwender bietet, muß für ihn auch in jedem NIKON-Produkt objektiv sichtbar werden.

Mit dem Sichtbaren zu erfreuen und das Unsichtbare sichtbar zu machen, dabei den Faktor Licht einzusetzen, um den Menschen neue Erkenntnisse zu verschaffen, sei es in der Welt der Moleküle oder in der Welt der Sterne – Information in Kommunikation zu verwandeln – das ist die Aufgabe von NIKON. Immer wieder werden neue Wege beschritten im Bereich optischer, fotografischer und opto-elektronischer Produkte, Erzeugnisse, die Profis überzeugen und Amateure begeistern. NIKON-Kameras sind zuverlässige Begleiter bei Weltraum-Unternehmen, in der Tiefsee-Forschung und bei extremsten Bedingungen auf allen Breitengraden dieser Erde. – Einmalige unwiederholbare Momente werden fotografisch dokumentiert und festgehalten.

NIKON-Ferngläser sind beliebt bei Natur- und Kulturfreunden. NIKON-Theodoliten messen Winkel sekundengenau. NIKON-Autorefraktometer sind als Prüfgerät mit voller Mikrocomputersteuerung bei Augenärzten eine Selbstverständlichkeit. NIKON-Teleskope finden ihre Anwendung in Observatorien. NIKON-Mikroskope machen in Laboratorien kleinste Elemente sichtbar. Megachip, Laserfunktion, Elektronenstrahl und Mechatronik sind Begriffe, in denen heute bei NIKON gedacht wird.
Weit über das Jahr 2000 hinaus.

WE KNOW HOW.




Nikon GmbH · Tiefenbroicher Weg 25 · 4000 Düsseldorf 30 · Telefon (0211) 41570

## NAMEN

**Hans H. Hanebeck**, Personaldirektor der König-Brauerei KG, Duisburg, vollendet am 6. September 1985 das 60. Lebensjahr.

Dr. **Bodo Risch** (32) ist zum stellvertretenden Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Münster ernannt worden.

Dr. **Dietrich Ernst**, Generalbevollmächtigter Direktor der Siemens AG, wird am 6. September 60 Jahre.

**Konrad Wiederholz** (42) ist in die Geschäftsleitung des Heinrich Bauer Verlages, Hamburg, berufen worden.

## KONKURSE

**Konkurs eröffnet: Bielefeld:** H. L. S. GmbH u. Co. Anlagen- u. Apparatebau KG; **Friedberg (Hessen):** Brigitte Kiese, Gesellschafterin d. Fa. Schneider u. Kiese GbR, Bauunternehmen, Bad Nauheim; **Kassel:** Aufzug- u. Kranbau Beck & Henkel KG Kassel, Lohfelden 1; **Köln:** Nachl. d. Ruth Helene Emilie Leschinski; **München:** Ralf Louisoder, Kaufm.; **Neuss:** Nachl. d. Wilhelm Meuser, Korschenbroich 5 (Liedberg); **Rendsburg:** Meisner Feuerschutz GmbH & Co. KG; Meisner Feuerschutz GmbH; **Villingen-Schwenningen:** Veranstaltungskalender Verlags GmbH; **Winsen/Luhe:** Peter Baldia, Stelle-Ashausen; **Wuppertal:** Hans-Berthold Moll, Kraftfahrzeugmeister, Erkrath.

**Anschluß-Konkurs eröffnet: Vechta:** Norddeutsche Gardinenfabrik Rudolf Enders GmbH, Lohne.

**Vergleich beantragt: Friedberg (Hessen):** Wolfgang Schneider Gesellschafter der Fa. Schneider u. Kiese GbR, Bauuntenehmen, Bad Nauheim; **Königstein/Ts.:** Wafaee Groß- u. Einzelhandel, Bad Soden/Taunus; **München:** Sundei-Sportgerätefabrik GmbH, Dorfen/Obb.; **Pforzheim:** Fabrikant Friedemann Becker, Eisingen; Kaufmann Ulrich Becker, Eisingen; Liquidationsvergleich ü. Fa. Friedemann Becker, Schmuckfabrikation, Eisingen.

ZUCKER / Die Vorschläge der EG-Kommission zur Marktpolitik stoßen auf Kritik

# Streit um höhere Produktionsabgaben

dpa/VWD, Brüssel

In einer Woche beginnt die große Auseinandersetzung um die neue Zuckermarktpolitik der Europäischen Gemeinschaft. Am 9. September nimmt der EG-Sonderausschuß für Landwirtschaft seine Beratungen auf. Am 12. September wird sich die Arbeitsgruppe Zucker des Ministerrates mit den Kommissionsvorschlägen quälen. Dann kann der Rat am 16. und 17. September das Thema vorsichtig angehen.

EG-Vizepräsident Frans Andriessen wird es, wie schon so oft seit seiner Amtsübernahme im Januar, nicht leicht haben, seine Vorschläge zu verfechten. Schon jetzt ist klar: Die geplante Beibehaltung der Produktionsquoten wird von Zuckerindustrie und Rübenbauern begrüßt, die von der Kommission verlangte starke Anhebung der Produktionsabgaben dagegen abgelehnt. Die Haltung der Mitgliedsregierungen werde nun davon abhängen, in welchem Maße sie von der Zuckerlobby ihres jeweiligen Landes beeinflußt werden, heißt es in der Kommission.

Bei rund 47 Prozent Überproduktion in der EG ist eigentlich jede dritte Rübe überflüssig. Diese rein mathematische Rechnung wird nur wenig von den wetterbedingten Produktionsschwankungen tangiert. Um schätzungsweise 20 Prozent schwankt jährlich der Zuckerertrag je Hektar. Nach dem Aufruf zur Anbaureduzierung wird in Europa 1985/86 nach jüngsten Schätzungen etwa vier Prozent weniger Zucker aufkommen. Das ist für die EG, deren Brüsseler Kasse den Export finanziert, immer noch zu viel, ganz zu schweigen von den anderen Zuckererzeugern der Welt, die die Exporterstattungen der EG für Zucker prinzipiell nicht schätzen. Australische Regierungsvertreter werden dies Andriessen Anfang September bei seinem Besuch in Canberra vorhalten.

Dabei ist das, was am Weltmarkt geschieht, nach Überzeugung Brüsseler Zuckerexperten völlig irrational. Wenn aufgrund eines unerwartet großen EG-Verkaufs oder einer relativ hohen Erstattung die Weltmarktnotierungen schlagartig sacken, könne man sicher sein, daß sie sich kurz darauf wieder erholten. „Der Markt tut immer so, als träfen unsere Zuschläge ihn am gleichen Tag", hieß es in Brüssel. Dabei würden sie über Monate abgewickelt, und das einigermaßen gleichbleibende Mengenschema der wöchentlich freigegebenen EG-Exporte müßte den Markt eigentlich beruhigen.

Gemessen am Weltzuckeraufkommen (zwischen 95 und 100 Mill. Tonnen) ist die Gemeinschaft mit ihren rund 13 Mill. Tonnen Rübenzucker tatsächlich nicht so bedeutend.

Die Bundesrepublik erzeugt mit etwa neun Fabriken über drei Millionen Tonnen. Gut fünf Prozent der Agrarfläche sind mit Zuckerrüben bestückt. 414,7 Doppelzentner werden je Hektar eingefahren; 1950/54 waren es weniger als drei Prozent der Fläche und 345,5 Doppelzentner je Hektar.

Solch rasche Produktionssteigerung bei gleichzeitigem Vordringen alternativer Süßmittel und relativ sinkendem Verbrauch muß die Preise drücken. Doch dagegen hat die EG ihr Preisschema, nicht aber der Weltmarkt. Daher der Vorschlag, die Produktionsabgabe so zu erhöhen, daß die notwendigen Ausfuhren finanzierbar bleiben.

Dies könnte dazu führen, daß sich die Zuckererzeugung in einigen Regionen nicht mehr lohnt. Die Kommission ist sich dabei durchaus darüber im klaren, daß dies die kleinen Rübenbauern treffen würde, die in Norddeutschland an den Fabriken beteiligt sind.

STAHLWERKE PEINE-SALZGITTER

## Ergebnis erneut verbessert

D. SCHMIDT, Salzgitter

Bei der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG (P+S) hielt die vergleichsweise günstige Entwicklung im dritten Quartal des Geschäftsjahres 1984/85 (30. 9.) an. Wie der Vorstand in der Mitarbeiterzeitung schreibt, ist im Berichtszeitraum nicht nur ein erneut positives Ergebnis erwirtschaftet worden; gegenüber dem Vorquartal sei zugleich eine weitere Verbesserung eigetreten. Die positive Ergebnisentwicklung sei im wesentlichen auf die erzielten Forschritte bei der Realisierung des Umstrukturierungskonzeptes, aber auch auf höhere Durchschnittserlöse zurückzuführen. P+S hatte für 1983/84 noch einen Verlust von 144 Mill. DM ausgewiesen bei einem nahezu ausgeglichenen Betriebsergebnis.

Um 0,8 Prozent auf 878 000 Tonnen zugenommen hat im Berichtsquartal der Walzstahlabsatz. Unveränderten Profilstahllieferungen standen Zuwächse bei Flachstahl, vor allem auf dem Inlandsmarkt, gegenüber. Der Walzstahlumsatz, so heißt es, konnte sowohl mengen- wie auch preisbedingt erhöht werden.

Leicht verringert, nämlich um 0,4 Prozent auf 990 000 Tonnen, hat sich gegenüber dem Vorquartal die Rohstahlproduktion. Der Stranggußanteil erreichte wieder 83 Prozent. Die Walzstahlerzeugung nahm geringfügig auf 875 000 Tonnen zu; leichte Steigerungen gab es bei Halbzeug und Flachstahl. Der Abbau der Belegschaft setzte sich fort: Ende Juni waren 11 258 (minus 220) Mitarbeiter beschäftigt.

Bei den P+S-Tochtergesellschaften verlief die Entwicklung unterschiedlich. Die Salmax Gesellschaft für oberflächenveredelte Feinbleche mbH hielt die Produktion auf hohem Niveau und erzielte im Gegensatz zum Vorquartal einen Gewinn. Die Salzgitter Stahl GmbH, Düsseldorf, profitierte von dem weiter gestiegenen Gesamtabsatz sowohl im Inland als auch im Export und erzielte einen höheren Quartalsgewinn.

Dagegen mußte die Deumu Deutsche Erz- und Metall-Union GmbH, Hannover, infolge eingeengter Handelsspannen einen niedrigeren Überschuß hinnehmen.

AGFA-GEVAERT / Fotogruppe will im Amateurgeschäft Terrain zurückgewinnen

## Wachstum mit Umsatz und Rendite

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Zum blühenden Weltgeschäft des Chemiemultis Bayer AG, Leverkusen, trage man wieder in allen relevanten Daten ein Sechstel bei: Im Umsatz, in der Beschäftigtenzahl, in den Sachinvestitionen, im Forschungsaufwand – und nun endlich auch wieder beim Gewinn. Und die einzige „binationale Unternehmensehe", die in der EG beständig blieb, praktiziere man obendrein.

Solcher Stolz schwingt mit, wenn für die deutsch-belgische Agfa-Gevaert-Gruppe, Leverkusen/Mortsel, vor zwei Jahrzehnten aus der Quasi-Fusion von Bayers Agfa mit dem belgischen Gevaert-Konzern entstanden, nun der (belgische) Aufsichtsratsvorsitzende André Leysen und der (deutsche) Vorstandsvorsitzende Helmut Loehr die jüngsten Unternehmensdaten präsentieren:

Die noch 32 000 Beschäftigte zählende Gruppe werde ihren im letzten Jahr um 17 Prozent auf 7,02 Mrd. DM gesteigerten Weltumsatz 1985 mit zweistelliger Wachstumsrate auf mehr als 7,5 Mrd. DM steigern. Der 1984 auf 628 (221) Mill. DM verbesserte Gewinn vor Steuern werde wohl eine Umsatzmarge von zehn (neun) Prozent erreichen. Die im Vorjahr auf 376 (315) Mill. DM erhöhten Sachinvestitionen werden in dieser Größenordnung bleiben, der auf 399 (347) Mill. DM gestiegene Forschungsaufwand nun um weitere bis zu zehn Prozent wachsen.

Für die beiden Manager Anlaß zum Rückblick wie zum Ausblick. Der Rückblick nicht ohne Schaudern: Anderthalb Jahrzehnte krankte die Fusionsidee, dem auch im Weltmarkt viermal so großen amerikanischen Kodak-Konzern eine halbwegs aussichtsreiche „europäische Antwort" entgegenzusetzen, an schwer überwindbaren nationalen Eigensüchteleien einer 50:50-Partnerschaft. Der Kostenschock aus der von den Gebrüdern Hunt angezettelten Silberpreishausse, der die Agfa-Gevaert-Gruppe 1979 sogar in die roten Zahlen trieb, machte Bayer mit 400 Mill. DM Kapitaleinsatz ab 1980 zum Alleineigentümer der Gruppe.

Es folgte der nächste Schock mit Verzicht auf die notorisch verlustreiche, am deutschen Agfa-Teil hängende Kameraproduktion. Auch diese Remedur, die zumal mit Schließung des Münchner Kamerawerks (2500 Arbeitsplätze) bis zu 400 Mill. DM kostete, ist nun Vergangenheit. Der deutsche Agfa-Teil, der 1984 noch 90 (288) Mill. DM Verluste machte, soll 1985 zumindest wieder mit ausgeglichener Rechnung abschließen.

Und nicht nur das. In dem auf deutsche Aktivitäten konzentrierten „Amateurgeschäft" (vor allem Filme und Fotopapiere), das nur noch 26 (einst 50) Prozent vom Weltumsatz stellt, sieht sich die Gruppe nun stark genug, um die Rückeroberung alter Marktpositionen zu betreiben.

Dominierender Wachstumsfaktor der Gruppe freilich bleibt das beim Gevaert-Teil konzentrierte „Fachgeschäft" im weiten Spannungsbogen von grafischem Drucksystem (gut 40 Prozent des Weltumsatzes) über Röntgen- und Bürosysteme bis zum Kinofilm. Die stärksten Impulse kommen dabei offenbar von der seit 1981 zur Gruppe gehörenden US-Tochter Compugraphic, die 1984 bei 391 Mill. Dollar Umsatz eine Reingewinnmarge von 6,2 Prozent erzeilte.

THYSSEN / Alle Konzernbereiche arbeiten mit Gewinn

## Günstige Ertragsprognose

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Seine im Frühjahr gegebene Prognose vom Wiederbeginn der Dividendenzahlung mit „mindestens" 4 DM für die 220 000 Eigentümer des im Mai auf 1,57 (1,3) Mrd. DM erhöhten Aktienkapitals bekräftigt der Vorstand der Thyssen AG, Duisburg, im Bericht über die ersten drei Quartale von 1984/85 (30. 9.). Bei einem um knapp sechs Prozent auf 25,2 Mrd. DM gestiegenen Welt-Außenumsatz und Gewinnen in nun allen Unternehmensbereichen habe sich die Ertragslage gegenüber der (schon positiven) Vorjahreszeit weiter verbessert.

Die höchsten Steigerungsraten der (nicht konsolidierten) Bereichsumsätze erzielten Stahl und Edelstahl mit Plusraten von zwölf Prozent auf 8,42 Mrd. DM und von 13 Prozent auf 2,85 Mrd. DM. Dies jeweils aus höherem Absatz sowie „allmählicher" Preisaufbesserung. Vorsorglich erinnert der Vorstand zum weiterhin „deutlich positiven" Ergebnis des Stahlbereichs daran, daß wichtige stahlpolitische Fragen noch der Lösung harren. Das gelte vor allem für die EG-Subventionen und für die Details der ab Anfang 1986 geltenden Verlängerung der Krisenmaßnahmen auf dem europäischen Stahlmarkt.

Im Bereich „Investitionsgüter und Verarbeitung" (Gesamtumsatz-Steigerung von acht Prozent auf 7,52 Mrd. DM) habe die Essener Thyssen Industrie AG ihren Auftragseingang vor allem durch Mehrbestellungen in Maschinenbau und Umwelttechnik („aber auch für die Werft") um 33 Prozent gesteigert. Die große US-Tochter Budd (mit fast acht Prozent Dollar-Umsatzsteigerung) habe den Gewinn weiter gesteigert und den Bereich Container/Sattelauflieger verkauft.

Erwartungsgemäß mager blieb das Gesamtumsatzplus von zwei Prozent auf 13,29 Mrd. DM im Bereich Handel/Dienstleistungen, der Schwächen im heimischen Baumarkt und im internationalen Anlagengeschäft spürte, dies aber mit Wachstum in Stahlexport, Schrotthandel und Transport kompensieren konnte. Die Konzern-Belegschaftszahl sank in der Berichtszeit um vier Prozent auf 125 618 Mitarbeeiter.

1, 2, 3 AUTOSERVICE / Die Mutter muß noch helfen

## Strukturbereinigung hält an

INGE ADHAM, Frankfurt

Auf Wachstum schalten will die 1, 2, 3 Autoservice GmbH, Frankfurt. Bis 1988 sollen 19 Werkstätten zu den bisher 58 Kfz-Meisterbetrieben hinzukommen, die auf die Reparatur von Auspuff, Bremsen und Stoßdämpfern spezialisiert sind. Die überwiegend im Franchise-System betriebenen Werkstätten erzielten im vergangenen Jahr einen Umsatz von annähernd unverändert 23,4 Mill. DM; Ziel für 1988 sind 39 Mill. DM, wobei Wolfgang Hartung, General Manager des Unternehmens, in diesem Jahr noch nicht mit deutlichen Steigerungsraten rechnet, da die Strukturbereinigung im Werkstattnetz noch nicht ganz abgeschlossen sei.

So verfügt 1, 2, 3 heute noch im Gegensatz zum Franchise-Grundsatz über elf eigene Werkstätten. Folge einer ungesunden Expansion in der Anfangsphase, wie das heutige Management meint, die im Jahr 1981 zwar zum Umsatzhöchststand von knapp 32 Mill. DM in 103 Werkstätten sorgte, aber auch für einen negativen Cash-flow. 1, 2, 3 war 1975 unter der Ägide der deutschen ITT-Tochter gegründet worden, die sich 1981 von ihrem wenig erfolgreichen Engagement trennte, das heute zur amerikanischen IC-Industries Inc., Chicago, gehört, die weltweit 1885 Spezialwerkstätten in zehn Ländern betreibt und größter Franchise-Geber auf diesem Sektor ist.

Die Mutter muß derzeit der deutschen Tochter (mit einem bisher negativen Ergebnis) unter die Arme greifen, und tut das unter anderem mit einer Beteiligung an den Werbeaufwendungen, die überwiegend der Unterstützung des einzelnen Kfz-Betriebs vor Ort dienen. Grundsätzlich geht die Hälfte der Franchise-Gebühr (zehn Prozent vom Umsatz) in das Werbebudget, betont Hartung.

Der durchschnittliche Jahresumsatz der Franchise-Nehmer, die ihren Betrieb autonom führen, aber mit einer breiten Servicepalette unterstützt werden, wird mit 450.000 DM pro Jahr angegeben.

## UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

### Kaffee nach Bremen

**Minden** (hdt.) – Die Melitta-Werke, Minden, verlagern ihren Unternehmensbereich Kaffee-Deutschland (280 Mill. DM Umsatz) an den Standort Bremen. Hier sollen neben der seit 1966 zu Melitta gehörenden Kaffeerösterei Ronning in Zukunft auch Verwaltung, Einkauf, Marketing und der Vertrieb angesiedelt werden. Erwartet wird von der Konzentration eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Im Kaffeebreich beschäftigt Melitta gegenwärtig 335 seiner insgesamt fast 9600 Mitarbeiter. Der Gesamtumsatz des Unternehmens betrug im Jahre 1984 rund 1,9 Milliarden DM.

### Keramchemie kauft Beugin

**Düsseldorf** (J. G.) – Mit „kürzlicher" Übernahme des Industriebereichs der Beugin-Gruppe, Houdain/Frankreich, habe man die eigene „führende Stellung" im industriellen Korrosionsschutz und entsprechendem Anlagenbau auf dem EG-Markt gefestigt, verkündet die Keramchemie GmbH, Siershahn/Westerwald. Die Keramchemie, nach unlängst vollzogenem Ausstieg des Dortmunder Mischkonzerns Harpener AG mit ihren 30 Mill. DM Stammkapital eine Volltochter des Essener Chemieunternehmens Th. Goldschmidt AG, machte 1984 mit 1500 Mitarbeitern 200 Mill. DM Umsatz; der Beugin-Erwerb fügt dem 240 Personen mit 53 Mill. DM Umsatz hinzu.

### Michelin erhöht Kapital

**Paris** (J. Sch) – Der französische Reifenkonzern Michelin hat die Erhöhung seines überwiegend im Familienbesitz befindlichen Aktienkapitals von 497 Mill. um 120 Mill. F angekündigt. Der Emissionspreis soll so bemessen werden, daß der wieder aus den roten Zahlen geratenen Gesellschaft mehr als 1 Mrd. F zufließen. Zuletzt notierte die Michelin-Aktie von nominal 100 F mit 1200 F an der Pariser Börse.

### Geldhandel ausgeweitet

**Frankfurt** (cd.) – Die Landesbank Rheinland-Pfalz hat im ersten Halbjahr ein Teilbetriebsergebnis von 107 Mill. DM erzielt, das leicht über dem vergleichbaren Vorjahreswert liegt. Bei praktisch unveränderten Kundenforderungen (15,9 Mrd. DM) ließ die Ausweitung des Geldhandels und eine Wiederaufstockung des Rentenbestands die Bilanzsumme um rund eine Mrd. DM auf 30 Mrd. DM steigen. Die Landesbank hat ihre Beteiligung an der vor allem im innerdeutschen Handel aktiven deutschen Kredit- und Handelsbank AG, Berlin, durch Übernahme eines Anteils von der National Bank of Canada von 87 auf 94,9 Prozent erhöht.

### Kapitalschnitt bei Stotz

**Kornwestheim** (VWD) – Mit einem Kapitalschnitt will die A. Stotz AG Maschinenbau, Kornwestheim, die im Geschäftsjahr 1984 eingetretenen Verluste teilweise ausgleichen. Dazu soll das Grundkapital von 6,2 Mill. DM auf 4,03 Mill. DM herabgesetzt und anschließend durch Ausgabe neuer Aktien auf 8,2 Mill. DM erhöht werden. Über die Höhe der aufgelaufenen Verluste wurden keine Angaben gemacht.

## Monforts blüht im Maschinen-Boom

J. G. Düsseldorf

Aus vorangegangener Flaute ist die Maschinenfabrik A. Monforts GmbH & Co. KG, Mönchengladbach, 1984/85 (30. 6.) kräftig mit einer Umsatzsteigerung um reichlich 40 Prozent auf 180 Mill. DM herausgekommen. Das Unternehmen hat mit seinen drei Produktgruppen Textilmaschinen, Werkzeugmaschinen und Gießereiprodukte einen Exportanteil von insgesamt 60 Prozent. Für das laufende Jahr wird eine nochmals kräftige Umsatzsteigerung auf 220 Mill. DM erwartet.

Einen ärgerlichen Engpaß beim Nutzen des Booms im Maschinenbau, den man gleichermaßen der „guten" Investitionsgüterkonjunktur und eigenen Produktinnovationen zuschreibt, sieht die Firmenleitung derzeit im Fachkräftemangel. Die in der Flaute erheblich reduzierte Belegschaft wurde zwar 1984/85 um sechs Prozent auf 1100 Leute aufgestockt. Doch nun sei fraglich, ob man die für 1985/86 erforderliche weitere Personalverstärkung um vier Prozent realisieren könne.

## Hongkong setzt auf mehr Qualität

dpa/VWD, Berlin

Hongkong will seinen Ruf als „billigen Jakob" auf dem Elektronikmarkt durch den Übergang zu höherwertigeren Produkten loswerden und damit den Wettbewerb mit den billiger produzierenden Nachbarländern bestehen, erklärte Ronald Wolter vom Hong Kong Trade Development Council anläßlich der Internationalen Funkausstellung in Berlin. Hongkongs Elektronikexport betrug 1984 rund 3,91 Mrd. US-Dollar. Davon entfielen 2,37 Mrd. auf Gebrauchsgüter und 1,55 Mrd. auf Klein- und Zubehörteile. Dies waren im Vergleich zum Vorjahr 28,9 beziehungsweise 73 Prozent Zuwachs.

Die größten Steigerungen entfielen auf hochwertigere Produktgruppen, wie Mikrocomputer, Farbfernseher, integrierte Schaltkreise und Computerteile. Computer nahmen mit einer Exportsteigerung von 136 Prozent die Spitzengruppe ein. Hongkong ist nach der Bundesrepublik, Japan und Taiwan der viertgrößte Anbieter in Berlin und mit insgesamt 18 Firmen und Verbänden vertreten.

RANK XEROX®

Chance für jede Branche.
Das dezentrale Laser-Drucksystem Xerox 3700:

Dezentral drucken mit den Daten der zentralen



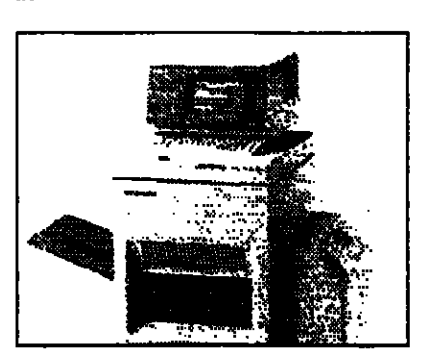

Druckausgabe am Arbeitsplatz ist vielerorts bereits realisiert. Dennoch bleiben oft noch viele Wünsche offen. Der Fortschritt heißt Xerox 3700. Mit seiner hochwertigen Laser-Technologie lassen sich auch Anwendungen realisieren, die mit herkömmlichen Druckern nicht abzuwickeln sind. Brillante Druckqualität, handliches Einzelblatt-Papier und umfangreiche Gestaltungsmöglichkeiten sind nur einige Merkmale, die dieses System auszeichnen.

Der Xerox 3700 ist ein dezentrales Laser-Drucksystem mit besten Verbindungen zur EDV. Sie haben bequem von Ihrem Arbeitsplatz Zugriff auf die zentral gespeicherten Daten – soweit es der Datenschutz erlaubt – und können diese sofort ausdrucken lassen. Und zwar genau dort, wo sie gebraucht werden.

Der Xerox 3700 druckt Texte (auch in lokal gespeicherte Formulare), grafische Symbole, Sonderzeichen bis hin zur Unterschrift.

Wahlweise auf A4 und auch A3. Mit 24 Drucken pro Minute (A4). Und dabei ist er so leise, daß er am Arbeitsplatz nicht einmal beim Telefonieren stört. Mit dem Xerox 3700 erhöht sich die Produktivität und Flexibilität erheblich. Vorgänge lassen sich direkter, schneller und einfacher abwickeln.

Damit bietet Rank Xerox jeder Branche die Chance, sich durch einen optimalen Service intern und extern zu profilieren. Kein Wunder: Rank Xerox ist weltweit der führende Hersteller von Laser-Drucksystemen. Und der Xerox 3700 ist ein weiterer erfolgreicher Schritt in die Zukunft.



*Rank Xerox*
*Geschäftsbereich Kommunikations-Systeme in*
*2000 Hamburg · Telefon: 040/29 18 41,*
*4630 Bochum · Telefon: 0 23 27/32 50,*
*5000 Köln · Telefon: 02 21/20 41 0,*
*6000 Frankfurt · Telefon: 069/6 05 70,*
*7000 Stuttgart · Telefon 07 11/7 15 20,*
*8000 München · Telefon: 089/14 99 51*

Team Xerox. Durch Qualität überzeugen.

## Kreditversicherung

**WR** – In diesem Jahr muß mit einem Rekord an Unternehmens-Pleiten gerechnet werden. Wieder wird die übergroße Mehrheit mangels Masse abgelehnt werden. Vergleichsverfahren haben kaum Aussicht auf Erfolg. Seit 1978 arbeitet eine Kommission in Bonn an einem Verfahren zur Bewältigung von Unternehmenskrisen. Eine umfassende Reform des Insolvenzrechts ist dringend nötig. Sie soll die Möglichkeit bieten, ein an sich lebensfähiges Unternehmen durch geeignete Maßnahmen wieder in die Ertragszone zu führen. Nach dem geplanten Insolvenzrecht entfällt die Aufgliederung in Vergleichs- und Konkursverfahren.

Neben Änderungen im Arbeits-, Sozial- und Anfechtungsrecht ist ein Schwerpunkt erkennbar. Obgleich die Banken, die mit Grundpfandrechten gesichert sind, weitgehend unbehelligt bleiben sollen, wird eine drastische Beschneidung der Mobiliarsicherheiten vorgenommen. Der Eigentumsvorbehalt in seiner jetzigen Form wird zerstört. Eine Gefährdung des Warenkredits – insbesondere für mittelständische Unternehmen – von Bedeutung wird klar.

Nach dem Willen der Kommission ist nur noch der Insolvenzverwalter zur Verwertung von besitzlosen Mobiliarsicherheiten berechtigt. Er kann das Warenlager verwerten und die Forderungen einziehen. Ziel ist eine Verbesserung der Stellung von ungesicherten Gläubigern und die Möglichkeit, an sich masselose Verfahren doch noch zu starten. Das Opfer der Lieferanten, die Beschneidung der Mobiliarsicherheiten und des Warenkredits wird die Insolvenzwirklichkeit nicht verändern. Sollte das Reformwerk so in Kraft treten, ist eine Schwächung des Lieferantenkredits unabwendbar. Ein gut funktionierendes Konkursrecht wird ersetzt, ohne die Ursache der Massenlosenkonkurse, nämlich die mangelnde Eigenkapitalausstattung, zu beseitigen. Eine solche „Reform" wird keinen Beitrag zur Sanierung von Unternehmen leisten.

EXPORTVERSICHERUNG / Spezialisierte Makler sorgen für maßgerechte Policen und Plazierung

# Politische Risiken sind auch auf dem privaten Markt versicherbar

In den vergangenen Jahren sind die meisten staatlichen Exportversicherungs-Systeme in die roten Zahlen gerutscht. Mit restriktiver Zeichnungspolitik und Prämienerhöhungen haben die Risikoträger darauf reagiert. In der Bundesrepublik führte dies zu einem Rückgang des „gesicherten" Exports in den beiden vergangenen Jahren allein um 22 Prozent. Unter dem Druck internationaler Konkurrenz ist aber die Exportwirtschaft gezwungen, nach alternativen Absicherungen zu suchen, zumal sich der Wettbewerb auch für „Made in Germany"-Produkte auf die Zahlungsmodalitäten ausdehnt.

Der private Versicherungsmarkt, allen voran Lloyd's of London, hat sich seit Mitte der 70er Jahre dieser Entwicklung gestellt und Versicherungsprogramme erarbeitet, die von den Exporteuren zunehmend genutzt werden. Das Prämienvolumen dieses Marktes hat sich von 1968 bis 1984 auf 150 Millionen Dollar verzehnfacht.

Der Exporteur, der eine staatliche Deckung erhält, ist bis auf einen geringen Selbstbehalt umfassend abgesichert. Exporteure, deren Geschäfte durch das Sieb der staatlichen Exportversicherung fallen, sind allerdings auf die private Deckung angewiesen. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn der Länderplafond ausgeschöpft ist, die Zahlungsbedingungen nicht akzeptiert werden oder der Drittland-Anteil zu hoch ist. Die privaten Versicherer sind an einem gemischten Länder-, Risiko- und Summenportefeuille interessiert. Trotzdem können für Einzelkontrakte durchaus Kapazitäten von bis zu 100 Millionen US-Dollar dargestellt werden. Die Besonderheiten der Deckungen weichen jedoch in mehrfacher Hinsicht von den bekannten staatlichen Systemen ab.

So richtet sich das Versicherungslimit nicht nach dem Auftragswert, sondern orientiert sich an dem Betrag, mit dem der Exporteur tatsächlich im Risiko steht. Auch nur dieser Betrag gilt als Versicherungssumme, die gleichzeitig Berechnungsgrundlage für die Prämie ist, die für den gesamten Deckungszeitraum im voraus festgelegt wird.

### Zehn Prozent Selbstbeteiligung

Auch am privaten Markt kennt man eine vom Exporteur zu tragende Selbstbeteiligung. Sie liegt bei zehn Prozent. Die Deckungslaufzeit ist (bei Lloyd's-Deckungen generell) auf 36 Monate begrenzt, in Ausnahmefällen bis zu 60 Monaten.

Die Prämie wird für jede Deckung individuell festgelegt. Abhängig von Käuferland, Warenart oder Zahlungsbedingungen fließen in sie auch die Exporterfahrungen des Lieferanten ein. Nicht unwichtig ist die Bedeutung der exportierten Güter für das Käuferland. Bevorzugt werden Dekkungen für Lieferkontrakte mit staatlichen Auftraggebern und einem Versicherungslimit von mehr als einer Million Mark. Unter bestimmten Voraussetzungen können auch Exportverträge mit privaten Käufern versichert werden, immer jedoch nur gegen politisch bedingte Verluste.

Die staatlichen Versicherungssysteme verlangen im Regelfall nach dem Prinzip „alles oder nichts" den Einschluß aller relevanten Risiken, ob wirtschaftlichen oder politischen Ursprungs. Dies ist jedoch nicht immer zum Vorteil des Exporteurs, der – je nach Gestaltung seines Liefer-kontraktes – oftmals nur an der Versicherung einzelner Risiken interessiert ist.

Gerade hier ist der private Versicherungsmarkt flexibler. Er bietet eine bedarfsgerechte, auf den Einzelfall abgestellte Absicherung an, die sich vom Risiko der Nichterfüllung des Vertrages durch den Käufer über Embargo-Risiken bis hin zu Konvertierungs-, Transfer- oder Zahlungsverboten im Käuferland erstreckt. Seit einigen Jahren können auch die im internationalen Handel ständig zunehmenden Kompensationsgeschäfte gegen das Risiko der Nichterfüllung aus politischen Gründen versichert werden.

Ähnlich wie die Bundesdeckungen bietet der private Markt auch Versicherungsschutz für Kapitalanlagen im Ausland an sowie für ins Ausland verbrachte Maschinen und Anlagen gegen die üblichen Verlustrisiken wie Konfiszierung, Enteignung oder Nationalisierung. Bereits bestehende Investments oder schon getätigte Investitionen können im Gegensatz zu den nationalen Systemen auch noch nachträglich unter Versicherungsschutz genommen werden.

Da der private Versicherungsmarkt weder dirigistischen Einflüssen unterliegt noch von nationalen Interessenlagen abhängig ist, besteht permanente Bereitschaft, über die Versicherung eines jeden Exportrisikos zu diskutieren. Die Versicherungsmöglichkeiten werden dagegen unter anderem sowohl von aktuellen politischen Entwicklungen wie auch der internationalen Zahlungsfähigkeit eines Schuldnerlandes bestimmt.

### Prämienprognose schwierig

Insofern ist eine Prämienprognose schwierig. Mit allen Vorbehalten kann eine Bandbreite von zwei bis vier Prozent jährlich, bezogen auf die gezeichnete Versicherungssumme, als Anhaltswert dienen.

Den privaten Versicherungsschutz für Exportgeschäfte besorgen am englischen Markt spezialisierte Versicherungsmakler. Sie bieten dem deutschen Exporteur das Know-how, gestalten das richtige Versicherungskonzept und garantieren die zuverlässige Plazierung des Versicherungsvertrages.

KLAUS-RÜDIGER HORN

Der Autor ist Leiter der Abteilung Kreditversicherung des Versicherungsmaklers Jauch + Hübener.

## NACHRICHTEN

Noch kein Ende der Pleitenflut

Konkurse und Vergleiche

| 1978 | 79 | 80 | 81 | 82 | 83 | 1984 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 8722 | 8319 | 9140 | 11653 | 15876 | 16114 | 16760 |

CONDOR

Die Zahl der Unternehmenspleiten steigt weiter. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hat 1984 sowohl die Gesamtzahl der beantragten Konkurse und Vergleiche als auch die Zahl der Firmenpleiten mit 12 018 Insolvenzen neue Höchststände erreicht. Das war vor allem auf die steigende Zahl von Pleiten im Bau- und Dienstleistungsgewerbe zurückzuführen. GRAFIK: CONDOR

### Allianz senkt Beiträge

*Düsseldorf (Py.)* – Die Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart, hat die Beiträge für Kapital-Lebensversicherungen seit dem 1 August 1985 gesenkt. Je nach Art und Umfang des Vertrages fällt die Ermäßigung verschieden hoch aus. Allianz-Versicherte, die bereits eine Lebensversicherung nach dem Vorgänger-Tarif haben, profitieren auch: Sie erhalten zum Ausgleich eine zusätzliche Leistung aus der Gewinnbeteiligung.

### Höhere Leistungen

**Köln (Py.)** – Die Agrippina Versicherungsgruppe, Köln, erhöht nach der Einführung des Bußgeldes für Nichtanlegen von Sicherheitsgurten die Leistungen in der Autoinsassen-Versicherung. Für den gleichen Beitrag wie bisher gibt es im Todes-/Invaliditätsfall einen um rund 17 Prozent höheren Versicherungsschutz. Das gilt auch für Neukunden.

### Neue Gesellschaft

**Düsseldorf (Py.)** – Die DBV + Partner Rechtsschutzversicherung AG, Wiesbaden, hat ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen. An der 1983 für Mitglieder des Autoklubs KVDB gegründeten Gesellschaft sind die DBV + Partner Versicherungen mehrheitlich beteiligt.

### Anfängerzeit verkürzen

**Düsseldorf (Py.)** – Wer zwischen Juli und September erstmals ein Auto anmeldet, spart Geld, wenn er die Haftpflichtversicherung rückwirkend ab 1. Juli 1985 beginnen läßt. Der Anfängerbeitrag von 175 Prozent reduziert sich nach dem ersten Kalender-Halbjahr auf 125 Prozent, also schon zum 1. Januar 1986. Er bleibt bei Versicherungsbeginn ab erstem Fahrtag das ganze Jahr 1986 noch bei 175 Prozent.

### Atomhaftung verbessert

**Düsseldorf (Py.)** – Die Kernkraftwerksbetreiber haften künftig nicht mehr nur bis zu einer Haftungsgrenze von einer Milliarde Mark, sondern unbegrenzt für alle Schäden, die Dritten bei etwaigen Nuklearunfällen entstehen (Bundesgesetzblatt I, Seite 781 ff vom 29. Mai 1985). Der Gesetzgeber hält aus den Erfahrungen der Vergangenheit eine Dekkungsvorsorge von einer Milliarde Mark für ausreichend.

### *Auch das gibt's . . .*

*Für drei bei einem Autounfall getötete Kamele verlangt ein arabischer Prinz Schadenersatz von beinahe 344 000 US-Dollar. Ein Rechtsgutachten aus Riad soll nun klären, ob diese Summe gerechtfertigt ist.*

PKV-VERBAND / Klagen über Verschwendung

# Aus dem Krankenhaus droht eine neue Kostenexplosion

Nach einer Phase relativer Ruhe verzeichnen die privaten Krankenversicherer wieder eine erneute Kostenaufblähung im Gesundheitswesen. Als wesentliche Ursache für diese Entwicklung sieht der Vorsitzende des Verbandes der privaten Krankenversicherung (PKV), Heinrich Frommknecht, die Zahl stationärer Behandlungen und dabei vor allem die Zahl der kurzfristigen Aufenthalte.

Anzeige




In einem Interview mit dem Artikeldienst Versicherung (AV) erklärt sich Frommknecht diesen Vorgang so, daß junge Ärzte möglicherweise bei unklaren oder schwierigen Diagnosen verstärkt ins Krankenhaus einweisen. Frommknecht: „Darüber hinaus führt der medizinische Fortschritt dazu, daß viele Krankheiten durch Einsatz technisch aufwendiger Großgeräte besser, aber auch erheblich kostenintensiver behandelt werden." Entscheidend sei jedoch, daß dem Krankenhausbetrieb noch weitgehend jeglicher Anreiz fehlt, sparsam zu wirtschaften. Frommknecht: „Statt dessen wird in mehr als einem Fall eher der Verschwendung Vorschub geleistet. Es ist klar, daß man dem entgegenwirken muß."

Einen möglichen Ausweg aus dieser Situation sieht der PKV-Vorsitzende in der neuen Verordnung zur Harmonisierung der Gebührenordnung für Ärzte und in der Bundespflegesatzverordnung vom 1. Januar dieses Jahres. Dadurch soll bei privatärztlicher Behandlung eine doppelte Berechnung von Sach- und Personalkosten vermieden werden.

Zur bevorstehenden Novellierung der Bundespflegesatzverordnung will sich der PKV-Verband dafür einsetzen, daß die Krankenhäuser verpflichtet werden, die Entgelte für Wahlleistungen in ein angemessenes Verhältnis zur erbrachten Leistung zu setzen. Frommknecht: „Wir verlangen, daß künftig die hohen Entgelte für Wahlleistungen nicht einfach dazu verwendet werden, die Gesetzliche Krankenversicherung zu subventionieren. Das Preis/Leistungsverhältnis muß wieder stimmen." WR

## Asbest-Regelung jetzt gemeinsam

**Py. Düsseldorf**

Rund 50 amerikanische Asbest-Hersteller, ein gutes Dutzend US-Haftpflichtversicherer sowie die Londoner Versicherungsbörse Lloyd's haben sich in einer „Asbestos Claims Facility" auf die gemeinsame Regulierung von rund 30 000 anhängigen Entschädigungsverfahren von früheren Arbeitern geeinigt, die im Umgang mit Asbest erhebliche Gesundheitsschäden davongetragen haben. Die Beteiligten wollen vor allem die Prozeßdauer wesentlich verkürzen und die außerordentlich hohen Schadenregulierungskosten senken, die mehr als 150 Prozent des in den letzten zehn Jahren ausgezahlten Schadensersatzes von rund einer Milliarde Dollar betragen haben. Davon gingen ein Drittel an die Asbest-Opfer, zwei Drittel an die sie vertretenden Anwälte.

## Erster Tarif für Pflegerenten

**Py. Düsseldorf**

Als erstem Unternehmen hat jetzt das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) der Aachener und Münchener Lebensversicherung AG, Aachen, die Einführung einer Pflegerentenversicherung genehmigt. Kernstück des Tarifwerks ist eine lebenslange Altersrente, die je nach Vereinbarung zwischen dem 80. und dem 85. Lebensjahr des Versicherten beginnt. Tritt vorher der Pflegefall ein, wird bis zum Beginn der Altersrente eine Pflegerente gezahlt, deren Höhe vom Umfang der Pflegebedürftigkeit abhängt. Stirbt der Versicherte, wird eine Todesfalleistung von 24 beziehungsweise 36 Monatsrenten fällig. Beitragspflicht (laufend oder als Einmalbeitrag) besteht nur bis zur Zahlung der Pflege- oder Altersrente. Die Pflegerentenversicherung ist auch am Überschuß beteiligt.

## Rückzahlung in Millionen-Höhe

**Py. Düsseldorf**

Von den 104 Kfz-Versicherern in der Bundesrepublik haben in den letzten Wochen mehr als zwei Drittel einen Teil der Beiträge für 1984 zurückgezahlt. Nach Berechnungen des ADAC fließen aus den 18,8 Milliarden Mark an Beiträgen für die Haftpflicht-, Teil-, Vollkasko- und Insassenunfallversicherung 571 Millionen Mark an die Kunden zurück. Im Schnitt gebe es für jeden zweiten Kunden 50 Mark. Die Höhe der Rückerstattung richtet sich nach der Dauer der Schadenfreiheit. Genau 72 Versicherer zahlen Haftpflichtprämien zurück, ganz überwiegend aus Zinserträgen der Kapitalanlagen. Sie sind in einem gesetzlich festgelegten Rahmen zu ermitteln und auszuschütten. Beim Neuabschluß ist neben der Beitragsrückgewähr aber auch die Preiswürdigkeit des Versicherers wichtig.

## Ab Windstärke 8 wird erst gezahlt

**dpa, Hamburg**

Sturmschäden an Kraftfahrzeugen sind im Rahmen der Kaskoversicherung gedeckt. Ersetzt werden nach Angaben des Verbands der Autoversicherer (HUK) Schäden, die durch unmittelbare Einwirkung von Sturm, Hagel, Blitzschlag und Überschwemmung entstanden sind. Dabei muß aber der Wind mindestens die Stärke 8 erreicht haben. Ersetzt werden auch Schäden, die durch Dachziegel, Bäume, Äste, Reklametafeln oder Baugerüste infolge des Sturms entstanden sind. Nicht ersetzt werden jedoch Schäden, die auf das Verhalten des Fahrers zurückgehen, der zum Beispiel vor Schreck seinen Wagen in den Graben fährt. Kann ein Fahrer nicht mehr rechtzeitig vor einem umstürzenden Baum bremsen, wird es auf die Kulanz des Versicherers ankommen.

BEIHILFERECHT / Deckungslücken sind möglich

# Eine Million Beamte müssen Versicherung prüfen

Etwa eine Million Beamte und Angestellte beim Bund sowie vorerst nur in den Ländern Bayern, Berlin, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sollten in den nächsten Wochen ihren privaten Krankenversicherungsschutz überprüfen: Zum 1. Oktober tritt ein neues Beihilferecht in Kraft, das den bisherigen Versicherungsschutz vielleicht ganz anders aussehen läßt. Die privaten Krankenversicherer werden den betroffenen Kunden „maßgerechte Angebote" unterbreiten.

Anlaß ist die neue sogenannte 100-Prozent-Grenze, die – wie in der Vergangenheit möglich – nicht mehr zuläßt, daß Berechtigte im Krankheitsfall mehr erstattet bekommen, als die Versicherung dafür tatsächlich aufwendet. Eine eventuelle Beihilfe-Kappung trifft nicht Krankentagegeld- oder Krankenhaus-Tagegeld-Versicherungen. Die auf den Familienstand abgestellten Beihilfebemessungssätze werden von personenbezogenen Sätzen abgelöst, außerdem entfallen sämtliche bisherigen Zuschläge. Dies führt in der Regel für den Berechtigten zu einer Verringerung der Beihilfe, bei berücksichtigungsfähigen Familienangehörigen dagegen zu einer Erhöhung.

Die neuen Beihilfebemessungssätze betragen 50 Prozent für den Beihilfeberechtigten selbst, 70 Prozent für den Berechtigten mit zwei oder mehr Kindern (die Erhöhung gilt jedoch nur für ein beihilfeberechtigtes Elternteil), für Versorgungsempfänger und für den berücksichtigungsfähigen Ehegatten, sowie 80 Prozent für jedes Kind.

Für freiwillig in der Gesetzlichen Krankenversicherung Versicherte beträgt der Bemessungssatz zwar 100 Prozent, jedoch nur für die nach Anrechnung der Kassenleistung verbleibenden beihilfefähigen Aufwendungen. Hier können Lücken auftreten. Für Aufwendungen des nicht selbst beihilfeberechtigten Ehegatten, dessen Einkünfte im Jahr vor Stellung des Beihilfeantrags 30 000 Mark übersteigen, wird keine Beihilfe mehr gezahlt. HARALD POSNY

FORDERUNGSVERLUSTE / Weltweites Know-how für Bonitätskontrolle und Schadenverhütung

# Fremde Pleiten werden wieder kalkulierbar

Der konjunkturelle Aufschwung setzt sich in der Bundesrepublik Deutschland in diesem und voraussichtlich auch im kommenden Jahr fort. Die führenden Wirtschaftsinstitute erwarten ein Wachstum des Bruttosozialproduktes nach real 2,6 Prozent im Jahre 1984 von zwei bis 2,5 Prozent im laufenden Jahr, und die Konjunkturindikatoren zur Mitte des Jahres scheinen diese Prognose zu bestätigen.

Doch wo Licht ist, ist auch Schatten: Im vergangenen Jahr brachen 12 018 Unternehmen zusammen – so viele wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik – mit Forderungsverlusten von über zwölf Milliarden Mark. Und die Ausfälle aus außergerichtlichen Vergleichen und stillen Liquidationen werden nochmals auf die gleiche Summe geschätzt.

Seit Beginn der 70er Jahre hat sich die Zahl der gewerblichen Insolvenzen um das Dreifache erhöht, und eine Besserung ist nicht abzusehen: Vorliegende Statistiken lassen befürchten, daß die Anzahl der Firmeninsolvenzen in diesem Jahr den traurigen Rekord des Vorjahres nochmals übertrifft. Bis Ende Juni stieg diese Zahl im Vorjahresvergleich um zwölf Prozent auf 6738.

In diesem Zusammenhang müssen zwei Tatsachen bedenklich stimmen:

1. Im Durchschnitt haben die Unternehmen Außenstände, die ein Drittel ihrer Bilanzsumme und fast ein Fünftel ihres Jahresumsatzes ausmachen.

2. Bei Insolvenz eines Abnehmers sind die Forderungen meist vollständig abzuschreiben, da 75 Prozent der beantragten Konkursverfahren mangels Masse gar nicht erst eröffnet werden.

Unternehmen, die am derzeit begonnenen Wirtschaftsaufschwung aktiv und mit Gewinn teilhaben wollen, sollten Vorsicht walten lassen: Neue oder erweiterte Märkte bedeuten neue Kunden und häufig ungewisse Risiken.

Oft bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen Verkaufs- und Finanzabteilungen, wenn einerseits der Umsatz so weit wie möglich ausgedehnt, andererseits das Risiko so klein wie möglich gehalten werden soll. Weder eine risikoreiche Umsatzexpansion noch allzu vorsichtiges Geschäftsgebaren lösen das Problem.

Erst Umsatz mit kalkulierbarem Risiko bietet die Gewähr dafür, daß eine ausreichende Rendite erwirtschaftet werden kann. Wie aber können sich Unternehmen gegen Forderungsausfälle schützen? Sie müssen die Kreditwürdigkeit ihrer Kunden richtig beurteilen.

Dies ist aber für die Mehrzahl von ihnen sehr schwierig. Die Prüfung und laufende Überwachung der Kundenbonität erfordern umfangreiche und aussagefähige Informationen, aktuelle Auskünfte, Bilanzunterlagen und Besuchsberichte des Außendienstes. Der Geschäftsleitung fehlt aus verschiedenen Gründen – unter anderem wegen unvollständiger Auskünfte oder aus Zeitmangel – ein genauer Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Abnehmer. Hier hilft die Warenkreditversicherung. Neben der Schadenvergütung steht bei ihr die Bonitätsprüfung und -überwachung im Vordergrund, das heißt die Schadenverhütung.

Natürlich lassen sich trotz aller vorbeugenden Maßnahmen Schäden nicht immer vermeiden. Der Versicherungsfall tritt ein, wenn ein Abnehmer zahlungsunfähig wird, in Konkurs oder Vergleich gerät, mit seinen Gläubigern einen außergerichtlichen Vergleich schließt oder eine Zwangsvollstreckung ganz oder teilweise fruchtlos bleibt.

Im Rahmen der vereinbarten Konditionen wird der entstandene Ausfall entschädigt. Dadurch bleibt auch ein größerer Forderungsverlust ohne gefährlichen Einfluß auf Liquidität und Ertrag.

Die Prämiensätze werden jeweils individuell kalkuliert und richten sich im wesentlichen nach der Branche, dem Volumen der zu versichernden Forderungen, den Forderungsverlusten in der Vergangenheit und den mit den Kunden vereinbarten Zahlungszielen. Die Prämie macht, bezogen auf den Umsatz, nur wenige Promille aus.

HERMANN DANKER

Der Autor diese Beitrags ist Vorstandsmitglied der Hermes Kreditversicherungs-AG, Hamburg.



Hermes – wenn Außenstände Deckung brauchen.

Forderungen an Kunden gehören zu den größten Posten Ihrer Bilanz. Die Pleite eines Abnehmers, der Ihnen noch Geld schuldet, kann für Sie schnell zu gefährlichem Punktverlust führen. Das muß nicht sein. Geben Sie Ihren Außenständen Deckung. Durch eine **Warenkreditversicherung.**

Ständig prüfen wir die Bonität Ihrer Kunden, um Forderungsverlusten vorzubeugen. Und reagieren rechtzeitig, wenn sich bei einem Ihrer Kunden Schwierigkeiten abzeichnen. Kommt es dennoch zu einem Ausfall, zahlen wir.

Geben Sie Ihren Geschäften sicheren Deckungsschutz wie schon tausende Unternehmen aller Branchen es tun: – Nutzen Sie unsere Erfahrung. Wir sind der führende Kreditversicherer Deutschlands – seit 1918.

Fordern Sie unsere Zuverlässigkeit und Kompetenz. Rufen Sie uns einfach an: 040 / 88 70 oder senden Sie den Coupon ein.

Hermes Kreditversicherungs-AG

Aktuelle Informationen für Ihre Arbeit.

(Bitte ankreuzen, abschicken – wir reagieren sofort)

○ Weiteres Material über die Warenkreditversicherung (WKV)

○ Risiken durch Kreditversicherung einschränken (Firmenbroschüre)

Aus unserem Service-Dienst „Der Hermes informiert"

○ Rechtsform und Kreditwürdigkeit: Kriterien in der BRD und in Europa. Information 86

○ Aufrechnung von Forderungen. Abtretungsverbot von Forderungen. Information 93

Name

Abt.

Firma

Straße

Ort

Telefon

Hermes Kreditversicherungs-AG
Hauptverwaltung, Abt. 6
Friedensallee 254, 2000 Hamburg 50

Hermes - die beste Idee seit Erfindung des Kredits.

## NEUE TARIFE

### Junioren-Programm

Eigens für junge Leute, die ins Berufsleben starten, hat die Gothaer Lebensversicherung aG, Göttingen, ein neues Programm zusammengestellt, das auch dem begrenzten Geldbeutel Jugendlicher Rechnung trägt: Lebens- und Unfallversicherung, Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung, Haftpflicht- und Hausratversicherung.

### Angebot für Senioren

Eine neuartige Lebensversicherung für Ältere und Ledige hat die Vereinigte Versicherungsgruppe, München, auf den Markt gebracht. Die Todesfallsumme beträgt anfangs zehn Prozent der Erlebenssumme, steigt dann konstant bis auf 100 Prozent an. Die Auszahlung kann in jährlichen Raten, zum Beispiel über zehn Jahre zwischen dem 65. und dem 75. Lebensjahr, erfolgen. Der Versicherungsschutz besteht dann über die Beitragszahlungsdauer hinaus, immer in Höhe der noch nicht ausgezahlten Raten.

### Vor-Ruhestandsplan

Die Einkommenslücken bei der gesetzlichen und tarifvertraglichen Vor-Ruhestandsregelung schließt der neue Vor-Ruhestandsplan „Freie Zeit plus Kapital" des Deutschen Rings, Hamburg. Er sichert den zusätzlichen Kapitalbedarf, der in den Jahren des Vor-Ruhestands bis zum Beginn des Rentenalters heute 20 bis 30 Prozent des letzten Netto-Einkommens ausmacht. Zielgruppe: die heute 30- bis 45jährigen.

### ADAC-Schutzbrief

Seit dem 1. Mai bezahlt der ADAC-Schutzbrief der ADAC Schutzbrief-Versicherungs-AG, München, Krankenhausbesuche für nahestehende Personen bis zu 1000 Mark und gewährt Mietwagen nach Diebstahl oder Unfall auch dann, wenn sich der *Schaden am Wohnort* (üblich erst ab 50 Kilometer Umkreis) ereignet. Schließlich werden auch die Einstellkosten und Sicherungsgebühren für das Auto übernommen.

### R + V-Single-Police

Die R+V Allgemeine Versicherung AG, Wiesbaden, bietet alleinstehenden jungen Leuten eine preisgünstige private Haftpflichtversicherung an, deren Versicherungsschutz bis zum vollendeten 27. Lebensjahr reicht. Die Prämie beträgt bei einer pauschalen Deckungssumme von einer Million Mark für Personen- und Sachschaden jährlich 66 Mark und 84 Mark bei zwei Millionen Mark Dekkungssumme.

## URTEILE

Eine Neuwertversicherung gegen *Feuer-, Leitungswasser-* und *Sturmschäden* umfaßt die Erstattung sämtlicher notwendiger Reparaturarbeiten. Der Eigentümer eines beschädigten Wohnhauses kann auch die Rückzahlung des Architekten-Honorars verlangen, wenn es für die ordnungsgemäße Instandsetzung des Gebäudes erforderlich war, ihn einzuschalten (Aktenzeichen: BGH IV A ZR 157/83 vom 24. April 1985).

*

Wer ungewollt bei einem Verkehrsunfall ein fremdes Fahrzeug beschädigt, um sich selbst zu retten, ist nicht schadenersatzpflichtig (Aktenzeichen: BGH VI ZR 74/83).

*

Eine Unfallflucht, bei der der Flüchtende nicht weit kommt, ist keine Unfallflucht. Mit dieser Begründung lehnte das OLG Oldenburg die Regreßansprüche eines Versicherers gegen einen bei ihm Versicherten ab (Aktenzeichen: 11 U 19/81 vom 12. Oktober 1984).

## NEUE BÜCHER

**Gerling-Konzern Allgemeine Versicherungs-AG, Abt. Transport-Planung Köln, (Hsg.), Warenhandel und Versicherung, 2. Aufl., 1985, Gzln. 184 Seiten, 33,70 Mark Schutzgebühr.**

Im Waren- und Transportgeschäft ist die richtige Gestaltung des Versicherungsschutzes von elementarer Bedeutung. Schwächen verursachen nicht selten große finanzielle Belastungen, die ein Unternehmen leicht gefährden oder ruinieren können.

Das jetzt neu erschienene, aktualisierte Gerling-Handbuch vermittelt wichtige Erkenntnisse, die oft allzu leicht übersehen werden. Die Gestaltung und Abwicklung von Kaufverträgen wird ebenso behandelt wie Zahlungs-, Zoll- und Versicherungsmodalitäten, Fragen der Schadenverhütung und Schadenforschung sowie das Verhalten im Schadensfall.

Man spürt sofort: Hier waren erfahrene Praktiker am Werk, die kaum eine Frage unbeantwortet lassen. Kein Problem, das nicht analysiert und ebenso kurz und prägnant wie verständlich und sachgerecht gelöst wurde. (Py.)

INDUSTRIELÄNDER / Exakte Finanzplanung stoppt wachsende Probleme mit den Auslandskunden

# Der Pleitegeier ist jetzt überall zu Hause

Im Exportgeschäft sind erhebliche Mühen mit dem Aufbau und der Fortsetzung von Handelsbeziehungen verbunden. Um so härter werden deshalb Forderungsausfälle empfunden, die durch die Zahlungsunfähigkeit eines Abnehmers im Ausland verursacht sind.

Dieses Risiko ist in den letzten Jahren angestiegen, weil nicht nur die Insolvenzen und damit die Lieferantenverluste zugenommen haben, sondern Lieferungen gegen Vorauszahlung oder gleichzeitigen Zahlungsausgleich, wie zum Beispiel Zahlung mittels Akkreditiv, im Geschäftsverkehr mit westlichen Industrieländern mittlerweile die Ausnahme bilden.

Die Zahlungsbedingungen entwikkeln sich aufgrund des verstärkten Wettbewerbs immer mehr zu einem Mittel der Absatzpolitik. In den meisten Fällen haben daher nur noch Exporteure mit attraktiven Zahlungsbedingungen Aussicht auf Erfolg. Die Aufstellung zeigt, in welchem Ausmaß Insolvenzen in wichtigen Industrieländern zugenommen haben.

Neben den steigenden Insolvenzkurven sind international folgende Trends erkennbar:

● Die Ausfälle im Einzelfall steigen deutlich an, weil der Anteil der Insolvenzen ohne Vermögensmasse zunimmt und die in dem Konkursverfahren erzielten Deckungsquoten rückläufig sind.

Angesehener Firmenname und langjährige Geschäftstätigkeit sind keine Gewähr für ausreichende Bonität.

● Einige Branchen – beispielsweise Bauwirtschaft, Textil-, Bekleidungs-

| | 1978 | 1980 | 1984 |
|---|---|---|---|
| USA | 10 748 | 11 742 | 32 100 |
| Frankreich | 8 020 | 15 863 | 25 018 |
| Japan | 9 765 | 17 884 | 20 841 |
| England | 3 689 | 6 890 | 13 684 |
| Italien | 7 059 | 5 796 | 7 475 |
| Holland | 2 623 | 5 116 | 6 217 |
| Belgien | 1 246 | 3 519 | 4 026 |
| Österreich | 1 417 | 2 252 | 3 109 |
| Schweiz | 511 | 1 063 | 1 364 |

industrie, Holz-, Metallverarbeitung –, aber auch der Großhandel weisen eine überdurchschnittlich hohe Insolvenzgefährdung auf.

Jedes Unternehmen, das Waren in westliche Industrieländer exportiert, steht vor der Frage, wie es den gestiegenen Ausfallrisiken durch zahlungsunfähige Importeure bestmöglich begegnen kann. Ein qualifiziertes Kreditmanagement, risikobegrenzende Zahlungsbedingungen und, falls möglich, Sicherheiten können zwar das Verlustrisiko mindern, reichen aber häufig nicht aus, um die Forderungen abzusichern. Hierfür müssen Sicherungsmöglichkeiten genutzt werden, die das Debitorenrisiko effizient ausscheiden.

Als wirksame Barriere gegen Forderungsausfälle in westlichen Industrieländern hat sich die private Ausfuhrkreditversicherung erwiesen. Sie ersetzt weitgehend die unkalkulierbaren Schäden durch eine von Anfang an feststehende Prämie und kommt somit dem Wunsch jedes Unternehmens entgegen, Entscheidungen auf der Grundlage möglichst gesicherter Werte zu treffen. Sie unterstützt eine exakte Finanzplanung, da Liquiditätsverluste und Ertragsausfälle durch Nichtausgleich von Exportkrediten vermieden werden.

Die Aufgaben der Kreditversicherung teilen sich in folgende Bereiche auf:

● Vermeidung von Schäden

Die Kreditversicherer verfügen als Spezialinstitute über das unbedingt notwendige Know-how. Durch aktuelle und umfangreiche Unterlagen über ausländische Abnehmer wird eine risikogerechte Bewertung angemessener Kreditlinien ermöglicht. Negative Kriterien, die auf eine bevorstehende Insolvenz hindeuten, werden erkannt und ermöglichen entsprechende Maßnahmen zur Vermeidung eintretender Forderungsausfälle. Dieses erweiterte Kreditmanagement, das Unternehmen in gleicher Qualität nur schwerlich durchführen können, wird von den bereits versicherten Exporteuren als die wichtigste Komponente bei einer Kosten-Nutzen-Analyse betrachtet.

● Entschädigungsleistung und Schadenservice

Der rasche Ausgleich von Insolvenzschäden dient dazu, die finanziellen Auswirkungen zu verhindern. Von Bedeutung ist auch die Unterstützung, die vom Kreditversicherer im Schadenfall geleistet wird. Aufgrund der Erfahrungen in zahlreichen Insolvenzfällen können Hinweise für schadenbegrenzende Maßnahmen gegeben werden. Der *Exporteur* verfügt dagegen nur selten über Kenntnisse der notwendigen geeigneten Schritte.

JOSEF FALTERBAUM

Der Autor ist Vorstandsmitglied der Gerling-Konzern Speziale Kreditversicherungs-AG

LIEFERANTEN / Warentermingeschäfte ungesichert?

# London stoppt eine immer größer werdende Marktlücke

Die Warenkreditversicherung ist heute ein allgemein gebräuchliches Instrument des Risikomanagements: Gedeckt werden die Risiken, die in der Bonität des Kunden liegen.

Wie aber sieht es mit der Bonität des Lieferanten aus? Wird er einen einmal übernommenen Auftrag ausführen können? Die Verluste, die bei Nichterfüllung der Verpflichtungen entstehen, können beträchtlich sein. Das gilt vor allem bei Anlagegeschäften im Bau- und Montagebereich, bei Maschinenlieferungen, aber auch bei *Warentermingeschäften*.

Das klassische Instrument für die Bewältigung dieser Art von Risiken ist die Bürgschaft, die vom Lieferanten zu stellen ist. Im Anlagengeschäft ist der Bond gebräuchlich, als Bietungsgarantie schon im Angebotsstadium. Banken und seit vielen Jahren – im Ausland sogar vorzugsweise diese – *Versicherungen stehen hierfür* zur Verfügung, in erster Linie die bekannten Kreditversicherer.

Bilanzpolitik, Schonung der Kreditlinien oder Gebührenvorteile werden oftmals dafür sprechen, den Weg über Versicherungen zu gehen.

Es gibt aber auch Wirtschaftszweige, in denen ein solches Ansinnen an den Lieferanten nicht üblich ist, ja sogar als Zumutung betrachtet würde, obwohl durchaus ein Interesse besteht, das Bonitätsrisiko des Lieferanten abzudecken, selbst wenn die Lieferung vom Kunden nicht vorfinanziert wird. In erster Linie wird das bei Warentermingeschäften der Fall sein.

Eigenartigerweise bieten die deutschen Kreditversicherer zur Zeit noch kein geeignetes Instrument *hierfür an. Wäre hier nicht ein interessantes* Gebiet für Innovationen? Wer kennt schon alle Mitspieler auf den Warenterminmärkten? Könnten nicht die Kreditversicherer hier denselben Informationsdienst leisten, den sie in der Warenkreditversicherung aufgebaut haben?

Innovative Versicherungsmakler *decken derartige Risiken heute im* Londoner Markt ab und füllen damit ein Loch, das sich zunehmend bemerkbar macht. Und London scheint trotz aller Unkenrufe weiterhin seine Vorreiterfunktion zu erfüllen.

J. BLANKENBURG

BUNDESGERICHTSHOF / Grundrechte gewahrt

# Langfristige Verträge auch im Kundeninteresse

Langfristige Versicherungsverträge sind mit dem Grundgesetz vereinbar. *Das hat jetzt das Bundesverfassungsgericht festgestellt.* Die Auffassung des Amtsgerichts Bremen, solche Verträge seien verfassungswidrig, wurde als „offensichtlich unbegründet" zurückgewiesen (s. WELT v. 16. 8.).

In der schriftlich vorliegenden Urteilsbegründung (Aktenzeichen: I BvL 12/84 vom 4. 6. 1985) wird unter anderem hervorgehoben, daß der Paragraph 23 Abs. 2 Nr. 6 des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGBG) Versicherungsverträge mit einer Laufzeit von mehr als zwei Jahren vorsehen kann.

Im Vertragsrecht lasse sich eine einheitliche, für alle Lebensbereiche bestehenden denkbaren Versicherungsarten interessengerechte Vertragsdauer kaum feststellen. Bei Versicherungsarten, die der sozialen Sicherung des Versicherungsnehmers dienten (zum Beispiel Krankenversicherung), sei dessen Interesse an alsbaldiger Unkündbarkeit des Vertrags durch den Versicherer vorrangig und die eigene kurzfristig ausübbare Kündigungsmöglichkeit nicht von besonderer Wichtigkeit.

Eine solche Möglichkeit sei dagegen bedeutsam, wenn das versicherte Risiko wesensnotwendig an Eigentum und/oder Besitz (Fahrzeug-, Gebäude-, Hausratversicherung) anknüpfe oder wenn sich der Versicherungsfall überhaupt nur einmal verwirklichen könne (Invalidität/Tod). Hier könnten die Belange des Versicherungsnehmers dann nicht mehr sachgerecht gewahrt sein, wenn er nennenswerte Zeiträume über den Wegfall des versicherten Interesses oder des Versicherungsfalles hinaus mit weiter laufenden Prämienzahlungspflichten an den Versicherungsvertrag gebunden bliebe.

Dagegen könne bis zum Wegfall des versicherten Interesses oder bis zum Eintritt des Versicherungsfalles durchaus ein berechtigtes Interesse an jahre- oder jahrzehntelanger Vertragsdauer bestehen, nicht zuletzt, wenn dies mit Schadensfreiheitsrabatten der Versicherungen honoriert werde.

Die an einzelnen Vertragstypen zu orientierende Fallgerechtigkeit lasse sich im Bereich des Versicherungsvertragsrechts wohl lückenlos über Paragraph 9 AGBG verwirklichen.

Das Recht der Beteiligten, die Laufzeit eines Versicherungsvertrages entsprechend ihrem Willen festzulegen, werde nicht berührt. Im Gegensatz zu „normalen" Verträgen könnte eine längerfristige Bindung von Versicherungsverträgen auch im Interesse beider Vertragsteile liegen.

HARALD POSNY

MILITÄRUNFÄLLE / Zusätzliche Gefahren im Herbst

# Bonn haftet im Manöver

In den nächsten Wochen müssen Autofahrer mit zusätzlichen Gefahren auf den Straßen rechnen: Bis zum 16. November werden rund 50 000 Fahrzeuge der Bundeswehr und anderer NATO-Streitkräfte an Herbstmanövern in der Bundesrepublik teilnehmen. Wer unverschuldet in einen Unfall mit einem Militärfahrzeug verwickelt wird, muß bei der Schadenregulierung einige Besonderheiten beachten.

Haben Fahrer von Bundeswehrfahrzeugen im Dienst einen Unfall verursacht, haftet der Bund. Für die Regulierung ist jeweils die Wehrbereichsverwaltung (WBV) des Wehrbereichs zuständig, in der das Fahrzeug stationiert ist. Welche WBV zuständig ist, erfährt man von der nächsten Standortverwaltung oder von der Polizei. Wehrbereichsverwaltungen gibt es in Kiel, Hannover, Düsseldorf, Wiesbaden, Stuttgart und München.

Besonders wichtig ist: Der geschädigte Autofahrer muß seine Ansprüche auf jeden Fall selbst bei der WBV geltend machen, auch wenn der Unfall zum Beispiel schon durch Polizei oder Bundeswehr-Feldjäger aufgenommen worden ist.

Haben Soldaten von NATO-Partnern einen Unfall verursacht, müssen Ersatzansprüche beim Amt für Verteidigungslasten geltend gemacht werden. Welche Außenstelle zuständig ist, richtet sich nach dem Unfallort. Die Anschrift ist bei der Polizei zu erfahren. Auch hier setzt erst die Schadenmeldung die Regulierung in Gang. Ansprüche verfallen nach Ablauf von 90 Tagen.

Die angeschriebenen Dienststellen müssen umgehend den Eingang der Schadenmeldung bestätigen. Wer nach drei Wochen noch ohne Nachricht ist, sollte sich vorsichtshalber nochmals melden.

WR

FLUGUNFALL / Gesetzlicher Schutz ist zu gering

# Die Deutsche Lufthansa erhöhte Haftungssumme

Für Flugreisende schreiben Gesetzgeber und internationale Abkommen im Vergleich zu Autofahrern einen geradezu dürftigen Risikoschutz vor. Bei Personenschäden ist die Haftung der Linien- und Chartergesellschaften auf 53 000 Mark begrenzt.

Die Deutsche Lufthansa und mehrere andere europäische Liniengesellschaften haben die Summe freiwillig auf 150 000 Mark oder 58 000 US-Dollar erhöht. Für innerdeutsche Flüge gilt die Höchsthaftungssumme von 320 000 Mark.

Gerade im internationalen Verkehr stellt sich für den Reisenden die Frage nach einer zusätzlichen Absicherung durch eine Fluggast-Unfallversicherung. Sie ist allerdings überflüssig, wenn man bereits eine ausreichende allgemeine Unfallversicherung abgeschlossen hat.

Der Schutz aus der privaten Unfallpolice besteht nämlich auch bei Unfällen auf Reise- und Rundflügen. Gepäckverlust ersetzen die Fluggesellschaften nicht etwa nach Inhalt, sondern nach Gewicht: genau 53,50 Mark je Kilogramm aufgegebenen Reisegepäcks. Nach dem deutschen Luftverkehrsgesetz werden auf Inlandsflügen 67,50 Mark je Kilogramm, höchstens jedoch 3200 Mark erstattet. Für Schmuck und Geld haften die Fluggesellschaften ausdrücklich nicht.

Obhutsgepäck – Gegenstände also, die der Reisende mit an seinen Platz im Flugzeug nimmt – ersetzen die Luftfahrtunternehmen gewichtsunabhängig im internationalen Verkehr bis zu 1070 Mark, auf innerdeutschen Flügen bis zu 3200 Mark. Eine Reisegepäckversicherung als Begleiter wird sich demnach oft als sinnvoll erweisen, nicht zuletzt gemessen an der relativ niedrigen Prämie.

AV.

"RISIKO" DEBITOREN-AUSFALL ist versicherbar

Aber Prämien und Bedingungen variieren im Markt.
Und wir kennen uns aus. Davon sollten Sie profitieren.
Joost & Preuss arbeiten als Assekuranzmakler
für Sie ohne Mehrkosten.

JOOST & PREUSS

Joost & Preuss GmbH & Co Assekuranzmakler

2000 Hamburg 11, Rödingsmarkt 14
4000 Düsseldorf 1, Klosterstraße 35
6000 Frankfurt 1, Freiherr-vom-Stein-Str. 24/26
7000 Stuttgart 80, Brenntenhau 20
7570 Baden-Baden 1, Lange Straße 126
8000 München 40, Franz-Joseph-Straße 1

Spezialisten leisten mehr!



Gerling-Konzern Speziale Kreditversicherungs AG
Der kompetente Experte für Kreditsicherung

Die Kredit-Versicherung deckt das Insolvenzrisiko bei Inlands- und Auslandsgeschäften. Durch diesen Versicherungsschutz werden unvorhersehbare und in ihrer Höhe kaum abzugrenzende finanzielle Verluste in kalkulierbare Prämie umgewandelt. Sie versichern bei uns den Ihren Kunden durch die Gewährung eines Zahlungszieles eingeräumten Warenkredit. Befindet sich einer Ihrer Abnehmer vor Ausgleich Ihrer Forderung in Konkurs, in einem gerichtlichen oder außergerichtlichen Vergleich oder ist gegen ihn eine Zwangsvollstreckung ganz oder teilweise erfolglos geblieben, ersetzen wir Ihnen den Ausfall der versicherten Außenstände.

Gerling-Konzern
Speziale Kreditversicherungs AG
Hohenzollernring 62, 5000 Köln 1, Tel.: 02 21/1 44-1

Wir wünschen weitere Informationen über

☐ Warenkredit-Versicherung (Inland)
☐ Ausfuhr-Kreditversicherung
☐ Bürgschaften und Garantien
☐ Vertrauensschaden-Versicherung

Firma/Name

PLZ/Ort

# Aktien gaben weiter nach

## Aber auf ermäßigter Basis steigende Nachfrage

**DW. – Die schon am Vortag zu beobachtenden Verkäufe wurden an der Mittwochbörse zu weichenden Notierungen fortgesetzt. Der Berufshandel soll in Erwartung neuer Aktienhöchstkurse in der vergangenen Woche größere Bestände angesammelt haben, die jetzt wieder in den Markt zurückfließen. Mit Kaufaufträgen aus dem Ausland wird erst bei nachgebendem Dollar wieder gerechnet. Solange für die Ausländer die Aussicht besteht, deutsche Aktien preiswerter zu bekommen, halten sie sich angeblich zurück.**

Von den rückläufigen Papieren waren praktisch alle Märkte betroffen. Gegen Börsenschluß ließ die Abwärtsbewegung jedoch merklich nach. Zu einer Sonderbewegung kam es bei den Salamander-Aktien, die deutlich heraufgesetzt wurden. Als Begründung dienten gute Aussichten im „DDR"-Geschäft. Auch Versicherungsaktien konnten Kursgewinne buchen, während Bankaktien weiter unter der desolaten Situation in Südafrika litten. Bei den Großchemiewerten hielt die Abgabeneigung an. Hier kommt als zusätzliche Belastung die bevorstehende BASF-Kapitalerhöhung hinzu. Es wird darauf spekuliert, über billige BASF-Bezugsrechte niedriger wieder einsteigen zu können. Autoaktien gaben ebenfalls deutlich nach, das gilt auch für die am Vortag noch haussierenden Linde-Aktien. Dagegen kamen Stahlaktien vergleichsweise gut über die Runden.

**Frankfurt:** Leifheit erhöhten um 20 DM und Aesculap um 10 DM. Braun AG verbesserten sich um 9 DM. Esslinger Maschinen verloren 20 DM und Metallgesellschaft 10 DM. Linde verminderten um 13 DM und Heidelzement 8 DM.

**Düsseldorf:** Bilfinger stockten um 2 DM, Hein. Lehmann um 5 DM und Hochtief um 17 DM auf. Rheag schlossenm um 13 DM fester. Nachgegeben haben Heinrich und Stinnes um 10 DM und Leffers um 5 DM. Allianz Leben stockten um 150 DM auf.

**Hamburg:** HEW verminderten um 3 DM und Beiersdorf um 4 DM. Haller Meurer gaben um 6 DM nach. Reichelt waren 1 DM leichter. Markt- und Kühlhallen konnten sich um 4 DM verbessern. Hapag waren mit 120 DM (plus 0,20 DM) gut behauptet.

**Berlin:** DeTeWe und Dt. Hypobank Berlin gewannen je 5 DM, Berthold 4,80 DM und Herlitz St. 3 DM. Lehmann lagen um 1 DM freundlicher. Schering ermäßigten sich um 4 DM und Orenstein um 2 DM. Berliner Bank gaben um 1 DM nach.

**München:** Aigner verminderten um 3 DM. Aufgestockten haben Agrob und Bay. Hartstein um 1 DM und Elektro 2000 um 8 DM. Leonische Draht verbesserten sich um 2 DM und Rathgeber um 5 DM.

**Stuttgart:** Zeag gaben um 6 DM auf 454 DM nach. Fuchs Petrolub, mit Plus angekündigt, legten 12,10 DM zu. Salamander erhöhten um 6 DM und schlossen mit 206 DM.

**Nachbörse:** nachgebend

**WELT-Aktienindex: 205,49 (207,44)**
**WELT-Umsatzindex: 3856 (4522)**

## Fortlaufende Notierungen und Umsätze

## Inland

## Ausländische DM-Anleihen

## Freiverkehr

## Ungeregelt. Freiverkehr

## Unnotierte Werte

## Inlandszertifikate

## Auslandszertifikate (DM)

## Fremde Währungen

## Ausland

### New York

### Amsterdam

### Tokio

### Zürich

### Madrid

### Paris

### Mailand

### London

### Toronto

### Wien

### Kopenhagen

### Hongkong

### Sydney

| | | |
|---|---|---|
| Coles | 4,15 | 4,15 |
| CRA | 5,46 | 5,42 |
| CSR (Thaiss) | 2,95 | 2,9 |
| Metals Expl. | 0,46 | 0,46 |
| MIM-Holdings | 2,55 | 2,55 |
| Myer Emporium | 3,45 | 3,48 |
| North Broken Hill | 2,48 | 2,42 |
| Oakbridge | 1,2 | 1,2 |
| Peko Wallsend | 4,7 | 4,7 |
| Poseidon | 4,6 | 4,6 |
| Thomas Nat. Tr. | 2,7 | 2,7 |
| Waltons Bond | 0,41 | 0,4 |
| Westpacific Banking | 4,37 | 4,43 |
| Western Mining | 3,88 | 3,9 |
| Woodside Petr. | 1,3 | 1,29 |
| Index | 954,50 | 957,20 |

### Brüssel

| | | |
|---|---|---|
| Arbed | 1615 | 1590 |
| Brux. Lambert | 1925 | 1925 |
| Cockerill Ougrée | 206 | 205 |
| Ebes | 3015 | 3000 |
| Gevaert | 4000 | 3995 |
| Kreditbank | 9100 | 9100 |
| Petrofina | 6140 | 6140 |
| Soc. Gén. d. Belg. | 1835 | 1820 |
| Sofina | 7450 | 7390 |
| Solvay | 5010 | 5010 |
| UCB | 5250 | 5100 |
| Index | 2400,41 | 2399,29 |

### Singapur

| | | |
|---|---|---|
| Cycle + Car. | 3 | 3,1 |
| Cold Storage | 2,84 | 2,8 |
| Dev. Bk. of Sing. | 4,82 | 4,8 |
| Fraser + Neave | 5,8 | 5,8 |
| Kl. Kepong | 2,26 | 2,20 |
| Mal. Banking | 5,55 | – |
| Nat. Iron | 1,95 | 1,96 |
| OCBC | 8,1 | 8 |
| Sime Darby | 1,75 | 1,77 |
| Singapur Land | 2 | 2,1 |
| Un.-Overs. Bank | 3,36 | 3,32 |

## Optionshandel

## Goldmünzen

## Euro-Geldmarktsätze

## Devisen und Sorten

## Devisenmärkte

Die Dollar-Euphorie am 4. 9. hielt zunächst an. Es war ein weiterer Anstieg bis 2,8880 zu vermelden. Dieser Punkt wurde als charttechnisch wichtig bezeichnet für die weitere Entwicklung. Nachdem man zu erkennen glaubte, daß ein Durchstoßen nach den starken Kurssteigerungen der letzten Tage nicht mehr zu erwarten sei, schritt man zum Abbau von Dollar-Plus-Positionen. So daß sich ein kräftiger Fall bis 2,8380 ergab. Die amtliche Notiz wurde mit 2,8441 festgestellt. Von den amtlich notierten Währungen gab der Yen um ½ Prozent auf 1,1855 nach. Der Rand, schon am Vorabend wieder unter Druck, verlor 8 Prozent gegen D-Mark und bewegte sich bei 1,15. US-Dollar in: Amsterdam 3,1975; Brüssel 57,5100; Paris 8,6775; Mailand 1900,85; Wien 19,9930; Zürich 2,3408; Ir. Pfund/DM 3,113; Pfund/Dollar 1,3758; Pfund/DM 3,912.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 4.9. : In D-Mark 2,23092 (Parität 2,24184); in Dollar 0,78419 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 4.9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

## Devisenterminmarkt

Die Abschläge im Bereich Dollar/D-Mark notierten sich am 4. September wenig verändert auf Vortagsniveau.

| | 1 Monat | 3 Monate | 6 Monate |
|---|---|---|---|
| Dollar/DM | 0,89-0,79 | 2,54-2,44 | 5,08-4,88 |
| Pfund/Dollar | 0,41-0,39 | 1,12-1,08 | 1,85-1,80 |
| Pfund/DM | 3,00-1,80 | 7,20-5,80 | 12,7-11,3 |
| FF/DM | 23-7 | 56-40 | 110-94 |

## Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 4.9. : Tagesgeld 4,60-4,70 Prozent; Monatsgeld 4,60-4,75 Prozent; Dreimonatsgeld 4,60-4,75 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,75 Prozent, 6 Mon. 4,89 Prozent.

Privatdiskontsätze am 4.9. : 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 4.9. : 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Sept. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/11 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,49) – 6,00 (4,97) – 6,25 (5,26) – 6,50 (5,48) – 8,00 (5,84). Ausgabe 1985/12 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,50) – 6,00 (5,00) – 6,25 (5,31) – 6,50 (5,55) – 8,00 (5,95) – 8,00 (6,24) [illegible] des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,70, [illegible] (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 100,80, Rendite 6,06.

# Warenpreise – Termine

**Mit kräftigen Verlusten schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Zu kleinen Abschlägen kam es bei Kupfer. Etwas schwächer schlossen auch Kaffee und Kakao.**

## Getreide und Getreideprodukte

| | 3.9. | 2.9. |
|---|---|---|
| **Weizen Chicago (c/bush)** | | |
| Sept. | 274,75 | |
| Dez. | 286,50 | geschl. |
| März | 295,00 | |
| **Weizen Winnipeg(can.$/t)** | | |
| Wheat Board clt. | | |
| St. Lawrence 1 CW | geschl. | geschl. |
| Amber Durum | | |
| **Roggen Winnip. (can.$/t)** | | |
| Okt. | 116,30 | |
| Dez. | 119,30 | geschl. |
| März | 125,10 | |
| **Hafer Winnip. (can. $/t)** | | |
| Okt. | 90,80 | |
| Dez. | 93,00 | geschl. |
| März | 97,50 | |
| **Hafer Chicago (c/bush)** | 3.9. | 2.9. |
| Sept. | 115,75 | |
| Dez. | 123,75 | geschl. |
| März | 128,00 | |
| **Mais Chicago (c/bush)** | | |
| Sept. | 224,25 | |
| Dez. | 216,50 | geschl. |
| März | 226,50 | |
| **Gerste Winnipeg (can.$/t)** | 3.9. | 2.9. |
| Okt. | 104,60 | |
| Dez. | 108,00 | geschl. |
| März | 111,50 | |

## Genußmittel

| | | |
|---|---|---|
| **Kaffee** New York (c/lb) | 3.9. | 2.9. |
| Terminkontr. Sept. | 135,75 | |
| Dez. | 138,25 | geschl. |
| März | 139,50 | |
| **Kakao** New York ($/t) | 3.9. | 2.9. |
| Terminkontr. Sept. | 2150 | |
| Dez. | 2205 | geschl. |
| März | 2248 | |
| Umsatz | 1915 | |
| **Zucker** New York (c/lb) | | |
| Kontrakt Nr. 11 Sept. | 5,26 | |
| Okt. | 5,29 | |
| Jan. | 5,61 | geschl. |
| März | 5,74 | |
| Mai | 5,92 | |
| Umsatz | 12556 | |
| Iso-Preis fob karibische Häfen US-c/lb) | 3.9. | 2.9. |
| | geschl. | geschl. |
| **Kaffee** London (£/t) Robusta | 3.9. | 2.9. |
| Kontrakt Sept. | 1610-1620 | 1583-1585 |
| Nov. | 1646-1646 | 1631-1635 |
| Jan. | 1681-1681 | 1670-1677 |
| Umsatz | 2848 | 2759 |
| **Kakao** London (£/t) | | |
| Terminkontrakt Sept. | 1712-1714 | 1712-1714 |
| Dez. | 1740-1741 | 1734-1735 |
| März | 1760-1761 | 1756-1759 |
| Umsatz | 2410 | 2875 |
| **Zucker** London (£/t) Nr. 6 | 3.9. | 2.9. |
| Okt. | 138,20-138,60 | 127,60-127,80 |
| Dez. | 141,80-142,00 | 131,00-132,00 |
| März | 148,40-148,80 | 138,00-138,40 |
| Umsatz | 4661 | 544 |
| **Pfeffer** Singapur (Straits-Sing.-$/100kg) | 4.9. | 3.9. |
| schw. Sarawak spez. | 750,00 | |
| weißer Sarawak | 862,50 | unerh. |
| weißer Muntok | 872,50 | |
| **Orangensaft** New York (c/lb) | 3.9. | 2.9. |
| Sept. | 134,75 | |
| Nov. | 129,80 | |
| Jan. | 125,50 | geschl. |
| März | 124,20 | |
| Mai | 123,00 | |
| Umsatz | 250 | |

## Öle, Fette, Tierprodukte

| | | |
|---|---|---|
| **Erdnußöl** New York (c/lb) | 3.9. | 2.9. |
| Südstaaten fob Werk | geschl. | geschl. |
| **Maisöl** New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk | geschl. | geschl. |
| **Sojaöl** Chicago (c/lb) Aug. | 22,45 | |
| Sept. | 22,05 | |
| Okt. | 21,88 | geschl. |
| Dez. | 22,07 | |
| Jan. | 22,35 | |
| März | 22,55 | |
| Mai | 22,70 | |
| **Baumwollsaatöl** New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk | geschl. | geschl. |
| **Schmalz** Chicago (c/lb) | | |
| loco lose | geschl. | geschl. |
| Choise white hog 4 % fr. F. | geschl. | geschl. |
| **Talg** New York (c/lb) | | |
| top white | | |
| fancy | geschl. | geschl. |
| bleichfähig | | |
| yellow max. 10%fr.F | | |
| **Schweine** Chicago (c/lb) | | |
| Okt. | 34,92 | |
| Dez. | 37,52 | geschl. |
| Feb. | 39,12 | |
| **Schweinebäuche** Chicago (c/lb) | | |
| Feb. | 56,40 | |
| März | 54,20 | geschl. |
| Mai | 57,65 | |
| **Häute** Chicago (c/lb) | 3.9. | 2.9. |
| Ochsen einh. schwere River Northern | geschl. | geschl. |
| Kühe einh. schwere River Northern | geschl. | geschl. |
| **Sojabohnen** Chicago (c/bush) | | |
| Sept. | 506,50 | |
| Nov. | 503,75 | |
| Jan. | 513,75 | |
| März | 525,50 | geschl. |
| Mai | 535,00 | |
| Juli | 537,50 | |
| Aug. | 539,50 | |
| **Sojaschrot** Chicago ($/sht) | | |
| Sept. | 122,90 | |
| Okt. | 125,80 | |
| Dez. | 126,80 | |
| Jan. | 128,50 | geschl. |
| März | 132,00 | |
| Mai | 134,30 | |
| Juli | 137,50 | |
| **Leinsaat** Winnipeg (can. $/t) | 3.9. | 2.9. |
| Okt. | 302,60 | |
| Dez. | 307,10 | geschl. |
| März | 317,50 | |
| **Kokosöl** New York (c/lb) | 3.9. | 2.9. |
| Westküste fob Werk | geschl. | geschl. |
| **Erdnußöl** Rotterdam ($/t) | 4.9. | 3.9. |
| jegl. Herk. cif | 845,00 | 840,00 |
| **Leinöl** Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank | 565,00 | 565,00 |
| **Palmöl** Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif | 365,00 | 375,00 |
| **Sojaöl** Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl.fob Werk | 154,00 | 156,00 |
| **Kokosöl** Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif | 425,00 | 450,00 |
| **Leinsaat** Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam | 243,00 | 243,00 |

## Wolle, Fasern, Kautschuk

| | | |
|---|---|---|
| **Baumwolle** New York (c/lb) | 3.9. | 2.9. |
| Kontrakt Nr. 2: Okt. | 58,55 | |
| Dez. | 58,59 | |
| März | 59,75 | geschl. |
| Mai | 60,25 | |
| Juli | 60,25 | |
| Okt. | 55 | |
| **Kautschuk** New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1 | geschl. | geschl. |
| **Wolle** Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz.: | 4.9. | 3.9. |
| Okt. | | |
| März | unerh. | unerh. |
| Mai | | |
| Umsatz | | |
| **Wolle** Roubaix (F/kg) Kammzüge | 3.9. | 2.9. |
| Okt. | 50,00 | |
| Dez. | 54,70 | geschl. |
| März | 54,80 | |
| Mai | 54,90 | |
| Umsatz | 0 | |
| Tendenz: ruhig | | |
| **Wolle Sydney** (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standardtype | 3.9. | 2.9. |
| Okt. | 608,00-612,00 | 607,00-612,00 |
| Dez. | – | 610,00-614,00 |
| März | – | 617,00-619,00 |
| Umsatz | 0 | 31 |
| **Sisal** London ($/t) cif eur. Haupthäfen | 4.9. | 3.9. |
| East African 3 long | 680,00 | 680,00 |
| undergraded: | 570,00 | 570,00 |
| **Seide** Yokoh. (Y/kg) AAA ab Lager | 3.9. | 2.9. |
| Sept. | 12567 | 12600 |
| Okt. | 12550 | 12586 |
| **Kautschuk** London (p/kg) | 3.9. | 2.9. |
| Nr. 1 RSS loco | 61,25-63,25 | 61,25-63,25 |
| Okt. | —65,00 | —65,00 |
| Nov. | —65,00 | —65,00 |
| Dez. | —65,00 | —65,00 |
| Tendenz: ruhig | | |
| **Kautschuk** Malaysia (mal. c/kg) | 3.9. | 2.9. |
| Sept. | | 182,25-183,00 |
| Okt. | | 181,00-181,50 |
| Nr. 2 RSS Sept. | unerh. | 169,00-170,00 |
| Nr. 3 RSS Sept. | | 166,50-167,50 |
| Nr. 4 RSS Sept. | | 162,00-163,00 |
| Tendenz: nominell | | |
| **Jute** London (£/lgt) | 4.9. | 3.9. |
| BWC | 520 | 520 |
| BWD | 495 | 495 |
| BTC | 525 | 525 |
| BTD | 500 | 500 |

### Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengenang.: 1 troyounce (Feinunze) 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

## Westdeutsche Metallnotierungen

| (DM je 100 kg) | 4.9. | 3.9. |
|---|---|---|
| **Aluminium:** Bas. Lond. | | |
| laufend. Monat | 286,16-286,36 | 284,67-284,87 |
| drittfolg. Monat | 294,78-294,98 | 295,67-295,87 |
| **Blei:** Bas. London | | |
| laufend. Monat | 117,21-117,40 | 116,41-116,61 |
| drittfolg. Monat | 117,60-117,80 | 117,95-117,85 |
| **Nickel:** Bas. London | | |
| laufend. Monat | 1344,56-1348,48 | 1351,94-1355,86 |
| drittfolg. Monat | 1368,08-1370,04 | 1380,12-1381,29 |
| **Zink:** Bas. London | | |
| laufend. Monat | 195,61-196,00 | 199,56-200,35 |
| Produz.-Preis | 236,39 | 236,46 |
| **Reinzinn** 99,9 % | 3824-3862 | 3837-3875 |

## NE-Metalle

| (DM je 100 kg) | 4.9. | 3.9. |
|---|---|---|
| **Elektrolytkupfer** für Leitzwecke (DEL-Notiz)* | 402,19-405,52 | 404,80-408,12 |
| **Blei in Kabeln** | 125,00-126,00 | 124,00-125,00 |
| **Aluminium** f. Leitzwecke (VAW) | | |
| Rundbarren | 455,00-458,50 | 455,00-458,50 |
| Vorziehdraht | 464,00-464,50 | 464,00-464,50 |

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

## Messingnotierungen

| | 4.9. | 3.9. |
|---|---|---|
| MS 58, 1. Verarbeitungsstufe | 359-360 | 360– |
| MS 58, 2. Verarbeitungsstufe | 398-399 | 399-400 |
| MS 63 | 388-392 | 400– |

## Zinn-Preis Penang

| | 4.9. | 3.9. |
|---|---|---|
| Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg) | 30,43 | unerh. |

## Deutsche Alu-Gußlegierungen

| (DM je 100 kg) | 4.9. | 3.9. |
|---|---|---|
| Leg. 225 | 350-355 | 350-355 |
| Leg. 226 | 352-357 | 352-357 |
| Leg. 231 | 387-390 | 387-390 |
| Leg. 233 | 397-400 | 397-400 |

Preise für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

## Edelmetalle

| | | |
|---|---|---|
| **Platin** (DM je g) | 31,10 | 32,85 |
| **Gold** (DM/kg Feing.) | | |
| Banken-Vkfpr. | 30510 | 31010 |
| Rücknahmepr. | 29560 | 30260 |
| **Gold** (DM/kg Feing.) (Basis Lond. Fixing) | | |
| Degussa-Vkfpr. | 30480 | 31050 |
| Rücknahmepr. | 29710 | 30260 |
| verarbeitet | 31980 | 32570 |
| **Gold** (Frankf. Börsenkurs) (DM je kg) | 30000 | 30435 |
| **Silber** (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) | | |
| Degussa-Vkfpr. | 572,30 | 581,40 |
| Rücknahmepr. | 555,40 | 564,20 |
| verarbeitet | 597,50 | 606,90 |

## Internationale Edelmetalle

| | | |
|---|---|---|
| **Gold** (US-$/Feinunze) | 4.9. | 3.9. |
| London 10.30 | 325,00 | 332,70 |
| 15.00 | 326,00 | 328,20 |
| Zürich mittags | 327,00-327,50 | 331,20-331,70 |
| Paris (F/1-kg-Barren) mittags | 92200 | 93400 |
| **Silber** (p/Feinunze) | | |
| London Kasse | 442,85 | 451,00 |
| 3 Monate | 455,05 | 463,40 |
| 6 Monate | 467,00 | 474,85 |
| 12 Monate | 491,05 | 491,35 |
| **Platin** (£/Feinunze) | 3.9. | 2.9. |
| London fr. Markt | 235,40 | 242,40 |
| **Palladium** (£/Feinunze) | 3.9. | 2.9. |
| London f. Händlerpreis | 76,30 | 76,70 |

## New Yorker Metallbörse

| | 3.9. | 2.9. |
|---|---|---|
| Gold H & H Ankauf | 328,20 | |
| Silber H & H Ankauf | 615,00 | |
| Platin fr. Händlerpr. | 331,00-333,00 | geschl. |
| Produz.-Preis | 475,00 | |
| Palladium fr. Händlerpr. | 104,00-105,00 | |
| Produz.-Preis | 150,00 | |
| **Silber** (c/Feinunze) | | |
| Sept. | 601,00 | |
| Okt. | 604,50 | |
| Dez. | 612,00 | |
| Jan. | 617,50 | geschl. |
| März | 626,50 | |
| Mai | 634,90 | |
| Juli | 647,00 | |
| Umsatz | 21000 | |
| **Kupfer** (c/lb) | 3.9. | 2.9. |
| Sept. | 60,75 | |
| Dez. | 61,40 | |
| Jan. | 61,85 | |
| März | 62,10 | geschl. |
| Mai | 62,75 | |
| Juli | 63,20 | |
| Sept. | 63,65 | |
| Umsatz | 7500 | |

## Londoner Metallbörse

| | 4.9. | 3.9. |
|---|---|---|
| **Aluminium** (c/lb) mittags Kasse | 730,00-730,50 | 734,00-735,00 |
| 3 Monate | 752,00-752,50 | 757,00-757,00 |
| **Blei** (£/t) mittags | 299,00-299,50 | 301,50-302,00 |
| 3 Monate | 300,00-300,50 | 301,20-301,70 |
| **Kupfer** Highergrade (£/t) | | |
| mittags Kasse | 1005,00-1006,00 | 1014,00-1014,50 |
| 3 Monate | 1032,50-1033,00 | 1040,00-1041,00 |
| abends Kasse | – | 1010,00-1011,00 |
| 3 Monate | – | 1037,00-1057,50 |
| (Kupfer-Standard) mittags Kasse | 982,00-982,50 | 984,00-985,00 |
| 3 Monate | 1009,00-1011,00 | 1013,00-1014,00 |
| **Zink** (£/t) mittags | 499,00-500,00 | 515,00-517,00 |
| 3 Monate | – | – |
| **Zinn** (£/t) mittags | 9085-9086 | 9085-9087 |
| 3 Monate | 9050-9051 | 9050-9051 |
| **Quecksilber** ($/Fl.) | – | 280-290 |
| **Wolfram-Erz** ($/T-Einh.) | – | 65-70 |





FINANZANZEIGE

**Bogenerneuerung**

Für nachstehend aufgeführte Schuldverschreibungen werden ab sofort neue Zinsscheinbogen ausgegeben:

6 % Hypothekenpfandbriefe Reihe 27 A/O - 237 022 -
7 % Hypothekenpfandbriefe Reihe 70 A/O - 237 065 -

Die Bogenerneuerung wird gegen Einreichung der Erneuerungsscheine mit Stücknummernverzeichnis in doppelter Ausfertigung und arithmetischer Reihenfolge durchgeführt. Einreichungen können bei unserer Gesellschaft in Hamburg bzw. Berlin sowie bei allen Banken im Bundesgebiet und West-Berlin vorgenommen werden.

Hamburg/Berlin, im September 1985

DG HYP Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank — Hypothekenbank der Volksbanken und Raiffeisenbanken

Wir suchen aktive Vertriebs-Organisationen, die einen erfolgreichen Vertrieb gewährleisten. Wir bieten:

**Auto-Zubehör**

1a Qualität (TÜV), Markt- und preisgerecht. Voraussetzung: Nachweisbare langjährige Erfahrung und großer Kundenstamm.

Detaillierte Angebote unter Y 4939 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**Neuester Modehit aus den USA**

„LIPS TM", die einzigartigen Lippenstifte, jede Farbe paßt sich natürlich dem Hauttyp an. Langzeitwirkung, hält mehr als 12 Stunden, selbst beim Trinken, Essen, Rauchen oder Küssen. Farbecht, aus reinen, natürlichen Stoffen. Sensationell!

Wir suchen für den Vertrieb potente und erfolgreiche

**Vertriebsorganisationen**

der Kosmetikbranche. Zuschriften unter U 4935 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**LV-Partner für den Vertrieb**

von Immobilien-Fonds mit Ansparprogramm gesucht.
Erschließen Sie sich neue Märkte mit interessanten Konditionen für Sie und Ihre Kunden

Günter Bierwert
Unternehmensberatung
Luxemburger Str. 19, 5 Köln 1
Tel. 02 21 / 23 95 01

**Ihr eigenes Geschäft**

Den Wert eines Mittelklasse-Personenwagens müssen Sie investieren als Anfangskapital, um DM 100 000,– p. a. zu verdienen. Interessantes neues Produkt. Kein Verkauf. Großhandelsfunktion. Gebietsschutz. Auch als 2. Bein sehr geeignet. Kema Handels GmbH, Beethovenstr. 9, 6000 Frankfurt/Main. Telex 4 12 713.
(Bitte keine Vermittler – nur für direkte Interessenten.)

**Jurist**

übernimmt für Sie Vertragsverhandlungen im In- und Ausland sowie Ausarbeitung von Verträgen.
Zuschr. erb. u. K 4949 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

**Brasilien**

Geschäftsanbahnung, Marktforschung, Organisationsberatung, Betriebsschließung.
Dt. Wirtschaftsjurist mit internationaler Erfahrung übernimmt den Service für Sie.
Michael Schreiber
04723 Granja Julieta
Sao Paulo/Brasil
Rua Dona Maria Augusta Rolim Loureiro, 222
Telefon 00 55 11 / 2 47–05 04




**Diplom-Ingenieure nach Berlin**

In Berlin soll die neue Entwicklungsgruppe eines führenden deutschen Unternehmens Probleme der Fertigung für die optische Nachrichtentechnik lösen.

Das sind Aufgaben für Diplom-Ingenieure (Uni/FH) der Fachrichtungen Physik/Optik, Feinwerk-/Fertigungstechnik, Chemie, Werkstoff-/Nachrichtentechnik und Meßtechnik.

Diese und viele andere interessante Stellenangebote finden Sie am Samstag, 7. September, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

# Vorausschauende Anleger werden in diesem Jahr noch US-Aktien kaufen. Sie sollten es auch tun!

Merrill Lynch glaubt, daß es jetzt an der Zeit ist, amerikanische Aktien zu kaufen. Weshalb? Weil die Zinsen niedrig sind und wahrscheinlich noch weiter fallen werden und weil viele Aktien unterbewertet sind... Anzeichen, daß in der nächsten Zeit Potential für wesentliche Kurssteigerungen besteht.

Das renommierte Forschungsteam von Merrill Lynch hat den Bericht **„Günstige Gelegenheiten bei US-Aktien"** veröffentlicht, der Ihnen sagt, warum es für Sie profitabel sein könnte, jetzt US-Aktien zu kaufen. Außerdem enthält er einen Überblick über die kurz- und langfristigen Aussichten des US-Aktienmarktes.

Wie glänzend die Zukunft des Marktes auch aussieht, entscheidend ist die Auswahl der richtigen Aktien. Deshalb sagt Ihnen unser Bericht, welche Industriegruppen wir jetzt bevorzugen.

Bestellen Sie heute Ihr kostenloses Exemplar. Danach sollten Sie mit einem Merrill Lynch Finanzberater sprechen. Sie werden von ihm erfahren, wie Sie jetzt am besten in den US-Aktienmarkt einsteigen können, um Ihre Anlageziele zu erreichen.

Bitte schicken Sie mir mein kostenloses, unverbindliches Exemplar von „Günstige Gelegenheiten bei US-Aktien".

Name
Straße
Ort
Telefon (privat)
Telefon (geschäftlich)

Wenden Sie sich für weitere Informationen an das nächstgelegene Büro des deutschen Repräsentanten Merrill Lynch AG:

2000 Hamburg 1 · Paulstraße 3 · Tel. 040/321491
4000 Düsseldorf · Karl-Arnold-Platz 2 · Tel. 0211/45810
6000 Frankfurt/Main · Ulmenstraße 30 · Tel. 069/71530
7000 Stuttgart 1 · Kronprinzstraße 14 · Tel. 0711/22200
8000 München 2 · Promenadeplatz 12 · Tel. 089/230360




Eine führende Investmentbank auf dem US-Kapitalmarkt.

**Billig-Flüge** weltweit
0 61 03 / 6 30 31
0 61 03 / 6 30 32
0 61 03 / 6 80 30
Tx. 4 185 363
ALF-AIR 6072 Dreieich-Frankfurt

**Palettendienst**

Reparatur – Ankauf – Verkauf – Tausch neu und gebraucht

Reparaturdienst vor Ort – bundesweit – preiswert und schnell

Firma HOPA
Alter Gerauer Weg 30
6094 Bischofsheim
Telefon 0 61 44 / 88 55
Telex 4 182 163 – HOPA - D

**Nebenberufliche Vertreter**

per sofort gesucht für den Verkauf von Jojoba-Plantagen in Südamerika. 500 % Rendite in 11 Jahren, überdurchschnittliche Provisionszahlung.

IMAC, 6310 Grünberg 19
Tel. 0 64 00 / 84 92 H. Bock

**Wir exportieren Haushaltswaren, elektr. Küchengeräte, sämtliche Porzellanwaren sowie Geschenkartikel in die Türkei.**

Interessierte Exporteure bitte melden.

Tel. 0 20 45 / 54 54

Geschäftsz.: Mo.–Fr. 9 bis 13 Uhr, 15 bis 18 Uhr

**Sind Ihre Interessen in der Schweiz gewahrt?**

Erfahrenes Treuhänder-Team übernimmt Beratung, Geschäftsabwicklung und Kontrolle für Sie. Wenn Sie an einer guten und effizienten Abwicklung interessiert sind, sollten wir uns kennenlernen. Nur seriöse Anfragen werden beantwortet.
Consulting Team C+S
Postfach 51 27, CH - 8107 Buchs

Wirtschaftliche Sorgen, schwer lösbare Probleme, Engpässe ... dann

**Management auf Zeit?**

**Unternehmensberater,** Büro Hamburg, verfügt über ein praxiserfahrenes, eingespieltes, akademisch vorgebildetes Management-Team (Dipl.-Kfm., Dr. rer. pol., Dipl.-Ing., Dipl.-Wirtschafts-Ing.), das Unternehmen, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten oder sonstige Krisen (Unfall, Krankheit, Todesfall) geraten sind – in dringenden Fällen kurzfristig –, zur Verfügung steht. Es deckt sämtliche Bereiche, Verkauf/Vertrieb/Innovation, Finanzen/Steuern/Rechnungswesen, Technik/Entwicklung/Fertigungssteuerung, ab und schließt jede Lücke in der „Chefetage". Durch Rationalisierung werden alle Bereiche auf den betriebswirtschaftlich und technisch neuesten Stand gebracht. Auch Einsatz eines Teil-Managements oder eines

**Einzelberaters auf Zeit** ist möglich, jeweils nach Erfordernis.

Langjährige, umfassende Erfahrungen in vielen Branchen liegen vor. Erstklassige Referenzen stehen zur Verfügung. Wir beraten Ihre Probleme und stimmen mit Ihnen den optimalen Weg ab. Kontaktaufnahme erbeten unter A 4919 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gute Vertretungen sind wie ein

**Lottogewinn**

Wir glauben, etwas derartiges anbieten zu können! Wenn Sie über gute Kontakte zu den Entscheidungsträgern der Indistrie, des Handels oder von Dienstleistungsunternehmen usw. im Bundesgebiet verfügen und außerdem schon bisher im

**Anzeigenverkauf**

(auch telefonisch) sehr erfolgreich waren, dann sollten Sie mit uns sprechen! Zur Erweiterung unseres Mitarbeiterstabes suchen wir Verkäuferpersönlichkeiten, die so sind wie unser Projekt, um das es geht: *Absolut seriös und einsame Spitze!*

Primus Public Relation, Postfach 12 31, 8036 Herrsching
Tel. 0 81 52 / 27 53

**Machen Sie sich selbständig**

Unser Stadtführer hat bereits in vielen Städten großen Erfolg, darum geben wir Damen und Herren, die endlich das Geld in die eigene Tasche verdienen wollen, die Möglichkeit, den gleichen Erfolg zu haben wie viele vor ihnen. Mit einem Eigenkapital von DM 10 000,– werden Sie einen Jahresverdienst von DM 190 452,– erzielen. Diese Tätigkeit kann von jedermann ohne Vorkenntnisse ausgeübt werden. Bitte senden Sie uns Ihre Bewerbungsunterlagen, wir werden Ihnen umgehend antworten. Zuschriften unter W 4849 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**Wir haben die Innovation des Jahres**

Gute Ansätze, teilweise Realisation durchgeführt. Um ein ungestörtes weiteres Wachstum weltweit durchzusetzen und eine unangefochtene Marktstellung zu erreichen, wird Kapital in Höhe von 2 Mill. benötigt, das auch in Tranchen zu 50 TDM eingebracht werden kann.
Die Kapitalverwaltung wird treuhänderisch vorgenommen und überdurchschnittlich verzinst.
Angebote richten Sie unter V 4936 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen. Für Schnellentschlossene Telex-Nr. 4 63 348.

Für unser Super-Produkt

**ROTOPRACTIC**

Toilettenpapier-Spender, 3 Typen für 4–5 Rollen normales Papier, auch abschließbar, suchen wir aktive und potente

**Handelsvertretungen**

mit entspr. Vertriebs-Organisationen im Bereich: Waschraum, Hygiene. Für den Verkauf an den gew. Endverbraucher gute Provisionen.

Angeb. unt. W 4937 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**RESTPOSTEN**

Sicherheits-Lampe, u. a. mit Fotozelle, inkl. Varta-Spez.-Batt. als Sonderposten günstig zu verkaufen. Menge: 2500 Stück.
Zuschr. erb. u. T 4934 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

**Spanisches Unternehmen**

möchte mit Firmengruppe zusammenarbeiten zwecks Entwicklung eines touristischen Komplexes an der Costa Brava. Entwicklung von Golfplatz (18 Löcher) sowie 400 Parzellen zur Bebauung. Komplex liegt direkt an Fernstraße.
Telex: 5 7 300 ELS. E
Telefon: 00 34 / 72 20 53 80

★ ★ ★ Sofort – gegen bar ★ ★★

**FORDERUNGSANKAUF**

(tituliert – mindestens 50 Stück)
Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn
Adenauerallee 48, Tel. 02 28 / 2 69 04 75

**Kunststoffindustrie Vertretung Schweiz**

Kleine, techn. Handelsfirma, seit 1980 in der Branche (Spritzguß) tätig, sehr gut eingeführt, sucht Vertretung für

**Verarbeitungsmaschinen/Zubehör**

Angebote unter Chiffre 33-200677, PUBLICITAS, CH - 9001 St. Gallen

**Firmendomizil in Bonn**

Günstiges Preis-/Leistungsverhältnis im Büro-Service.
Postfach 16 01 70, 53 Bonn 1
Tel. 02 28 / 25 09 51

● **ALU-ROLLADEN** ●

– Fertigelemente, ausgeschäumt – z. B. 200×240 = 4,8 m² = 476,– DM
Preisliste anfordern! Evtl. auch Montage.
Angebote unter S 4933 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



**DIE WELT**
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marla Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Giesken, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: King-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

## Bundesanleihen

[illegible]

## Bundesbahn

[illegible]

## Bundespost

[illegible]

## Länder – Städte

[illegible]

## Bankschuldverschr.

[illegible]

# Die Renditen steigen wieder

**Das seit dem Wiederanstieg des Dollar minimal gewordene Kaufinteresse der Ausländer und der Abbau von Handelsbeständen lösten am Rentenmarkt weitere Kursabschläge aus. Öffentliche Anleihen lagen um durchschnittlich 0,20 Prozentpunkte niedriger. In Einzelfällen gingen die Abschläge darüber hinaus. Auf der ermäßigten Kursbasis belebte sich die Nachfrage. DM-Auslandsanleihen waren wenig verändert. Bei den DM-Anleihen Südafrikas kam es wie am Vortag zu Schwankungen. Im Handel unter Banken erreichten sie im 10jährigen Bereich 6,95 Prozent.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| M | 6½ dgl. Pf 5 | 96,5G | 96,5G |
| M | 6½ dgl. Pf 12 | 96G | 96G |
| M | 7 dgl. Pf 20 | 102,75G | 102,75G |
| B | 5 Berl.Pfandb. Pf 7 | 103,5G | 103,5G |
| B | 7 dgl. Pf 31 | 101,5G | 101,5G |
| B | 6 dgl. Pf 34 | 100G | 100G |
| B | 6½ dgl. Pf 37 | 100,6G | 100,6G |
| Hn | 5 BrHam. Hypo. Pf 1 | 118G | 118G |
| Hn | 7 dgl. Pf 60 | 100,75G | 100,75G |
| Hn | 7½ dgl. Pf 67 | 106G | 106G |
| Hn | 6 dgl. KS 29 | 90,75G | 90,75G |
| Hn | 7 dgl. KS 30 | 102,4bG | 102,4G |
| D | 5 Dt.Cenbod. Pf 44 | 120,5G | 120,5G |

[illegible]

| | | | |
|---|---|---|---|
| D | 4 dgl. Pf 18 | 107G | 107G |
| D | 6 dgl. Pf 28 | 100,75G | 100,75G |
| D | 6½ dgl. Pf 67 | 95G | 95G |
| D | 5½ dgl. KO J+E | 128G | 128G |
| D | 7½ dgl. KO 77 | 100G | 100G |
| S | 5 RhHyp.Mannh.Pf59 | 110G | 110G |
| S | 5½ dgl. Pf 109 | 81,5G | 81,5G |
| S | 7 dgl. Pf 125 | 105,5G | 103,5G |
| S | 7 dgl. Pf 128 | 101G | 101G |
| S | 8 dgl. Pf 177 | 100G | 100G |
| S | 6 dgl. KS 77 | 89,75G | 89,75G |
| Br | 5 St.Kr.Öl-Br Pf17 | 124,25G | 124,25G |
| Br | 5½ dgl. Pf 24 | 107,75G | 107,75G |

[illegible]

## Sonderinstitute

[illegible]

## Industrieanleihen

| | | | |
|---|---|---|---|
| F | 7½ dgl. 71/86 | 100,5G | 100,5G |
| F | 7½ dgl. 76/87 | 101,75G | 101,75G |
| F | 7½ Klöckner W. 71/86 | 100,5G | 100,5 |
| F | 8 dgl. 72/87 | 101,6G | 101,6G |
| F | 6 NWK 61/86 | 100,1G | 100,1G |
| F | 6 dgl. 62/87 | 100,7G | 100,7G |
| F | 6 Ob.Don.Krwk. 64/89 | 99G | 99G |
| F | 6 Rh.Briw. 63/89 | 99G | 98,75G |
| F | 6 dgl. 65/90 | 98,8T | 98,5G |
| F | 6 RWE 65/88 | 99,4G | 99,4G |
| F | 6 dgl. 65/90 | 99,25T | 99,25T |
| F | 7½ dgl. 71/96 | 100,65G | 100,65 |
| F | 7 dgl. 72/87 | 100,6G | 100,6G |
| F | 6 Rh.-M.-Don. 62/87 | 100,25G | 100,05G |

[illegible]

## Optionsscheine

[illegible]

## Optionsanleihen

[illegible]

## Währungsanleihen

[illegible]

## Wandelanleihen

[illegible]

## Düsseldorf

## DM-Auslandsanleihen

[illegible]

## Ausländische Aktien in DM

[illegible]

---

Wir trauern um

## Gustav Seebich

Der am 31. August 1985 im 87. Lebensjahr Verstorbene war von 1948 bis 1966 Landrat des Landkreises Göppingen. In der gleichen Zeit führte er zunächst den Vorsitz im Verband der Württembergisch-Badischen Landkreise und dann im Landkreistag Baden-Württemberg. Als langjähriges Präsidialmitglied und von 1952 bis 1960 als Präsident des Deutschen Landkreistages setzte er in seiner stetigen, zielstrebigen und zuverlässigen Art im Verband Maßstäbe und trug dazu bei, in Zeiten der Konsolidierung unseres Staates den Kreisen im Verwaltungsaufbau der Bundesrepublik einen maßgeblichen Stellenwert zu verschaffen.

Gustav Seebich hat sich in den entscheidenden Jahren des Wiederaufbaues und des Wiedererstarkens der kommunalen Selbstverwaltung um die deutschen Landkreise verdient gemacht.

Wir gedenken seiner in Dankbarkeit.

**DEUTSCHER LANDKREISTAG**
Joseph Köhler
Präsident
Dr. Hans Tiedeken
Geschäftsführendes Präsidialmitglied

**LANDKREISTAG BADEN-WÜRTTEMBERG**
Dr. Wilhelm Bühler
Präsident
Dr. Kurt Gerhardt
Hauptgeschäftsführer

---

## Curt Peters

Konsul der Dominikanischen Republik

* 1. März 1892 † 25. August 1985

Das Leben dieses warmherzigen Menschen, das reich war an unermüdlicher Schaffenskraft gepaart mit steter Hilfsbereitschaft gegenüber seinen zahlreichen Freunden im In- und Ausland, hat sich vollendet. Er bleibt uns unvergessen.

Im Namen aller Angehörigen und Freunde
Dr. Hinrich A. Peters, Puerto Rico
Irmgard Wegner

Robert-Koch-Str. 1
2000 Hamburg 20

Die Beisetzung hat in aller Stille stattgefunden.

---


**Familienanzeigen und Nachrufe**
können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Telefon:
Hamburg (0 40) 3 47 – 43 80,
oder – 42 30
Berlin (0 30) 25 91–29 31
Kettwig (0 20 54) 1 01–5 18 u. 5 24

Telex:
Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104


---


„Ich* bitte



* Dr. Veronica Carstens, Schirmherrin Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft:

Die Multiple Sklerose, die Krankheit mit den tausend Gesichtern, ist trotz weltweiter Forschung noch nicht heilbar.
Die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft, DMSG, deren Arbeit mir als Schirmherrin besonders am Herzen liegt, hilft den Betroffenen, mit den vielfältigen Belastungen dieser Krankheit fertig zu werden. Die MS-Patienten dürfen nicht länger im Schatten stehen

um Ihre Hilfe und Ihre Unterstützung."

Die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft (DMSG) ist eine Selbsthilfeorganisation. Zielsetzung ist die Beratung und die Betreuung der Kranken und deren Angehörigen, die Hilfe in sozialrechtlichen Belangen, die Förderung der Forschung und die Aufklärung über die Multiple Sklerose.

Ein großer Kreis freiwilliger Helfer, wenige Hauptberufliche, und vor allem viele Betroffene dienen diesen Aufgaben. Da wir mit Zuschüssen der öffentlichen Hand nur einen kleinen Teil unserer Arbeit finanzieren können, sind wir auf Ihre Mithilfe angewiesen.

Kto.-Nr. 31 31 31
Stadtsparkasse München (BLZ 701 500 00) · Volksbank Bonn (BLZ 380 601 86) · Postscheckamt Köln (BLZ 370 100 50)



DEUTSCHE MULTIPLE SKLEROSE GESELLSCHAFT
Bundesverband e.V.
Rosental 5 · 8000 München 2 · Telefon 089/2608058

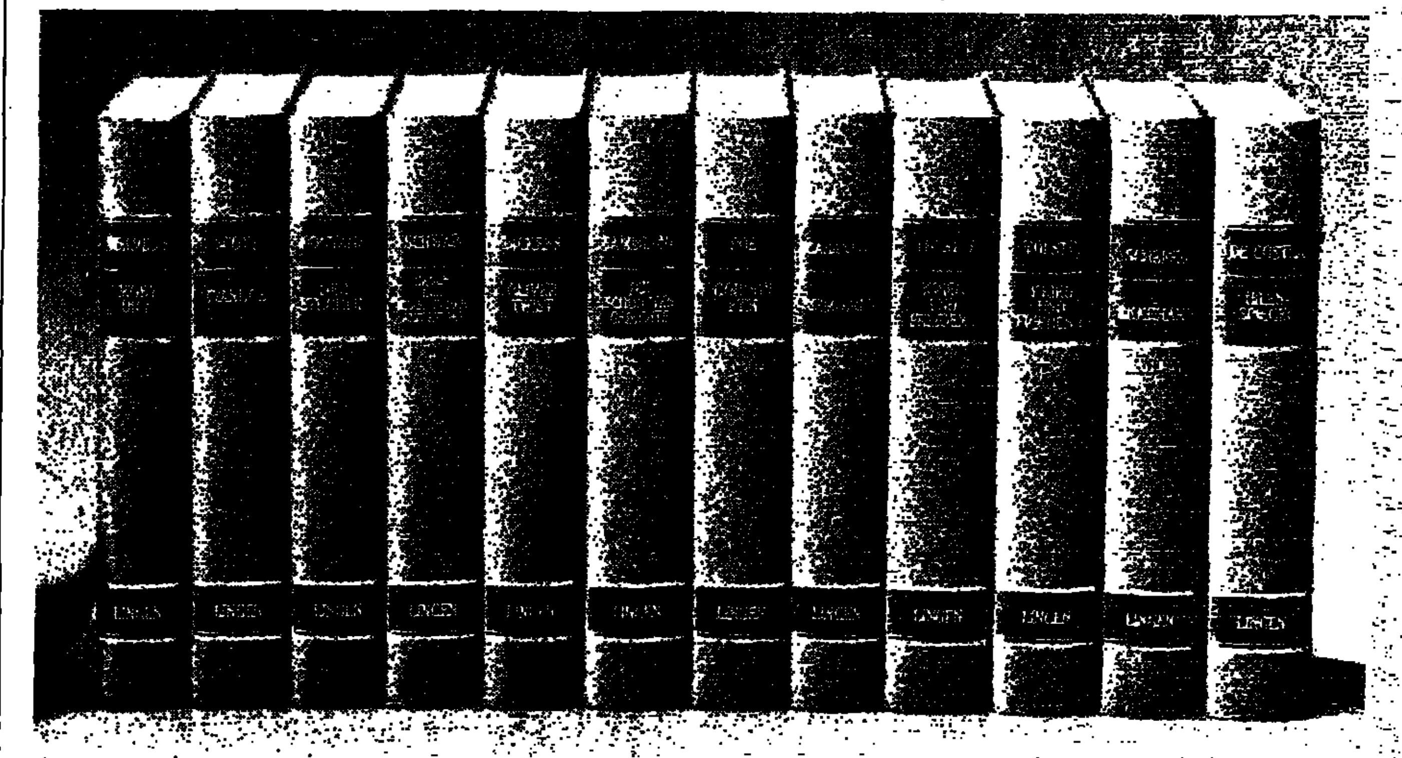

---


DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Abonnenten-Service

# 12 Klassiker der Weltliteratur

für WELT-Abonnenten zum Sonderpreis von DM 96,–



Aus der **Bibliothek der Klassiker**
zwölf Bände – jeder über 400 Seiten
im attraktiven Kunstledereinband
mit Goldprägung:
Theodor Fontane – Der Stechlin
Charles Dickens – Oliver Twist
Edgar Allen Poe – Gordon Pym
Charles de Coster – Uilenspiegel
Leo Tolstoi – Krieg und Frieden I + II
Giovanni Giacomo Casanova – Memoiren
Herman Melville – Moby Dick
Joseph Viktor v. Scheffel – Ekkehard
Walter Scott – Ivanhoe
Gustav Schwab –
Sagen des Klassischen Altertums
Sammlung der schönsten Gedichte

An: DIE WELT, Leser-Service, Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

**Bestellschein**

Bitte senden Sie mir die genannten 12 Bände aus der **Bibliothek der Weltliteratur** zum Gesamtpreis von DM 96,– (einschließlich Versandspesen).
Ich bezahle den Betrag wie mein WELT-Abonnement

❑ nach Rechnungsstellung
❑ durch Abbuchung

Name:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

Kunden-Nr.:

Abonnenten-Service

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Die Dame darf denken

mar – Was wären wir ohne die Hessen, die regierenden? Würde der Fortschritt nicht einen großen Bogen um unser Land machen? Aber es gibt ja zum Glück in Wiesbaden Frauen, die wissen, wo es lang gehen muß. Wissenschaftsministerin Vera Rüdiger hat gerade wieder einen solchen Wegweiser errichtet. Und auf dem steht: Förderung der Frauenforschung an den Hochschulen und Fachbereichen. Zugleich erfahren wir, daß sich das hessische Wissenschaftsministerium bemüht, möglichst günstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Frauenforschung zu schaffen.

Nur was „Frauenforschung" ist, erfahren wir nicht. Zugegeben, das Wort ist populär. Es diente wiederholt als Kongreßthema und Vorwand für andere Gelegenheiten organisierter Geschwätzigkeit. Was dort zu hören war, erwies sich in der Regel jedoch als eine Schmalspurwissenschaft, weil das Blickfeld der Forschenden durch die Scheuklappen des Feminismus künstlich eingeengt wurde. „Frauenforschung" ist danach, wenn Frauen über Frauen schreiben. Dementsprechend wäre Marie Curie nicht diesem Phantomfach zuzurechnen, wohl aber ihre Tochter, die eine sentimentale Biographie der Mutter verfaßte. Und noch etwas ist für die Frauenforschung „konstitutiv": Männer sind in dem Metier – dem Gleichberechtigungsgrundsatz des Grundgesetzes zum Trotz – nicht zugelassen.

Da ist es nur konsequent, wenn sich eine Autorin (in dem Katalog der Marburger Ausstellung „Der Grimm auf Märchen") als „Historikerin, feministische Wissenschaftlerin" vorstellt. Daß von Wissenschaft nicht mehr die Rede sein kann, wenn sie mit einem Adjektiv der Ideologie – sei es „feministisch", „marxistisch", „nationalsozialistisch" usw. – verbunden wird, vermögen die Ideologiehörigen natürlich nicht einzusehen. Denn Objektivität ist ihnen eine Schimäre, Parteilichkeit höchste Tugend.

So dürfen wir hoffen, daß Hessen uns demnächst auch „feministische Chemiker(innen)", „feministische Maschinenbauer(innen)" usw. beschert. Und zugleich wird es Zeit, dem Antifeminismus den Kampf anzusagen und Bücher aus den Bibliotheken zu entfernen, in denen man – wie z. B. bei Molière – lesen muß: „Wohl seh' ich's gern, wenn eine *Dame* Einsicht in *alles* hat; allein mich stört die Sucht, gelehrt zu sein, nur, um dafür zu gelten."

Kontroversen, alt und neu – Der Weltkongreß der Germanisten in Göttingen

# Am Ende der Moderne?

Jacob Grimm, 200jährig, und der Xenien-Dichter Goethe waren beim VII. Weltkongreß der Germanisten in Göttingen dabei. Im Namen Grimms, des republikanisch gesinnten Gründervaters der Germanistik, erinnerte Bundespräsident von Weizsäcker die 1400 Teilnehmer aus 53 Ländern an die politische Verantwortung der Philologie als Kulturwissenschaft. An Goethe aber hielt sich der souveräne Leiter des Kongresses, der Göttinger Germanist Albrecht Schöne: „Wenn ihr im Suchen euch trennt, wird erst die Wahrheit erkannt." Denn: „Kontroversen – alte und neue" hieß das Tagungsthema, Kontroversen, die in 348 Vorträgen und Disputen oft auch den Konsens fanden – über Nationen-Gegensätze und Theoriezwiste hinaus.

Daß dies hier gelang, ist nicht nur inlandsgermanistischer Theorieberuhigung zu verdanken, sondern auch dem neuen interkulturellen Selbstverständnis internationaler Germanistik. Symptomatisch hierfür der Einleitungsvortrag des Kunsthistorikers Ernst Gombrich (London). Mit Goethes Plutarch-Kommentar – „Sind eben alles Menschen gewesen" – plädierte er in Erkenntnis der Schranken von Raum und Zeit gleichwohl für deren Überwindung im Zeichen anthropologischer Gemeinsamkeiten und universaler Humanität. Das war von dem 1936 Emigrierten auch politisch gemeint.

Denn 40 Jahre nach Kriegsende und 30 Jahre seit Gründung der Internationalen Germanisten-Vereinigung (IVG) war erstmals Deutschland ihr Tagungsort. Da mögen sich in der Tat „kontroverse" Grundwasser gerührt haben, alte Ängste auch, deren Ableitung nicht zuletzt Schönes diplomatischem Geschick und der Gastfreundlichkeit der Göttinger zu verdanken war, die 500 Ausländer kostenlos als Gäste zu sich nahmen.

Entscheidender aber der Kongreß selbst, der sich 23 Kontroversen auferlegt hatte – allen voran die brisante Spannung zwischen jüdischer und deutscher Kultur. Gleich drei der acht Plenarvorträge waren dem Thema gewidmet: Während Ruth Angress (Princeton) das Negativbild des Juden in der deutschen Literatur des 19. Jahrhunderts als Zeugnis vergessener Aufklärung beklagte und Peter Wapnewski (Berlin) anhand der fatalen Rezeption des mittelalterlichen Spruchdichters Süskind von Trimberg der Germanistik die Leviten las, warb mit versöhnlichem Humor Siegbert Prawer (Oxford) für das Jiddische als schöpferisch-bildkräftigen Konsens aus Hebräisch und Deutsch – von assimilierten Juden selbst zu Unrecht als „verfluchtes Gemauschel" geschmäht. Die Assimilation – ein „Verlust an Sprachkraft und Identität", bestätigte Jacob Katz (Jerusalem), und Klaus Müller-Salget (Bonn) bewies es mit klugem, kritisch-sympathetischem Blick auf deutschsprachige Schriftsteller in Israel.

Zentral auch die aktuelle Kontroverse um Moderne und Postmoderne: Ist letztere die Radikalisierung der Moderne, eine verschärfte Selbstkritik instrumentalisierter Vernunft, die uns an den Abgrund von Naturzerstörung und Weltkriegskatastrophe geführt hat? Oder umschreibt der Begriff „Postmoderne" ein neues Paradigma, jenseits cartesianischer Subjektgewißheit, orientiert an einem revidierten Vitalismus, genährt aus prosperierender Nietzsche-Forschung, Anthropologie und postfreudianischer Psychologie? Noch plädierte Uwe Japp (Frankfurt/M.) für eine seriöse Reflexion des komplexen Moderne-Begriffs selbst – da erhoben sich schon überall die „Postisten": Das Entwicklungsprinzip der Literaturgeschichte ergänzend, forderten Werner Hammacher (Baltimore), Harro Müller (Bielefeld) und Philippe Forget (Paris) eine „subjektdezentrierte" Literaturdarstellung mit Sinn für Zufall und Mutation.

Und im Forum „Frauenliteratur?" wurden von den durchwegs weiblichen Referenten überhaupt nur die poststrukturalistischen Männer aus Frankreich akzeptiert – Lacan, Foucault, Barthes: Gegen die deskriptive „Fleischbeschau" der Frau in der Literatur betonte Sigrid Weigel (Hamburg) die „weibliche Schreibweise" – die sie exemplarisch in Bachmanns Malina-Roman fand. Allein die Metonymie durchbreche den „phallozentrischen Diskurs" der Sprache, erlaube die Evokation der „präödipalen Phase" unverstellter Weiblichkeit. Erschreckt flüchteten die männlichen Zuhörer, nur hinten blieb einer sitzen: Günter Grass – wortlos. In-group-Stimmung, gewiß („Ich fand deinen Vortrag toll" – „Danke für die Streicheleinheit") – aber der Drang, die rationalistische „Entzauberung der Welt" (Max Weber) zu überwinden, durchzog auch andere Foren, verband Inlands- und Auslandsgermanistik und scheint, freilich noch unklar und verworren, westliches Schwellenbewußtsein auszudrücken.

Wird hier die Moderne in Frage gestellt oder gar verabschiedet, so wird sie anderswo erst erreicht! Bemerkenswert die Teilnahme der Volksrepublik China mit mehr als 30 Germanisten, deren perfekte Sprachkompetenz ebenso beeindruckte wie ihre Offenheit für die deutsche Moderne. Was Wuneng Yang (Chongoing) über die tiefaufatmende Kafka-Rezeption nach der Kulturrevolution berichtete, machte betroffen, entsprach auch deutscher Erfahrung nach dem Dritten Reich.

Vom Konsensdruck der „Kontroversen" profitierte überdies – dritter wesentlicher Aspekt – das Verhältnis zwischen Ost und West, zwischen der Germanistik in der „DDR" und der Bundesrepublik. Zwei Beispiele: Da plädierte Claus Träger (Leipzig) für eine Literaturgeschichte, die Gesellschaft *und* Autorindividualität, Historie *und* Werkautonomie, geschichtliches Wissen *und* privates Leseerlebnis vermittelt. Und Eberhard Mannack (Kiel) verwies auf Konvergenzen der Vergangenheitsbewältigung in neuerer Literatur der Bundesrepublik und der „DDR", wo – bei Grass und Fühmann, Alexander Kluge und Christa Wolf – jenseits ideologischer Faschismustheorien die Manipulierbarkeit der Industrie- und Massengesellschaft als durchaus universales Vergangenheits- und weiter drohendes Gegenwartsphänomen thematisiert sei.

Annäherung also auf der Basis existentieller Gemeinschaft. Kulturnationale Einheitssignale freilich beschränkten sich aufs Historische. So zeigte etwa Jürgen Fohrmann (Bielefeld) auf die Ordnungsfunktion des Nation-Begriffs in romantischen Literaturgeschichten bei Herder und Schlegel. Doch wie fragwürdig, da politisch oft mißbraucht, der Begriff der Kulturnation überhaupt ist, erwies Frank Trommlers (Philadelphia) literaturgeschichtliche Tour d'horizon vom 19. Jahrhundert zum Dritten Reich.

Spektakulär das Ende des Kongresses: Vor 1000 Zuhörern, umlagert von Studenten und Fernsehkameras, trafen sich an zwei Abenden die „eigentlichen Mäzene der Philologie, die wahren Veranstalter dieses Kongresses" (Schöne) – Schriftsteller und Dichter. Die durchaus kontroversen Autoren Dürrenmatt, Heißenbüttel und Heym, Grass, Jandl und Walser verbanden sich freundschaftlich zu gemeinsamen Lesungen. Poetenfest, Gruppe-47-Nostalgie. Begeisterter Applaus.

Droht uns, wie zu hören war, nach dem „tintenklecksenden" (Schiller) nun wirklich ein bildschirmgaffendes Saeculum? Dieser lebendige Kongreß jedenfalls hielt kraftvoll dagegen. Vielleicht wird man es ja auch genauer wissen, wenn die internationale Germanistik unter dem soeben gewählten Präsident Eijiro Iwasaki 1990 in Tokio erneut zusammentrifft.

THEO ELM



**Appell an die individuelle Imaginationskraft: „Fabelhafter Nachwuchs" von Paul Klee (1939)** FOTO: BINDER/THIELE

Berliner Kunsthalle präsentiert „Elementarzeichen"

# Seelen in Besitz nehmen

Elementarzeichen" – diese Schau spannt den weiten Bogen von den Bildkürzeln der schriftlosen Vorzeit zu den mythisch aufgeladenen, rätselhaften oder heiteren Verknappungen der Klassischen Moderne und schließlich den malerischen und plastischen Hervorbringungen der Gegenwartskunst, die sich – spröde bis lustvoll – wiederum neue Bildwelten archaisierender Zeichen und flotter Graffiti an ihre eigenen Höhlenwände wirft.

Tatsächlich suchen einzelne Künstler ganz unmittelbar die Bild-Quellen der Felsenritzer. Nikolaus Lang hat penibel in Val Camonica die Konturen der Felsbilder nachgerieben und ihnen gleichsam einen neuen zeitlichen Zusammenhang gegeben. Und Willi Baumeister zog sich gar, als die eigene künstlerische Arbeit bedrängt war, in die Erforschung der frühesten Kunst zurück. So konnte er dann „Erinnerung" und „Urzeitgestalt" im eigenen Werk aufleben lassen. Höhepunkt dieser Schau.

Die Ausstellung des Neuen Berliner Kunstvereins konzentriert sich auf fünf Motive, die über die Zeit- und Kunstgrenzen hinweg elementare Wichtigkeit bewahrt haben: Mensch, Haus, Boot, Baum und Tier. Dennoch zeigt sich sehr schnell gerade anhand dieser Formen, daß der Sinn-Zusammenhalt der Bilder von damals und heute bestenfalls in vager Beliebigkeit liegen kann. Glücklicherweise vermeidet es die glänzende Ausstellungsinszenierung, falsche Vaterschaftsnachweise zu erbringen. Sie nimmt das Phänomen der neuen „Elementar-Zeichnerei" eher on the rocks, ohne es mit dem Soda fragwürdiger Analogien zu verdünnen.

Die Höhlenbilder besaßen einen „Gebrauchswert" – etwa wenn es darum ging, die Seele eines zu erjagenden Tieres vorweg in Besitz zu nehmen. Sie könnten „bildgewordene Gebete" sein. Mag der hochdotierte Höhlenzeichner unserer Tage, Penck, manchmal an die „Röntgen"-Wirkung der Felsbilder erinnern und sich eine gewisse Bedeutungs-Systematik der Kürzel zurechtlegen – die Künstler der Gegenwart verfügen locker und souverän darüber. Sie schaffen sich ihre eigene Magie, sie appellieren an die ganz individuelle Imaginationskraft und Phantasie des Beschauers. Dies mag auch Ausdruck einer Sehnsucht nach verlorener Natürlichkeit und Naivität sein, der Wunsch, den letzten verborgenen Rätseln, den elementaren Ängsten wieder mit Bildern auf den Grund zu kommen. Statt der „Bedeutung" gibt es die „Spur": Schon Yves Klein drückte die Körper seiner Freunde mit Farbe auf Stoffbahnen ab. Das Metier selbst gewinnt die Oberhand über die Motive: Tàpies' Bilder sind selbst mythisch wirkende Wände voller Geheimnis. Das Raunen ist es – die zeremonielle Funktion des Kultus ist schon lange perdu. Das Rentier der steinzeitlichen Jäger trug die Fliegenpilze noch zu einem ganz bestimmten Zweck an den Ohren . . .

Diese Schau berührt einen Teil-Aspekt: das Kultische, Magische, das Suchen im Vagen wären weiterer Untersuchungen wert. Der Weg ist weit von Mirós „Kleiner Blonden im Park der Attraktionen" über die „asiatischen" Kürzel von Bissier zu den keß-plastischen Graffiti des Frank Dornseif oder der Punkt-Punkt-Komma-Strich-Zettel-„Installation" der Eva Maria Schön. Ganz zu schweigen von den Stahl-Stelen, die Michael Wilatschil wundersamerweise auf Spiegelstücken „wie auf einer Nadelspitze" ausbalanciert und deren imaginäre Aura nun in der Kunsthalle von einer Sonderwächterin mit Argusaugen vor allzu kontaktfreudigen Besuchern bewahrt wird. Kunst mit Berührungsängsten.

Und schließlich haben auch jene „Piktogramme" per Film und Aufkleber reichlich ihren Platz, die dem Neuzeitler auf Flughäfen oder sonstwo zwischen Tokio und Posemuckel unverständlich klarmachen, wo es lang geht (und ob Dackel erlaubt sind). So sind wir eben wieder mitten in der Steinzeit. Und das ganz international. (Bis 6. 10., Katalog Verlag Frölich & Kaufmann 25 Mark.)

PETER H. GÖPFERT

## JOURNAL

### Deutsche Filmwochen in Peking eröffnet

DPA, Peking

Mit einer Galavorführung des leicht gekürzten Films „Mephisto" von Istvan Szabo haben im Nationalitätenpalast von Peking die ersten deutschen Filmwochen in China begonnen. In 24 Kinos der Hauptstadt werden fünf deutsche Produktionen gezeigt, u. a. auch „Der Hauptmann von Köpenick" und „Die unendliche Geschichte". Bis Ende Oktober sollen die Filme in vier weiteren Städten gezeigt werden: in Xi-an, Shanghai, Wuhan und Kanton.

### Gedenkstätte für Heinrich Schütz

AP, Berlin

Das Geburtshaus des Komponisten Heinrich Schütz (1585–1672), ein restauriertes Eckgebäude im Zentrum von Bad Köstritz im „DDR"-Bezirk Gera, wird Mitte Oktober als Forschungs- und Gedenkstätte für den „Vater der deutschen Musik" eröffnet. Das ehemalige Gasthaus „Goldener Kranich", in dem Schütz vor 400 Jahren zur Welt kam, war bereits vor 31 Jahren als Erinnerungsstätte an den berühmten Musiker eingerichtet worden.

### Über das Machen von Literatur

DPA, Darmstadt

Unter das Thema „Sprachtheater. Über das Machen von Literatur" hat die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung ihre Herbsttagung (16. bis 18. Oktober) in Darmstadt gestellt. Zum Auftakt der Zusammenkunft liest der diesjährige Träger des von der Akademie verliehenen Georg-Büchner-Preises, der „DDR"-Dramatiker Heiner Müller, aus seinem Werk.

### Brot und Not in der modernen Kunst

DW. Ulm

Das Deutsche Brotmuseum in Ulm feiert sein dreißigjähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß zeigt es in den Räumen des Ulmer Kunstvereins vom 8. September bis 13. Oktober die Jubiläums-Ausstellung „Brot und Not in der Kunst des 20. Jahrhunderts". Gezeigt werden



**Ernst Barlach, „Hungergruppe"** FOTO: DEUTSCHES BROTMUSEUM, ULM

Kunstwerke wie Plastiken von Barlach, Gemälde von Lovis Corinth, Graphiken von Picasso. Dazu kommen Anschläge und Werbegraphiken wie z. B. das berühmte Plakat von Käthe Kollwitz „Brot" oder von Kokoschka mit dem an Kinder Brot verteilenden Christus. Der Katalog zur Ausstellung kostet 5 Mark.

### Samt und Seide auf Schloß Rheydt

DW. Mönchengladbach

Die Stadt Mönchengladbach verfügt über eine umfangreiche Textilsammlung, die vor dem Ersten Weltkrieg als Mustersammlung für die Webereischule und die im Ort ansässige Textilindustrie gedacht war. Darunter sind bemerkenswerte Beispiele für die Vielseitigkeit der Textilkunst seit Beginn der Neuzeit. Eine Auswahl aus dieser Sammlung wurde bereits im vorigen Jahr gezeigt. Nun setzt das Städtische Museum Mönchengladbach Schloß Rheydt diese Ausstellung mit „Samt und Seide II" fort. Die Übersicht umfaßt Samt- und Seidenstoffe aus dem 16. bis 18. Jahrhundert. (Bis 29. Sept.; Katalog 5 Mark.)

### Zur Erinnerung an Ferdinand Nigg

DW. Vaduz

Mit Bildteppichen, Malerei, Graphik und Paramentik erinnert die Liechtensteinsche Kunstsammlung in Vaduz an Ferdinand Nigg. Der Künstler, der 1865 in Liechtenstein geboren wurde und dort 1949 starb, hat ein vielseitiges Werk hinterlassen. Seine Stärke lag bei den angewandten Kunsttechniken, der Tapisserie, der Ornamentik, der Buchgestaltung. Der Ferdinand-Nigg-Stiftung in Vaduz ist es inzwischen gelungen, wesentliche Teile des Nachlasses, der nach der Erbteilung zu zwei Dritteln nach Amerika ging, wieder zurückzukaufen. Etwa 200 Beispiele davon sind in der Ausstellung vom 6. September bis 6. Januar zu sehen. Der Katalog kostet 45 Franken, im Buchhandel 68 Franken.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Das Monatsheft „Mut"

# Vom Sinn der Identität

In Fontanes Roman „Der Stechlin" begegnet uns die Gestalt des in die „Krittikk" vernarrten Doktors Wrschowitz: „Krittikk ist wie große Revolution. Kopf ab aus Prinzipp." Wrschowitz war, dürfen wir annehmen, geschätzter Mitarbeiter diverser Kulturzeitschriften, und auch heute noch schätzen solche Organe Kritiker, die gängige Auffassungen abräumen, um für „das Neue" (aus eigener Werkstatt) Platz zu schaffen. Man ist daher recht verdutzt, wenn man eine Kulturzeitschrift in den Händen hält, die, statt zu kritisieren, bejaht, statt zu entlarven, ermutigt, und sich dabei keinen Deut um die Usancen der Kulturpublizistik schert. Bernhard C. Wintzeks Monatsschrift „Mut" (Postfach 1, 2811 Asendorf) scheint trotzdem zu florieren, zumindest lieferte sie soeben ihre Nr. 217 (September) aus. Beim Durchblättern fallen zuerst die brillanten Farbbilder auf: eine Heidelandschaft auf der Titelseite, ein Straßburger Glasfenster, das Stadtschloß von Weimar, ein durchsonnter Waldweg, die Burg Hohenzollern, ein Bücherbord mit älteren Klassikerausgaben. Nichts, was neu, beunruhigend oder erschreckend wäre, nichts, was nicht in einem Bezug zum Thema Deutschland stünde.

Auch im Textteil wird mit viel Zuneigung von der Heimat gesprochen. Im Titelbeitrag bekennt Herbert *Gruhl seine „Liebe zu Deutschland"*. Man erinnert sich, wie der wohl bekannteste ökologische Vorkämpfer seinen Bundestagssitz verlor, als sein Buch „Ein Planet wird geplündert" (jetzt im 350. Tausend) mehr Interesse fand als das Grundsatzprogramm seiner Partei, wie er später mit den Grünen brach, als der ökologische Impuls zu grün angestrichenem Revoluzzertum verkam. „Zwei grundlegende Dinge", sagt Gruhl, „benötigt der Mensch zu seiner Existenz: eine vertraute Umwelt und eine ererbte Sprache." Millionen von Flüchtlingen seien aus ihrer vertrauten Umwelt herausgerissen worden, ganze Völker hätten ihre kulturelle Identität verloren. „In jedes der Völker dringen über die heutigen Massenmedien die verschiedensten Kulturformen hinein, zersetzen und zersplittern ihr historisch gewachsenes Wesen." Gruhl stellt den Verlust der kulturellen Identität der Zerstörung der Umwelt gleich. Doch gerade der Erfolg der Ökologie gebe eine gute Chance, „die Reste der kulturellen Substanz zu retten" und die kulturelle Identität „in dem jeweils überschaubaren Raum eines Volkes wiederzugewinnen". Die Voraussetzungen für einen eigenen Weg der deutschen Kultur scheinen Gruhl daher heute eher gegeben zu sein als für einen eigenen Weg der deutschen Politik.

Das Thema der kulturellen Identität zieht sich in der einen oder anderen Form auch durch die übrigen Beiträge: Christian Erdmanns Überlegungen zur heutigen deutschen Sprache, Helmut Diwalds Aufsatz über den riskanten Kurs heutiger Erziehung, Emil Schlees Gedanken über Heimat und Vaterland. Gerd-Klaus Kaltenbrunner schildert Theodor Däubler als einen aus der langen Reihe dichtender Zeitgenossen, die aus dem Bewußtsein der Deutschen gelöscht seien.

*„Mut" spricht zu Lesern, die stär*kende Kost wünschen, nicht zu den abgebrühten Auguren des Kulturmarktes. Doch gerade diese Art von Leserschaft ist verbreitet. Ein internationales Erfolgsbeispiel ist „Reader's Digest" (deutsche Auflage 1,4 Millionen), ohne daß die Kritik davon Kenntnis nimmt. „Reader's Digest" stellt den Durchschnittsamerikaner in hellstes Licht, „Mut" spricht den Deutschen Mut zu. Sie können ihn brauchen.

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

## KULTURNOTIZEN

**Die Deutsche Dante-Gesellschaft** veranstaltet ihre Jahrestagung vom 11. bis 13. Oktober in der Katholischen Universität Eichstätt.

**Germinations III** heißt eine internationale Ausstellung junger Künstler, die Kassel vom 12. Oktber bis zum 10. November zeigt.

**Juan Soriano**, mexikanischer Maler, stellt bis zum 8. September Malereien, Grafiken und Plastiken in der Stuttgarter Galerie „Kultur unterm Turm" aus.

**130 Goldschmiedearbeiten** sind in der evangelischen Stadtkirche in Unna vom 3. September bis zum 6. Oktober zu sehen.

**Ordnen und Vermitteln** – Konzepte für Sammlungen in Museen ist das Thema des Bayerischen Museumstages, der vom 11. bis zum 14. September stattfindet.

Luzerner Musikfestwochen: Im Mittelpunkt Bach

# Ausgeflippte Bassisten

Auch die Luzerner Musikfestwochen fühlten sich verpflichtet, im „Jahr der Musik" der großen Trias Bach, Händel und Scarlatti zu huldigen. Dabei tat man im Falle Bachs allerdings des Guten zuviel. Zu den stark vertretenen Originalwerken (als Höhepunkte die h-Moll-Messe unter Helmuth Rilling und der Orgelabend von Marie-Claire Alain) hat man auch noch moderne Bearbeitungen hervorgesucht. Am unglücklichsten waren dabei die Variationen über den Weihnachts-Choral Bachs „Vom Himmel hoch" von Strawinsky placiert, nicht nur des Sommers wegen, sondern auch noch unmittelbar vor der Neunten Beethovens. Dem Appell zur Humanität und Sforzato-Auftakt der Festspiele war somit die Wirkung genommen.

Auch die Aufführung der Neunten Sinfonie (mit dem Schweizerischen Festspielorchester unter Herbert Blomstedt) war nicht gerade überwältigend, aber solide und in sich geschlossen, vor allem auch durch die Leistung des Festspielchores und des Solisten-Quartetts (Jane Mengedoht, Glenys Linos, Gösta Winbergh, Alfred Muff).

Besser paßte sich die Bearbeitung von Tanzsätzen aus Französischen Suiten von Bach durch Honegger ihrer Umgebung im Programm an (wieder mit dem Festspielorchester, diesmal *unter Jiri Belohlávek*), *der* apar*ten*, sparsamen Instrumentation und der Interpretation wegen, welche den Sätzen ihre Anmut beließ. Mit dem von André Watts eher unterkühlt gespielten zweiten Klavierkonzert Beethovens und der Sinfonie „Mathis der Maler" von Paul Hindemith bildete dieses Programm eine kleine musikhistorische Lektion.

Scarlatti erschien – außer in seiner originalen Gestalt in verschiedenen Klavierabenden – in einer Soirée des Philip-Jones-Brass-Ensembles ausgerechnet in einer Transferierung vom Klavier auf fünf Blechbläser (von Stephen Dodgson). Die famosen Bassisten flippten schließlich nach alten und modernen Sätzen in die Parodie kantonaler Schweiz-Folklore aus.

Auch etablierte Festivals müssen sich bei der steigenden Zahl solcher sommerlicher Veranstaltungen immer wieder auf ihr Spezifikum besinnen. In Luzern beruft man sich dabei auf das jeweils mit einem festen Stamm ad hoc zusammengestellte Festspielorchester, das auf ein für Toscanini im Jahre 1938 kreiertes Elite-Ensemble zurückgeht, sich seither, ähnlich wie Goethes Helena „bewundert viel und viel gescholten", mehr oder weniger wacker durch die Festspieljahre geschlagen und sich in den letzten Jahren zu einem soliden und leistungsfähigen Klangkörper entwickelt hat.

Das zweite Spezifikum des Luzerner Festivals, die sonst nirgends zu erlebende Konzentration von Elite-Orchestern und Solisten, die zum Teil auch Luzerner Bürger geworden sind, ist viel schwerer als etwas Eigenständiges, Besonderes zu definieren, weil diese auch anderswo zu hören und nicht immer ganz auf die Intentionen und Leitideen einzustimmen sind.

Zu der Trias Bach, Scarlatti und Händel, der unter anderem mit einer, nicht in allen (akustischen) Stücken überzeugenden Aufführung durch die Academy of Ancient Music unter Christopher Hogwood in der Jesuitenkirche gefeiert wurde, gesellen sich noch die Geburtstagskinder Alban Berg, Pierre Boulez und der Schweizer Heinrich Sutermeister (mit einer Aufführung seiner Oper „Die schwarze Spinne" im Stadttheater). Man könnte noch Gustav Mahler hinzunehmen (125. Geburtstag), dessen Zweite Sinfonie das Europäische Jugend-Sinfonieorchester unter Claudio Abbado mit einer hinreißenden Aufführung auf einem musikalischen *Seitensprung in ein Nicht-EG-*Land an den Vierwaldstätter See gebracht hat.

Die das Signum des Festivals in ihrem Namen tragenden Strings of Lucerne waren in der ersten Woche sogleich mit von der Partie, unter anderem mit dem interessanten Konzert für Klavier, Trompete und Streicher von Schostakowitsch (mit der energisch zugreifenden Elisabeth Leonskaja als Solistin) und einem als Uraufführung gespielten, etwas langatmigen, aber satztechnisch gekonnten Concerto für Streicher über die Initialen von Schostakowitsch von dem österreichischen Komponisten Augustinus Franz Kropfreiter. Die Leitung hatte wie immer Rudolf Baumgartner.

Die Besucherzahlen steigen, auch von der Seite der jungen Generation, die man durch billigere Eintrittspreise gewinnen will. Der Konzertsaal im Kunsthaus ist längst zu klein geworden, aber zunächst wird der daneben liegende, alte Bahnhof umgebaut und erweitert, die Stätte der Musen muß noch warten.

OTTO BANTEL

Beginn der fünfunddreißigsten Berliner Festwochen

# Dornenhecken aus Noten

Die 35. Berliner Festwochen sind eröffnet, und zwar (wenn man es genau nimmt) trotz Eberhard Diepgens Ansprache in der Philharmonie. Sie erregte leichte Betretenheit, Heiterkeit, am Ende gutmütige Zustimmung. Man hatte sich lange vor Schluß schon mit ihr abgefunden. Dem Regierenden Bürgermeister sind, zumindest in seinen Worten, die Musen nicht gerade hold.

Aber auch Luise Rinser hatte da ihre Schwierigkeiten. Sie äußerte sich – im Rahmen der Festakademie – über „Die Aufgabe der Musik in der Gesellschaft von heute", wobei auch ihr von vornherein unklar schien, von welcher Musik, welcher Gesellschaft und welcher Aufgabe denn dabei wohl die Rede sein könne. Sie verfolgte ihr Thema von den alten Chinesen über Plato, Hegel bis zu Heisenberg und der gegenwärtigen Astrophysik, attestierte der Harmonie der Sphären, dem Sternenklang der *harmonia mundi* abendländisch tonalen Klang, überhörte indessen offenkundig dabei, daß sich gleichzeitig seit Jahrtausenden dasselbe Firmament über fernöstlichen Breiten musikalisch durchaus anders geartet spannt. Luise Rinser schoß, beifallsumdröhnt, sozusagen ein Brillantfeuerwerk des liebenswürdigen Herumdenkens in den philharmonischen Abendhimmel.

So blieb die Musik den Rhetoren weit überlegen. Das „Ensemble Modern" der Gesellschaft für Neue Musik spielte unter Ernest Bours virtuos trockenen Handkantenschlägen wie gestochen: Eine Gruppe junger Musiker, denen es ein Spaß zu sein scheint, Schönbergs noch immer knifflige Kammersinfonie op. 9 in ihren instrumentatorischen und kontrapunktischen Verästelungen mit Gusto und Musikverstand nachzuzeichnen. Vor allem aber wurde das Ensemble Peter Ruzickas zwanzigminütigem Celan-Liederzyklus „ . . . der die Gesänge verschlug" (von Dietrich Fischer-Dieskau uraufgeführt) ein feinsinniger Interpret.

Ruzickas kompositorische Stärke ist ein Lyrismus, der sich nicht scheut, das große klagende Wort zu ergreifen, wenn Celan dazu aufruft. Es sind des Dichters letzte Verse vor dem Freitod, die Ruzicka komponiert hat, und er folgt ihnen musikalisch mit Einsicht und Trauer. Natürlich setzt es auch wahre Dornenhecken aus Noten, die den Text anfallen und zerfleischen. So gibt es den spitzenmusikalischen Fingerzeig auf die poetische Wunde.

Am eindringlichsten spricht Ruzicka sich aber aus, wenn er sich der kompositorisch weltläufigen Künstlichkeit freiwillig begibt und das Lamento Celans sich in schlichten Vokalisen aussingen läßt. Da schüttet das Stück alle bloße Modernität ab, wird groß, einfach und ergreifend zugleich. In Peter Ruzicka besitzt Deutschland einen seiner sensibelsten, gleichzeitig verschwiegen- sten Komponisten.

KLAUS GEITEL

## Erschreckende Bilanz der Brände in Südeuropa – Ein Schriftsteller hat seit Jahren vor dieser Entwicklung gewarnt

# „Es gibt klare Beweise für Brandstiftung“

DW. Paris/Athen/Rom

Die Experten sind sich einig: Der Sommer 1985 in Südeuropa war mörderisch. An den Küsten und auf den Inseln Griechenlands, Italiens, Frankreichs und Spaniens mußten Tausende von Urlaubern vor den rasenden Flammen fliehen. Campingplätze, Dörfer, ganze Stadtviertel wurden evakuiert. Wochenlang kämpften Tag und Nacht Tausende von Feuerwehrleuten, oft vergeblich, gegen die Flammen. Es gab Tote und Verletzte, und Schäden in Milliardenhöhe.

Schlimmer als in den schlimmsten Katastrophenjahren zuvor war es in diesem Sommer an der französischen Mittelmeerküste und auf Korsika. Dort fielen 35 000 Hektar Wald und Buschlandschaft den Flammen zum Opfer. Panik breitete sich aus, als das Feuer, das im Tanneron-Massiv ausgebrochen war, sich Mitte August fast bis an den mondänen Badeort St. Tropez durchgefressen hatte. Zur gleichen Zeit hieß es: „Ganz Korsika brennt.“ Binnen weniger Tage wurden 23 000 Hektar Wald und Buschbestand der mit Korkeichen bewachsenen Insel vernichtet.

27 500 Feuerwehrmänner wurden bei 2830 Bränden in Südfrankreich eingesetzt. Doch alle modernen Feuerbekämpfungsmittel, darunter ein Dutzend Löschflugzeuge, haben in diesem Jahr versagt. Drei von ihnen stürzten ab. Innenminister Pierre Joxe erklärte jetzt, der Kampf gegen die jährlichen Waldbrände sei eine Frage von nationalem Interesse.

Die Behörden in Griechenland wollen handfeste Beweise dafür haben, daß Brandstifter – vor allem Bauspekulanten, die Wälder in Weide- und Bauland verwandeln wollen – für die schwerste Feuerkatastrophe in dem Land seit Jahren verantwortlich sind. Bis Ende August waren 67 500 Hektar Wald den Flammen zum Opfer gefallen. Tatsächlich wurden an manchen Orten Feuerwerksraketen, Zündschnüre und Benzinkanister gefunden.

Erst durch die Festnahme von drei türkischen Flüchtlingen, die illegal die griechisch-türkische Grenze überquert hatten und Feuerwerksraketen mit sich führten, erhielt die diesjährige Brandserie auch eine politische Komponente. „Es gibt einwandfreie Beweise dafür, daß die drei Türken für eine Reihe von Bränden verantwortlich sind“, bestätigte der stellvertretende Innenminister Tsouras.

So populär diese „Verschwörungstheorien“ auch sein mögen, die meisten Brände, die Griechenlands Waldflächen Jahr für Jahr verwüsten, brechen durch Zufall aus. Hinzu kommt, daß die örtlichen Feuerwehreinheiten meistens schlecht ausgerüstet und mangelhaft ausgebildet sind. Deshalb will Athens Landwirtschaftsministerium seinen Etat zur Feuerbekämpfung von derzeit umgerechnet 51 Millionen Mark im Jahr in den nächsten drei Jahren verdoppeln.

Die Bilanz der italienischen Feuerfront zwischen Ligurien und Sizilien sieht so aus: In den ersten acht Monaten dieses Jahres gingen fast 23 000 Hektar Land, meist Waldungen und buschbewachsene Flächen, in Flammen auf. Die Schuld an den ungezählten Bränden trifft zum Teil leichtsinnige Raucher, die ihre glimmende Kippe achtlos wegwarfen, zum großen Teil jedoch bewußte Brandstifter. Gegen sie fordert Ministerpräsident Bettino Craxi in einer Beileidsbotschaft zum Tod der über Sardinien abgestürzten Flieger erhebliche Strafverschärfungen. Pläne für eine Wiederaufforstung gibt es nicht.

# *Der einsame Kampf eines Mannes gegen das Feuer*

C. VOLBRACHT, Cannes

Kilometerweit führt die Straße durch eine apokalyptische Landschaft. Der Waldbrand hat die Höhen und Täler des Tanneron-Massivs bei Cannes zu einer schwarz-grauen Mondlandschaft erstarren lassen. Wo vorher Kiefern, Mimosen und Eichen wuchsen, ragen nackte Stämme und Äste bizarr aus dem Boden.

Die Flammenwalze hat auch den Gedenkstein für eine Frau und ihre vier Kinder erreicht: Vor 15 Jahren kam hier die Familie des Schriftstellers Martin Gray bei einer Waldbrandkatastrophe ums Leben. Der polnische Jude, dessen Verwandte im Warschauer Getto umgekommen waren, hatte damals zum zweitenmal seine Angehörigen verloren.

Feuerwart Michel Nonclerq, der unweit des Gedenksteins von Mai bis November täglich mit dem Fernglas die Wälder auf Rauchfahnen absucht, weist den Weg durch die ausgebrannten Hügel bis zum Haus des Schriftstellers, dessen schreckliche Erinnerungen in diesem August durch die neue Waldbrandkatastrophe bei Cannes wieder entfacht wurden.

1970 hatte Gray seine Familie mit dem Auto nach Mandelieu geschickt – vermeintlich in Sicherheit. Er half Nachbarn und erfuhr die Wahrheit erst später. Lange Zeit wollte er der Familie in den Tod folgen; doch er überwand den Schock und schrieb sich mit der Autobiographie „Ein Schrei nach Leben“ den Schmerz von der Seele.

Obwohl sein Besitz diesmal von den Flammen nicht erfaßt wurde, „kam doch alles wieder“, berichtet Gray. „Warschau, die Schrecken des Krieges. Ich versank erneut in Verzweiflung und fuhr weg, weil ich die Flammen rundum nicht ertragen konnte.“ Aber der 59jährige, der wieder verheiratet ist und mit drei kleinen Kindern im Tanneron lebt, kehrte wie 1970 zurück. „Meine Lage zählt nicht, ich bin Leiden gewohnt, worauf es ankommt, ist meine Aktion.“



Mahner in einer apokalyptischen Landschaft: der Schriftsteller Martin Gray FOTO: DPA

Diese Aktion bedeutet seit 1970, für die Natur und gegen die Hoffnungslosigkeit zu kämpfen. Gray gründete die Stiftung Dina Gray, die sich vor allem mit Waldbrandverhütung befaßt. „Der Tod meiner Kinder sollte einen Sinn haben.“

Gray ließ in den Schulen Frankreichs acht Millionen Broschüren über Brandverhütung für Kinder verteilen. Danach gründete er die Aktion „Ein Kind, ein Baum“ und ließ Tausende von Bäumchen setzen. „Wer einmal einen Baum gepflanzt und ihn wachsen gesehen hat, wird nie zum Pyromanen.“

„Die Stiftung wird allein von den Erlösen aus dem Verkauf meiner Bücher finanziert“, erzählt Gray, der als Antiquitätenhändler zwischen Europa und den USA wohlhabend geworden ist. „Ich will nichts davon, und der französische Staat verlangt keine Steuern dafür.“ Aber ein neuer Vorschlag, in den Schulen Sonderlehrgänge über Naturschutz zu organisieren, scheiterte an den Behörden.

Das Gespräch mit Gray vollzieht die Diskussion nach, die seit den schweren Waldbränden dieses Sommers auf dem Festland und Korsika geführt wird. Für ihn ist die „Debroussaillage“, das Durchforsten der Wälder mit Beseitigung des trokkenen Unterholzes, die einzige Lösung, um die Folgen von Unachtsamkeiten, Unfällen oder Brandstiftungen zu beseitigen.

„In Paris sieht man nicht, um was es geht“, sagt Gray. „Dort werden nur neue Löschflugzeuge gekauft. Dabei könnte man das Geld besser einsetzen und mit neuen Arbeitsbeschaffungsprogrammen für junge Arbeitslose leicht 30 000 oder 50 000 für die Reinigung der Wälder abstellen.“ Außerdem rät Gray, wilde Ziegen auszusetzen, die das Unterholz kurz halten. „Ich bin sicher, in zehn Jahren könnte man die Waldbrände stoppen.“

„Man kann nicht eine Million Quadratkilometer Wald durchforsten“, heißt es allerdings im Landwirtschaftsministerium in Paris. „Nichts ist unmöglich“, entgegnet Gray. „Man hat auch gesagt, es sei unmöglich, aus dem Warschauer Getto zu kommen.“ Ihm, dem damals minderjährigen Juden Martin Grayewski gelang es, ebenso wie die Flucht aus dem Konzentrationslager Treblinka.

## Großversuch brachte nicht erwarteten Erfolg

AP, Karlsruhe

Auf der Tempolimit-Großversuchsstrecke der A 5 zwischen den Autobahnkreuzen Karlsruhe und Walldorf haben sich lediglich 24 Prozent der Autofahrer an die vorgeschriebenen 100 Stundenkilometer gehalten. Das ist das Ergebnis einer ersten Auswertung des am vergangenen Wochenende beendeten Großversuchs durch die Autobahnpolizei Karlsruhe. Ein Sprecher erklärte, daß weitere 32 Prozent das Tempolimit nur knapp überschritten hätten und 110 Stundenkilometer gefahren seien. 34 Prozent hätten das Tempolimit um 30 Stundenkilometer überschritten, zehn seien zum Teil erheblich schneller als 130 gefahren. Im Gegensatz zur Großversuchsstrecke Karlsruhe–Walldorf war die Polizei auf der zweiten Versuchsstrecke in Baden-Württemberg zwischen Sinsheim und Weinsberg stark präsent, häufig wurden Radarkontrollen vorgenommen. Nach den ersten Auswertungen sind auf dieser Strecke fast 96 Prozent der Autofahrer 100 Stundenkilometer oder knapp darüber gefahren. Die Polizei erklärte in ihrem Bericht, daß der starke Verkehr auf der zweispurigen Strecke höhere Geschwindigkeiten nicht zugelassen habe. An Wochenenden und außerhalb der Stoßzeiten sei die Quote der Beanstandungen stark angestiegen. Der Sprecher des Stuttgarter Innenministeriums erklärte, es sei ganz bewußt die eine Strecke stark und die andere normal überprüft worden. Die bisher vorliegenden Ergebnisse zeigten, daß ein Tempolimit, wenn es kommen sollte, nur eingehalten würde, wenn starke Polizeikontrollen es in einer „großen und langen Anfangsphase“ begleiteten.

### „Schleicher“ angeklagt

AFP, Los Angeles

Die Staatsanwaltschaft von Los Angeles hat gegen den am vergangenen Samstag verhafteten Richard Ramirez Anklage erhoben. Ramirez steht unter dem Verdacht, der als „Nachtschleicher“ bezeichnete Massenmörder zu sein, der in den vergangenen Monaten mit einer Serie von Überfällen, Vergewaltigungen und Morden die Bevölkerung Kaliforniens in Angst und Schrecken versetzte.

### Falscher Priester

rtr, Innsbruck

Die katholische Diözese in Innsbruck hat den deutschen Tischler Gerhard Vilsmeier exkommuniziert, weil er sich als Priester ausgab. Seine kirchlichen Handlungen seien für ungültig erklärt worden, meldete die österreichische katholische Nachrichtenagentur Kathpress. Der 24jährige Vilsmeier habe unter dem Namen Axel Kolbe seit Mai in dem Tiroler Ort Schwaz als Priester Ehepaare getraut, Kinder getauft und Messen gelesen. Priester suchten nun sowohl die Ehepaare als auch die Eltern der von Vilsmeier getauften Kinder auf, um die kirchlichen Zeremonien zu wiederholen. Der falsche Priester, der sich als südafrikanischer Missionar auf Heimaturlaub ausgab, blieb unentdeckt, bis eine Frau an die Kirchenbehörde in Pretoria schrieb.

### Detekteien kritisiert

rev. Berlin

Viel Pfusch für viel Geld: Das ist das Resultat einer Untersuchung der Stiftung Warentest über die Arbeit von Detekteien. Die Stiftung beauftragte 16 Detekteien im gesamten Bundesgebiet und ließ diese Institute Warentest-Mitarbeiter überwachen, die natürlich von der Beobachtung wußten und über ihre Tagesabläufe genau Buch führten. Ergebnis: Die Detekteien registrierten Lokalbesuche, wenn die Mitarbeiter vor dem Fernseher saßen, erfanden Autofahrten und glänzten auch sonst mit erfundenen Tagesabläufen, vielen Lükken und falschen Details. Zwischen 90 und 1000 Mark mußten für diese Auskünfte bezahlt werden.

### *ZU GUTER LETZT*

*Die kürzeste schriftliche Antwort der Bundesregierung auf eine Bundestagsanfrage hat der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Würzbach, formuliert. Der SPD-Abgeordnete Würtz hatte gefragt: „Ist das ‚Gammeln' in der Bundeswehr jetzt abgeschafft – wie das Bundesminister Dr. Wörner 1982 versprach –, und wenn nein, warum noch nicht?“ Die Antwort des Staatssekretärs in der Bundestagsdrucksache 10/3749: „Ja.“*

# Aktion gegen Tempo 100 in München gegründet

**Holland soll Tempolimit bald wieder abschaffen wollen**

AP, München

Als „dumm und unsinnig“ hat eine neugegründete Aktionsgemeinschaft gegen Tempolimit den Zusammenhang zwischen hoher Geschwindigkeit und dem Waldsterben bezeichnet. Wie ihr Präsident, der Verleger und Public-Relations-Fachmann Wilfried Hampe in München erklärte, wendet sich die Aktionsgemeinschaft von rund 250 Bürgern gegen die geplante Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung.

Der Verein, zu dem auch der Sohn des bayerischen Ministerpräsidenten, Max Strauß, gehören soll, will eine bundesweite Kampagne gegen das Tempolimit in Gang setzen. Mit den Thesen „Tempolimit bedeutet mehr Schadstoff-Ausstoß, mehr Waldsterben, mehr Verkehrsunfälle, mehr Verkehrstote, mehr Arbeitslose und keine Energieeinsparung“ will sie in den kommenden Monaten mehrere tausend Mitglieder gewinnen.

Zur Belegung dieser Thesen greift der Verein auf ein zwölf Jahre altes Gutachten zurück, das während der ersten Ölkrise im Jahre 1973 angefertigt wurde. Dieses hielt eine Tempobegrenzung wegen „deutlich überwiegender Nachteile“ für ungeeignet. Zudem wirke dies nach Ansicht des Vereins auf nur ein Prozent des Verkehrs, da jahreszeitlich und staubedingt die meisten Autofahrer sowieso langsam führen.

Überhaupt, so Hampe, sei die Bereitschaft zur Annahme einer Beschränkung gering. In den Holland überträten 86 Prozent der Fahrer das Tempolimit. Deswegen werde Den Haag bereits kommende Woche die Abschaffung des Tempolimits behandeln. Der Verein habe auch das Ansehen der Polizei im Auge, da die Überwachung das Verhältnis zwischen Bürger und Polizei „sicher nicht verbessere“.

Seite 2: Teststrecke A 66

## WETTER: Herbstlich

**Wetterlage:** Ein Randtief vor Irland entwickelt sich zum Sturmtief und zieht bis Donnerstag nacht nach Dänemark. Seine Ausläufer erfassen vor allem das nördliche und mittlere Deutschland.

Deutscher Wetterdienst 4. September 1985, morgens.

Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 18°C. Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch- T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

**Vorhersage für Donnerstag:**

Norden und Mitte: Anfangs stark bewölkt und Durchzug eines Regengebietes. Im Tagesverlauf Übergang zu wechselnder Bewölkung mit einzelnen Schauern und Gewittern. Im Süden vor allem im Südosten zunächst heiter und trocken. Erwärmung bis 20 Grad. Im Tagesverlauf zunehmende Bewölkung und nachfolgend in der zweiten Tageshälfte zeitweise Regen.

**Weitere Aussichten:**

Anfangs noch Schauer, später Wetterberuhigung, kühl.

**Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Berlin | 17° | Kairo | 28° |
| Bonn | 16° | Kopenh. | 15° |
| Dresden | 15° | Las Palmas | 27° |
| Essen | 15° | London | 14° |
| Frankfurt | 17° | Madrid | 27° |
| Hamburg | 14° | Mailand | 26° |
| List/Sylt | 15° | Mallorca | 27° |
| München | 16° | Moskau | 20° |
| Stuttgart | 15° | Nizza | 25° |
| Algier | 29° | Oslo | 14° |
| Amsterdam | 15° | Paris | 17° |
| Athen | 30° | Prag | 15° |
| Barcelona | 27° | Rom | 24° |
| Brüssel | 15° | Stockholm | 14° |
| Budapest | 18° | Tel Aviv | 30° |
| Bukarest | 24° | Tunis | 30° |
| Helsinki | 16° | Wien | 19° |
| Istanbul | 14° | Zürich | 16° |

**Sonnenaufgang* am Freitag:** 6.42 Uhr, Untergang: 19.57 Uhr; **Mondaufgang:** 22.25 Uhr, Untergang: 14.26 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

## Saubere Wäsche bald ohne Waschmittel?

f. n. Bonn

Auf dem Waschmaschinenmarkt steht möglicherweise eine technische Revolution bevor: Noch in diesem Monat will ein japanischer Hersteller eine von Professor Masaaki Sakuta entwickelte Ultraschall-Waschmaschine, die kein Waschmittel mehr braucht, auf den Markt bringen. Selbst stark verschmutzte Wäsche sei nach einer Behandlung in der neuen Maschine nach spätestens fünf Minuten sauber, heißt es in der ersten Ausgabe des Magazins „Chancen“. Wie das Blatt berichtet, reißen dabei vom Schall in Schwingung versetzte Luftblasen die Schmutzpartikel aus der Kleidung. Der Waschvorgang sei völlig geräuschlos und vibrationsfrei. Nach dem Waschen komme die Wäsche in eine normale Schleuder. Nur bei verfärbenden Verschmutzungen müsse eine entfärbende Waschsubstanz beigegeben werden, allerdings nur ein bis maximal zehn Prozent der Menge, die eine herkömmliche Maschine benötigt.

In Deutschland ist die Ultraschall-Waschmaschine nach dem Bericht des Blattes noch kein Thema. Bei AEG, Miele, Bosch und Siemens setze man statt dessen auf eine effektivere elektronische Steuerung der herkömmlichen Waschmaschinen. Dadurch sollen Wasser, Strom und Waschmittel gespart werden.

„Wie ein Rotweinfleck mit Ultraschall aus einer Tischdecke verschwinden soll, muß sich erst zeigen. Ich kann es mir noch nicht vorstellen“, erklärte der Chef der Waschmaschinen-Entwicklung bei AEG in Nürnberg, Günther Jung, der WELT. AEG versuche schon seit längerem an technische Einzelheiten des „Wundergeräts“ zu gelangen. Allerdings waren alle Anstrengungen, in Japan Genaueres über die Funktionsweise der angekündigten Waschmaschine zu erfahren, ergebnislos.

Skeptisch äußerte sich auch der Leiter der Siemens Waschmaschinen-Entwicklung in Gingen, Professor Herbert Zott. „Ultraschall-Reinigung braucht einen harten Gegenstand um den Schmutz abschlagen zu können. Davon kann bei Wäsche nicht die Rede sein. Dennoch ist den Japanern allerhand zuzutrauen.“ Außerdem sei fraglich, ob der Energieaufwand für Utraschall nicht größer sei als die Energieeinsparung durch wegfallende Wassererhitzung.

# Suche nach einem „Aktenkundigen“

**Raubüberfall auf einen Geldboten weitgehend aufgeklärt / Mehrere Festnahmen**

MICHAEL JACH, Hannover

Der Raubüberfall auf einen Supermarkt in Langenhagen (Kreis Hannover), bei dem der Haupttäter am Freitag vergangener Woche kurz vor Geschäftsschluß zwei Menschen erschossen und 280 000 Mark sowie eine Anzahl Schecks erbeutet hatte, ist nach Angaben der ermittelnden Sonderkommission der Kriminalpolizei hinsichtlich des vermutlichen „engeren Täterkreises“ weitgehend aufgeklärt. Gefahndet wird derzeit nach dem noch flüchtigen Haupttatverdächtigen, einem international wegen Raubmords bereits „aktenkundigen“ Jugoslawen. Diesen Teil der Ermittlungen hat das Landeskriminalamt Niedersachsen übernommen; Einzelheiten zur Person wurden gestern aus polizeitaktischen Gründen nicht mitgeteilt.

Entscheidende Ermittlungsfortschritte hatten drei Festnahmen in der Nacht zum Mittwoch gebracht. Als zweiter der Tatbeteiligung Verdächtiger wurde ein legal in Hannover lebender Türke dingfest gemacht; von ihm liegt das Teilgeständnis vor, das er zusammen mit dem Räuber und Mordschützen auf einem gestohlenen Motorrad zum Tatort gefahren sei und sich zur Tatzeit auf dem Parkplatz des Supermarktes aufgehalten habe. Bei ihm wurden 50 000 Mark in bar gefunden, vermutlich ein Teil der Beute. Ferner wurde ein türkisches Ehepaar festgenommen, das „vorliegenden Aussagen“ zufolge dringend verdächtigt ist, einen weiteren Teil der Beute zeitweise in seiner Wohnung verwahrt zu haben. Die Polizei wartete gestern nachmittag auf die Erteilung der drei Haftbefehle.

Darüber hinaus wird nicht ausgeschlossen, daß weitere Personen an der Vorbereitung des Raubüberfalles beteiligt gewesen sein könnten, so etwa durch den Diebstahl eines Motorrades einige Tage zuvor in Hildesheim.

Auf die Spur des vorbestraften Türken kamen die Ermittler anhand von Fingerabdrücken auf einem der beiden Motorradhelme, die der Haupttäter bei seiner überstürzten Flucht mit der schweren Maschine verloren hatte. Bei der unmittelbaren Identifizierung des zweiten Verdächtigen bewährte sich die zentrale Fingerabdruck-Computerdatei des Bundeskriminalamtes.

Der ermordete Kriminalhauptkommissar Dieter Talke (52), der außerhalb der Dienstzeit als Kunde an der Supermarktkasse Zeuge des Überfalls wurde, mit einem reaktionsschnellen Flaschenwurf den Räuber jedoch verfehlte und daraufhin von dessen Kugel in die Halsschlagader getroffen wurde, wird heute begraben. Niedersachsens Innenminister Egbert Möcklinghoff zollte dem mutigen Beamten inzwischen „hohe Anerkennung“ und nimmt heute an dessen Begräbnis teil. Hauptkommissar Talke hinterläßt Ehefrau und eine 23jährige Tochter; das zweite Opfer des Raubmörders, der 41jährige Geldtransport-Bote Siegfried Stangel, war Vater von zwei Kindern. Auch seiner Familie hat der Minister seine Trauer ausgedrückt.

# *„Man müßte noch mal 20 sein . . .“*

Als Sohn eines Metzgermeisters wurde er am 5. September 1905 in Köln geboren. Und diesen Beruf sollte auch er erlernen. Doch es kam anders. Noch vor der Meisterprüfung entschloß er sich, Sänger zu werden. Das war 1929. Heute ist Willy Schneider einer der bekanntesten Volkssänger Deutschlands mit Erfolgen wie „Schütt' die Sorgen in ein Gläschen Wein“ oder „Man müßte noch mal 20 sein“. Sein Freund Willy Millowitsch hat für die WELT einen sehr persönlichen Geburtstagsgruß verfaßt.

Von WILLY MILLOWITSCH

Wann ich Willy Schneider kennengelernt habe, weiß ich nicht mehr genau. Er gehört zu den Menschen, die man schon sein ganzes Leben lang zu kennen glaubt. Auch wenn wir uns, was vorkommt, Wochen oder Monate nicht gesehen haben, so ist uns beiden immer, als ob wir gestern oder vor ein paar Stunden auseinandergegangen wären.

Seine Disziplin habe ich immer bewundert. Er nimmt, glaube ich, auch heute noch Gesangstunden. Er ist immer der erste im Studio, und er hat seinen Text immer präsent. Nie hat jemand gemerkt, wenn seine Gesundheit schwer angegriffen war. Und das war sie häufig. In den Anfangsjahren des Fernsehens haben wir viele Sendungen zusammen gemacht. Bunte Abende, die fröhlichen und närrischen „Weinkarten“ und vieles andere mehr.

Er war immer der Mittelpunkt des Geschehens. Obwohl auch er vom Lampenfieber richtig gebeutelt wurde, wirkte er in diesen großen, oft aufwendigen Sendungen immer wie der ruhende Pol, für jeden Mitarbeiter hatte er ein freundliches Wort, er erkundigte sich nach Kindern, Familie, Urlaub oder – nach dem Hund. Der Hund, das ist so ein Thema, das man im Zusammenhang mit Willy Schneider unbedingt erwähnen muß. Seine Tierliebe ist so – wie soll ich sagen – ganz besonders. Ich glaube, daß Willy und seine Frau Hanni, die wir „Hänschen“ nennen, die Hundesprache verstehen.



Feiert heute seinen 80. Geburtstag: der Kölner Volkssänger Willy Schneider FOTO: DPA

Mir fällt niemand ein, mit dem ich im Leben so oft und so herzlich gelacht und soviel gealbert habe, wie mit Hanni und Willy, und sei es auch nur über Kullerpfirsiche. Da ist noch etwas, was ich an Willy Schneider so sehr schätze: seine fundierte Kenntnis der kölnischen Mundart. Wenn ich bei alten Texten auch mit Hönig und Wrede – Wörterbüchern der kölnischen Mundart – nicht weiterkömme, dann weiß ich, wen ich fragen muß. Willy weiß immer weiter.

Ich wünsche Willy an diesem Tag, daß er so bleiben möge, wie man ihn kennt: strahlend, heiter, liebenswert; und geliebt von der Familie, den Freunden und der Riesengemeinde seiner Bewunderer – nicht nur im Rheinland.

*Das große WELT-Prämien-Angebot*

Wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln, haben Sie freie Auswahl unter vielen wertvollen Prämien. Hier nur einige Beispiele: Stereo-Radiorecorder, 4-teiliges Patchworkleder-Reiseset, Schallplatten oder aktuelle Bücher. Weitere Prämien im WELT-Katalog.

*Bitte anfordern!*

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte informieren Sie mich über die wertvollen Prämien, die ich erhalte, wenn ich für die WELT neue Abonnenten gewinne.

Name:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Vorw./Tel.: 01-941